

Nr.
2
Februar
1987

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Walter Dirks · Eugen Kogon · Heinz Kühn

Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1987
34. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilmann Fichter
Ulrich Gembardt
Ferdinand W. Menne

Anchrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-8798 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 68,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 14
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Iring Fetischer
Bruno Friedrich
Ulrich Gembardt
Horst von Glzycki

Martin Greiffenhagen
Norbert Graeische
Reinmut Joehimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Zum Inhalt

Dies ist das erste Heft der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte* nach der Bundestagswahl 1987. Also setzt es sich selbstverständlich mit den Auswirkungen dieses Wahlergebnisses auf die Gesellschaft der Bundesrepublik und die deutsche Linke auseinander; und zwar zuerst einmal durch „aus dem Stand“ diktierte Analysen von drei Parteisekretären. Die Redaktion ist an weiteren – auch kontroversen – Beiträgen zur Wahlanalyse interessiert. Das schwierigste Problem, nämlich die Frage, wie die schweren Verluste der SPD in großen Dienstleistungsstädten wie Hamburg, Frankfurt oder München zu erklären sind, wird uns in einem eigenen Heft im Frühjahr beschäftigen. Das wird dann eine Weiterführung der „Metropolen-Diskussion“, die wir mit Heft 12/1986 begonnen haben. Die Frage lautet: Welche strukturellen sozialen Entwicklungen führen eigentlich zu jener typischen Verformung sozialdemokratischer Großstadtorganisationen, die in einem langen Prozeß zu einer dramatischen Verstärkung konservativer und (neuerdings) grüner Positionen in einigen Millionenstädten führt?

Das Schwerpunktthema der vorliegenden Ausgabe der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte* ist die Kulturpolitik. Wir drucken Ausschnitte aus einer Diskussion, die am Ende des Jahres 1985 in Bonn über die Frage geführt wurde, welche zeitgemäßen Aussagen heute eigentlich zur Kulturpolitik in einem Parteiprogramm stehen müßten. Denn eins ist deutlich sichtbar: Kulturpolitik rückt vom Rand des politischen Interesses immer mehr ins Zentrum.

Kultur, das war für Jahrzehnte in der Gesellschaft der Bundesrepublik das, was „unter'm Strich“ stattfand: Feuilleton. Seriöse Politik beschäftigte sich mit der Stationierung von Raketen, der Aushandlung von Subventionen für bestimmte Wirtschaftszweige oder der Regulierung der Sozialversicherung. In einer Zeit aber, in der ökonomische Interessen das po-

litische Verhalten zwar weiterhin bestimmen, aber immer größere Minderheiten „freigelassen“ werden, in einer Zeit der Wechselwähler, in einer Stühle der Restauration – in solchen Zeiten gewinnt „Kultur“ plötzlich ein überraschendes Interesse für Politiker.

Natürlich, es ist auch ein instrumentelles Interesse; das Interesse nämlich, wie über Kultur „Hegemonie“ erreicht werden kann. Man muß sehr genau darauf achten, daß die neue kulturpolitische Diskussion nicht von solcher Instrumentalisierung erstickt wird. Aber klar ist: Die Zeit, in der man die Kultur in politischen Programmen mit zwei Zeilen abtun konnte, ist endgültig vorbei.

Unsere Zeitschrift beginnt mit diesem Heft auch eine systematische Diskussion des programmatischen Neuorientierungsprozesses der SPD. Nach dem erneuten Wahlsieg einer neokonservativen Regierung in der Bundesrepublik ist es von entscheidender Bedeutung, daß der demokratische Sozialismus sich nicht mit einer hektischen Debatte taktischer und personalistischer Streitfragen begnügt. Die Frage ist: Welchen Weg gehen die westlichen, insbesondere die westeuropäischen Industriegesellschaften in der vor uns liegenden ökonomischen Zwischenkrise? Wie verhalten sie sich zu den mühsamen Reformversuchen, die Gorbatschow dem realen Sozialismus zu verordnen sucht? Wie zu dem brückelnden neokonservativen Paradigma in den westlichen Metropolen? Und wie zu der labilen Entschlossenheit der Dritten Welt, die Herrschaft der großen Industriegesellschaften abzuschütteln?

Unsere Zeitschrift bemüht sich im übrigen systematisch, die Weiterentwicklung der Arbeitspolitik in den Gewerkschaften zu dokumentieren und zu diskutieren. Der Bericht aus der Arbeit der Betriebsräte bei dem großen Konzern Volkswagen (Klaus Volkert, Hans-Jürgen Uhl, Werner Widukel-Matthias) ist eine Weiterführung dieser grundlegenden Diskussion der letzten Jahre. Wir haben die Absicht, diesen Diskurs auch in Zukunft systematisch zu begleiten.

P. Gl.



Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
100	Peter Glotz	Die deutsche Linke nach den Januar-Wahlen 1987
105	Klaus Rave	Sozialdemokraten in der Sinus-Kurve: schlitternd
108	Siegmar Mosdorf	Die SPD muß die Partei des neuen Fortschritts werden
Thema: Kulturpolitik		
110	Tilman Fichter	Auf dem Wege zur Kulturgesellschaft?
112	Peter Glotz	Projekt der Moderne
114	Freimut Duve	Fingerübungen/Fingerhakeln
118	Hilmar Hoffmann	Kulturelle Hegemonie
122	Hans-Jörg Modlmayr	Literarische Alphabetisierung der Bevölkerung
124	Klaus Staeck	Künstler/Partei
126	Hermann Glaser	„Durchblutungsstrategien“
128	Eberhard Knödler-Bunte	Gesellschaftliche Normen und Leitbilder
131	Dieter Dehm	Parteilichkeit
134	Johano Strasser	Individuum und Gesellschaft
135	Tomas Kosta	Prager Frühling
136	Andreas von Randow	„Stille Nacht, heilige Nacht“
138	Ulrich Roloff	Postmoderne Türmchen
142	Peter Glotz	... wenige Brechts und so wenige Feuchtwangers . . .
144	Olaf Schwencke	Sozio-Kultur
146	Peter von Oertzen	Großdörfliche und kleindörfliche Strukturen
150	Dieter Otten	Überalterung
151	Eberhard Knödler-Bunte	Restkultur
152	Alexander U. Martens	Medienpolitische Realität
154	Klaus Volkert/Hans Jürgen Uhl/Werner Widuckel-Mathias	Qualitätszirkel in der Automobilindustrie – Gefahren und Chancen
160	Reimund Seidelmann	Auf dem Weg zur Modernisierung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland
166	Klaus Bloemer	Am Wendekreis des Stahlhelms
167	Norman Birnbaum	Die Regierungsgewalt muß zurückgewonnen werden
174	Anke Brunn/Klaus Schäfer	Ziele sozialdemokratischer Jugendpolitik
177	Detlev Albers	Über Irsee hinaus!
183		Leserbriefe
185		Kritik

Peter Glotz

Die deutsche Linke nach den Januar-Wahlen 1987

Das Ergebnis des Winterwahlkampfs 1986/87 steht fest: Kohl bleibt Kanzler. Aber wie lange? Wird die Koalition von CDU/CSU und FDP die auseinanderstrebenden Tendenzen der Rechten unter dem Druck einer tiefen ökonomischen Zwischenkrise aushalten? Gelingt es dem Kohl-Zentrum (im Verbund mit den modernistischen Rechten – Biedenkopf, Späth – und den Sozialausschüssen) die nationalkonservativen und neokapitalistischen Kräfte einigermaßen im Zaum zu halten? Oder verliert Kohl seine Integrationskraft? Wer könnte ihm folgen? All diese Fragen sind derzeit unbeantwortbar. Klar ist nur eines: Kohl hat diese Wahl durch eine Lüge gewonnen: Er hat die letzten positiven Wirtschaftsdaten des achten Konjunkturzyklus als „die Zukunft“ schlechthin verkauft. Es wird sich rasch herausstellen, daß dies falsch war; gerade die solide Kleinbourgeoisie ist rachsichtig, wenn sie in ökonomischen Fragen getäuscht wird. Ein Pyrrhus-Sieg?

I.

Zuerst einmal aber gilt: Die Linke ist aus diesem Wahlkampf kaum gestärkt hervorgegangen. Ihre Spaltung bleibt offenkundig. Die Sozialdemokratie, die als einzige Partei zum organisierenden Zentrum der Linken werden kann, ist leicht geschwächt. Ein Teil der linken Wähler hat sich, um wenigstens die Reste der Entspannungspolitik zu sichern, für die unrealistisch aufgeblähte FDP entschieden. (Das Eutiner Kommunalwahlergebnis vom 25. Januar 1987 zeigt die wirklichen Proportionen deutlich: Die FDP hat dort am Tag der Bundestagswahl als Kommunalpartei 3,2 Prozent bekommen, als Bundespartei 9,1 Prozent.) Die Grünen haben deutlich zugenommen; aber in ihrer fundamentalistischen Minderheit verstärken sich Tendenzen, die auf zwar wert-konservative, aber gleichzeitig sozial reaktionsäre Programme hinauslaufen. In der intellektuellen Linken gibt es schwere Entfremdungserscheinungen (Enzensberger, Rutschky), die gelegentlich an Baudrillard und den neueren französischen Zynismus erinnern. Und die Reste der katholischen Arbeiterbewegung (um Leute wie Gustav Fehrenbach und die Sozialausschüsse) sind in der Zwangsjacke einer bürgerlich-liberalen Koalition in einer hoffnungslosen Minderheit. Natürlich, die Rechte kann sich

klug, nämlich sozial-integrativ – vorsichtig oder töricht (nämlich neokapitalistisch-rigoros) verhalten; sie hat unterschiedliche Optionen. Aber in jedem Fall geht die „Wende“ weiter; der europäische Sozialstaat wird geschwächt, die europäische Integration wird verschludert werden und die Entspannungspolitik nach Osten wird bestenfalls stagnieren. Kein Grund zum munteren „Weiter so“ für die Linke.

Man darf sich nicht täuschen lassen: Der Wahlkampf hat die Machtstrukturen der Republik offen gelegt. Starke Kapitalfraktionen haben so offen wie nie mehr seit 1972 um den Erhalt der Kohl-Regierung gekämpft – insbesondere die Großchemie, die privaten Banken und die Energiewirtschaft. Hundert Millionen Mark sind im Jahr 1986 zur Unterstützung der liberal-konservativen Koalition für Anzeigen ausgegeben worden. Das Spektrum der Industrieverbände hat mit großer Mehrheit mit offenem Visier gegen die Linke und insbesondere die SPD gefochten.

Gleichzeitig ist unverkennbar, daß sich die Gewerkschaften in einer strukturellen Krise befinden. Die Affäre „Neue Heimat“ war nur ein äußeres Symptom für diese Krise. Zwar betreiben Gewerkschaftsführer wie Monika Wulf-Mathies, Franz Steinkühler, Günter Volkmar oder Hermann Rappe entschieden die Modernisierung ihrer Programmatisierung und ihrer Organisation; aber die Rechte hat sie (mit der Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, der geplanten Zerschlagung der Montanmitbestimmung und der Verschlechterung des Betriebsverfassungsgesetzes) in eine Defensive gedrängt, in der die so dringend notwendige Veränderung der Sozialstruktur der Mitgliedschaft nur schwer vorangetrieben werden kann.

Am desolatesten ist die Situation in der Intelligenzia. Die „neuen sozialen Bewegungen“, beispielsweise die Friedensbewegung, sind bis zur Kraftlosigkeit geschwächt. Die Linksliberalen sind auf Genscher heruntergekommen und die Reste der marxistischen Linken treiben sich lustlos bei den Grünen herum. Zwar hat die Sozialdemokratie die programmatische Schwächephase der späten siebziger Jahre überwunden und gewinnt langsam wieder Terrain in der intellektuellen Welt; allerdings war dieser Trend im Wahlkampf selbst durch taktische Streitereien (Rot-Grün) überlagert. Der neue Zynismus der alt gewordenen 68er auf der anderen Seite bleibt ein erschreckendes Symptom; denn der Verfall analytischer Kraft in der linken Intelligenz ist allemal schmerzlicher als der erneute Beweis, daß das

Kleinbürgertum zu dumpfem Ressentiment (Kohls Gorbatschow/Goebbels-Vergleich oder sein Mißbrauch des Begriffs Konzentrationslager) fähig ist.

Die Linke muß, heißt das, in den nächsten vier Jahren umgruppiert und systematisch gestärkt werden. Die Zwischenkrise wird der Rechten schaden, aber der Linken nicht die Arbeit abnehmen. Sie muß sich – um mehrheitsfähig zu werden – an die Rechte (oder jedenfalls bestimmte Truppenteile der Rechten) herantrauen; sie herüberziehen. Kulturelle Hegemonie? Sie ist erreichbar; aber längst nicht erreicht.

II.

Auf der Ebene pragmatischer Parteienkonkurrenz lag der Höhepunkt der Wahlauseinersetzung nicht im Schlußwahlkampf, sondern in den niedersächsischen Regionalwahlen im Juni 1986. CDU/CSU und SPD hatten das ganze Jahr 1985 über bei etwa 43 Prozent Wähleranteil gelegen; dies blieb so bis April 1986, mit leichten Abschwächungen für die SPD Anfang des Jahres. Dann kam die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und der Niedersachsen-

Wahlkampf. Kohl stabilisierte sich; die SPD fiel nach Wählerverlusten in Bayern und Hamburg auf 35 Prozent zurück und konnte sich erst im Januar 1987 einigermaßen erholen. Zwölf Tage vor der Wahl stand sie bei 39 Prozent; in der letzten Woche wurde sie erneut zurückgeworfen.

Man muß sich noch einen zweiten „Verlauf“ dieser Art vor Augen halten: Ende 1985 waren 47 Prozent der Bürger der Meinung, die wirtschaftliche Lage sei zufriedenstellend und gebe zu Optimismus Anlaß. Im April 1986 waren es 55 Prozent, im Oktober 66 Prozent. Erst im Januar 1987 begann dieser Optimismus wieder zu bröckeln. Das Sein bestimmt das Bewußtsein?

Faßt man die jetzt schon vorliegenden Ergebnisse der Wählerforschung zusammen, kommt man auf fünf „erste Überlegungen“:

1. Die Bundestagswahl 1986/87 wurde letztlich dadurch entschieden, daß die Wähler das Gefühl wirtschaftlicher Prosperität hatten und den Regierungsparteien in Wirtschaftsfragen mehr vertrauten als der SPD.

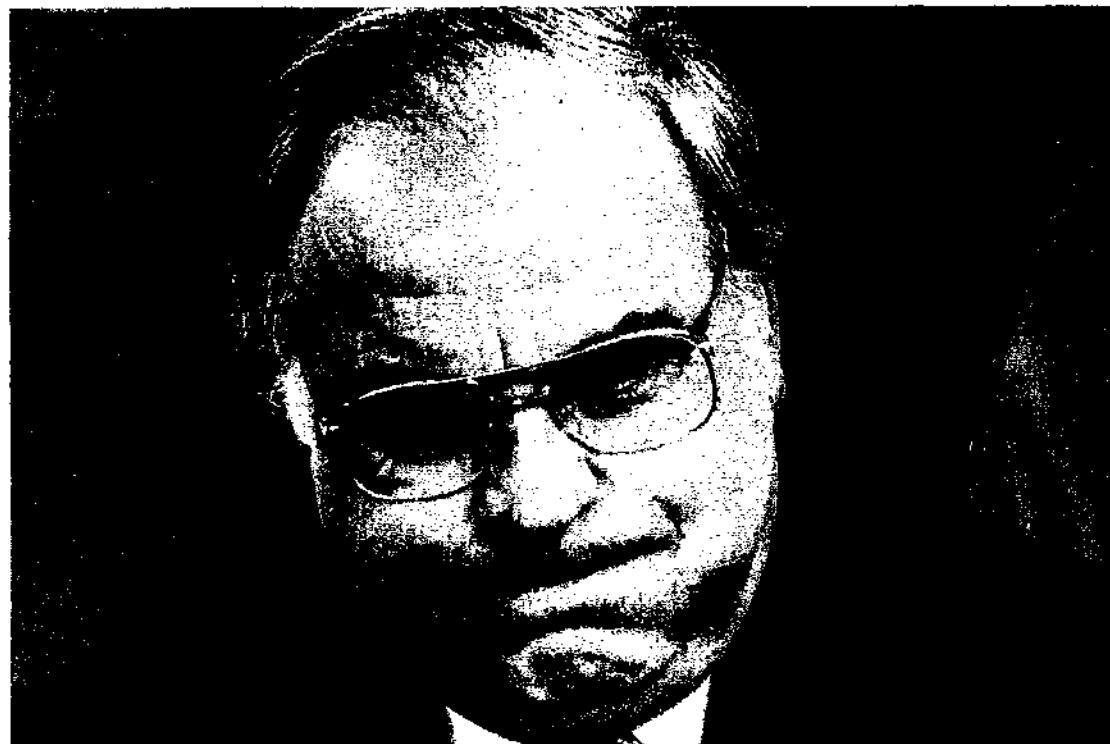


Foto: Eduard Fiebelkorn

2. In diesem Klima konnten Fragen der sozialen Gerechtigkeit nicht ausreichend in den Vordergrund treten. Dies war aber das Thema, über das die SPD am ehesten Wähler aus dem Bereich der Konkurrenzparteien CDU/CSU und Grünen hätte gewinnen können.

3. In Fragen der Entspannungs- und Friedenspolitik lag die Themenführerschaft eindeutig bei der SPD, jedoch haben besonders in der Schlußphase viele Wähler, die für die politische Kontinuität in der Entspannungspolitik sorgen wollten, ihre Zweitstimme der FDP gegeben.

4. Auf dem Feld der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft ist es nicht gelungen, die SPD gegenüber den Grünen positiv abzugrenzen. Nach wie vor haben die Grünen in diesen Fragen eine größere „Glaubwürdigkeit“; das heißt, daß viele linke Wähler die Existenz der Grünen als Stachel im Fleisch der Sozialdemokratie für notwendig halten – ein Erbe der späten siebziger Jahre.

5. Helmut Kohls „Kanzlermalus“ ist geblieben, aber seine Wirkung als „Wählbarkeitsbarriere“ hat sich abgeschwächt. Alle Untersuchungen belegen, daß Johannes Rau bei den Wählern populärer war und ist als Helmut Kohl. Aber: Die Personalalternative Kohl/Rau verlor für die Wähler in dem Maße an Bedeutung, in dem sie nicht mehr an einen Sieg der SPD und damit an eine mögliche Kanzlerschaft von Johannes Rau glaubten.

Kampagnenfehler? Vier „selbstkritische Anmerkungen“:

1. Das Wahlziel der eigenen oder absoluten Mehrheit wurde aus einer allzu euphorischen Interpretation der erfolgreichen Wahlkampagnen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen abgeleitet. Die Idee, auf der Basis des letzten Bundestagswahlergebnisses von 1983 mit 38,2 Prozent einen „Sog der Suggestion“ zu erzeugen, erwies sich als uto-pisch. Innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie haben zu wenige Bürger an dieses Ziel geglaubt. Das war einer der Gründe für die mangelnde Mobilisierung der Partei in der zweiten Hälfte des Jahres 1986.

2. Die SPD hat den Wahlkampf am Anfang zu psychologisch und zu wenig politisch angelegt. Das „Etappenkonzept“ verlangte treppenartig einen Weg von Sieg zu Sieg in den Regionalwahlen. So konnte das erstklassige niedersächsische Ergebnis (Zuwachs 5,6 Prozent) von Kohl zu einem Sieg seiner Koalition umgefalscht werden.

3. Wenn in diesem Winterwahlkampf eines deutlich geworden ist, dann dies: Die Sozialdemokratie

kann Wahlen ohne eine Mobilisierung der eigenen Partei nicht gewinnen. Sie braucht gegen die Medienbarriere und den massiven Einsatz der Mehrheit der Verbände den „Mundfunk“ (Johannes Rau). Nichts zeigt dies deutlicher als die Mobilisierungsschwäche der Sozialdemokratie bis in den Dezember 1986 hinein: 80 Prozent der CDU/CSU-Wähler waren in dieser Zeit in ihrem Wahlentscheid sicher, aber nur 63 Prozent der Wähler der SPD. Diese Lücke konnte erst Mitte Januar 1987 in der heißen Phase des Wahlkampfs schließlich geschlossen werden.

Daraus ergibt sich im übrigen klar und deutlich, daß die Hypothese von der Erfolgsträchtigkeit eines „Personalplebiszits“, die der Umfragespezialist Klaus Liepelt in die Welt gesetzt hat, abwegig ist. Liepelt laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 12. Dezember 1986: „Die SPD hätte in ihrer Wahlkampfstrategie von Anfang an konsequent ein Plebisitz zwischen Rau und Kohl ansteuern müssen. Wenn überhaupt, dann habe darin eine Chance gelegen. Das hätte man dann aber nicht auch noch mit einer Fülle von Sachthemen belasten dürfen.“ Dieser Populismus geht von der falschen Annahme aus, daß sich die ideelle Motivation der Funktionärschaft der Sozialdemokratie durch die Begeisterung für eine Person ersetzen lasse. Dafür gibt es keine Anzeichen. Der Versuch aber, mit einem Medienwahlkampf über die Köpfe der Parteiorganisation hinweg der Medienüberlegenheit und dem größeren Kapitaleinsatz der Rechten begegnen zu können, muß scheitern.

4. Bis in den November 1986 hinein war die Wahlkampfführung der SPD von nicht deckungsgleichen Konzepten bestimmt. Der Wahlkampf wurde von zwei Apparaten – in Bonn und Düsseldorf – realisiert. Die Konkurrenz der Apparate führte zu Mißhelligkeiten und Konflikten.

Ein erheblicher Teil der linken Kommentare zum Wahlausgang hält für den entscheidenden Fehler der Kampagne die harte Abgrenzung des SPD-Kanzlerkandidaten zur grünen Partei. Diese Kritik ist ungenau. Rau hatte ja recht: Die Vorstellung, daß ein Industriestaat mit einem derart starken und wohlorganisierten Kapitalismus wie die Bundesrepublik in einer schweren Rezession von einer Koalition von SPD und Grünen (in ihrem heutigen Zustand) regiert werden könnte, war in der Tat abwegig. Man kann allerdings über die Frage streiten, ob ein anderer taktischer „Approach“ möglich gewesen wäre: ein Offthalten der Koalitionsfrage bei gleichzeitiger scharfer Betonung unveränderbarer sozialdemo-

CSU muß Ihre Identität behaupten

BILD: Bildseite mit CSU-Vorsteher Professor Günther Rehmsoyer

BILD: Welche Konsequenzen muß die CSU aus dem schlechten Wahlergebnis für die Union ziehen?

Rehmsoyer: Die Verluste von CDU und CSU sind die Quittung dafür, daß die Union von der FDP erfolgreich daran gehindert wurde, ihre eigene Politik durchzusetzen. Viele konservative und nationale Wähler blieben aus Enttäuschung über die nicht vollzogene geistige Wende zu Hause. Die CSU ist voll vom

Abwärtszug der CDU erfaßt. Aus diesem Strudel kommt die CSU nur heraus, wenn sie in Bonn endlich Flagge zeigt.

1. Die CSU muß jedenfalls Verlust und Ergebnis der Koalitionsverhandlungen grundsätzlich bereit sein, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU gutzukündigen. Nur wenn die CSU entslossen ihre Identität behauptet, kann sie einer kalt auftrumpfenden FDP Paroli bieten.

2. Die CSU muß ihre Position

bundesweit wählbar machen durch bundesweite Ausdehnung oder Listenverbindung mit einer neuen Partei. Nur so können alle konservativen Wähler für die Union zurückgewonnen werden.

3. Natürlich muß die CSU eine konstruktive Oppositionsrolle übernehmen und ihre Minister aus der Regierung zurückziehen. Auf keinen Fall darf sie sich in den Koalitionsverhandlungen von der FDP über einen nachziehen lassen und fatale Kompromisse eingehen. (Koc)

kratischer Grundsätze. Das ist die Konzeption Lafontaines: Die Idee, daß man durch inhaltliche Abgrenzungen die Grünen entweder zu einer Mäßigung ihrer Positionen oder aber zu einer *selbsterklärten* Verweigerung zwingen könne. Diese Strategie hat im saarländischen Landtagswahlkampf funktioniert; ob sie auch im Bund gegriffen hätte, ist schwer zu sagen. Im nachhinein kann man vermuten: Vielleicht hätte eine offene Formulierung der Dilemmata der SPD am weitesten getragen – die Erklärung nämlich, daß auch die Verhinderung einer rechten Mehrheit (einer „Sozialabbau-Mehrheit“) ein sinnvolles Wahlziel hätte sein können. Die Alternative zum Wahlziel „absolute Mehrheit“ hieß keineswegs ausweglos „rot-grüne Koalition“. Eine solche „dritte“ Strategie wäre von der Rechten allerdings mit den Schlachtrufen „Unregierbarkeit“ und „rot-grünes Chaos“ beantwortet worden. Zu welchem Ergebnis eine derartige Kampagne dann geführt hätte, wird sich nie mehr klären lassen.

III.

Wo liegen die Perspektiven für die Zukunft? Was muß insbesondere die Sozialdemokratie tun, um sich auf die nächste Auseinandersetzung am Ende des Jahres 1990 vorzubereiten?

Die erste Aufgabe wird es sein, die schweren Einbrüche der SPD in den großen Dienstleistungszentralen – Hamburg, München, Frankfurt als Beispiele – zu analysieren; also die sozialen und ökonomischen Strukturen dieser Städte zu durchleuchten und herauszufinden, woher die die soziale Atmosphäre verwandelnden Mentalitätsverschiebungen kom-

Bild, 27. Januar 1987, S. 5

men. Dabei wird fibrigens eine rein „materialistische“ Analyse nicht weit genug reichen; Dortmund (mit guten Wahlergebnissen für die SPD) hat mit 10 % mehr produzierendes Gewerbe als München. Man wird auch die Einflüsse der Konfessionen, das Fächerspektrum der städtischen Universität, das Profil der örtlichen Zeitungen, den Anteil erwerbstätiger Frauen und die umlagernde Provinz beachten müssen. Aber richtig bleibt, daß die Sozialdemokratie dem sozialen Wandel auf der Spur bleiben muß; nicht indem sie ihre Stammquartiere und ihre alten Anhängerschaften vernachlässigt, sondern indem sie prüft, wie sie auch unter neuen Bedingungen (Abschwächung der Industrie, Verstärkung der Dienstleistung, Betonung kleinbetrieblicher Strukturen, neue Selbständigkeit etc.) eine wirksame Organisation aufbauen kann.

Denn „Organisation“ – also eine motivierte, vielfältige, die Aufgabe des Opinion-Leadership annehmende Mitglied- und Anhängerschaft in Verwaltungen und Betrieben, Freizeiteinrichtungen, Vereinen, Kirchenvorständen etc. – ist für Wahlkämpfe linker Parteien in Europa nach wie vor ein entscheidender Faktor. Wobei allerdings die einfache Feststellung, daß es in Dortmund zweieinhalb soviel SPD-Mitglieder gibt wie in München, die unterschiedlichen Wahlergebnisse noch nicht ausreichend erklärt; die Frage ist ja, warum es gelungen ist, in Dortmund ein dichtes Organisationsnetz zu erhalten und weiter aufzubauen, während es anderswo verfällt. Es ist

eher unwahrscheinlich, daß diese Entwicklung ausschließlich personalistisch – mit der Autorität und Kraft regionaler Führungsfiguren – erklärt werden kann. Die Frage lautet gerade: Was führt zu jener ideologisch verkleideten Cliquenbildung, die in einem Jahrzehntelangen Prozeß die Funktionärschicht einer großen Stadt von ihren Bürgern mehr und mehr trennt? Warum vollzieht sie sich in der Stadt A, kann in der Stadt B aber verhindert werden?

Kein Zweifel: Die Parteimaschine der Sozialdemokraten ist technisch-ökonomisch hinter der der CDU und insbesondere der CSU zurück. Das Kommunikationsnetz der SPD ist dünner; die Anwendung moderner kommunikativer Techniken (Direct Mailing, Fund-Raising etc.) ist noch unterentwickelt. Im übrigen ist der zentralistische, mit Finanzmitteln gut gefüllte Apparat der konservativen Parteien leichter zu bedienen als die föderalistische, immer stärker ehrenamtlich betriebene Parteiorganisation der SPD. Aber lagen dort – 1987 – wirklich die Schwächen der Sozialdemokraten? Hat nicht die prächtig in Schuß gehaltene Mannschaft Peter Radunkis im Adenauer-Haus trotz ihrer professionellen Werbetechnik und ihrer brillanten Logistik mehr als 4 % verloren?

Denn in der politischen Kultur ist die sozialdemokratische Parteiorganisation der konservativen überlegen. Die Vielfalt der Darstellungsformen von Politik, wie die regelmäßige Ausstellung „Lebender Ortsverein“ sie zeigt, ist in der Bundesrepublik unerreicht. Nur ist die phantasievolle Ansprache (und Einbeziehung) der Bürger in oberpfälzischen

Dörfern und nordhessischen Kleinstädten häufiger als in süddeutschen Großstädten. Warum?

Wie lassen sich Achtzehn- bis Fünfundzwanzigjährige zu aktiven Mitgliedern der SPD machen? Wie kann erreicht werden, daß die Selbständigen in der SPD nicht nur von ein paar Architekten, Gastwirten und Bauunternehmern repräsentiert werden, sondern daß auch die Inhaber von Softwareläden, Energieerste-Elektroniker, Journalisten und Versicherungsagenten vorkommen?

Wie bricht die SPD aus dem engen Zirkel ihrer durch Satzung oder Gewohnheit zusammengeführten Gremien aus? Gelingt es ihr beispielsweise, ihre Programmdebatte nicht nur als Binnen-Kommunikation, sondern auch mit der Gesellschaft zu führen? Selbstverständlich mit den Gewerkschaften; aber auch mit abweisenden Vertretern von Industrie- und Handelskammern und streitsüchtigen Professoren? Und kann es gelingen, die vielfach abgelenkten und von tausend Medien und intelligenten Spielen unterhaltenen Bürger zu fesseln? Gelingt die Verbindung von Aufklärung und Sinnlichkeit? Von Kultur und Politik? Wird begriffen, daß zum Menschen der Kopf und der Bauch gehören?

All diese Fragen muß sich die Sozialdemokratie stellen. Die Union, hat Geißler gesagt, sei in der Bundesrepublik die strukturelle Mehrheitspartei. Die Januar-Wahlen 1987 zeigen, daß sie das nicht bleiben muß. Aber sie zeigen auch: Wenn die SPD die strukturelle Mehrheitspartei werden will, muß sie sich verändern und erneuern. Nur wenn die SPD sich erneuert, hat die Linke eine Chance.

Klaus Rave

Sozialdemokraten in der Sinus-Kurve: schlitternd

Dr. Klaus Rave, Jahrgang 1950, Jurist und ehemaliger Juso-Vorsitzender, ist Geschäftsführer des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Die FDP für die Außenpolitik und damit es nicht ganz nach rechts rutscht; CDU, weil die es gut mit der Wirtschaft können; die Grünen für den Umweltschutz und die SPD als Opposition, die aufpaßt, daß die allergrößten sozialpolitischen Sauereien verhindert werden. Sinus profan. Die SPD hat die Studie in der Schublade. Auf vielen Vorstandssitzungen ist sie präsentiert und diskutiert worden. Rezipiert wurde sie im Wahlkampf nicht. Nicht auf den Plakaten, nicht in den Fernsehspots, kaum durch den Veranstaltungsstil oder „milieugerechte“ Werbemittel. (Ein Versuch: Zielgruppenanzeigen von Huber bis Schmidt.) Die Bürgerlichen: Genscher statt Strauß, die Zweitstimmenkampagne im ZEIT-Geist (siehe Theo Sommer vom 22. 1. 1987); Süßmuth, Blüm und Stoltenberg in bewegten Bildern; Plakate fürs Gemüt und ein markiger Boris-Becker-Daumen: Sinus praktisch.

Der Wahlkampf, praktisch. Da war zunächst mal das Wetter, ein Thema, fast so schön wie Krankheiten. Das Wetter im Wahlkampf, ein unerschöpfliches Reservoir für Kommentare. Die heiße Phase in Schnee und Eis. Tauwetter kurz vor dem Urnengang. Stimmungsumschwung für die Sozialdemokraten – Stimmen, vom Eise befreit. Das war der Stoff, aus dem Wahlkampflyrik gemacht wird. Und: So unversöhnlich es auch mit uns, den Wahlkämpfenden umging, es einte doch auch sehr. Vor dem Wetter waren alle gleich.

Doch das war noch die natürliche Form des Meta-Wahlkampfes. Über die Stimmzielvorgabe erschrak ich. „Noch 23 000 Stimmen trennen uns vom Sieg“, da gab es eine gelbe, orangefarbene und rote Phase – und eine haushohe Niederlage, 1971, von Jochen Steffen gegen Gerhard Stoltenberg. Mit Zahlen wird eine Bewegung nicht angespornt. Man spürt zu sehr das Kalkül – und die Gefahr, sich zu verrechnen. Und lenkt ab von den Menschen, die es zu überzeugen gilt, und den Botschaften, die sie überzeugen sollen. Das tat auch die Diskussion um das Wahlziel. Sie war vom Beginn an taktisch wg. Grün. Und als

solche nur allzu leicht zu entlarven. Wahlkampf über den Wahlkampf, Meta-Wahlkampf eben. Wie auch das gewichtende und immer gewichtigere politische Spiel der Meinungsforscher. BILD, 19. 1. 1987, Infas-Chef Klaus Liepelt: „Für mich steht die SPD als Hauptverlierer der Wahl fest. Sie hat den Riesenfehler gemacht, daß sie nicht voll auf Rau als Kohls Gegenspieler gesetzt hat.“ Pseudowissenschaftliche Legitimation für das Post-Wahlkampfkosten-Verteilen. Weiter so, Meinungsforscher, money makes the world go around. Letztes Stichwort in dieser neuen Wahlkampftheorie: Sonderwahlkampf. Wir und ihr: Das ist schlecht für uns. Abspalten von der Solidarität, Zerspalten unserer Stärke. Und hat nicht jeder Landesverband, jeder Bezirk, jede Kandidatin, jeder Kandidat seinen eigenen Sonderwahlkampf geführt – für sich und uns und Johannes Rau?

Da konnte keine runde Sache draus werden. Zweimal halbrund – eine elliptische Wahlkampfführung. F^1 = Bonn und F^2 = Düsseldorf. Das Zentrum der Kreativität und Ideenfindung, der Organisation und Umsetzung, auch der Zielsetzung für Kritik, der Anlaufpunkt für Anregungen blieben auf der Strecke zwischen diesen beiden Koordinaten. Da geht dann über Land viel Energie verloren. Bis alles auf einen Punkt gebracht wurde, war es schon viel zu spät.

Und es kamen eben halbrunde Sachen heraus. Zum Beispiel der Fernsehspot. Erstens das Symbol, der Ellenbogen, Sprechtext. Zweitens Statements, es spricht der Bürger, die Bürgerin. Drittens der Kandidat. „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen“, muß das Leitmotiv des Regieeinfalls gewesen sein. Es hat nichts gebracht – keine zusätzliche Aufmerksamkeit. Ich teile K. K. G.-Schirners nostalgische Wehmutter (Der Spiegel, 19. 1. 1987). „Dabei hatte die SPD bei der letzten Bundestagswahl die besten TV-Spots seit Menschengedenken. Potentielle Wähler beim inneren Monolog auf dem Weg zum Wahllokal, eine Mischung aus Lindenstraße und James Joyce.“ Und unterschreibe seine Kritik: „Wenn etwa der SPD-Wahlkampfchef [gemeint ist Harry Walter] sagt, er mache Werbung für die Oma mit der Plastiktüte, schön schlicht, dann ist das diffamierend. Die Oma ist nicht weniger interessiert, wahnhaft und unnormal wie wir alle.“ (Die Zeit, 23. 1. 1987).

Aber da gab es ja Ansätze, Versuche. Großveranstaltungen mit Johannes Rau, mit Talkshow, mit integrierter, nicht aufgesetzter, aufgepropfter Kultur. Text- und Themenplakate, verschiedenfarbig. Farbsignale gegen Eintönigkeit, achtmal „Mehrheitspla-

SPD

SPD SPD

**Mehrheit
für
soziale
Gerechtigkeit.**

**Mehrheit
für
Bürgerrechte.**

**Mehrheit
für
gefährlose
Energiequellen.**

**Mehrheit
für
Gleich-
berechtigung.**

**Mehrheit für
gerechte gesunde
Steuern. Umwelt.**

Foto: Eduard Fiegel

kate". Nürnberg umgesetzt. Die Kritik: Die Botschaften waren abstrakt. Warum nicht ein Plakat zum Babyjahr für Trümmerfrauen als dem größten sozialen Unrecht, als Beispiel dafür, was Sozialdemokraten unter sozialer Gerechtigkeit verstehen. Warum nicht eine Betroffene mit Bild und Wort plakativ in Erscheinung treten lassen? Und diese Bilder und Aussagen in Anzeigen wiederkehren lassen? Und in den Themenbroschüren – damit man uns wieder kennt und wiedererkennt! Kritik an Äußerlichkeiten, Darstellungsformen, gewiß, aber diese bilden doch „nur“ die Inhalte ab. Und deren Vielfalt war ebenfalls verwirrend. Acht Bausteine so zusammenfügen – und das in kurzer, hektischer Wahlkampfzeit –, daß daraus eine solide Plattform für den einen Spitzenkandidaten und die 248 in den Wahlkreisen wird, das ist eine wackelige Angelegenheit. Vier tragende Pfeiler zum Beispiel wären kräftiger gewesen. Die Arbeit der Zuspitzung erfordert gute Handwerkskunst.

Der Beschuß, das Meinungsbild der Partei muß sich im Bild der Partei auf der Straße wiederfinden. Nicht jeder – aber jeder Schwerpunkt. Ein Schwer-

SPD-Wahlkampfplakate

punkt der innerparteilichen Kontroversen, der gesellschaftlichen Debatte, der Meinungsbildung von Nürnberg war der Ausstieg aus der Atomenergie. Der Parteirat von Hannover, ein semantischer Kraftakt: Umstieg statt Ausstieg (wg. Grün), nein, dann doch Ausstieg, die Überwindung eines Tabus durch die Benutzung eines Wortes (ein „Wort des Jahres“ 1986, Spitzenreiter noch vor „black-out“), ein Wort, das verstanden, dem mit großer Mehrheit (jetzt zitiere ich sie doch, die Meinungsforscher) zugestimmt wird. Realistische Konzepte der Hauff-Kommission, die Möglichkeit, glaubwürdig die Lernfähigkeit der Traditionspartei SPD darzustellen. Willy Brandt auf der Lorelei: „Unser Nein zu Atomwaffen war richtig, unser Ja zur Atomkraft war falsch.“ Die große Beschußmehrheit von Nürnberg, die Formulierung des Wahlprogramms. Aber wo war sie denn, die von uns initiierte breite Debatte, das Pro und Kontra, der Dialog mit Kolleginnen und Kollegen aus der Energiewirtschaft: die Offensive. Aus Angst vor der Ängstlichkeit wurde sogar auf den

entsprechenden Themenplakaten das Wort Atom vermieden. Nix war, weg war's, das Thema. Eine Chance der Mobilisierung der Engagierten vertan. Ein „Catch-all-Thema“ vergeben. Und solche Themen, solche Initiativen, umgesetzt in Aktionen und Veranstaltungen, brauchen wir, wenn wir nicht nur milieugerechte Klientelpartei sein wollen, wo wir doch eine Mehrheitspartei sind. Das heißt auch Themen, die aus dem orthodoxen Strickmuster herausfallen, Überraschungseffekt haben. Zum Beispiel gesunde Ernährung. Und unbequeme Themen: Sozialdemokraten sind keine bequeme Wahl. Meinungsführerschaft – ich mag dieses Wort nicht – erwirbt man nicht durch die Anpassung an die Angepaßten. Zum Beispiel Armut und Ausbeutung der von uns zur Dritten gemachten Welt. Es ist eine der Dummmheiten der Deutschen, daß Willy Brandts Wirken im Nord-Süd-Dialog eher in der „Times“ gepriesen wird als in den bundesrepublikanischen Medien, ja selbst in der eigenen Partei. Und: Frechheit siegt. Da instandbesetzt die CDU den Zukunftsbegriff, die FDP kupsert nach – und wir setzten uns in der selbstgestalteten Spiegel-Anzeige damit auseinander, daß es doch wohl nicht so geht, weil . . . Redlich, ja, pfiffig, nein – „Alle reden von der Zukunft, wir arbeiten für sie“ – Versuch einer Antwort.

Die Offensive der Themen, wir haben sie nicht geschafft. Den überraschenden „single issue“, den wir zu einem „Catch-all-Thema“ hätten gestalten können, den gab es nicht. Doch solche neuen Überra-

schenden Offensiven brauchen wir – neben den traditionellen konkreten Regierungsalternativen. Ich plädiere für eine derartige neue Sachlichkeit unserer Politik. Und ein neues Design, das nicht nur jedem Milieu ein Stück Identität gibt, sondern uns allen eine. Das muß wohl eine neue sein, Sonst gibt's bald die Arbeitsgemeinschaft der notleidenden Sozialdemokraten im Dienstleistungsbereich, die Projektgruppe „Der junge Wähler“, eine weitere „Die junge Wählerin“ usw. usw. Ab durch die Mitte in die Schubkästen, da können wir nur baden gehen. Wenn wir weiter mit einem Auge auf die Professionalität der CDU, mit dem anderen auf das Unkonventionelle der Grünen schielen, werden wir unsere Ziele und Zielgruppen nicht fixieren, werden wir unsere Identität aus den Augen verlieren. Führen wir eine Kampagne gegen das neue rechte Deutschland, wie es unter Pervertierung von Bloch- und Luxemburg-Zitaten durch Strauß und Co. verkörpert wird, und verbinden sie mit einer Offensive gegen die Diffamierung als Alt-Systempartei, wie sie von den Grünen, die für sich die Gnade der späten politischen Geburt reklamieren, geführt wird. Zimmern wir unsere Möbel selber, statt eingekquetsch zwischen allen alten Stühlen zu sitzen. Aus der Sinus-Kurve können wir rechts wie links herausgeschleudert werden. Schlittern macht wacklige Knie. Da muß richtig gesteuert werden. Dann sind die 37 Prozent vom 25. 1. 1987 ein Stabilisierungsschritt. Wir werden die Kurve schon kratzen.

Siegmar Mosdorf

Die SPD muß die Partei des neuen Fortschritts werden

Der Diplom-Verwaltungswissenschaftler Siegmar Mosdorf, Jahrgang 1952, war IG-Metall-Gewerkschaftssekretär und ist seit 1981 Leitender Landesgeschäftsführer der SPD in Baden-Württemberg. Veröffentlichungen: Die sozialpolitische Herausforderung – Wohlfahrtsstaatskritik, Neue Soziale Frage und die Zukunft der deutschen Sozialpolitik, Köln 1980.

Das Ergebnis der Bundestagswahl signalisiert mehr gesellschaftspolitische Bewegung als es durch die schlichten Zahlen zum Ausdruck kommt: CDU – 4,6 %, CSU – 4,3 %, FDP +2,1 %, Regierungskoalition – 2,4 %, SPD – 1,2 %, Grüne +2,7 %, Opposition +1,5 %, rechte Kleinparteien +0,6 %, Wahlbeteiligung – 4,7 %.

Die Veränderung der Verhältnisse ist größer als die Veränderung der Zahlen. Eine „Schicksalswahl“ sollte es nach der Meinung von Franz-Josef Strauß werden. Der CDU-Generalsekretär Geißler sprach mehr unter parteitaktischen Gesichtspunkten von einer „Durchsetzungswahl“. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommentiert das Wahlergebnis mit der Überschrift „Doch keine Episode“. Eine Episode ist diese Kohl-Regierung nicht. Doch das Konzept, diese Wahl zu einer Durchsetzungswahl zu machen, ist gescheitert. Die Kohl-CDU steht heute weder für den christlichen noch für den nationalen Konservatismus, sie steht auch nicht für einen modernen, liberalen Konservatismus. Unter Kohl verschwindet immer mehr die „Corporate Identity“ der CDU. Die CSU, das parteipolitische Bollwerk der Rechten in Deutschland, wirkt immer zahnloser und programmatisch merkwürdig leer. Das führt zu neuen Bewegungen rechts. Die FDP ist dabei, ein neues Profil zu suchen, das Genscher un längst mit „Frei-

heits-, Fortschritts- und Friedenspartei“ umschrieb. Heute aber steht die FDP nur noch für das Image einer Oberschichten-Wirtschaftspartei mit Genscher als Symbol einer möglichen Außenpolitik. Das reicht bei Wahlen ohne Zweitstimmensystem aber nicht aus. Die Grünen hatten in den letzten Monaten Schonzeit, und deshalb ist die Entscheidung noch nicht gefallen, ob der Weg einer radikal-liberalen grünen FDP eingeschlagen wird oder ob sich die SPD-Renegaten durchsetzen. Im ersten Fall werden die Grünen früher oder später Regierungsverantwortung übernehmen, im zweiten Fall werden sie zur Sekte.

Die SPD hat schon früh erkannt, daß die Krise 1982/83 kein Betriebsunfall war, sondern daß die sozialdemokratische Vision für das 21. Jahrhundert neu entwickelt, der Horizont erweitert und danach der Kompaß für den Weg dorthin neu justiert werden muß. Insofern war diese Bundestagswahl auch historisch nicht zu gewinnen. Der Prozeß der programmativen Erneuerung und der Öffnung für neue soziale Schichten muß deshalb jetzt entschlossen fortgesetzt werden. Nicht Koalitionsdiskussionen sind jetzt angesezt, sondern Programm- und Standortdiskussionen und Diskussionen über den richtigen Weg zum Erfolg. Die SPD wird dann wieder Wahlerfolge erzielen, wenn sie zwischen dem sich jetzt noch mehr abzeichnenden schwarzen und dem grünen Fundamentalismus für eine sozialdemokratische Reformpolitik steht. Dazu muß an der Aufklärung angeknüpft, aber zugleich eine neue politische Kultur der Aufklärung entwickelt werden. Die SPD muß als moderne Volkspartei für den „neuen Fortschritt“ stehen.

Die SPD muß aber auch neue Formen der Mitwirkung „an der Willensbildung des Volkes“ finden. Die neuen Arbeits- und Lebensstile, die neue Alltagskultur der Menschen verlangt nach einer „neuen Präsenz“ der Partei in der Gesellschaft. Jetzt muß die SPD weiter programmatisch erneuert, sozial geöffnet und organisatorisch gestärkt werden. Die Zeit der Fundamentalismen geht vorbei, und die SPD hat wieder eine Chance, wenn sie die Reformpartei der Zukunft ist.



Alles Gute von bester Güte.
Tag für Tag in aller Frühe
frisch. Das sehen Sie. Das
schmecken Sie.

WIR
WOLLEN
FÜR SIE
BESSER
SEIN.

co
op

Thema: Kulturpolitik

Auf dem Wege zur Kulturgesellschaft? Wider den Zeitgeist

Die politische Kultur in der Bundesrepublik kennt keine Metropole. Große Politik findet in Bonn statt; der Kommerz in Düsseldorf, in Frankfurt am Main, in Stuttgart oder München; die Mehrzahl der wichtigen Blätter erscheint in Hamburg, und die Reste an Metropolenkultur gedeihen – Filz und Wirtschaftskriminalität zum Trotz – in Berlin. Uns fehlt ein Ort, an dem Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst sich tagtäglich ungezwungen treffen. Also das literarische Café als Zweitwohnung. Doch wer kann sich schon ein „Romanisches Café“ in Bonn vorstellen?

Angesichts dieser intellektuellen Wüste lud das „Kulturforum der Sozialdemokratie“ im Dezember 1985 zu einem Hearing zum Thema „Kultur“ ins Foyer des „Erich-Ollenhauer-Hauses“ ein. Rund 70 Partei- und Kulturfunktionäre, Journalisten, Theoretiker und Künstler trafen sich hier. Die unfreiwillig niedrige Quote der Maler, Schriftsteller, Poeten, Musiker, Filmemacher usw. erklärt sich nicht zuletzt daher, daß freischaffende Künstler in der Regel nicht bei einer Dienststelle angestellt sind, bei der sie nachträglich ihre Reisekosten bzw. Tagesspesen abrechnen können. (Für die nächste Diskussionsrunde wird man sich also etwas einfallen lassen müssen.)

Der kontroverse Diskurs über das, was im neuen SPD-Grundsatzprogramm zum Schwerpunkt Kultur erscheinen soll, blieb notwendigerweise überwiegend theoretisch und grundsätzlich. Laut Immanuel Kant, den Hermann Glaser zitierte, ist freilich die Praxis in unserem Fall, also die Kulturpolitik, häufig deshalb so schlecht, weil die Theorie so gänzlich fehlt.

Auch der in einigen Redebbeiträgen vorgetragene massive Angriff auf das Vokabular des „linken deutschen Geistesadels“ beruht letztlich auf einem – so Hermann Glaser – „fundamentalen Mißverständnis“ der deutschen Sprachgeschichte. Denn die analytische Sprache eines Karl Marx ist im Gegensatz zum engen soldatischen Deutsch Wilhelms II. nie für das Grimmsche Wörterbuch „verzettelt“ worden. Nichi zuletzt deshalb wurde auch das sozialwissenschaftliche Vokabular an den deutschen Schulen sowohl vor als auch nach Hitler nur selten gelehrt.

Die wichtigsten Stichworte des hier dokumentierten Disputs lauten: Europäische Identität, progressive Intelligenz, Moderne, Aufklärung, Arbeitswelt, Staatsgläubigkeit, Parteikultur, neuer Provinzialismus, Schlittenvereine, postmoderner Flitter, Prager Frühling, Ausgrenzung und Restkultur. Kurzum, man stritt sich – oft leidenschaftlich – über Kunst und Kultur, über die Krise der Arbeitsgesellschaft, über Kulturkonservatismus, über Kreativität und Glück, also letztlich über eine Utopie für alle.

Die deutsche Sozialdemokratie übte erneut die Debatte über Inhalt und Form. Und so verwandelte sich für ein paar Stunden das – sicherlich Mitte der 70er Jahre bewußt unpersonalisch-modernistisch gestaltete – Foyer des Erich-Ollenhauer-Hauses in einen Treffpunkt der republikanischen Intelligenz. Nur das Ambiente des „Romanischen Cafés“

fehlte so ganz und gar. Aber dies könnte noch werden. Es müssen ja nicht unbedingt kleine runde Marmortische sein, an denen man speist. Aber ein starker Schwarzer mit frischer Sahne oder ein Calvados mögen es schon sein. Auch zusätzliche Gäste sollte man laden. Ich denke zum Beispiel an engagierte Philosophen wie Oskar Negt oder Jürgen Habermas, an experimentelle Maler wie Johannes Grützke, Wolf Vostell oder Ulrich Baehr, an moralisch-polemische Essayisten wie Henryk M. Broder oder Walter Dirks, an engagierte Schriftsteller wie Wolfgang Koeppen oder Günter Grass, an Theaterleute wie Heiner Müller, Peter Stein, Dieter Sturm oder Volker Canaris, usw., usf. . . Kurzum an all jene, die nach wie vor im Schatten der Postmoderne für eine emanzipatorische Politik einireten.

Die Bundestagswahl liegt hinter uns, und die innerparteiliche Diskussion über das neue Grundsatzprogramm kann beginnen. Besonders der Kulturteil des Irseer Entwurfs ist heftig umstritten. So polemisierte z. B. jüngst Diether Dehm (Lerryn) in der politökonomischen Vierteljahreszeitschrift „spw“: „Erhard Eppler hat in Rücksprache mit Erhard Eppler den Kulturteil des neuen Programm-Entwurfs der deutschen Sozialdemokratie geschrieben. Erhard Eppler schreibt über viele Themen zwischen Bergpredigt und Naturschutz, d. h. Gott und die Welt . . . Der Beitrag ist nicht die Folge der Parteidiskussionen über Kultur, die etwa seit drei Jahren (z. B. vom ‚Kulturforum‘) organisiert werden, sondern er ist ‚autonom‘ hingehauen. Aber – das ist sonst nicht Epllers Art – ohne Impuls und Impulsivität. So bleibt sein Ersatz-Entwurf ein Entwurf-Ersatz, und er tituliert dieses Utopie-Surrogat ‚Kulturgesellschaft‘, was immer dies auch sein möge. Als ob nicht jede Gesellschaft eine Kultur habe. Als ob wir nicht fragen müßten, welche Kultur da unsere Gesellschaft durchziehen soll, besser gefragt: welche Kulturen? Und als ob wir nicht in Bezug auf die Kulturen die klassische Frage ‚Wer gegen Wen?‘ stellen müßten, reicht es Eppler hin, daß eine künftige Gesellschaft Kultur hat . . . Mich interessiert Kulturarbeit eigentlich nur in Bezug auf jene Gesellschaft, die nicht mehr durch die Logik des monopolisierten Finanzkapitals geprägt ist, mich interessiert Kulturarbeit als systematische Schwächung der Ausplündierung aller drei Welten. Mich interessiert Kulturarbeit und Kultur schwerpunktmäßig also in Bezug auf die Gesellschaft, die wir mit Fug und Recht ‚Sozialismus‘ nennen werden.“

Diese zugespitzte Argumentationsweise ist durchaus charakteristisch für die aktuelle Diskussion in der Sozialdemokratie über ästhetische Probleme, kulturelle Traditionen und Kultur- und Kunstpolitik. Noch eine Anmerkung vorab: Wir sollten die Kritik nicht personalisieren, denn erstens ist Erhard Eppler nicht alleine für den Kulturteil des Irseer Programmentwurfs verantwortlich und zweitens beginnt die Diskussion ja gerade erst! Wir rufen alle Interessierten zur Debatte auf und veröffentlichen in diesem Heft einige der damaligen kontroversen Beiträge.

Tilman Fichter

Peter Glotz

Projekt der Moderne

Dr. Peter Glotz, Jahrgang 1939, ist Bundesgeschäftsführer der SPD.

Die kulturelle Identität Europas ist in der gegenwärtigen Situation bedroht. In einem – wie ich finde – der bedeutendsten Bücher über Europa, von Eugen Rosenstock-Huessy, in den dreißiger Jahren geschrieben, steht der Satz: „Europa verkörpert einen Kulturanspruch, der nicht in der Landkarte steckt, sondern in der einheitlichen Herkunft Europas aus dem Abendland.“ Wenn ich davon ausgehe, daß das richtig ist – und ich glaube, es ist richtig – und gleichzeitig analysiere, was heute mit neuen Medien und aufgrund der Internationalisierung der Medienszene durch die technische Entwicklung im westlichen Teil Europas, aber auch im östlichen Teil Europas unter unterschiedlichen Vorzeichen passiert, dann sehe jedenfalls ich die Gefahr der Einebnung der kulturellen Identität. Ich habe vor einigen Wochen an einer sehr interessanten Diskussion teilgenommen, zu der der österreichische Bundeskanzler Sozialdemokraten und Kommunisten eingeladen hatte. (Dialog über die Grenzen, Gespräch zwischen Fred Sinowatz, Béla Köpeczi, Hans-Joachim Hoffmann und Peter Glotz in NG/FH, Heft 11, November 1985, S. 982 ff.). Was da deutlich geworden ist an kulturellen Gemeinsamkeiten zum Beispiel zwischen den Ländern Ungarn/Österreich und Deutschland/Deutschland an gemeinsamer Geschichte, aber auch an Gefahren durch Überschwemmung und Überfrendung der Nationalkulturen, so z. B. der unterschiedlichen Kulturen in Westeuropa, bedingt durch die Internationalisierung der Medien, durch eine Denver- und Dallas-Kultur einerseits und auf der anderen Seite im Osteuropa durch eine von der Moskauer Zentrale gesteuerte Ideologie, ist bemerkenswert. An diesen Beispielen kann man sehen, warum Kultur heute in der politischen Diskussion über die Europäisierung Europas eine sehr viel größere Rolle spielt, als dies in den fünfziger Jahren der Fall gewesen ist.

Ich möchte meine These an einem einzigen Beispiel belegen: Wenn man die New York Times aufschlägt oder eine der anderen internationalen großen Zeitungen, dann konnte man in den vergangenen Jahren immer wieder über das deutsche Filmwunder lesen. Von Kluge und von Wenders und von Herzog

und von vielen anderen. Andererseits sehe ich aber, wie in den kleinen Städten der Bundesrepublik die letzten Provinzkinos von einer großen amerikanischen Kette aufgekauft werden und unter diesen Umständen nur noch bestimmte Staffeln – neun Filme, davon acht amerikanische – nach der Machart „Der weiße Hai“ gespielt werden können, dann zeigt dies das Problem des deutschen „Filmwunders“ von einer ganz anderen Seite.

Ich denke zweitens, daß die Sozialdemokratie dabei ist, aus Versäumnissen der siebziger Jahre zu lernen. Meine These ist, daß kulturelle Bewegungen von der SPD oft viel zu spät beachtet und auch zuwenig wichtig genommen worden sind. Ich glaube, wir waren zu sehr beschäftigt mit dem Bauen von Kernkraftwerken oder der Diskussion um die Stationierung von Raketen. Ich frage mich zum Beispiel, ob wir Tagungen wie „Mut zur Erziehung“ oder den „Tendenzwende-Kongreß“ in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1973 ernstgenommen oder als feuilletonistische Ereignisse abgetan haben? Auch dies ist für mich ein Grund, warum ich glaube, daß Kultur im SPD-Grundsatzprogramm des Jahres 1988 einen größeren Stellenwert haben muß, als im Godesberger Programm 1959. So hat zum Beispiel die Diskussion um das geplante Mahnmal in Bonn oder die beiden Geschichtsmuseen in Bonn und Berlin – um nur zwei kulturelle aktuelle Debattpunkte herauszugreifen – durchaus dieselbe Bedeutung wie manches, was in der Verteidigungspolitik oder in der Sozialpolitik im Bundestag und in der politischen Öffentlichkeit diskutiert wird. . . Hier noch kurz einige unfertige Thesen zum Kulturteil des neuen Programmentwurfs:

Thesen zur Kulturpolitik

Erstens: Ich glaube, wir sollten in dieser Programmdiskussion davon ausgehen: Ein Volk hat nicht nur *eine* Kultur. In solch großen Gesellschaften wie der unseren, wahrscheinlich in allen, auch in kleineren, existieren mehrere Kulturen nebeneinander, Gruppen, Regionen, Schichten, Klassen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften schaffen und leben in Kulturen. Die Ausdrucksformen umfassen, wenn man einen breiten Kulturbegriff gebraucht, die unterschiedlichsten Elemente, Eßgewohnheiten und Körperkultur genauso wie Malerei, Literatur und Musik.

Das heißt also: Ich denke, wir werden ausgehen von einer Reformaufgabe in diesem Programm; der Reformaufgabe, diese Gesellschaft zu einer Kulturgesellschaft weiterzuentwickeln, und wir werden

dann einen sehr weiten Kulturbegriff verwenden, der eben nicht nur sozusagen klassische Hochkultur und Repräsentativkultur unter den Begriff Kultur faßt, sondern dies sehr viel weiter umgreift.

Zweitens: Ich behaupte, auch wenn Kultur immateriellen Reichtum schafft, existiert sie auf einer stofflichen Grundlage. Die Entstehung und das Vergehen bestimmter Kunstformen beispielsweise ist nicht nur von irgendwelchen autonomen geistigen Strömungen bestimmt, sondern auch von der scheinbaren Frage, wo eine Kunst gefilzt werden kann, wer sie bezahlt. Und deswegen ist eine bewußte Kulturpolitik notwendig, nicht, um Kultur zu leiten, das wollen wir nicht, um sie zu censieren oder von Staats wegen zu beeinflussen, sondern um ökonomische Strukturen zu erhalten. Ich habe das am Beispiel des Films gerade deutlich zu machen versucht. Sozialdemokratische Kulturpolitik müßte davon bestimmt sein, die immateriellen Reichtümer der vielfältigen Kulturen zu schützen vor Verdrängungen und Verbanzung, aber auch vor elitärem Besitzanspruch und musealer Erstarrung.

Drittens: Und das ist etwas, was noch breiter in die Diskussion der Sozialdemokratie eingeführt werden muß. Kultur sollte nicht einfach mit dem Guten, Schönen und Wahren gleichgesetzt werden. Auch Demagogen, Kriege und Unterdrückung erzwangen Kultur. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts gibt es auch eine Imagination des Bösen. Die Sozialdemokratie bleibt der *aufklärerischen Moderne* und auch dem Anspruch auf kommunikative Verständigung zwischen den Menschen verpflichtet. Aber wir müssen den Unterschied zwischen poetischer und politisch-moralischer oder moralisch-praktischer Rede beachten und dürfen uns nicht einfach naiv zum Positiven bekennen, zum Konstruktiven, zum Aufbauenden. Was ich damit sagen will, ist: Ich bin ganz sicher, daß dieses Programm keine parteioffizielle Ästhetik festschreiben wird. Gerade für eine Partei, die aus unterschiedlichen Wurzeln lebt, kann es so etwas nicht geben. Ich bin allerdings auch skeptisch gegenüber einem ästhetischen Agnostizismus, der im Endeffekt einfach zur Affirmation, zur Bestätigung von kleinbürgerlichen Lebens- und Ausdrucksformen führen könnte.

Vierte These: Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen fördern Sozialdemokraten im Feld der Kultur jene Ansätze und Wege, die möglichst viele Menschen befähigen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Den Fehler allerdings, den über 20 Jahre viele von uns gemacht haben, Kultur sozusagen in der Bildungspolitik verschwinden zu lassen, sollten wir in

der Zukunft nicht mehr machen, auch nicht im Programm. Die SPD muß sich kümmern um die Meinungsführerschaft einer an die Aufklärung gebundenen Linken, – aber eben nicht als eine Art propagandistischer Beherrschung der Massen, sondern durch eine freie und vielseitige hin- und hergehende Kommunikation, also als Selbstverständigung dieser Massen. Daraus folgt eine These, die sicher heute auch umstritten sein wird. Ich glaube, die Sozialdemokratie müßte sich kümmern um die Förderung einer demokratischen Massenkultur. Sie bleibt, oder sollte bleiben, den klassischen Begriffen etwa von Popularität und Verständlichkeit verpflichtet, ohne daraus irgendeinen monolithischen Kulturbegriff zu entwickeln, der sie etwa dazu verleiten sollte oder könnte, hermetische Ausdrucksformen, schwer verständliche Ausdrucksformen abzulehnen oder gar gegen sie kampagnenhaft vorzugehen, wie das bei Aufstellung eines Denkmals oder Aufhängen eines modernen Bildes sicher in der Kommunalpolitik häufig erlebt werden kann. Die Arbeit der Bildungsbewegungen war eine der Wurzeln der Sozialdemokratie. Und die verschiedenen Ströme, die Volksbühnenbewegung, die Volksbibliotheksbewegung, Leseclubs, Lesezirkel, was es alles gab, Emporlesebibliotheken beispielsweise im zweiten und dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, die Landschulheimbewegung, die Gesamtschulbewegung, dies alles richtete sich auf die Befähigung der Menschen, aktiv und auch autonom auf Kultur zu reagieren und Kultur zu schaffen. Und deswegen die These: Im Zeitalter der Privatisierung und Kommerzialisierung der neuen elektronischen Techniken oder unter dem Druck dieser Privatisierung wäre eine zeitgemäße Wiederbelebung der Bildungs- und Kulturbewegungen eine der zentralen Aufgaben sozialdemokratischer Politik. Zeitgemäß würde heißen: nicht der Versuch, die Volksbühnenbewegung heute erneut zu beleben. Aber bezogen auf die heutige Situation glaube ich, sollte man unter dem Begriff Qualifizierungs offensive, der jetzt häufig gebraucht wird, eben nicht nur, was auch notwendig ist, technokratisch Weiterbildung verstehen, berufliche Weiterbildung, die notwendig ist, lebenslanges Lernen, sondern darüber weit hinausgehen: nämlich die Menschen befähigen, mit ihrer für sie verfügbaren Zeit aktiv umgehen zu können; kulturelle Angebote zu machen, die Alternativen zu passiver Berieselung bieten.

Zu meinem letzten Punkt: Ich glaube, daß die Sozialdemokratie gute Gründe hat, Kultur und die Diskussion um Kulturpolitik auch zu benutzen zur Veränderung ihres eigenen Parteilebens, ihres Um-

gangs, des Umgangs der Sozialdemokraten, der Menschen miteinander. Ich spreche beispielsweise von der Toleranz verschiedener Kulturen in einer so großen Volkspartei wie der SPD, aber auch über unsere manchmal gegebene Fähigkeit, häufiger auch gegebene Unfähigkeit, Veranstaltungen zu organisieren, die jungen Leuten gefallen oder Veranstaltungen, an denen Frauen oder gar Frauen mit Kindern mit Vergnügen teilnehmen können; all dieses, das öffentliche Eintreten und kreative Werben für politische Ziele, wie man was eigentlich gestaltet, wie man Kultur nicht nur als Garnierung verwendet, sondern eben auch als eine Veränderung des Umgangs miteinander. Dies ist auch eine Konsequenz, die ich mir verspreche aus einer lebendigen kulturpolitischen Diskussion in den nächsten Monaten und Jahren, bis zum Beschuß dieses Programms.

Sie wissen, dieses Programm soll beschlossen werden auf einem besonderen Parteitag, wohl 1988. Das heißt, es wird noch viel Gelegenheit sein, über das, was da drinstehen soll, zu diskutieren. Damit verbinde ich die Bitte, an dieser Diskussion teilzunehmen. Wir wollen nicht nur eine Diskussion innerhalb der SPD führen.

Freimut Duve Fingerübungen/ Fingerhakeln

Freimut Duve, Jahrgang 1936, ist Mitglied des Deutschen Bundestages, Obmann der AG Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion und Verlagslektor, seit 1970 Herausgeber der politischen Taschenbuchreihe „rororo-aktuell“, seit 1974 Herausgeber der Vierteljahreszeitschrift „Technologie und Politik“.

Man sollte darauf aufmerksam machen, daß diese Diskussion nicht erst jetzt beginnt, sondern daß sie in der Grundwertekommission über die ganzen 70er Jahre in allen Papieren geführt worden ist, die diese Kommission unter der Leitung von Erhard Eppler vorgestellt hat. D. h. die kulturpolitische Dimension der Sozialdemokratie ist in dieser Arbeit der Grundwertekommission in jeder Zeile zu spüren und auch ganz konkret zum Ausdruck gebracht worden. Ich sage das, weil ich mit großem Gewinn seinerzeit an vielen dieser Diskussionen teilgenommen habe.

Es wäre jetzt schön, meine ich zu Peter Glotz, sozusagen nach Deinen Fingerübungen jetzt mit Fingerhakeln anzufangen. Morgendämmerung für das Abendland. Du hast einen berühmten Europäer zitiert, den manche von uns in den 50er Jahren mit freundlicher Skepsis gelesen haben. Ich möchte ein paar Bemerkungen machen, die nicht unmittelbar eingehen auf das, was Du gesagt hast.

In einer Botschaft an den amerikanischen Kongreß wenige Wochen nach Hiroshima sagte Präsident Truman, die Freigabe der Atomenergie bedeute eine neue Macht. Zu revolutionär, um innerhalb des Rahmens von alten Ideen betrachtet zu werden. Also eine sehr optimistische Äußerung. Wäre das elektronische Zeitalter, wäre die Kultur der Einschaltquote auch durch einen singulären Akt eingeleitet worden, man hätte wohl ähnliche Worte finden müssen. In der Tat, was durch das Massenmedium Fernsehen mit unserer Kultur geschieht, ich will es nicht bewerten, sondern nur feststellen, scheint auch jetzt nach 30 Jahren, ich zitiere noch einmal Truman, allzu revolutionär, um innerhalb des Rahmens von alten Ideen betrachtet werden zu können. Wenn wir Sozialdemokraten uns mit der Kultur für unsere Programmdiskussion befassen, tun wir gut daran (Peter Glotz und andere haben es getan), diese fundamentale Zensur, die die Kombination von Elek-

tronik und Kommerzialisierung bewirkt, mit im Zentrum unserer Diskussion zu sehen.

Ein kleiner Exkurs! Die neuen optischen und akustischen, elektronischen Elemente, mit denen Tagesthemen und Tagesschau der ARD, aber auch die „heute“-Sendung eingeleitet werden, sind von amerikanischen Computern und einer neuen Gruppe von elektronischen Designern hergestellt worden. Ich drücke mich da sehr umständlich aus. Ich kenne nicht einmal die Bezeichnung für diesen Beruf. Ich weißt auch nicht genau, wie das gemacht wird, und möglicherweise sind hier im Raum höchstens zwei oder drei, die jetzt aus dem Stand sagen können, wie diese Bild- und Tonfolge hergestellt wird. Ich vermute, daß die Künstler, die daran mitgewirkt haben, selbst die elektronischen Vorgänge, die diese Bild- und Tonfolge ermöglichen, im einzelnen nicht kennen und nicht nachvollziehen können. Ich persönlich kenne für mein ästhetisches Empfinden kaum etwas vulgäres als diese Nichttöne und diese bewegten Nichtbilder. Buchstaben werden gebildet, und welch trefflicher Zufall, gleich wieder aufgelöst, bevor dann der Tagesschausprecher anfängt. Ich bin nicht stolz auf meine Ignoranz und meine Befremdung, ich stelle sie nur fest. Wer immer hier den Anspruch erhebt, Urheber zu sein für diese Sphärenästhetik, der ist der zur Zeit meist wahrgenommenste Urheber eines Werkes in unserer Gesellschaft. Ich will diese elektronischen Designer nicht herabsetzen, ich will darauf aufmerksam machen, daß Abend für Abend mehr Deutsche dieses Werk wahrnehmen, über die Summe eines Jahres hin also Hunderte von Millionen Wahrnehmungen, wesentlich mehr, als alle Malereien der modernen Malerei wahrgenommen worden sind vom Publikum. Diese Elektronik verändert Wahrnehmen, verändert unser Empfinden und unsere ästhetischen Maßstäbe, aber die, die wir hier sitzen, wahrscheinlich nicht mehr sehr. Wir sind geprägt durch eine Welt – wie wir Bilder sehen und Töne hören –, die vor dem Fernsehen existiert. Aber das Fernsehen wird das Tönenhören und Bildersehen unserer Kinder ganz entscheidend von Anfang an bestimmen. Soweit dieser Exkurs.

Ich meine, wegen dieser hier geschilderten Probleme sollte unsere Kulturdebatte frei sein vom Pathos hochbeschwingter Kulturbeschwörung. Wo wir solche Gefahren grundsätzlicher Art sehen, ist kultureller Zweckoptimismus fehl am Platz. Es hat auch wenig Sinn, die heile Welt der Kulturpolitik zu beschwören, wo nun der großartige kleine David gegen das Satellitenfernsehen ankämpfen soll, wenn wir nicht zugleich auch die machtpolitische Frage stel-

len: Welche Rahmenbedingungen können wir etwa dem kommerziellen Fernsehen jetzt noch aufzwingen? Es hätte auch wenig Sinn, die Zukunft der politischen Kultur zu beschwören, wenn wir nicht zugleich darüber nachdenken, wie Fernsehkultur auch die Strukturen des politischen Lebens der Parteien und der Gewerkschaften verändert. Es scheint mir daher attraktiv, aber schwierig, von der kulturellen Hegemonie der Linken zu sprechen, wenn etwa die Zahl der Unternehmer, die über das Personal in den Massenmedien bestimmen, heute schon weit unter 100 ist, jedenfalls wesentlich weniger als die Hälfte der von Paul Sethe mal genannten Zahl von Unternehmern, und wenn die linke Publizistik eher im Sterben als am Blühen ist, übrigens auch in den USA. Es ist nicht leicht, die Entstehung einer demokratischen Massenkultur zu fordern, wenn wir den Verfall von Öffentlichkeit, die Tyrannie der Einschaltquote noch nicht – auch gedanklich noch nicht – verarbeitet haben.

1. Kultur des Lebens: Wieder ein kleiner Exkurs! Als Bundestagsabgeordneter verbringe ich derzeit meine Samstagnachmittage in Vorweihnachtswochen in den Seniorenheimen und Altentagesstätten, um mit alten Menschen Weihnachten zu feiern. Die älteren Menschen freuen sich über die Sozialdemokraten, die diese Feiern ausrichten. Sie singen Weihnachts-, in Hamburg Seemannslieder, sie erinnern sich der Schlager ihrer Jugend. Letzten Samstag waren es drei Schlager der 20er Jahre, die ein Klavierspieler spielte und die sie alle mitsingen konnten, aber sie summten auch bei Beatles-Liedern mit. Warum dieser Einschub? Ich spreche von der Frage, ob wir Sozialdemokraten so etwas entwickeln können, definieren können wie eine Kultur des Zusammenlebens, eine Kultur des Lebens. Erhard Eppler hat in seiner bedeutenden Waiblinger Rede eine Vision aufgezeigt, wo er auch gesagt hat, wir müssen die Kulturdiskussion um diesen Aspekt ausweiten.

Französische und britische Sozialanthropologen machten in den 20er und 30er Jahren vor allem in afrikanischen Kulturen eine erstaunliche Entdeckung. Sie fingen an, Fragen zu stellen, die auf ganz andere Weise und eingeschränktere Weise fast 200 Jahre zuvor Herder gestellt hatte, nämlich, was ist Kultur dann, wenn Kultur nicht sich darstellt an Denkmälern, an bestimmten Tanzformen nur, oder an bestimmten Liedern, aufbewahrten Liedern und Texten, was kann Kultur darüber hinaus sein, wenn es nicht nur die Hüttenformen oder Wohnformen sind. Und sie stellten fest und haben es beschrieben, sehr erstaunlich für uns heute, die sozialen Bindun-

gen, das soziale Bildungsgeflecht der Menschen in einem solchen Volk – übrigens auch die Rolle des Fremden – ist eine exzentrische Kulturleistung je eigener Art in diesen solchen Völkern. Dies ist eine nicht gegenständliche und darum nicht unmittelbar erkennbare Kulturleistung, die darin liegt, daß jedes Mitglied der Stammesgesellschaft von Kindesbeinen an über die Notwendigkeit verantwortungsvoller, allerdings streng geregelter Sozialbeziehungen Bescheid weiß. Und dies schildert nicht die Familienbeziehung, sondern das Gesamt aller Beziehungen. Und jedes Mitglied wußte diese Beziehung zu leben. Es waren nur in selteneren Fällen Herrschaftsformen von oben nach unten, schon gar nicht Willkür, sondern sorgsam gehütete, überlieferte Beziehungen, die das Zusammenleben, das Andenken, das Ehren, die Geburt und das Sterben bestimmten.

Noch niemals zuvor in der uns bekannten Menschheitsgeschichte hat es Gesellschaften gegeben, die vor Problemen der Aufgabe stehen, mit der älteren Generation auf neue Weise zusammenzuleben. Bei dieser Aufgabe kommen drei Elemente zusammen. 1. Die Zahl der Menschen, die ein hohes Alter erreichen, war noch nie so groß wie heute. Nie gab es eine Gesellschaft, in der im Vergleich zur Gesamtzahl, die Zahl der älteren Menschen so groß war. 2. Die Kluft zwischen den Generationen, die räumliche Entfernung und nicht nur die soziale und nicht nur die materielle, war noch nie so groß wie heute. 3. Der soziale Wandel, also die Veränderungsgeschwindigkeit für Werthaltung, Verwandlung der materiellen und kulturellen Umwelt hatte noch nie eine solche Geschwindigkeit erreicht wie heute. Etwa die elektronischen Bilder, von denen ich eben gesprochen habe, waren vor drei oder vor vier Jahren noch völlig unbekannt. Nur Amerikareisende hatten sie gesehen. Heute kennt sie jeder Deutsche.

Hier liegt eine große Chance und eine große Herausforderung für eine Kultur des Zusammenlebens, vor allem für die Sozialdemokratie. Denn zur Zeit ist ja noch der Bildschirm und sein Fernsehprogramm der scheinbar erfolgreichste Überwinder dieser Kluft. Es scheint, das Institut, das diese soziale Herausforderung am besten bewältigt, bedient sozusagen dieses Problem. Die Einschaltquoten des Fernsehens werden ganz wesentlich von den älteren Menschen in die Höhe getrieben. Aber eine soziale Kultur des Lebens vermittelt das Fernsehen nicht; die Einsamkeit, die Entfremdung steigt eher als daß sie sinkt. Für diese Vision einer Kultur des Zusammenlebens brauchen wir also auch andere Kulturformen als die elektronische.

2. Kultur der Öffentlichkeit: Auch die Kultur der Politik wird mehr und mehr vom Fernsehen bestimmt. Nicht nur die Sozialstrukturen, nicht nur der Sozialstaat wird dem kommerziellen Druck ausgeliefert, die politischen Organisationen sind ja schon lange diesem Veränderungsdruck ausgesetzt. Die vorherrschenden Markttricks, die die politische Öffentlichkeit bestimmen, bestimmen auch bereits das Fernsehen. Wer kauft künftig Sendeminuten, wer kauft dieses Gesicht für welches Thema, wer versperrt Sendeminuten gegen welches Gesicht und gegen welches Thema?

3. Kultur der Arbeit: Wie werden arbeitende Menschen damit fertig, daß die industrielle Verheißung mehr und mehr ohne sie auskommen kann, wie wird der arbeitende Mensch damit fertig, daß seine Sinnesorgane nicht mehr gefragt sind, wie verändert sich die Kultur der Arbeit, auch der Hausarbeit, wenn die Programmierung über die jeweiligen Gebrauchsanweisungen außen gesteuert werden, wenn also Placebofertigkeiten in der Ausbildung erlernt werden, die so nie mehr gebraucht werden? Wie reagiert Kultur der Arbeit darauf, daß Fertigkeiten geschädigt oder entwertet werden, wie verändert sich die Kultur der Arbeit, wenn sich auf neue Weise wieder einmal die Programmierer von den Programmierten trennen und wenn sich die Arbeitswelt wieder einmal aufteilt in jene, die entweder in das Programm eingespannt sind oder durch das Programm aus dem Arbeitsleben hinausgeworfen werden?

4. Wissen und Kultur: Ich stelle hier nur eine Frage. Wer bestimmt über Menschenbild und Wissenschaft? Dazu ein Beispiel, mit dem ich mich in den letzten Monaten beschäftigt habe. 80 Prozent aller Forscher in der Chemie werden direkt von der chemischen Industrie bezahlt. Und damit werden wahrscheinlich 90 Prozent aller Fragen, die die Wissenschaft von der Chemie stellt, von der chemischen Industrie vorbestimmt, die Art Fragen zu stellen an die Wirklichkeit. Und ich denke, daß das in anderen Bereichen ähnlich ist. Das gilt für viele Wissensbereiche.

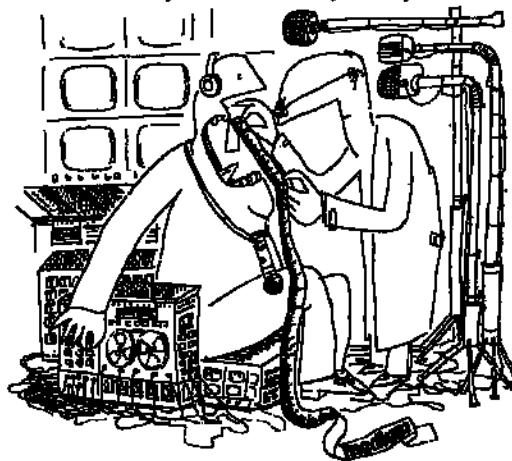
Vier Dimensionen, auf die wir unsere Kulturarbeit, unsere Kulturdefinition, unseren Kulturbegriff erweitern können und sollen, und wo wir auch einen besonderen Auftrag aus unserer Geschichte haben und auch besondere Chancen haben. Ich sehe keine anderen Organisationen, die in diesen vier Feldern Gehör finden würden. Ich habe bewußt unsere gängigen Themen der Kulturpolitik ausgespart. Ich sehe an dem Publikum, daß das nicht so schlimm ist, denn jene sind Ihnen vertraut.

Eine Schlußbemerkung: In den 60er Jahren hat die SPD Zukunft zu einer Kategorie der Politik gemacht. Damals auch als geplante Zukunft verstanden, seinerzeit auch als Wirtschaftszukunft geplante perspektivische Wirtschaftspolitik. Daraus ist nach der Apo die auf Reformhoffnung gebaute Ära Brandt-Heinemann geworden.

Ende der 70er Jahre war die Grundstimmung endzeitlich, Furcht und Angst. Der Standort Abgrund. Furcht und Angst mußten politisch bewältigt werden. *Kulturelle Selbstbehauptung*, durchaus offensiv verstanden, hier greife ich den Gedanken von Peter Glotz auf, empfinde ich persönlich als Paradigma unserer Jahre. Die Selbstbehauptung und Neugewinnung einer Kultur des sozialen Zusammenlebens, die Selbstbehauptung einer Kultur der Arbeit, die Selbstbehauptung unserer politischen Kultur. Wir wären vermesseñ, wenn wir behaupteten, daß für schon fertige Programmteile zu haben oder gar fertige Formulierungen. Wir wären töricht, wenn wir diese fruchtbare Diskussion um diesen Begriff von Kultur anderen überließen.

medium

Vierteljahreszeitschrift
für Hörfunk, Fernsehen, Film, Presse



Heft 2/86: Massenmedien in der DDR
außerdem: z. B. Pat Robertson:
Fernsehprediger in den USA
Wie Boris Becker die Tageschau
verdrängt

Heft 3/86: Lokaler Rundfunk in der Bundesrepublik
Tschernobyl: die Nachrichten-Katastrophe
außerdem: Kraft Wetzel über die
„Vorwärts“-Affäre

**Heft 4/86: Kultur im Rundfunk – früher, jetzt, in
Zukunft**
außerdem: Stereotyp – die Dritte
Welt in den US-Medien
Journalismus und Befreiungskampf:
Wie weit geht Solidarität?

Heft 1/87: Ist die Medienpädagogik am Ende?
außerdem: Medienpolitik der SPD –
vom Widerstand zum Mitgestalten
Das vierte Rundfunk-Urtell und die
Folgen

„medium“ wird von der evangelischen Kirche herausgegeben. Trotz dieser institutionellen Grundlage ist die Zeitschrift auf ein Publikum angewiesen, das ihre Existenz durch Abonnements sichert.

Jahresabo: 36,- DM (Stud. 25,20 DM)

Probeheft kostenlos!

Bestellungen an:

**GEP, Friedrichstraße 2-8
6000 Frankfurt a.M.**

Hilmar Hoffmann Kulturelle Hegemonie

Hilmar Hoffmann, Jahrgang 1925, bekannt geworden als Kulturdezernent und Leiter der Internationalen Kurzfilmtage in Oberhausen, ist seit 1970 Kulturdezernent in Frankfurt/Main, daneben Lehrbeauftragter und Gastprofessor an verschiedenen Hochschulen, seit 1983 Professor an der Hochschule für Musik und Darstellende Künste in Frankfurt.

Auch im Kulturbereich zeigen sich Bremsspuren auf dem als Wende bezeichneten Rückzug von Willy Brandts Programm „Mehr Demokratie wagen“. So genannte Tendenzwende, Vernunft- und Aufklärungskritik haben zusammen mit dem Wettkampf um die Pfründe des Mäzenatentums und mit der Freude darüber, von den Konservativen nicht mehr nur als Pinscher tituliert zu werden, auch bei manchen Kulturproduzenten für Desorientierung gesorgt. Das ist aber nur eine Seite, nur ein Aspekt der „Wende“ oder doch ihrer Begleiterscheinungen. Es gilt, noch anderes auch zu berücksichtigen. Wachstumskritik, neue Innerlichkeit und neue Bewertung von Emotionalität resultieren auch aus Krisen und Widersprüchen unserer Realität. Solche Haltungen können weder von den Konservativen voll vereinnahmt werden, noch dürfen wir sie ihnen oder irrationalen Schwärzern überlassen. Zweifel an der Linearität des Konzepts Fortschritt oder Aufklärung sind kein Privileg der anderen, seien es die Grünen oder die postmodernen Konservativen. Und wenn neokonservative Unverbindlichkeit, wenn die blasierte Haltung des „Alles-schon-dagewesen“ die Verantwortungslosigkeit eines neuen Rokoko, wie Hermann Glaser das genannt hat, mit dem an der Gegenwart leidenden kulturellen Engagement vielfach ein Amalgam bildet, so ist das kein Anlaß für flinke Etikettierung, sondern vielmehr ein Grund für die ernsthafte Auseinandersetzung damit.

In unserer heutigen Situation bleibt die SPD Hoffnungsträger für all diejenigen, die sich von Dilettantismus und von partieller sozialer Instinktlosigkeit der Grünen enttäuscht fühlen. Sie bleibt der potentielle Partner auch derjenigen, die mit der äußerlichen Anerkennung als Dekoration in einer verantwortungslosen „Nach-uns-die-Sintflut-Gesellschaft“ nicht zufrieden sind oder die den tendenziellen Antihumanismus der Zweidrittelgesellschaft widerlich finden. Der Kulturbereich reagiert jedoch mit eigener

Dynamik und mit eigenen Formen auf die öffentliche Entwicklung. Diese Autonomie, die keine Politikferne zu sein braucht, gilt es auch programmatisch zu berücksichtigen. Damit komme ich zu einigen Thesen.

1. Hegemonie ebenso wie ihre Vorstufe „Meinungsführerschaft“ resultiert aus der Verkörperung einer auch materiell tragfähigen und überzeugenden Politik und Dialogfähigkeit. Eines ohne das andere hat auf Dauer keinen Erfolg. Darin liegt unsere Chance. Nur eine überzeugende, von attraktiven Ideen getragene und ehrlich geführte Sozialpolitik, Sicherheits- und Friedens-, also auch Außenpolitik, kann das Vertrauen derjenigen Kräfte im Kulturbereich finden, die uns wichtig sind. Kulturpolitik ist heute mehr denn je verzahnt mit allen anderen Politikbereichen.

2. Es genügt nicht, mit Worten die gesellschaftliche Schlüsselposition der Kultur ständig zu beschwören. Wir müssen in der Lage sein, sie überzeugend zu präzisieren. Kultur ist nicht nur schöner Schein, sie bezieht sich vielmehr darauf, wie der ganze Mensch lebt und arbeitet. Wir können nicht die Barbarei unmenschlicher und würdeloser Arbeit ausgleichen durch den schönen Schein der Freizeitwelt. Illuminationen des Elends durch Almosen der kulturellen Ablenkung betreiben nur das Handwerk einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Kultur ist aber nicht nur, wie wir leben, sondern auch wie wir leben wollen. In der Kultur und mit ihrer Hilfe verständigen sich die Menschen über Sinn und Perspektive ihres eigenen und gemeinschaftlichen Lebens. Mit Hilfe der Kultur orientieren sie sich über das, was ihnen wichtig und lebenswert ist und wofür sie ihre Kräfte und d. h. auch ihre Arbeitskraft einsetzen wollen. Damit verkörpert Kultur für uns die ganze Fülle der Möglichkeiten für menschliche Lebensperspektiven und Glücksmöglichkeiten. Sie ist in den Künsten die elegische Trauer über die betrogenen Hoffnungen genauso wie die unendliche Tragik als gestalteter Schmerz, wie die flammende Anklage und die hoffnungsvolle Antizipation einer lebenswerten Zukunft. Sie ist die selbstbestätigende und beglückende Feier des Lebens, ja auch der Schönheit als sich selbst gentigender Zweck. Sie ist die suchende Erkenntnis im Reich der Formen und Strukturen von Material und von Erleben, und sie ist sichter noch vieles andere mehr.

Kultur ist in unseren sozialen Beziehungen die reichernde Gestaltung des sozialen Raumes zwischen Familie und gesellschaftlichen Gruppen als menschliche Kommunikation und als menschliches

Miteinander. Sie ist gelebte und verpflichtende internationale Solidarität. Sie ist Gemeinsamkeit überall da, wo sie bereichert und beglückt, und sie ist damit eine wesentliche Form der Realisierung des sozialen Wesens der Menschen.

Kultur ist in anderen Bereichen wieder anders. Immer aber ist sie auch die Realisierung der Prinzipien von Humanität und von lebenswerter Zukunft. Sie repräsentiert die angestrebte und lebbare Form einer befriedigenden denkbaren Zukunft in einer vor Krieg und anderen Kräften der Zerstörung zu schützenden „Eine Erde“.

3. Wir sollten uns um die Konzeption einer demokratischen und republikanischen Kultur bemühen. Maßstab darf nicht, wie jüngst in Rolf Hochhuths Pamphlet „Banausenrepublik Deutschland“ (Die Zeit vom 25. 10. 1985), fürstliche Huld den Künsten gegenüber sein, sondern nur ein freies demokratisches Kulturleben. Nicht das Verhältnis von Herrscher und Mätresse kann das Vorbild für die Kultur sein, sondern die Beziehung einander schätzender, gleichberechtigter Partner. Der kulturelle Konsens unabhängiger Kulturproduzenten kann sie herausreißen aus dem antidemokratischen Ressentiment, das bei Hochhuth erscheint, wenn er meint, die Demokratie bringe dem Künstler nichts. Die Perspektive einer lebendigen Kultur im demokratischen Umfeld kann sich orientieren an der Kultur der großen Umbruchszeiten, etwa der deutschen Reformationszeit oder der Weimarer Zeit. Sie kann sich orientieren an der Volkskunst des demokratischen Chile unter Allende oder des demokratischen Nicaragua. Und die Vision eines solchen demokratischen Kulturlebens braucht das Fallbeil der Qualitätsurteile nicht zu scheuen. Das belegen nicht nur die genannten Beispiele, das ergibt sich aus der Relativität eben dieser Qualitätsurteile.

Kultur ist nichts unabänderlich Vorgegebenes, dem die Menschen einer Sprach- und Kulturmehrheit passiv ausgeliefert wären, sie ist Produkt von Geschichte und sozialem Leben. In ihr sind die Erfolge und Niederlagen, die Kämpfe, Wünsche und Hoffnungen der Menschen eines Landes eingeschlossen. Weil Kultur von den Menschen gestaltet wird, wirkt sie gleichzeitig auf die Menschen zurück.

4. Eine Partei wie die SPD muß die eigenständige gesellschaftliche Rolle der Künste und anderer kultureller Bereiche offensiv akzeptieren und sie als Begleiter des gesellschaftlichen Prozesses ernst nehmen. Es genügt nicht, nur anderen Fehler und Versäumnisse vorzuwerfen, man muß auch selber besser werden. Die Anerkennung der gegenseitigen Au-

tonomie, etwa praktiziert in dem unerhört schwierigen Faßbinder-Streit in Frankfurt, das Akzeptieren der je spezifischen Lebenspraxis und Weitsicht sind Voraussicht dafür, den Prozeß der Begegnung in gegenseitige Bereicherung und Ergänzung münden zu lassen. Ernst nehmen, Dialog suchen, Partner werden und schließlich erkennen, welcher Gewinn daraus zu ziehen ist, das können einige der Stichworte für die heutige Diskussion sein.

5. Für Programmatik und Praxis der Kulturpolitik ist die materielle und die personale Infrastruktur wichtig. Denn Hauptaufgabe ist die Herstellung eines lebendigen und anregungsreichen kulturellen Milieus, das die Chancen zur Begegnung mit lebendiger Kunst und die lebendige, also nicht die technikgestützte Vermittlung kultureller, d. h. persönlichkeitswirksamer Erfahrungen für potentiell alle möglich macht. Dies bezieht sich notwendig auf alle Sparten des kulturellen Lebens. Verschiedene Sparten oder Metiers gegeneinander auszuspielen, gilt es unter allen Umständen zu vermeiden. Priorität genießen eindeutig lebendige Prozesse der Begegnung und Vermittlung zwischen Personen und eben nicht nur zwischen Menschen und Apparaten. Computer können nicht die personelle Vermittlung ersetzen. Kulturelle Prozesse lassen sich genauso wenig rationalisieren und automatisieren wie diejenigen der Psychoanalyse.

Die materielle Infrastruktur für lebendige Kulturprozesse braucht dringend Subvention. Ihre Förderung kann sich freilich zusätzlich auch auf die Erschließung von Massenkaufkraft für sie beziehen. Kultur ist lebensnotwendig auf personelle Vermittlung angewiesen und in Zeiten, in denen in fast allen Bereichen Produktion und Dienstleistungen auf Kosten der lebendigen Arbeit rationalisiert werden, müssen die Bereiche, die nicht auf die lebendige Arbeit verzichten können, einen höheren Anteil am Gesamtetat bekommen. Aus der Perspektive anderer Gesellschaften, auch anderer Kulturen, ist es ein Wahnsinn und Aberwitz, den potentiellen und realen materiellen Überschuß einer Gesellschaft nicht für kulturelles Leben zu verwenden, sondern statt dessen für die gigantischen Verschwendungen selbstgenügsamer Wachstumsindustrien und Rüstungsmaschinerien.

6. Arbeitsmarktpolitisch und kulturpolitisch ist es sinnvoll, die personelle Seite des Kulturbereichs auszuweiten. Kultur kann zwar nur in begrenztem Maße als Ersatz für einen Arbeitsplatz herhalten, sie ist nämlich keine Beschäftigungstherapie. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit aber wird dennoch die

Nachfrage steigen. Der Kulturbereich kann mit relativ geringen Mitteln dazu beitragen, Arbeitskräfte zu absorbieren und den Arbeitsmarkt zu entlasten. Kultur und Freizeit bedeuten auch jetzt schon einen noch stark steigerungsfähigen und elastischen Nachfragesektor mit starken Folgeeffekten im lokalen Bereich. Kulturarbeitsplätze im freien Bereich sind zum Beispiel mit relativ geringen Kosten zu sichern. Dies ist zwar – ich betone dies – nur ein Nebennutzen der Kultur, aber ich darf ihn gleichwohl hier erwähnen. Was werden strukturell arbeitslos gewordene Menschen mit ihrer Zeit anfangen? André Gorz meint dazu: „Arbeitszeitverkürzung ist die einzige mögliche Alternative zur Massenarbeitslosigkeit und zur Spaltung, zur Dualisierung der Gesellschaft, von Kriegswirtschaft abgesehen.“ (Frankfurter Rundschau, D.-Ausgabe vom 23. 11. 1985) Nicht das von Arbeit abgekoppelte Grundeinkommen, also die Negativsteuer mit Kultur als Beschäftigungstherapie, kann die Perspektive sein, denn dadurch würde die Spaltung, die soziale Segmentierung der Gesellschaft nicht aufgehoben, sondern eher bestätigt. Die Folge wären Probleme der Ghettoisierung und Südafrikanisierung, denen gegenüber Freizeit und Kulturpolitik hilflos bleiben müssen.

7. Wir lassen uns die Unterhaltung nicht vom Kommerz wegnehmen. Kulturindustrie und der Markt Kultur und Unterhaltungsindustrie sind ein Faktum, durch das wir uns aber unsere Ansprüche an populäre und entspannende Künste nicht nehmen lassen dürfen. Auch im Fest und beim Vergnügen wollen wir als ungeteilte Menschen dabei sein, die nicht ihre Überzeugung und ihre Haltung an der Garderobe abgeben.

Die Art und Weise, wie in den letzten Jahren die Realität unseres Lebens zum Beispiel wieder in die populäre Musik eingegangen ist, zeigt uns, daß wir solche Bereiche nicht einfach abzuschreiben brauchen. Wir brauchen keine Zensur oder die Ausklammerung kontroverser und unangenehmer Bereiche der Realität. Statt dessen sollten wir in den Medien und in der Öffentlichkeit alle jene Versuche ermutigen, die gesellschaftliches Leben und populäre Kunst wieder zusammenbringen, wie dies auch in der traditionellen Volkskultur einmal der Fall war. Wenn die Forderung, Kunst solle weder Ware noch Luxus sein, einen Sinn haben soll, dann muß sie sich auch auf solche Bereiche beziehen.

8. Die suchtähnliche Abhängigkeit von neuen Medien, von Fernsehen und Video und der unkontrollierte ökonomische Expansionsdrang der neuen Medien sollten durch bewußte Gegensteuerung ge-

bremst werden. Die souveräne Nutzung erfordert eine Reihe von Voraussetzungen:

- genügend Zeit, damit die gesellschaftlichen und kulturellen Kräfte sich auf die Neuerungen einstellen können,
- materielle Voraussetzungen, denn in die Entwicklung der gegensteuernden lebendigen Kultur muß genauso viel investiert werden wie in die Infrastruktur der neuen Technologien,
- Abwesenheit von offenem oder verdecktem Zwang, denn schon massive Werbung, vor allem aber Dumpingpreise und aufwendige Markteroerungsfeldzüge, sind nichts anderes als strukturelle Gewalt und indirekter Zwang.

Unsere Ausprägung bezüglich der souveränen gesellschaftlichen Nutzung der neuen Medien können nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Bewegungen der Kritik und des Widerstandes gegen die neuen Technologien insgesamt sind Bestandteil des Versuchs, eine kulturelle Nutzung auf gesellschaftlicher Ebene herzustellen. Ihr Einfluß kann helfen, schließlich zu einer humaneren Zähmung ihrer Macht zu kommen. Was den kulturellen Einfluß auf das Programm betrifft, so läßt er sich vermutlich am wenigsten über materielle Hebel sichern. Sich unter riesigen finanziellen Opfern zu bemühen, einen Fuß in die spekulations- und mißerfolgsreiche private neue Medienlandschaft zu setzen, verspricht kaum mehr Erfolg als eine eigene Programmbasis in Form einer schlechten Verlautbarungs- oder Funktionärs-presse. Wesentlich erfolgversprechender ist der Weg des Einflusses von innen über die Attraktivität der eigenen kulturpolitischen Perspektive und über die Themen des gesellschaftlich kulturellen Diskurses: Wer *seine* Themen vorgibt, der kann auf Resonanz auch in den kommerziellen Medien bauen. Ein Beispiel hat uns gerade Günter Wallraff geliefert.

9. Kultur erhält nicht erst dann ihre Existenzberechtigung, *nachdem* alle sozialen Probleme gelöst worden sind. Eher ist es so, daß Soziales und Kulturelles sich gegenseitig bedingen. Dafür sprechen auch die Erfahrungen der Nachkriegszeit. Kultur kann nicht gegen Soziales ausgespielt werden. Die verkürzte Alternative Oper oder Kindergarten stellt sich für uns Sozialdemokraten schon lange nicht mehr. Kultur ist nicht Dekoration oder die Petersilie im Maul des Karpfen. Sie ist Verständigung über die Gestalt und die Werte unseres Lebens. Soziales und Kulturelles gehen eines aus dem anderen hervor. Kultur ist zum Beispiel, wie wir uns im Krankenhaus zu Krankheit und Tod verhalten, oder, um ein anderes Beispiel zu wählen: Woher soll der Aufstand ge-

gen die tödliche Logik der Rüstung seine Energie nehmen, wenn nicht aus der Überzeugung über den Wert und die mögliche Qualität des Lebens, des eigenen wie des der anderen. Auch das gehört zur Kultur. Aktuelle Tagesaufgabe ist daher auch, die notwendige Verschränkung der Bereiche Jugend und Soziales und der Kultur, und zwar auf allen Ebenen und nicht nur derjenigen der Verwaltungen. Das sozialdemokratische Programm einer „Kultur für alle“ ist heute noch wichtiger als schon vor 15 Jahren. Es ist in der aktuellen Situation eine Versicherung gegen die Horrorvision von der Zweidrittel-Gesellschaft. Slumbildung und das Auseinanderdriften der Gesellschaft sind die Folgen dieser entsolidarisierten Gesellschaft: „Kultur für alle“ stellt demgegenüber die Lebensinteressen der breiten Mehrheit in den Vordergrund. Sie sorgt dafür, daß die „Neuen Armen“ nicht wehrlos werden, und sie beharrt auf dem Zusammenhang der ganzen Gesellschaft.

Schlüsse bemerkung: Solche Überlegungen möchten uns dazu legitimieren, noch einmal grundsätzlich zu werden. Die SPD mit ihrer Tradition als Arbeiterbewegung kann in den heutigen Diskussionen um die Kultur unserer Gesellschaft, um die Ansprüche an unseren Staat als Kulturstaat auch im Sinne der Tradition des Kulturozialismus eines Gustav Radbruch wie keine andere Partei die Position des konsequenten Humanismus für sich beanspruchen. Sie schließt die Augen nicht vor den Problemen der Vernunft- und Aufklärungskritik. Die Angste und Zweifel der Gegenwart sind ihr nicht fremd. Aber sie tritt mit ihrer Politik auch dafür ein: Es gibt eine humane Perspektive des Lebens in der Gesellschaft, national und international – eine Perspektive, in der Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Würde des menschlichen Lebens und (am allerwichtigsten) Frieden möglich sind. Dies und nichts anderes sind die zentralen humanen Inhalte von Fortschritt, also das ge-

naue Gegenteil von Selbstzweckwachstum, Unterjochung von Natur, Ausbeutung von Völkern oder der Plündierung von Zukunft. Unser Kulturspruch ist der auf ein Leben in menschlicher Würde, auf die Zukunft überhaupt.

Ich möchte aus einem kritischen Brief zitieren; die vielen Briefe der Zustimmung lasse ich beiseite. Es haben einige Freunde abgesagt, darunter Georg Meistermann, der diese Absage begründet. Diese Begründung ist wichtig, weil sie die Situation vieler Künstler und ihr Verhältnis zu unserer Partei wiedergibt.

Meistermann schreibt: „Mit der Einladung zur Diskussion des Kuratoriums in das Foyer des Ollenhauer-Hauses haben Sie mir eine schlaflose Nacht bereitet. Danach habe ich mich entschlossen, nicht teilzunehmen. Es gab eine Zeit, da die SPD die Hoffnung der ‚Intellektuellen‘ war. Es gab vielversprechende Tagungen, z. B. ‚Staat und Kunst‘. Aber seit Jahren wissen die Politiker, daß man auf sie keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht. Laßt sie nur machen, es gibt andere, wichtigere Sachen. Was helfen Grundsatzprogramme, die Praxis ist banal. Ich habe mich seit 1945 bis etwa 1975 sehr engagiert, aber wir Maler haben keine Verleger, und es gibt keinen Konsens unter ihnen. Ich hätte schon einiges zu sagen gewußt, aber es geht mir an die Nieren. Ich bin zu gebrannt und leider zu erregt, um mich weiter engagieren zu können. In den Jahren nach 45 habe ich so viele Feindschaften ertragen müssen wegen meiner positiven Haltung zur SPD, daß ich alle Kraft gebrauche, um meine eigene und eigentliche Arbeit tun zu können. Ich bitte Sie um Verständnis, daß ich mich daran halten muß. So hoffe ich, daß es jüngeren und hoffentlich ebenso engagierten Personen gelingt, das auf den Weg zu bringen, was Sie da vorhaben. Dazu wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen Erfolg.“ Soweit Georg Meistermann.

Hans-Jörg Modlmayr Literarische Alphabetisierung der Bevölkerung

Hans Jörg Modlmayr, Jahrgang 1940, ist Schriftsteller und Publizist; kulturkritische Beiträge in Presse und Funk.

Die SPD muß die Kultur viel ernster nehmen. Sie wird sonst die vielen von ihr enttäuschten Kulturschaffenden nicht wieder für sich interessieren können. Ein kulturloser Hoffnungsträger ist ein hoffnungsloser Aspirant auf die Macht, die dann nur schwach legitimiert ist. Das Gejammer über die neuen Medien, die das Niveau noch weiter herunterdrücken möchten, die das Leben noch weiter trivialisieren wollen, ist insofern ohne große Überzeugungskraft, als die SPD bei weitem nicht das getan hat für die Kultur, was von ihr erwartet werden konnte – gemessen an den vielen wohlklingenden Sonntagsreden. Wenn die SPD die neuen Medien wirkungsvoll zähmen will – etwa durch Quotenregelungen in Sachen Film, Kunst, Literatur usw. –, dann muß sie konkrete Konzepte entwickeln und politisch mit allem Nachdruck durchsetzen wollen.

Aus meiner Sicht läßt sich die enttäuschende SPD-Kulturpolitik aus einer gewissen Kulturfeindlichkeit erklären, die wiederum einem fatalen Mißverständnis entsprungen war: Weil das Bürgertum, das fälschlich als „Bildungsbürgertum“ fungierte, die Kultur für eine Schicht reklamiert hatte (Hausmusik, heile Dichterlesungen à la Stefan George usw.), bildete sich bei der SPD ein starker Affekt gegen die Kultur selbst.

Im Hinblick auf zu erstellende konkrete Konzepte und Programme möchte ich – weil ich als Schriftsteller hier direkt engagiert bin – ein beispielhaftes Konzept skizzieren: Das immer noch – und auf Zukunft weiterhin – populäre Medium Tageszeitung nimmt seine Chance als Kulturvermittlerin in Sachen Originalliteratur fast gar nicht wahr. Dem Leser der Tageszeitung – es gibt fast keinen Haushalt ohne eine Tageszeitung – wird der direkte Kontakt zur Literatur vorenthalten. Politik, Sport, Wirtschaft, Trivias – all das bekommt er tagtäglich vorgesetzt – ob

ihn das alles interessiert, ist ohne Belang für den Hersteller des Mediums.

Das Feuilleton ist das kleine kulturelle Feigenblatt der Tageszeitung. Für eine sich womöglich noch elitärrückende Minderheit wird hier im Häppchenmannier etwas nachgetragen über das Theater von gestern, das Konzert von vorgestern, über ein Festival, Ausstellungen, modische Bücher usw.

Der Leser, der sich überhaupt bis zum Kulturteil vorwagt, ist völlig passiv; er wird von der (Agentur-)Kritik bedient, aufgeklärt, gegängelt. Ernst genommen wird er, soweit es sich um die Literatur handelt, aber nicht, da er Originalliteratur kaum je in seiner Zeitung lesen kann. Die Tageszeitung mußte den Leser mit Originalliteratur genauso konfrontieren wie mit Berichten über das aktuelle Geschehen. Die Leser müßten jeden Tag die Gelegenheit haben, Gedichte, Kurzprosa, Auszüge aus Romanen, Essays lesen zu können, damit sie sich ohne jede Bevormundung informieren können über die Arbeit heute schreibender Autoren.

Erst durch die Verwirklichung eines solchen Konzepts ergäbe sich ein tragfähiges Fundament für eine längst fällige *literarische Alphabetisierung der Bevölkerung*. Natürlich ist jeder Leser der Tageszeitung frei, das zu lesen, was ihn interessiert. Wenn er aber, als Folge bewußt oder unbewußt aufgebauter Bildungsschranken, überhaupt keine Literatur im Original angeboten erhält, wird er unzündig gehalten. Nur wenige Zeitungsleser gehen in Buchhandlungen. Würden diese Leser durch ihre Tageszeitung regelmäßig zeitgenössischer Literatur begegnen können, so könnten sie langsam entdecken, daß Literatur nicht für eine Minderheit geschrieben wird.

Kultur ist so wichtig – leider sind wir ein kulturell verödetes Entwicklungsland –, daß für sie mit großem Engagement geworben werden muß, und zwar im Interesse der Menschen, für die sie gemacht wird. Der Künstler ist nicht der Bittsteller der Medienfunktionäre, er ist der Vermittler der lebensnotwendigen Kultur.

Wenn wir uns nicht in einer schönen Neuen Welt zu Tode amüsieren wollen, muß die Kultur den ihr zukommenden zentralen Stellenwert erhalten. Es müssen viele konkrete Konzepte verwirklicht werden. Ich hoffe, daß die SPD sich in Zukunft durch ihr neues Programm (ähnlich wie dies die SPÖ getan hat) mit Begeisterung und Nachdruck für die Kultur einsetzt.

WIR VERSICHERN SEINE FREIHEIT



Sie können die Freiheit genießen.
Zum Beispiel mit der Volksfürsorge-Dynamik. Die Lebensversicherung mit dynamischer Anpassung. Eine der vielen Volksfürsorge-Versicherungsleistungen. Fragen Sie uns.

Keine Sorge –
Volksfürsorge
Versicherungen

Klaus Staech Künstler / Partei

Klaus Staech, Jahrgang 1938, ist Rechtsanwalt, Grafiker, Verleger, Mitglied im Schriftstellerverband, im P.E.N.-Club und im Kuratorium des Kulturforums der Sozialdemokratie.

Es ist gut, daß sich die SPD der Kultur wenigstens in ihrem Grundsatzprogramm etwas intensiver annimmt. Wenn man wie ich seit 25 Jahren versucht, einen persönlichen Beitrag zu leisten, Kultur und SPD einander näherzubringen, so geht das nicht ohne Leiden ab.

Für mich waren zwei Aussagen wichtig, die ich hier gehört habe. Einmal: Die SPD bleibt weiter der Aufklärung verpflichtet, was angesichts eines recht verwirrten Zeitgeistes gar nicht so selbstverständlich ist. Und zweitens: Die SPD ist nicht bereit, den Kommerz-Medien hinterherzuhecheln, die sich fälschlich die Neuen nennen.

Vor Jahren haben mich Meldungen erschreckt, denen zufolge Umfragen ergeben haben sollen, daß die Mehrheit aller Bild-Zeitung-Leser trotzdem SPD wählt. Ich warte jetzt auf die Umfrage, die ein ähnliches Ergebnis für die Zuschauer der „Schwarzwaldklinik“ des ZDF bestätigt. Ich will mich durch diese lapidaren Anmerkungen einem Phänomen nähern, das in einem Programmkonzept kaum zu fassen sein wird.

Kürzlich beglückwünschte ich Björn Engholm, weil er nach meiner Beobachtung wirklich versucht, Kultur als einen selbstverständlichen Bestandteil einer neuen Auffassung von Politik bis in die Ortsvereine zu tragen. Nicht ohne einen Hauch von Enttäuschung entgegnete er mir, daß sein kulturelles Engagement politisch keineswegs ungefährlich sei. Noch ein paar Reden bei Vernissagen, und er mache sich bei seinen eigenen Genossen immer verdächtiger.

Wir können hier um schöne Formulierungen ringen. Wenn es uns nicht gelingt, einen umfassenden Kulturbegriff auch zu leben, bleiben alle Entwürfe Makulatur. Solange es häufig immer noch harter Kampf bedarf, einen Parteiaabend auch kulturell zu gestalten, bleibt wenig Raum für Illusionen. Solange wir zum Bierhahn immer noch ein größeres Vertrauen haben, das herzustellen, was wir dann etwas vollmundig Geselligkeit nennen, als zum Kabarett, zum Liedermacher oder zur Dichterlesung, bleibt vor allem in der Praxis noch viel zu tun.

Der hier verlesene Brief von Georg Meistermann war sicher keine fundierte Kritik an einem Programmertwurf. Aber eines wurde daraus deutlich: Es gibt eine große Zahl von Künstlern, die oft ein Leben lang diese Partei voller Sympathie begleiten, sich gelegentlich dafür prügeln lassen, aber beim Bilanzieren doch feststellen müssen, daß sie die Partei in kulturellen Dingen kaum einen Millimeter nach vorn bewegt haben. Das ist, so bitter das klingen mag, auch meine Erfahrung. Für mich hängt das auch damit zusammen, daß wir als Partei bis heute kein kulturelles Selbstvertrauen entwickelt haben. Kulturelle Weiterentwicklungen auf der einen oder anderen Ebene vollziehen sich meist zufällig und beliebig, bleiben auf einzelne Gruppen und Personen beschränkt. Gelingt mal irgendwo der Durchbruch, ist das keine noch so schwache Garantie, daß es beim nächstenmal nicht doch wieder meilenweit zurück geht.

Wenn wir dann wirklich einmal die sogenannten Massen erreichen wollen, so versuchen wir das meistens über Großveranstaltungen, oft schon deshalb, weil es dafür meist einen zuschüßfähigen Etat gibt. Am Anfang steht dabei fast immer der ehrliche Wille, es einmal ganz anders zu machen. Nach meiner Erfahrung wird dann aber doch in letzter Minute wieder die professionelle Konzertagentur bemüht, weil wir glauben, alleine könnten wir es gar nicht schaffen. Natürlich sind Retter in höchster Not immer etwas teurer. Dafür haben wir aber Verständnis, froh, die Verantwortung für die Riesenbühne delegiert zu haben. Zwar haben wir dann in der Regel auch kaum noch wirklichen Einfluß auf den Verlauf der Veranstaltung. Schließlich will der Manager seine „großen Namen“ auch nach dem Wahlkampf noch über die Hürden bringen. Da man sich der eigenen Politik aber oft auch nicht ganz so sicher ist, nimmt man mit äußerem Murren, aber innerer Dankbarkeit hin, daß nun alles doch nicht ganz so abläuft, wie in mehreren Sitzungen die beauftragte Kommission beschlossen hatte.

Das wirkt ansteckend. Und so kommt die kleinste Juso-Gruppe auf ein Repertoire von etwa zehn großen Namen, die es zu umwerben gilt. Je kleiner die Gruppe, um so ein größerer Name muß her, möglichst alle gleichzeitig auf einem Podium: Jens, Wallraff, Grass. Vor Boris Becker bewahrt uns glücklicherweise sein Vertrag mit der Deutschen Bank. Wenn man statt dessen versucht, sie zu motivieren und ihnen Leute vorschlägt, die nicht zu den Top Ten gehören, dann kommt immer wieder das Argument: Damit kriegen wir doch niemand in den Saal,

dann lassen wir es lieber gleich ganz. Aus Mangel an Selbstvertrauen lassen wir die Kultur am Ort (manche sagen gern: vor Ort) oft genug im sprichwörtlich sauren Regen stehen, anstatt sie regelmäßig zu geben und zu pflegen.

Was uns am allermeisten zu fehlen scheint – da sind Politik und Kultur gar nicht so weit auseinander –, ist der Mut zum Risiko. Und wer nur ein wenig von Kunst begriffen hat, der weiß, daß Kunst in erster Linie aus Risiko besteht. Wer sich davor, auf welcher Ebene auch immer, drücken will, der kann unter Umständen schöne Programmsformulierungen entwerfen, wird aber die Gesellschaft keinen Schritt bewegen.

Die Künstler haben aus diesem bisher unentschiedenen, oft halbherzigen Zustand verschiedene Konsequenzen gezogen. Ein großer Teil paßt sich an nach der Devise, schließlich muß jeder sehen, wo er bleibt, da er doch alleine steht, wenn es darauf ankommt. Der andere Teil, der immer wieder versucht, sein Engagement wenigstens in Randbereichen mit der Partei zu koordinieren, macht eine weitere Erfahrung. Er sieht sich einem Heer von Kulturbürokraten und Vermittlern gegenüber. Ich befnde mich in mehreren Gremien, die sich mit Kunst und Kultur befassen. Doch jedesmal, wenn ich mich in den jeweiligen Kreisen umschau, der Anteil der

wirklich Kunst selbst Produzierenden beträgt höchstens zehn Prozent. Auch hier im Saal ist das nicht anders. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn ich nicht eine zunehmende Sprachlosigkeit zwischen den Produzenten und den Vermittlern feststellen würde. Ein Sich-nicht-mehr-verstehen-können, das zunehmend zu Lasten der Künstler geht.

Noch ein Wort zur schleichen Amerikanisierung und die immer wieder beschworene Mobilisierung von unten, die dagegen helfen soll. Immerhin wäre es wohl die erste kulturelle Verweigerung gegenüber den USA, die wir praktizieren würden, wenn wir die totale Kommerzialisierung von Funk und Fernsehen störrisch nicht mitmachten. Immerhin gibt es einige ermutigende Zeichen, die für eine lebendige Gegenkultur sprechen. Niemand, der Autor eingeschlossen, hätte wohl geglaubt, daß Günter Wallraffs Buch „Ganz unten“ in kürzester Zeit eine derartig hohe Auflage erreichen würde. Ganz offensichtlich herrscht ein großer Bedarf nach bestimmten Informationen, die durch die „Schwarzwaldklinik“ eben nicht vermittelt werden. Das gleiche gilt für Heinrich Bölls Buch „Bild Bonn Boenisch“. Es erreichte ebenfalls eine sehr hohe Auflage, wie das so vorher niemand vermutet hatte.

Offenbar gibt es noch genügend Staatsbürger, die noch an Politik und nicht nur an den Seelenproble-



Volker Schlöndorff und sein Team bei den Dreharbeiten zum Film „Der Kandidat“, (1980)

men einiger Prominenter interessiert sind. Deshalb lautet für mich die zentrale Frage: Wie können wir auch unter sich ständig verschlechternden Bedingungen diese Öffentlichkeit immer wieder herstellen, wiederherstellen, wo sie schon verloren gegangen ist? Ohne Öffentlichkeit werden wir auch die schönen Dinge, die wir hier hoffentlich beschließen, nicht mehr voranbringen. Ich sehe hier im Saal kaum einen Journalisten. Mein Problem besteht nicht darin, ein paar Leute zu finden, mit denen man wieder etwas machen kann, die habe ich in der SPD stets auf allen Ebenen gefunden. Aber für all die vielen Aktivitäten, die es ja überall gibt, auch nur eine begrenzte Öffentlichkeit herzustellen, wird immer schwieriger. In meiner Heimatstadt Heidelberg gibt es jetzt nur noch eine Tageszeitung. Sie bestimmt, was in der Region kulturell ernstgenommen und was weitergetragen wird und was nicht. Da sie eine recht konservative Zeitung ist, fällt vieles gleich durch den Rost. Natürlich gibt es daneben auch eine Underground-Kultur, die von vornherein davon ausgeht, daß ihre Veranstaltungen weder angekündigt noch besprochen werden. Es bleiben das Flugblatt und die Mundpropaganda als die modernste Kommunikationsform im Kommunikationszeitalter. Wir sind als Partei an dieser Entwicklung auch nicht ganz schuldlos.

Sieht man einmal von den eigenen Medien ab, die wir in beispielloser Weise haben verludern lassen, auf kommunal-administrativer Ebene sieht es nicht viel anders aus, soweit wir jeweils politisch noch etwas zu sagen haben. Sieht man einmal von den wunderbaren Kulturdezernenten ab, die hier anwesend sind, die meisten verstecken sehr gekonnt, daß sie unserer Partei angehören. Immerhin könnten sie ja nach Kräften all die schönen Dinge fördern, die wir hier so schön einmütig fordern. Leider fühlen sie sich aber meist der Anpassung, Opportunität und Langeweile nachhaltiger verpflichtet als dem Risiko. Dabei hege ich den Verdacht, daß die Partei am Ort die kulturelle Unruhe doch mehr scheut als herbeisehnt, und daß sie im Grunde ganz froh ist, daß nicht so viel passiert.

Zwar hält man sich überregional noch ein paar Exoten, die zu bestimmten Anlässen willkommen sind, sie werden gepflegt und gefüttert, damit sie ja nicht eingehen, schon weil man sich an sie gewöhnt hat. Natürlich sagen sie auch, wenn wieder einmal alles gutgegangen ist: Wir brauchen Dich doch. Ist man dann aber wieder in der sprichwörtlichen Kammer allein, dann bekommt man immer wieder große Zweifel, ob sie uns wirklich brauchen.

Hermann Glaser „Durchblutungsstrategien“

Dr. Hermann Glaser, Jahrgang 1928, ist seit 1964 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg

Ich will Klaus Staech nicht widersprechen, weil ich auch der Meinung bin, daß häufig die Risikobereitschaft fehlt. Das Revolutionäre von Kunst besteht ja immer noch darin, daß diese Kunst ist und nicht „gutgemeint“. Vielfach ziehen jedoch, zumindest in der Provinz, auch die Sozialdemokraten das Gutgemeinte der ästhetischen Provokation vor. Mein Beitrag wendet sich einem anderen Thema zu. Ich möchte einige Anregungen geben für die Arbeit am Grundsatzprogramm.

Unterstellen wir einmal, daß beim nächsten Grundsatzprogramm der Kulturteil über Fingerübungen hinausgeht. Ich will nur einen Bereich herausgreifen, der dort behandelt werden sollte: Ich spreche von der zunehmenden Vergreisung der Gesellschaft, die mit der „Zukunft der Arbeit“, das heißt unvermeidbarer struktureller Arbeitslosigkeit, zusammenhängt. Zunächst ist es wichtig, daß eine soziale Evolution oder Revolution erfolgt, nämlich daß Arbeit gerecht verteilt wird. Aber selbst wenn dies erreicht ist, stehen wir vor der Frage, was sich aus dieser „Freisetzung“, aus der Reduzierung der Arbeitszeit, ergeben wird. Eine Vergreisung wird stattfinden, da doch die große Mehrheit der Menschen ihren Lebenssinn über Arbeit bezieht und mit wesentlich reduzierter Arbeitszeit der Frustration und Frustrationsaggressivität, vor allem der „Verdumpfung“, verfallen wird. Kulturpolitik muß daran, im Sinne *antizipatorischer Vernunft*, Folgerungen ziehen. Man kann dann vornehmlich nicht mehr von „Freizeit“ sprechen, obwohl es nach wie vor eine wichtige emanzipatorische Aufgabe ist, freie Zeit in Freiheit gestalten zu können. Es geht dann weder um Freizeit noch Arbeitszeit – sondern um „Meta-Arbeit“. Um den Versuch, eine Tätigkeit, die eine konkrete Sinnerfüllung ermöglicht, die aber außerhalb der Leistungsethik steht, zu ermöglichen. Es müssen die entsprechenden „Ortlichkeiten“ für solche „Meta-Arbeit“ geschaffen werden. Innerhalb der Kulturtopographie wird Werk-Stadt ein wichtiger „Ort“ sein. Es müssen Werke „stattfinden“; nicht Rezeption gibt Sinnerfüllung, sondern „Aktion“. Die alternative Szene hat Wege dorthin aufgezeigt: von der Geschichtswerkstatt über die Sozialwerk-

statt und Kunstwerkstatt, Medienwerkstatt, Theaterwerkstatt bis zur manuellen Werkstatt . . . Das würde bedeuten – und da komme ich zu meiner methodischen Anregung –, daß man im SPD-Grundsatzprogramm jeweils auf der einen Seite eine Bestandsanalyse durchführt. Diese zeigt im Hinblick auf den angeschnittenen Bereich: Die Therapeuto-Kratie und Chemokratie sind weiter im Kommen. Auf der einen Seite sozialpädagogische „sozialtechnische“ Betreuung; auf der anderen massiver Einsatz von Durchblutungsmitteln; diese werden notwendig, denn der Mensch, der zum Beispiel durch weitreichende „Verkabelung“ vor dem Fernscher stillgesetzt wird, muß (soll er einigermaßen funktionstüch-

tig bleiben) auch, chemotherapeutisch, „durchblutet“ werden. Die Arzneimittelindustrie profitiert davon. Durch kulturelle Herausforderung, die Adrenallinausschüttung bewirkt, wären die psychosomatischen Probleme besser zu lösen. Politische Anthropologie sollte *solchen* „Durchblutungsstrategien“ sich widmen. Wenn man die Parteiprogramme ansieht, nicht nur auf die SPD bezogen, dann wird zu kulturellen Fragen meist nur etwas im Überbau und noch dazu Dürftiges gesagt – statt des Bemühens, eine politische Anthropologie zu entwickeln. Dies aber wäre auch die Aufgabe des Grundsatzprogramms. Was der „Anstrengung des Begriffs“ bedürfte, nicht der Addition von Plätitüden.

... Den Vorhang zu und
alle Fragen offen



Aus „Ihr für uns und wir für euch“; 40 Jahre Ruhrfestspiele Recklinghausen; J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn (1986)

Eberhard Knödler-Bunte Gesellschaftliche Normen und Leitbilder

Eberhard Knödler-Bunte, M. A., Jahrgang 1945, war 1968 Mitbegründer eines selbstverwalteten Instituts für Kultur und Ästhetik (JKAE), aus dem 1970 die Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“ hervorging, und ist seit 1977 Geschäftsführer des gleichnamigen Verlags.

Vor ein paar Tagen stand in einer Tageszeitung eine kurze Notiz über eine Untersuchung von Allensbach zur Rezeption der Fernsehserie „Schwarzwaldklinik“. Überraschend für mich war, daß nach dieser Untersuchung die Einschaltquote der „Schwarzwaldklinik“ wesentlich höher lag als bei den bekannten Serien „Dallas“ und „Denver“. Dies könnte Anlaß geben, darüber nachzudenken, ob die amerikanischen Normen und Leitbilder, wie sie das US-Fernsehen und der dortige Film vermitteln, wirklich so universal geworden sind, wie es die Medienmacher behaupten. Vielleicht sind die kulturellen Eigenarten auch innerhalb der hochindustrialisierten Länder doch noch immer wesentlich konturiert, als wir, unter dem Druck der amerikanischen Kulturindustrie, anzunehmen bereit sind – was natürlich noch lange nichts aussagt über die ästhetische Qualität dieser Serienprodukte. Vor die Wahl zwischen diesen amerikanischen Serien und der „Schwarzwaldklinik“ gestellt, würde ich das amerikanische Strickmuster diesem spießigen deutschen Provinzialismus vorziehen. Übrigens lag die Einschaltquote der SPD-Wählerschaft mit 81 Prozent nur um zwei Prozent unter der der CDU-Wählerschaft. Etwas weiter entfernt war die FDP-Wählerschaft mit 69 Prozent und die Wählerschaft der Grünen mit 63 Prozent. Wenn ich diese Zahlen einigermaßen richtig wiedergegeben habe, so läßt sich daraus doch eine für mich überraschend große Übereinstimmung im Fernsehgeschmack der Bundesrepublik ablesen. Eine Kulturdiskussion, die diese geschmackstiftende Rolle vor allem des Fernsehens aus ihrer Analyse aussparte, würde diese kulturelle Wirklichkeit nicht wahrnehmen.

Wenn man sich im Gegenzug dazu über den schnellen Erfolg von Wallraffs neuem Buch freut, das in noch nicht ganz zwei Monaten eine Millionenauflage erreichte, dann verkennt man, daß dieser

Erfolg vielleicht nur die andere Seite der Medaille ist. Die hohe Auflage ist doch kein Beleg dafür, daß es eine große Kultur von unten gibt, die sich in diesem Buch ausgedrückt findet. Für mich heißt das zunächst nur, daß es eine Million Menschen in der Bundesrepublik gibt, die im Hinblick auf die Ausländer ein schlechtes Gewissen haben – und das können durchaus dieselben Leute sein, die sich in dem sentimental Kitsch der „Schwarzwaldklinik“ ausgedrückt finden.

Ich wollte mit diesen beiden Bemerkungen nur die Schwierigkeiten andeuten, die entstehen, wenn wir mit kulturellen Themen nicht politisch-identifikatorisch umgehen, sondern sie nach ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und Funktionsweise befragen. Ich meine, daß sich die SPD eine politische Chance vergibt, wenn sie eine Kulturdiskussion führt, die immer schon durch das *Nadelöhr von Kulturpolitik* im engeren Sinne gegangen ist. Kultur im weiten Sinne ist die den Menschen zugekehrte Seite der Gesellschaft, also der individuell und gemeinschaftlich angeeignete gesellschaftliche Reichtum. Legt man diesen weiten Begriff von Kultur zugrunde, dann hat er die Aufgabe, die kulturelle Bedeutung von gesellschaftlichen Prozessen wahrzunehmen. Natürlich hat es Sinn, von Kultur im engeren Sinne zu reden, als Gegenstand von Kulturpolitik, bei der es um Kunst und Theater, um Bibliotheken und Bildungseinrichtungen, um Filmsförderung und Medienfragen geht. Und hierzu muß das Grundsatzprogramm in einem spezifischen Kulturteil möglichst präzise Grundsätze und Forderungen enthalten, an denen sich eine sozialdemokratische Politik orientiert und an denen sie sich auch messen lassen muß. Aber Voraussetzung dafür ist, daß ganz grundsätzlich ein Bewußtsein davon ausgebildet wird, welche Funktion Kultur in der ganzen Breite ihrer Ausformungen für eine industrielle Gesellschaft inzwischen gewonnen hat. Ich bin mir bewußt, daß dies einer Partei besonders schwerfallen muß, die seit ihren Anfängen von der Vorherrschaft des Ökonomischen ausgegangen ist. Kultur – das war ideologische Herrschaft von Kirche und Staat, das war das Ausdrucksmittel einer privilegierten, bürgerlichen Klasse. Die Kultur der Sozialdemokratie (so formulierte man zu Ende des 19. Jahrhunderts) war ihre Organisation, mit der sie politische und soziale Ziele verwirklichte, das war politische Bildung, die über grundsätzliche gesellschaftliche Probleme aufklären sollte.

Diese Vorherrschaft des Ökonomischen, die Dominanz verwertungsbestimmter Produktion, ist nun keineswegs außer Kraft gesetzt. Das genaue Gegen-

teil ist der Fall: Wir erleben seit mehreren Generationen, wie immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen und individuellen Lebens von der Dynamik kapitalistisch-industrieller Produktion erfaßt werden. Aber gerade weil dies so ist, kommt Kultur eine immer größere Bedeutung zu. Ich möchte diese These kurz erläutern.

Die industrielle Revolution des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts hat die Produktionsverhältnisse ganz grundlegend umgewälzt, aber die Lebensverhältnisse der Menschen selber, ihre Bewußtseinsformen und ihr Alltag waren davon zunächst nur äußerlich betroffen. Die Selbstinterpretationen der drei großen vorindustriellen Klassen Feudalität, Bauern und Bürgertum haben sich seit dem Beginn der Neuzeit weiter ausdifferenziert, blieben aber eine relativ lange Zeit in ihrer Struktur erhalten, lediglich die sich entwickelnde industrielle Arbeiterschaft sah sich genötigt, aus den ihr zugänglichen kulturellen Traditionen eigene Mischformen zu entwickeln, die zumeist aber nicht über den Rahmen bürgerlicher Kultur hinausgingen. Die zentralen gesellschaftlichen Institutionen Beruf und Familie, die die Ausbildung von Identität vermitteln, bleiben in ihrer kulturellen Selbstverständlichkeit und als normativer Bezugspunkt weitgehend stabil. Erst der entwickelte Industrialismus, wie er sich seit Beginn dieses Jahrhunderts durchsetzt, läßt diese Institutionen und die von ihnen getragenen Traditionen brüchig werden. Aus der gesellschaftlichen Perspektive stellt sich diese Entwicklung als Funktionsverlust dar, und die konservative Kulturkritik hat diesen Verlust als seelenlose Maschinisierung des Lebens und als Verlust der Mitte beklagt. Wechselt man die Perspektive und fragt, was dieser Funktionsverlust für die einzelnen Menschen bedeutet, so kann man von einer *Freisetzung* der Menschen von *kulturellen Normen* sprechen, in denen das Versprechen nach Sinn und lebensgeschichtlicher Bedeutung angelegt ist. Wenn aber weder Religion noch Kultur den Menschen zureichend vermitteln, wozu man lebt und woraufhin man sich orientiert, dann müssen die einzelnen Menschen, der Tendenz nach, jeweils für sich selbst herausfinden, welchen Lebensentwürfen man folgt. Freisetzung hat dabei immer die doppelte Bedeutung von erzwungener Enteignung und Entwertung von Traditionen und kulturellen Qualifikationen und die Bedeutung des Freierwerdens für individuelle Ziele: Jeder kann für sich selbst bestimmen, welche Lebensentwürfe und welche Identitätsangebote er für sich verfolgt; aber gleichzeitig muß auch jeder aus der Vielzahl der kulturellen Muster diejeni-

gen sich aneignen, mit denen er am ehesten zurechtkommt. Dieser Prozeß der kulturellen Sozialisation ist vielfältig vermittelt durch Herkunft, Bildungsgrad, Berufs- und Gruppenmilieus; aber keines dieser kulturellen Milieus oder dieser Teilkulturen hat mehr die normative Kraft, den Lebenszusammenhang als ganzen zu organisieren.

Die „Moderne“, mit der die Neuzeit beginnt, kann als ein übergreifender Prozeß der Rationalisierung der Welt und der Subjektivierung der Menschen verstanden werden, der unaufhaltsam die vorkapitalistischen Traditionenbestände umschichtet und erodiert. Insofern haben wir es mit einer epochalen Entwicklung zu tun, innerhalb der sich die äußere wie die innere Natur ganz grundlegend verändert hat.

In diesen Prozeß ist unsere Gegenwart jedoch auf eine besondere Weise eingebettet. Die fortschreitende Pluralisierung der Weltbilder, die aus dem Zerfall der Religion erfolgte, setzt sich immer mehr im Inneren der einzelnen Menschen fort als Fragmentierung des eigenen Ichs.

Anders gesagt: Man wählt nicht mehr nur, nach Alter und Geschlecht verschieden, sich einen bestimmten Lebensstil aus, sondern dieses Aussuchen selbst, der Austausch von wechselnden Identifikationen auf Zeit, wird selber zur kulturellen Praxis, die man erlernen muß. Was die Konservativen den „Verlust von Sinn“ und die „Auflösung von Pflicht- und Arbeitsethos“ nennen, hat hierin seine Wurzel. Wer in diesem Prozeß der Rationalisierung nur eine „Überforderung des einzelnen“ sieht, verkennt, daß ohne die Auflösung von traditionellen Weltbildern das Konzept einer freien und sozialen Gesellschaft, die für den Menschen da ist, gar nicht möglich wäre.

Aber dieses „Projekt der Aufklärung“ hat sich selber dynamisiert, und was uns gegenwärtig beschäftigt, ist seine individuelle Zuspitzung. An diesem Punkt setzen die Vertreter der Postmoderne an. Sie gehen davon aus, daß die in Gang gesetzte Dynamik, mit der die alten Weltbilder aufgelöst wurden, schließlich auch die eigenen Voraussetzungen der Aufklärung zerstört hat. Die Moderne hat ihre eigenen Kinder gefressen, und zurück bleiben eine subjektlose Geschichte und geschichtslose Subjekte, die die Frage nach Sinn obsolet machen. Meine Kritik daran ist, daß diese gesellschaftliche Tendenz zu rasch verallgemeinert, ohne daß ihre ambivalenten Auswirkungen untersucht würden. Wenn die alten Traditionenbestände, aus denen sich auch noch die großen Utopien speisten, brüchig werden, so bedeutet dies nicht, daß alle Moral verbraucht ist, sondern

nur, daß diese Moral sich entbunden hat von ihren gesellschaftlichen Trägern und nun von den einzelnen Subjekten jeweils für sich rekonstruiert werden muß. Die gesellschaftliche Moral hat sich subjektiviert und ist zu einer Form des kulturellen Verhaltens geworden. Dies erklärt, weshalb Kultur als Ausdrucksebene für die einzelnen Menschen gegenwärtig immer wichtiger wird. Denn Kultur ist die Ebene, auf der die freigesetzten Individuen oder Subjekte versuchen, Antworten zu geben auf die Fragen nach Sinn und Bedeutung. Soziologisch betrachtet, haben wir es mit einem unglaublichen Beschleunigungsprozeß, mit einem Pluralisierungsprozeß zu tun, in dessen Verlauf die gesellschaftlichen Normen und Leitbilder immer mehr die Form von auswechselbaren Lebensstilen annehmen.

Dabei spielt Kultur als Selbstausdruck, als Experimentieraum individueller Wünsche und Ziele, eine immer größere Rolle. Die Inhalte können dabei sehr weit gefächert sein. Hermann Glaser sprach von dem enormen Anwachsen einer therapeutischen Kultur, ebenso könnte man von einem gesteigerten Bedürfnis nach ästhetischem Selbstausdruck sprechen oder nach einem erweiterten Konsum auch der Kultur, dessen Erlebnis- und Ereignisqualitäten immer wichtiger werden. Auch die neuen sozialen Bewegungen der letzten 20 Jahre (Studentenbewegungen, Alternativbewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Ökologiebewegungen) lassen sich unter diesem Aspekt als kulturelle Suchbewegungen beschreiben, die jeweils auf Zeit und für einen bestimmten Lebensabschnitt so etwas wie Sinn von unten herstellen wollen. Offensichtlich antworten sie, auf ähnliche Weise wie die Psychosektent und die therapeutischen Zirkel, die Spiritualisten und die Kosmologen, auf ein strukturelles Sinndefizit der gegenwärtigen Gesellschaft, das durch eine Beschädigung der alten kulturellen Werte sich nicht mehr kitzen läßt. Hermann Glaser hat für diesen Zuwachs an Sinnproduktion den Begriff der Meta-Arbeit geprägt. Ich würde eher von einer erweiterten kulturellen Reproduktion reden, mit der die Menschen 'auf die Auswirkungen der kapitalistischen Kulturrevolution notwendig antworten.'

Über die Termini braucht man sich nicht zu streiten; wichtig ist, daß dieser neue Sachverhalt auch als Problem von Politik wahrgenommen und in die Kulturdiskussion der Sozialdemokratie aufgenommen wird; wichtig ist, daß die neuen Formen der kulturellen Vergesellschaftung von der Sozialdemokratie als gesellschaftspolitische Aufgabe und nicht nur als kulturpolitisches Problem begriffen wird. Des-

wegen meine ich, daß diese Fragen der Kultur, die uns unsere Gegenwart besser wahrnehmbar machen sollen, in die Präambel oder in die Grundprogrammatik der SPD gehören und nicht in einen angehängten Kulturteil, der Kulturarbeitern eine zusätzliche Legitimation verschafft.

Natürlich ergeben sich aus einer kulturtheoretischen Analyse der Gegenwart eine Reihe von Forderungen an eine Kulturpolitik. Eine dieser Forderungen wäre, daß die SPD gerade im Bereich von Kultur mit ihrer alten *Staatsgläubigkeit* brechen müßte. Denn wenn die These richtig ist, daß Kultur als Ausdrucksebene für die Menschen immer wichtiger wird, dann wäre es die primäre Aufgabe des Staates, dafür die Bedingungen zu sichern und die Voraussetzungen zu schaffen, daß die je spezifischen Ausdrucksbedürfnisse sich ausbilden können, neben und gegen eine passive Konsumkultur, die immer mehr kapitalisiert wird. Ich glaube, gerade im engeren kulturellen Bereich kann man mit staatlichen Organisationsformen auf viele Probleme nicht mehr antworten. Wichtiger wäre es, bestimmte infrastrukturelle Leistungen herzustellen, Vorgaben, Zusammenhänge und Öffentlichkeitsformen zu schaffen, in denen eine Freisetzung von kultureller und ästhetischer Eigenproduktivität möglich ist. Ich könnte mir sehr wohl eine Reihe von Vorgaben vorstellen, die zu einer Umgewichtung der Kultur gegenüber dem ungeheuren Kommerzialisierungsdruck führen könnten. Denn was wir im Augenblick erleben, ist eine Kapitalisierung der Kultur durch die großen und kleinen Konzerne, die durch eine teils offene, teils schleichende Privatisierung kultureller Öffentlichkeiten sich durchsetzt. Die vielen dezentralen Kulturvermittler, wie Kleinverlage, Zeitschriften, Stadtteilprojekte, Musik- und Theatergruppen, werden durch die Marktmacht der Großen zunehmend konkurrenzunfähig, während gleichzeitig die Orte in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, in denen diese kulturellen Kleinstrukturen aufgegriffen und unterstützt werden, etwa in Form der vielen Kultur- und Bildungsprogramme, zugunsten von Konsum- und Unterhaltungssendungen zusammengekürzt werden.

Voraussetzung dafür ist, daß Medienpolitik auch als Kulturpolitik begriffen wird. Dabei geht es nicht um die naive Gegenüberstellung von herrschender institutioneller Kultur und dezentraler Alternativkultur von unten. Wer die großen Kulturstituationen von Rundfunk, Theater und Oper nicht widerstandsfähiger macht gegenüber dem Kapitalisierungsdruck der nationalen und internationalen Kul-

turindustrie und sich auf eine bloße Subventionspolitik der vielen dezentralen Kulturprojekte beschränkt, der verkennt, wie wichtig ein Geflecht von kulturellen Groß- und Kleininstitutionen ist, das nicht nur der Verwertungsdynamik folgt. Die großen Kulturinstitutionen müßten durch ihre innere Demokratie und durch ihre finanzielle Unabhängigkeit soweit gestärkt werden, daß sie dem Kommerzialisierungsdruck besser widerstehen könnten, und sie müßten gleichzeitig nach unten, nach der Seite ihrer Rezipienten wie ihrer Kulturproduzenten, soweit geöffnet werden, daß sie durchlässiger werden für kulturelle Kleinstrukturen.

Gleichzeitig müßten im Hinblick auf die dezentralen Kulturproduzenten infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen werden, die die Selbstqualifikation der vielen kleinen Kulturprojekte ermöglichen. Wenn es die vorherrschende Tendenz der Gesellschaft ist, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen mit ihren kulturellen Milieus gegeneinander abzudichten und zu fragmentieren, dann hat eine sozialdemokratische Kulturpolitik die Aufgabe, im Interesse einer gesellschaftlichen Vermittlungsfähigkeit diesem Prozeß gegenzusteuern. Kultur ist kein gesellschaftlicher Gegenstand wie jeder andere. Wenn die kleinen kulturellen Strukturen ausgetrocknet werden zugunsten einer kommerzialisierten Massenunterhaltungskultur, dann findet so etwas statt wie eine Enteignung des Bewußtseins und des Wunsches nach Selbstausdruck. Die Folge wäre eine Privatisierung der kulturellen Bedürfnisse, die sich von ihrer gesellschaftlichen Öffentlichkeit abgespalten sähen. Vorstellbar wäre durchaus eine Gesellschaft, die in viele unzusammenhängende Kleinkulturen zerfällt und nur noch überlagert wird durch eine nivellierte und inhaltslose Unterhaltungskultur, die die Leere in den Menschen immer wieder überlünct und sie gerade deshalb an sie fesselt. Die Fernsehdemokratie würde darin ihre kulturelle Entsprechung und könnte sich so erst ganz verwirklichen. Der Preis dafür wäre sehr hoch: das Entstehen einer Gesellschaft, in der individuelle und gesellschaftliche Kultur auseinanderfallen und in der die Politik sich nur noch als Entertainment vermitteln kann. Die Philosophie der Postmoderne hält dafür schon die Ideologie bereit.

Diether Dehm Parteilichkeit

Dr. Diether Dehm, Jahrgang 1950, ist Liedersänger unter dem Künstlernamen „Lerryn“, Schallplattenverleger, Texter und Autor.

Ich möchte vier Anforderungen an das neue Parteiprogramm aus der Sicht eines linken Pop-Musik-Machers formulieren:

1. Unser Kulturbegriff muß breit sein. Kultur ist mehr als das Ensemble des Wahren, Schönen und Guten. Peter Glotz hat dies so bezeichnet: „Kultur bezeichnet jenes Erleben, das ein neues Erleben prägt.“ Dies ist eine realitätstüchtige und bündige Definition von Kultur. Sie verweist Kulturarbeiter verstärkt auf den Alltag. Der Alltag darf nicht länger aus kulturprogrammatischen Aussagen und linker Kulturarbeit herausgehalten bleiben.

Als Beispiel: Dieser neue Run auf Reformhäuser, auf alternative Heil- und Ernährungsstrategien geht leider ziemlich an uns vorbei. Und er ist längst keine hedonistische Mittelschicht-Bewegung mehr. Es ist durchaus eine alltägliche kulturelle Alternative, ob ich eine Erkältung homöopathisch und „sanft“, also etwas zeitaufwendiger therapiere, oder ob ich mich pharmazeutischen Sofortwiederherstellungsmaßnahmen unterwerfe, Hustenblocker, deren Codeine das Herz angreifen, Schnupfenblocker, die die Schleimhäute zerstören. Oder Fieberblocker, die das thermodynamische Immunsystem des Körpers irritieren und somit Viren und noch bösartigeren Erkrankungen „die Zelltüren öffnen“. Dies alles hat mehrere Dimensionen. Eine medizinische, wie eben beschrieben. Eine gegen die Pharma-Konzerne gerichtete. Eine gewerkschaftliche, weil das Recht, ein oder zwei Tage länger krank zu Hause zu bleiben, ohne den Arbeitsplatz zu riskieren, erkämpft werden muß. Und somit eine kulturelle, weil es diesen entsetzlichen Stolz „deutscher Arbeiter macht nicht krank“ in den Köpfen erst mal abbauen muß. Gerade in diesen Wintermonaten müßten doch sozialistische Politiker die Leute davor warnen, mit Pharma-Kanonen auf Spatzen zu hämmern, weil das langfristig Lebensqualität zerstört. Dies ist natürlich ein neuer Begriff von Politiker, entspricht einer Entspezialisierung der Partefunktionäre und einem breiten Kulturbegriff. In der alten Türkei waren die Ärzte Philosophen. Warum nicht zur Abwechslung mal Politiker? Dies ist nur ein grob verkürztes Bei-

spiel, inwieweit die Kulturarbeit des demokratischen Sozialismus nicht abseits vom Alltag abläuft, sondern auf sein Zentrum zielt. Dies muß ein neues Parteiprogramm auch sagen.

2. Ich möchte dafür plädieren, daß im neuen Parteiprogramm die Aufforderung beziehungsweise der Satz festgeschrieben wird, daß „demokratische Sozialisten eine Verantwortung für die gesamte Gesellschaft tragen“.

Die SPD ist von ihrer Tradition und ihrer Kultur her keine Partei wie jede andere, beziehungsweise sie darf das nicht sein. Wenn andere Parteien und Gruppen für unser Volk weitreichende Fehler machen, so tragen wir dafür eine Mitschuld, weil wir es nicht verhindern konnten. Anders herum: Auch wenn andere sich dann eventuell die Federn an den Hut stekken, müssen wir auch bei politischen „Mitbewerbern“, ja selbst beim politischen Gegner, das Höchstmaß an vernünftigem Verhalten stiften. Es kann uns nicht egal sein, ob sich im konservativen Lager Weizsäcker oder Dregger in der Friedensfrage durchsetzt. Es ist sicherlich leichter, auf den Popanz Dregger/Czaja zu dreschen, um ein paar Wahlpro-mille gutzumachen. Aber langfristig wird das Klima für demokratische Ziele dünner, wenn sich nach wie vor die Dreggers im konservativen Lager behaupten. Auch für die Fehler der Grünen tragen wir Mitverantwortung. Ob sich ökologische Vernunft oder Öko-Diktate gar mit terroristischen Varianten dort durchsetzen, ist letztendlich bedeutend, auch für unsere Politik. Hämische Schadenfreude führt da nicht weiter. Holger Börner geht ein lohnendes Risiko ein. Dialog ist nie ganz von Riskantem bereinigbar. Ob mit Grünen oder Konservativen: Wir brauchen eine das fortschrittliche Klima begünstigende Bündnispolitik ganz undogmatischer Art. Es ist das Gebot einer anständigen politischen Kultur, wenn wir uns also in unserem neuen Programm für die gesamte Gesellschaft und nicht nur bis „zum Tellerrand unserer eigenen Firma“ verantwortlich erklären. Das würde uns verpflichten, nicht nur für unser eigenes Besserwerden, sondern auch für das der anderen mitzusorgen.

3. Bitte läßt aus dem zukünftigen Programmenvorwurf den alten Godesberger Satz heraus, ich zitiere ihn freihändig, der Staat müsse die Bürger vor Macht- und Interessengruppen schützen, die das kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollten. Dann müßte, zugespielt, jetzt dieser Staat hier die Bürger vor den Interessengruppen der Arbeiter, den Gewerkschaften, schützen, wenn zum Beispiel die IG Metall Künstler aufruft zum Wider-

stand gegen die Novellierung des Paragraphen 116. Das Gegenteil ist richtig.

Wir brauchen die Parteilichkeit im kulturellen Leben!

Wer, wie ich, mit und für Rockmusiker, Literaten und Liedermacher wie BAP, Biermann, Klaus Lage, Rodgau Monotones, Zupfgeigenhansel, Günter Wallraff und andere arbeite, weiß, wie stark die Parteilichkeit für die Ausgebeuteten und gegen die internationale Macht der Großbanken und Monopole das künstlerische Schaffen dort befürchtet.

Und umgekehrt: Je intensiver das künstlerische Gestalten eines neuen antikapitalistischen Menschenbildes, etwa in einer Ballade wie „Monopoli“ bei Klaus Lage, wird, desto stärker wird bei diesen Künstlern das Bedürfnis, sich politisch auch direkt einzumischen. Wenn diese sich dann an der Seite von Gewerkschaften oder von Friedens- oder Öko-Gruppen engagieren, dann soll der Staat die Bürger davor schützen? Das ist doch Unsinn. Und so sollte bitteschön auch ein klares Wort gegen die furchterliche Macht der Großbanken in allen sogenannten drei Welten im Wirtschaftsteil des Parteiprogramms stehen. Sonst wird es einen fortschrittlichen Kulturteil und einen rückständigen Wirtschaftsteil geben. Dann ist Kultur, wenn ich Hilmar Hoffmann modifizieren darf, „die Petersilie im Maul des Hechts“.

Ein realitätstüchtiges Parteiprogramm geht nicht ohne ein klares Wort gegen die internationale Macht der Großbanken, die hierzulande für zum Beispiel die höchste Menge an Konkursen und Vergleichen im mittelständischen Bereich und sinkenden Lebensstandard der Arbeitenden, für den fast völligen Ruin von tausenden landwirtschaftlicher Betriebe demnächst verantwortlich zeichnet, und die sich gerade eben wieder mal ihre Zinseszinsen aus den schlimmsten Hungergebieten der Welt mit Rindfleisch bezahlen lassen und so weiter. Soll mir bitte keiner kommen, das hätte mit Kultur nichts zu tun. Und wir Kulturschaffenden sollten uns nur um unser Spezialgebiet kümmern. Das hat vor einem Jahr der Herr Dregger gefordert, und gerade diesen Begriff vom Kulturfachidioten wollen wir Künstler überwinden, weil uns das Leben was angeht.

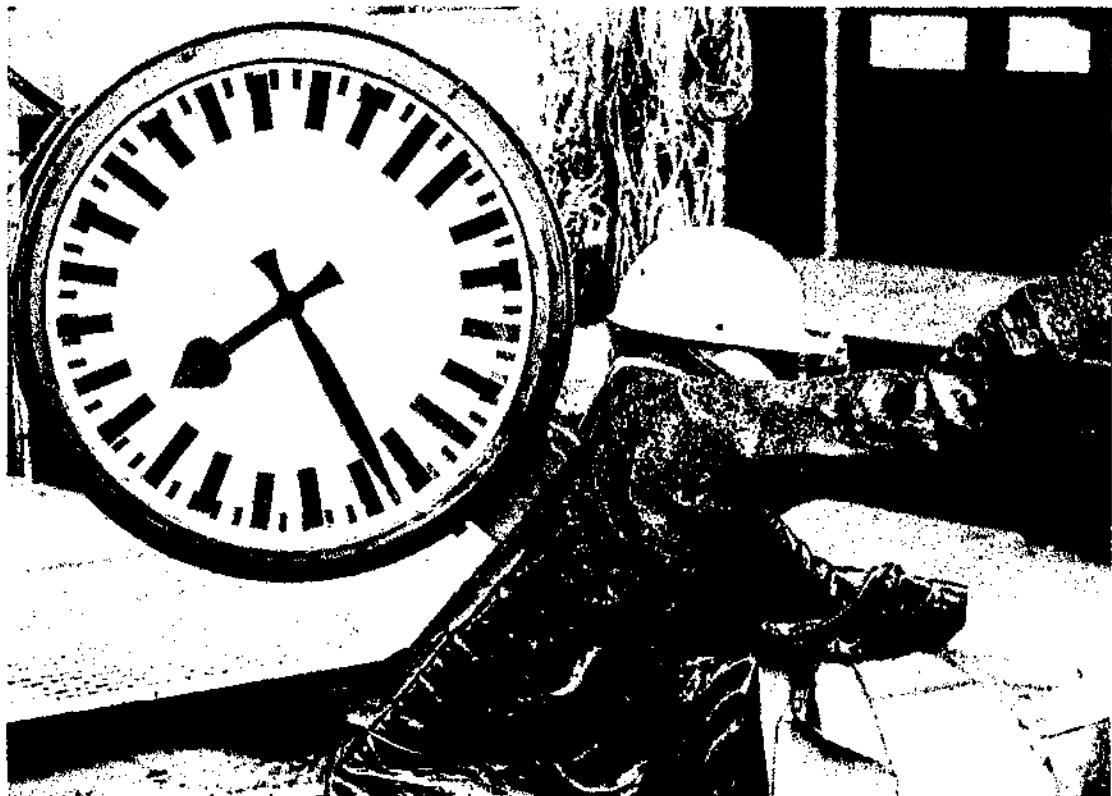
Mit einem klaren Plädoyer gegen die Großbanken und ihre politische Macht und Machenschaften wird auch dieser komische Scheingegensatz zwischen „Kommerz und echter Unterhaltung“ hinfällig. „Kommerz“ ist doch nicht unser Gegner! Im Gegenteil: Wenn doch SM, „Vorwärts“, TAZ etc. um Gottes willen kommerzieller wären! Das wäre doch für die Linke auch eine bessere Kampfsbedingung.

Unser Gegner ist numerisch kleiner, aber politisch größer als die „kommerziellen Unterhalter“. Kommerzialität bezeichnet nichts anderes als eine bestimmte Art, die künstlerischen Instrumente zu schärfen. Und nur weil die wirkungsvollsten dieser Instrumente bislang schwerpunktmäßig den Konzernen und Konservativen von uns überlassen wurden, heißt das noch längst nicht, daß unsere Barrikadenseite diese nicht nutzen könnte.

4. Viertens und letztens sage ich, daß das Programm auch eine Art der Selbstbindung der Partei nach innen bedeutet: vor Ort in den Unterbezirken und Ortsvereinen Kulturressorts zu schaffen; neue Formen des Parteilebens und auch der Streitkultur, etwa widersprechender Meinungen auf Parteitagen, auszuprobiieren. Wir stehen, um Otto Bauer zu zitieren, in einem Kampf um die Köpfe, weil wir uns von jenen gründlich unterscheiden, die Köpfe im Namen des Sozialismus einschlagen wollen. Aber dürfen wir dabei unsere eigenen Köpfe, die Herzen, die Sinnlichkeit unserer eigenen aktiven Genossen vernach-

lässigen und mit spröden Referaten langweilen, nach dem Motto: „Die Basis soll leiden für die Wahrheit“? Unser Parteileben ist allzuoft öde. Statt Begeisterungsfähigkeit zu wecken, werden Genossinnen und Genossen vom fröhlichsten Juso-Alter an auf das kühle Kalkül von Tagesordnungsroutine konditioniert. Aber: Wie wir uns den Leuten vorstellen, stellen sich die Leute uns vor. Und da müssen wir unser Parteileben noch gründlich umkrempeln. So wie es manchmal ganz schön wäre, wenn Künstler etwas politischer würden, wäre es ganz wichtig, wenn Politiker etwas „künstlerischer“ würden.

Eine Bewährungsprobe für uns ist auch, wie breit und wie demokratisch wir jetzt in der Partei diesen Programmentwurf diskutieren. Auch da zeigt sich unsere politische Kultur. Und zwar trotz Wahlkampf. Ein Kulturprogramm braucht eine Utopie und ist darum kein Wahlprogramm, obwohl der Wahlkampf auch eine Chance für kulturelle Belebung bietet.



Aus „Ihr für uns und wir für euch“; 40 Jahre Ruhrfestspiele Recklinghausen; J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn (1986)

Johano Strasser Individuum und Gesellschaft

Dr. Johano Strasser, Jahrgang 1939, ist Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand; Herausgeber und Redakteur der Zeitschrift „L '80“.

Es ist mehrfach angemahnt worden, das Thema „Kultur“ nicht nur unter einer separaten Überschrift im Grundsatzprogramm der SPD abzuhandeln, sondern es das ganze Programm durchdringen zu lassen. Ich halte das für richtig und wichtig. Die Aussichten dafür, daß so verfahren wird, sind in der Programmkommission gut. Aber man sollte beachten, daß das ein revolutionäres Anliegen ist; denn kulturelle Gesichtspunkte in die Ökonomie einzubringen heißt im Grunde, den Kapitalismus in Frage zu stellen. Ich bin dafür, so radikal zu sein und sich mit den Ökonomen anzulegen, deren Ausbildung und Selbstverständnis die Hineinnahme solcher Gesichtspunkte gewöhnlich verbietet. Natürlich ist die Humanisierung der Arbeitswelt eine kulturelle Aufgabe. Auch die Durchsetzung eines emanzipatorischen Techniktyps bedeutete ein großes Stück kulturellen Wandels.

Ich will aber auf etwas anderes hinaus. Es ist mehrfach gefordert worden, daß wir wieder an die Kulturtradition Europas, an die Tradition der Aufklärung usw. anknüpfen sollten. In diesem Zusammenhang ist auch vor einer Überfremdung der europäischen Kultur gewarnt worden. Ich bin sehr unsicher, ob wir da auf dem richtigen Pfad sind. Natürlich müssen wir uns wehren gegen die kulturelle Barbarei der amerikanischen Fernsehserien. Aber kulturelle Barbarei kann auch hausgemacht sein: siehe „Schwarzwaldklinik“! Ich denke, wir sollten uns fragen, inwieweit das, was von Amerika zu uns kommt, etwas Fremdes oder ob es nicht doch auch ein Erzeugnis der europäischen Kultur ist. Das Zurückgreifen auf eine Tradition der Aufklärung und die europäische Kultur ist ja gar nicht so einfach, weil dies nämlich eine sehr gespaltene, zwiespältige Tradition ist. Welchen Teil der aufklärerischen Tradition meinen wir? Auf der einen Seite haben wir die Menschenrechtstradition und auf der anderen Seite die gnadlose Unterwerfung der Menschen unter die „Sachzwänge“ der Ökonomie, auf der einen die Idee des Individiums, dessen Wert in seiner Einzig-

artigkeit liegt, auf der anderen die Tendenz zur Gleichmacherei, zur Nivellierung, die aus den technischen Strukturen, dem wissenschaftlich-technischen Entwicklungsmodell sich ergibt, auf der einen Seite die Idee der Freiheit und Selbstbestimmung aller Völker, und auf der anderen den eurozentristischen Hochmut, die imperialistische Mißachtung fremder Völker und Kulturen.

Ja, das Individuum ist eine europäische Erfindung. Aber der Systemwahn auch. Wir sind die Erben beider Seiten der europäischen Kultur. Darum warne ich davor, sich die Sache zu einfach zu machen. Es gibt keinen völlig eindeutigen und problemlosen Kulturbestand Europas, der Aufklärung, in dessen Traditionen wir uns stellen können, wie sich die neudeutschen Patentdemokraten auf den Boden der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ stellen, um sich möglichst nie mehr zu bewegen. Der kulturelle Boden unter unseren Füßen ist nicht so fest, so granit.

Hier kommen wir an den Punkt, an dem es für uns besonders interessant ist: Wohin wollen wir? Welchen Teil unseres Erbes wollen wir weiter entfalten? Was passiert mit dem Rest? Es ist immer relativ einfach zu sagen, wogegen man ist. Es ist aber schwer zu sagen, was wir eigentlich der sich abzeichnenden kulturellen Barbarei entgegensetzen wollen. Selbst wenn wir die Meinungsführerschaft hätten, die kulturelle „Hegemonie“ (ob wir sie anstreben sollten, bleibt im übrigen fraglich) – was würden wir anders machen? Was wären denn die kulturellen Vorstellungen, die wir haben?

Für mich gehört zum Inhalt der europäischen Kultur immer auch, daß man leben muß, ohne sich in einen fraglosen Sinnzusammenhang stellen zu können. Dies ist, was Moderne ausmacht. Wir müssen in Freiheit leben und damit in einer tiefen existentiellen Unsicherheit. Wir müssen lernen, die Unsicherheit zu ertragen, die mit Freiheit verbunden ist. Dies ist gerade für Sozialdemokraten ganz wichtig. Die Forderung nach absoluter Absicherung gegen jedes Risiko ist auch eine typisch sozialdemokratische Forderung. Wir müssen im Offenen leben, exponiert wie nie zuvor in der Geschichte, und versuchen, als Menschen dabei ganz zu bleiben. Und wir müssen im Bewußtsein des Todes leben, ohne den Tröstungen der Religion, der Kollektivität *wirklich* Glauben schenken zu können. Muß man es sagen? Es gibt kein politisches, kein technisches Mittel gegen die Sterblichkeit.

Wir müssen als moderne Menschen mit tiefer existentieller Unsicherheit leben. Da ist es nicht ver-

wunderlich, daß unter uns zuweilen Panik ausbricht, daß wir uns immer mal wieder in die scheinbare Sicherheit dogmatischer Ideologien flüchten, daß wir Linderung suchen in den großen Bestärkungen, die die Medien für uns bereithalten. Es ist gemein europäisch, was da aus den Betätigungsindustrien auf uns zukommt. Auch das ist europäisch: die Idyllisierung, die Flucht in Nischen, in kleine Schonräume. Da bin ich an dem Punkt, über den Peter Glotz und ich uns häufig unterhalten, manchmal auch streiten. Die bunte Vielfalt der Kulturen, die er als ein Merkmal der modernen Gesellschaft ausgemacht hat, ist ja gut und schön. Nur, sie kann auch in einen abgrundtiefen *neuen Provinzialismus* führen, wenn diese Kulturen sich nicht in einen Raum der Öffentlichkeit stellen, der die Spannung des Andersseins erträgt. Was wir heute erleben, deutet darauf hin: Dieser Raum der Öffentlichkeit geht kaputt. Deswegen bin ich nicht so begeistert von der Kiezkultur, die ich aus Berlin sehr gut kenne, die viele provozierende Anstöße gegeben hat, die in mancher Hinsicht auch innovativ, sogar aufklärend ist oder zumindest sein kann, die aber auch immer zum Provinzialismus tendiert. Es gibt den *alternativen Provinzialismus*, der nicht weniger abstoßend ist als das bürgerliche Spießertum, das sich überall wieder ausbreitet. Jedes Milieu wird unfruchtbare, wenn es sich nicht den Provokationen anderer Lebensweisen aussetzt.

Wenn es etwas zu verteidigen gibt in Europa, dann ist es die Offenheit und Öffentlichkeit, in der sich unterschiedliche Lebensweisen provaktiv miteinander auseinandersetzen. Das macht Entwicklung, humane Entwicklung erst möglich. Ich meine, daß wir dieses sehr präzise in einem Programm der Sozialdemokratie behandeln müssen. Wir Sozialdemokraten müssen die zugleich riskante und fruchtbare Struktur einer Öffentlichkeit, dieser großen Erungenschaft der europäischen Aufklärung, verteidigen – auch gegen jene vielfältigen Bedrohungen, die aus dem Kulturbestand Europas und der Aufklärung selbst erwachsen. Wie man das macht? Ich teile die Skepsis, die Klaus Staeck in diesem Punkte zeigt. Haben wir den Willen und die Kraft der Vermachung der Öffentlichkeit, das heißt der Privatisierung eines wesentlichen Stücks Demokratie entgegenzuwirken? Und wie könnte dies geschehen? Ich habe für diese Aufgabe keine Patentrezepte, aber ich meine, daß man zunächst einmal eine kulturelle Vision formulieren muß, um auf dieser Basis dann sich mit den Machtsfragen zu befassen. Bevor wir zum Kampf blasen, müssen wir wissen, wofür wir kämpfen wollen.

Tomas Kosta Prager Frühling

Tomas Kosta, Jahrgang 1952, ist Verleger, Geschäftsführer des Bund-Verlags und Herausgeber der Zeitschrift „L '80“.

Einige Bemerkungen zur Literatur. Zunächst aber eine allgemeine Bemerkung, eine Bitte an die Programmkommission, wenngleich sie kaum erfüllbar ist. Ich glaube, es muß ein bißchen mehr Herz reinkommen. Es ist ja kein Zufall, daß Schriftsteller, Intellektuelle insgesamt, immer links waren – bei uns oder anderswo. Aber wir tun uns mit ihnen reichlich schwer. Ich will darmit sagen, gerade so, wie die CDU das Feld mit dem Slogan „Wir können besser mit Geld umgehen“ in der Öffentlichkeit besetzt hat, sollte es der SPD gelingen, das Feld für sich zu reklamieren: „Links und Fortschritt auch in der Kultur sind bei uns beheimatet“. Die Banker und die anderen schämen sich nicht zu sagen, die CDU sei die Partei, die sie vertritt. Wir tun uns mit dem kulturellen Bereich schwerer. Damit haben wir uns auseinanderzusetzen. Voraussetzung dafür ist – und ich kann da immer nur aus eigenen Erfahrungen sprechen –, daß eine linke, fortschrittliche Kultur besteht und akzeptiert wird. Das gilt für heute ebenso wie für früher, wie ich aus eigener Erfahrung weiß. Denn auch die Bewegung des „Prager Frühlings“ fing mit dem Schriftstellerkongreß an und dem „Manifest der 2000 Worte“, in dem alles das ausgedrückt war, was Kultur, Politik und Wirtschaft beinhalten sollten. Diese Begeisterung, die auch 1972 bei der Bundestagswahl für Willy Brandt das politische Klima bestimmte, die müßten wir bei den jungen Leuten und auch bei den älteren neu entflammen. Das können wir aber nicht nur mit theoretischen Diskussionen erreichen, sondern Gefühle spielen hier ebenfalls eine maßgebliche Rolle. Und genau das muß mehr ins Bewußtsein gerückt werden. Dasselbe trifft zu auf das Verhältnis der SPD zu oppositionellen Bewegungen überall auf der Welt. Denn da tut sie sich noch sehr schwer, was die Opposition im östlichen Machtbereich betrifft. Leicht hingegen fällt ihr der Umgang mit oppositionellen Künstlern und Intellektuellen in Südamerika und anderen Militärdiktaturen. Aber das ist nicht die Alternative. Wir müssen nämlich wissen, daß wir die Intellektuellen in Osteuropa, die ihre Hoffnung immer noch auf die SPD setzen, nicht enttäuschen dürfen. Das müßte,

glaube ich, auch hier klarer gesagt werden. Klaus Staech weiß, wie oft das zur Sprache kam. Und wir haben dann das Problem, daß die Leute, die uns nahestehen, fragen, was ist denn mit euch los? Ihr müßt mit den Offiziellen reden, wenn ihr was erreichen wollt. Das ist völlig in Ordnung. Aber ihr als SPD müßt klipp und klar sagen, daß wir uns für die Unterdrückten auf der Welt einzusetzen haben. Und das, glaube ich, muß die Sozialdemokratie deutlich machen – ob das Stimmen bringt, weiß ich nicht, aber ich halte es für eine ganz wichtige Sache.

Ein letztes noch: zu Wallraff. Es muß doch zuverlässiglich stimmen, daß es hier einmal gelungen ist, mit einem Buch einen einmaligen Erfolg zu haben, dessen Thematik die Ausländer betrifft. Das ist niemand anderem gelungen, schon gar keinem Politiker. Aber ein Buch hat das geschafft. Deswegen ist meine These, man sollte die Bücher und ihr Engagement nicht unterschätzen.

Die Medien insgesamt sind außerordentlich wichtig, und die SPD muß deshalb hier noch mehr Aktivität entwickeln. Dabei gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln, was ich die kulturelle Tradition der Arbeiterbewegung nennen möchte, das ist die Problematik und erweist sich manchmal als Schwäche. Ich weiß nicht, wie das zu machen ist, aber es muß geleistet werden. Unsere Gegner haben immer argumentiert, ihr könnt eigene Zeitungen nicht attraktiv gestalten, ihr könnt auch Bücher nicht so machen, wie sie sein sollten, und deswegen seid ihr nicht in der Lage, eine gute Kulturpolitik auf die Beine zu stellen. Das ist ein Problemkomplex, mit dem man sich aneinandersetzen muß.

Ich glaube, und das ist meine letzte Bemerkung, daß man bereit sein muß, sich von Traditionen, so weit sie überholt sind, auch einmal zu trennen. Ich meine Traditionen, für die der „Vorwärts“ beispielhaft ist. Er hatte eine andere Funktion, als es noch keine „Frankfurter Rundschau“ und andere Zeitungen gab, die progressive Positionen vertreten. Die Aufgaben heute müßten deshalb klarer präzisiert werden. Dann kann nicht das passieren, was der SPD passiert ist, daß man nämlich sagt, ihr könnt den „Vorwärts“ oder auch andere Zeitungen nicht attraktiv hinbekommen. Und das wird natürlich propagandistisch ausgenutzt.

Andreas von Randow „Stille Nacht, heilige Nacht“

Andreas von Randow, Jahrgang 1952, ist Kulturpfeifer der Stadt Mannheim; zuvor war er Mitarbeiter der Dokumentationsstelle für Soziokultur in Unna.

Ich fand es bedenklich, daß zur Parteikultur von Freimut Duve die Weihnachtsfeiern auf den Plan gerufen wurden. Für mich gibt es nichts Ätzenderes in meiner Partei als unsere Weihnachtsfeier vom Ortsverein, wo wir als Funktionäre verpflichtet sind, hinzugehen. Meinetwegen Weihnachtsfeiern. Aber da ist die Parteikultur, auf die wir oft mit Stolz blicken, zur Un-Kultur geworden. Warum beleben wir eigentlich nicht unsere 1.-Mai-Feiern. Auch zum Feiertag der Arbeiterklasse ließe es sich gut mit den alten Genossen und Genossinnen feiern. Wir trennen immer so stark: Am 1. Mai feiern wir mit den Kollegen, an Weihnachten mit den alten Leuten. Wenn dann an Weihnachten auch noch die alten Kampflieder der Arbeiterklasse gesungen werden, gefolgt von „Stille Nacht, Heilige Nacht“, dann haben wir schon unfreiwillig absurdes Theater. In diesem Zusammenhang sieht die Parteikultur sehr schlecht aus.

Ich bin auch als Kulturpolitiker in meinem Ortsverein ein gebranntes Kind. Ich kann kaum fünf Minuten über Kultur reden, ohne daß alles gähnend dem Einschlafen nahe ist. Auch das ist Parteikultur. Der Kulturbegriff der Genossen ist häufig noch ganz spartenorientiert, trennt Kultur völlig von den anderen Bereichen der Politik. Die theoretische Entwicklung hat aber doch genau gezeigt, daß die Integration der verschiedenen Politikbereiche erforderlich ist.

Als guter Kenner der soziokulturellen Szene muß ich Johano Strasser deutlich widersprechen. Seine Ausführungen zum alternativen Provinzialismus finde ich sehr schlimm. Ich habe etwas dagegen, wenn man gerade als Sozialdemokrat versucht, das, was sich in den Städten an Kultur auf der Ebene des Kiez, der Stadtteile und in den Initiativen entwickelt, als Provinzialismus abzutun und vielleicht sogar meint, daß wir hier die große Linie machen. Vielleicht erleben wir Alternativkultur auf der Erscheinungsebene manchmal als provinziell, aber das doch deshalb, weil die materiellen Infrastrukturen diesbezüglich noch nicht richtig ausgebildet sind. In einem



Programm der Sozialdemokratischen Partei muß drinstehen, daß Professionalisierung, künstlerische Ausbildung und kulturelle Weiterbildung ein ganz entscheidender Faktor von Kulturpolitik sein muß und daß hierfür Mittel bereitgestellt werden müssen. Das Wegnehmen der Kultur aus der Schule und das Wegnehmen der Kultur aus den Kultusministerien der Länder schafft eine katastrophale Situation für die Kultur und die kulturelle Entwicklung in unserem Land. Der von Johano Strasser angesprochene Provinzialismus liegt doch hauptsächlich in der Qualität der kulturellen Angebote, nicht aber an einer Borniertheit oder der Mentalität der Leute, die endlich mal was auf den Weg gebracht haben.

Johano Strasser:

Das Mißverständnis muß ja nicht bestehen bleiben. Ich wollte darauf hinweisen, daß diese dezentralen Initiativen zwar ganz wichtig sind; aber meine Erfahrung ist die, daß sie besonders fruchtbar und kreativ nur dann sind, wenn sie sich auseinandersetzen mit anderen Milieus. Die anderen Milieus gibt es selbstverständlich – und in Berlin kann man beobachten, daß ein Teil dieser Alternativkultur eine übertriebene Autonomievorstellung hat, sich durch Selbstghettoisierung tatsächlich zum Provinzialis-

Eva Mattes in „Ein Mann wie Eva“

mus verdammt hat. Das gibt es in anderen Städten auch. Darauf kam es mir an. Und ich glaube, daß ansonsten dieser Unruheherd sehr zu begrüßen ist.

Freimut Duve:

Wir können ja Weihnachten abschaffen. Das wäre ja die kulturpolitische Alternative. Aber die Weihnachtsfeier ist wahrscheinlich das massenhafteste Phänomen von Feiern in diesem Land, seit Jahrhunderten. Die Weihnachtsfeier ist ja älter als die Deutschen. Und das ist ja auch sehr angenehm, mit diesem orientalischen Ritual, dem wir uns da hingeben. Aber ich hätte gerne Anregungen für die Formen, wie wir das mit den alten Menschen und die alten Menschen mit uns feiern sollen. Ich erbitte auch Vorschläge, Namensvorschläge für Leute, die dort kommen und Gitarre spielen. Aber jemanden, der sagt, ich kann das nicht mehr aushalten und gehe da nicht hin, der läßt jedenfalls einen Bundestagsabgeordneten, der ein bißchen andere Kulturpolitik machen will, völlig alleine. Ich werde das jedenfalls weitermachen, auch wenn ihr das als unangenehm empfindet.

Ulrich Roloff

Postmoderne Türmchen

Ulrich Roloff, Jahrgang 1939, Jurist, ist seit 1977 Präsident der Hochschule der Künste in Berlin.

Ich will noch einmal auf den Meistermann-Brief zurückkommen, denn Staeck war der einzige, der darauf zu sprechen gekommen ist. Ich möchte darauf zurückkommen, weil ich glaube, daß in diesem Brief ganz Wesentliches für die letzten Jahre und die Frage der Akzeptanz der Kulturpolitik der SPD in den Künstler-Zirkeln und den kulturell aufgeklärten Kreisen liegt. Ich habe viele Freunde, die '72 in der SPD-Initiative von Grass begeistert mitgemacht haben, begeistert mitgemacht haben in einer Art, wie sich nur Künstlerinnen und Künstler emotional äußern können, und die dann im Laufe der Zeit, einer nach dem anderen, abgefallen sind. Auf die Diskussionen, die ich mit diesen dann geführt habe, wieso sie denn enttäuscht sind, wieso sie denn sich abwenden und wieso sie sich jetzt einer von der CDU sehr geschickt gemachten Kulturpolitik zuwenden, kannen keine Argumente, sondern nur Emotionen. Ich glaube, da liegt ein großes Manko unsererseits: Daß wir nämlich in der Vergangenheit diesen Kreisen gegenüber zu unsensibel waren; das ist nicht im Sinne eines Interesses gesagt, aber immerhin sind das die Macher, und die brauchen wir, wenn wir irgendetwas machen wollen, über die hinweg geht nichts. Weil in diesen künstlerischen Kreisen das emotionale Gefühl des mit-dem-Problem-Alleingelassenseins war. Das emotionale Gefühl, das bekommt man nicht weg, das kommt aus dem Bauch. Und das äußert sich heute so, daß Schröder in Niedersachsen gewaltige Schwierigkeiten hat, eine Künstlerinitiative für sich auf die Beine zu stellen. Das sind die Spätwirkungen der 1972 und folgende Jahre dann praktizierten Politik. Es ist für mich erst einmal als Analyse ganz wichtig. Und deswegen ist dieser Meistermann-Brief für mich nicht der Ausdruck eines enttäuschten alten Mannes, sondern er ist für mich Ausdruck der Enttäuschung einer ganzen Generation von Künstlerinnen und Künstlern aller Sparten. Und das geht noch weiter. Die Neuen, die da nachwachsen, das sind die sogenannten Alternativen – ich nenne sie nicht so, aber das ist ein Schlagwort. Diese Neuen haben das übernommen, obwohl sie von dem Damaligen nicht mal durch Mund-zu-Mund-Beatmung, sondern durch Atmosphärisches

etwas bekommen haben. Ich beurteile das jetzt aus meiner Berliner Sicht, das mag sehr subjektiv sein. Aber auch das ist gerade in der Kulturpolitik eine ganz wesentliche Geschichte. Sie fühlten sich in Berlin von der herrschenden SPD-Kulturpolitik nicht nur im Stich gelassen, sondern sie wurden in die Ghettos, in denen sie nun sind, hineingestoßen. Und die Frage der Auseinandersetzung mit den übrigen Feldern – die wollten sie ja durch die Bank –, die wurde ihnen nicht gewährt. Und da entdeckten sie in der Tat, daß sie dort in ihren Ghettos sozusagen den Anschein von Pfauenfedern bekamen – damit kann man ja angeben; das hat übrigens auch die CDU jetzt entdeckt. Damals wurde zwar versucht, etwas anzuschieben, aber dies ist nicht gelungen, weil die Kulturpolitiker damals mit der regierenden SPD nicht einverstanden waren. Und das ist ein Punkt, wo ich meine, daß das in dieses Grundsatzprogramm gehört.

Kulturpolitik geht nicht nur über den Kopf. Kulturpolitik oder Kultur, Kunst, Politik für Kultur, Politik für Kunst hat auch etwas mit der Emotion zu tun. Und ich glaube, man muß sich dazu bekennen. Ich glaube, man muß sich abkehren davon, daß Emotion eo ipso immer etwas ist, was sich mißbrauchen läßt – das ist unsere geschichtliche Erfahrung. Emotion ist etwas, was nach meiner Meinung mehr und mehr gebraucht wird. Es gibt eine Sehnsucht nach Emotion. Das kann auf der einen Seite sehr gefährlich sein. Auf der anderen Seite ist außer Frage, daß der, der diese Felder besetzt, vorne ist. Und wenn ich zum Beispiel diese postmoderne Architektur sehe – sie hat für mich einen Ausdruck dessen, daß hier etwas transportiert wird, was auch akzeptiert wird: nämlich das Gefühl und das Wollen nach Türmchen, Zinn, Fensterchen, Mäuerchen, sprich nach einer dann Stein gewordenen Emotion. So ist es auch in vielen anderen Bereichen.

Das heißt, Kultur oder Politik für Kultur oder für Kunst zu machen, muß meines Erachtens heute nicht mehr von großen Grundsatzprogrammen ausgehen. Obwohl ich die Programmarbeit begrüße. Ich finde es auch irre, wenn man das irgendwo ablesen kann und sagen kann, so stehen wir da. Wichtig ist aber, daß vor Ort in den ganz konkreten Ausformungen mit den Machern diskutiert und gearbeitet wird, und zwar auf allen Ebenen. Da ist es ganz sicher kein Ausspielen von Oper gegen Stadtteiltheater. Das kann es nicht sein, weil das nämlich in der Kultur wieder eine Klassenteilung schafft. Und das wollen ja selbst die sogenannten Alternativen nicht, und das wollen auch die Herren Operndirektoren nicht – die



Ernst Barlach, *Der singende Mann* (1928)

wollen plötzlich mit den Alternativen gemeinsam für eine Erweiterung des Kulturrets kämpfen. Insofern muß mit den „Machern“ diskutiert werden, das heißt, ein Kulturprogramm entwickeln, das ich für ein eigenständiges Programm halte. Ich will es einmal ganz überspitzt formulieren: Ein kulturpolitisches Programm muß ausweisen, daß Kulturpolitik eine eigenständige Rolle in der gesamten Gesellschaftspolitik zu spielen hat. Und daß sie nicht irgendeine dienende Rolle für etwas anderes im Bereich der Medizin oder im Bereich der Wirtschaft oder wo auch immer spielt. Umgekehrt: Die Behauptung, daß Kulturpolitik auch Geld einbringt, habe ich mal von Graf Lambsdorff in anderem Zusammenhang gehört. Und in Berlin ist die CDU ja auf dem gleichen Trip. Kultur bringt Geld, bringt Leute nach Berlin, also machen wir das, was die Leute anzieht. Daß dabei vieles durch den Rost fällt, ist auch klar. Insofern braucht es eine eigenständige Sparte, einen eigenständigen Programmenteil „Kulturpolitik“, gemeinsam erörtert, diskutiert mit jenen, die zur Zeit noch enttäuscht abseits stehen. Denn über diese Diskussion kann dann wieder eine Identifikation mit der SPD laufen. Das heißt, die SPD sollte mit den Machern in allen Sparten diskutieren und dort natürlich nicht alles übernehmen, aber sich einfach Einblicke verschaffen und das auch bundesweit in ein Programm hineinschreiben, obwohl die Kultur natürlich vor Ort in den Ländern stattfindet. Und wichtig bleibt, daß Kultur nicht irgendein Vehikel für etwas anderes ist.

Der nächste Punkt: Ich glaube, daß die SPD verdammt schnell handeln muß. Sie muß verdammt schnell handeln, wenn sie auf diesem Gebiet noch eine Funktion des Schiebens übernehmen will und nicht selber nachher irgendwo hingeschoben wird. Denn Kulturpolitik vor Ort und die kulturelle Szene sind durch eine CDU-Kulturpolitik flächendeckend beruhigt. Flächendeckend heißt, die Risse, die unter der Flitter-Oberfläche sind, sind alle zugedeckt. Es ist gelungen, sich das Etikett einer liberalen Kulturpolitik, einer Kulturpolitik, die auch die Alternativen berücksichtigt, anzukleben. Wenn das so weitergeht, dann werden das auch die anderen übernehmen. Denn die merken langsam, daß das Erfolg hat. Dann entsteht die Frage, wie kriegt man dann eine andere Kulturpolitik hin und wie bekommt man Verständnis vor allen Dingen bei denen, die das dottieren sollen, bei denen, die mitmachen sollen, die Kultur machen sollen, und denen, die sie akzeptieren? Wie bekommt man bei denen Verständnis dafür, daß man etwas ganz anderes will, obwohl ja die

CDU-Kulturminister da etwas praktizieren, was offensichtlich angenommen wird? In eine solche andere Kulturpolitik muß auch die Analyse mit einfließen, was eigentlich an dieser CDU-Kulturpolitik, die in den Städten betrieben wird, falsch ist und was daran schlimm ist und was daran verführerisch ist. Und da komme ich wieder auf den Bereich der Emotion zurück. Wenn das so weitergeht, dann werden wir in der Tat im emotionalen Bereich eine totale Besetzung haben, aber in der Richtung, die die CDU will. Die will das nämlich nur auf ganz bestimmte Sektoren hin ausgerichtet haben.

Zur Zeit hat diese CDU-Kulturpolitik den Charakter von Brot und Spielen als Blitzableiter für soziale Notstände. Und wenn André Heller sein „Feuerwerk“ losläßt, dann rennen da eben ein paar Hunderttausend hin. In dem Moment vergessen sie für ein paar Minuten oder eine Stunde ihre sonstige Misere. Wenn sie in der Lage sind, über solche Mechanismen für eine oder zwei Stunden ihre soziale Misere zu vergessen, dann frage ich mich, welchen Aufwandes bedarf es überhaupt noch, diese Misere vielleicht überhaupt für immer vergessen zu lassen, daß es ihnen schlecht geht, und sie damit in völlig andere Bahnen zu lenken, in die man sie haben will. Eine ganz gefährliche Entwicklung. Und deshalb, meine ich, muß hier sehr schnell gehandelt werden.

Jetzt komme ich noch einmal auf „echt irre“ und „echt ätzend“ – was über die Weihnachtsfeiern gesagt worden ist. Das Wort „echt ätzend“ sagt ja etwas anderes bei dem neuen Sprachgebrauch der Jugend. Und das ist der nächste Punkt. In einem Kulturprogramm müßte meines Erachtens analysiert werden, wo die neue Entwicklung der jungen Generation kulturell hingeht. Es gibt ja ganze Bücher darüber, die das Phänomen der Sprache entdeckt haben. Aber die Analyse, wieso das ist und was daraus folgt, fehlt; wo sind sie zugänglich, wenn sie plötzlich auf einer Hochsprache nicht mehr, sondern nur noch auf einer Jargonsprache zugänglich sind. Dann hat das auch etwas mit Veränderung der Emotion des Kopfes zu tun und mit Veränderung der Gefühlswelt. Wenn wir also eine Kulturpolitik machen wollen, die auch diese Bereiche mit einbezieht, dann muß das berücksichtigt werden. Es müßte untersucht werden, wieso das so ist und welche Ergebnisse das hat. Ich empfehle, ein Kulturprogramm zu machen, das nicht so sehr über den Kopf anspricht als vielmehr auch über die anderen Körperregionen. Und dort einfach Möglichkeiten für Identifikation gibt, und zwar für die Macher und diejenigen, die es akzeptieren sollen.



Ernst Barlach, *Der Flötenbläser* (1936)

Peter Glotz

„... wenige Brechts und so wenige Feuchtwangers ...“

Zwischenbilanz will ich nicht ziehen, sondern zu ein paar Punkten etwas sagen: 1. Tomas Kosta hat den Satz gesagt, Schriftsteller seien links. Das kann man Handke beispielsweise nicht vorwerfen. Und vielen anderen auch nicht. Deswegen finde ich es wichtig, daß Roloff den Begriff der Postmoderne am Beispiel der Architektur in die Debatte geworfen hat. Man könnte das genauso am Beispiel der Literatur kennzeichnen. In den meisten Kunstsparten kann man die Defensive der Linken in der Bundesrepublik, aber auch in Frankreich ablesen. Das ist ein langfristiger Prozeß, der nun wirklich zur Zeit zur kulturellen Hegemonie der Rechten geführt hat.

Ich will versuchen zu begründen, was ich meine, wenn ich sage: Europäische Identität ist gefährdet. Ist nicht die Gefahr einer Spaltung letztlich auch in diesem kulturellen Bereich da? Natürlich ist es richtig, daß es neben den mächtigen Medien und ihren mit großer Kapitalmacht durchgesetzten Inhalten, die sehr stark von den Vereinigten Staaten bestimmt werden, eine Vielzahl von kulturellen, interkulturellen Alternativkulturen gibt. Eine Fülle von Büchern und natürlich auch Filmen mit ganz wenig Abspielbasis und so weiter. Die Grundfrage ist aber doch, ob nicht letztlich die ökonomische Basis, die Abspielbasis für europäische Kultur immer geringer wird, weil sie besetzt wird von den anderen. Im Filmbereich ist das mit Sicherheit der Fall. Dann gibt es nebenbei noch ein paar kleine Minderheiten, die sich Minderheitenprobleme ansehen können und auch ansehen. Das ist schon richtig, aber die Mehrheit der Menschen wird in ihrem Bewußtsein bestimmt durch ganz bestimmte Produkte, die durch die amerikanische Sozialkultur bestimmt werden. Nun kann man natürlich viele Parallelen und geistige Osmoseprozesse zwischen den Quäkern und anderen Schichten, die aus Europa ausgewandert sind, und der europäischen Kultur sehen. Aber ich sehe auch viele Unterschiede. Diese kulturelle Prägung, die da stattfindet – nicht im Kontakt mit der amerikanischen Kultur, sondern mit einem bestimmten Surrogat amerikanischer Kultur, das dann letztlich Metro Goldwyn Mayer produziert und von Leo Kirch eingekauft und von unseren öffentlich-rechtlichen Anstalten bezahlt wird. Dies ist das Problem. Daneben findet

Kluge immer noch statt, aber er findet statt für winzige Minderheiten. Aber nicht nur Kluge, sondern auch solche Dinge, die für Mehrheiten konzipiert sein könnten. Da liegt für mich die Gefahr einer Gefährdung europäischer Identität.

Da bin ich allerdings beim zweiten Stichwort, bei Kluge. Ich will ja nicht sozusagen den „Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“ anstelle der „Schwarzwaldklinik“ senden. Das würde ich auch nicht tun, wenn ich Intendant des ZDF wäre. Deswegen will ich als Sozialdemokrat sagen: Ich meine, daß dieser ästhetische Agnostizismus der letzten 30 Jahre, der sich eigentlich nicht mehr für Popularität in vernünftiger Form eingesetzt hat, für das, was jetzt fälschlicherweise „kommerziell“ genannt wird, steht. Das ist das, was ich kritisiere.

Es hängt mit der deutschen Geistesgeschichte zusammen, daß es so wenige Brechts und so wenige Feuchtwangers gibt, die großen Romane – ich nehme mal den Erfolg von Feuchtwanger – geschrieben haben, die gleichzeitig massenauflagefähig waren. Das liegt an der deutschen Geschichte, auch, daß es nur drei Komödien gibt in Deutschland oder fünf. Es hängt mit unserer Geschichte zusammen. Aber wir haben es natürlich auch nicht systematisch gefördert, und auch linke Intelligenzia ist oft sehr schnell geneigt, in eine Ecke abzudriften, wo die Zuwendung zum Publikum und zu den Menschen und auch zu den Bedürfnissen der Facharbeiter schlicht nicht mehr gegeben ist. Ich will ja nicht bestreiten, daß es ein paar populäre deutsche Autoren gibt, und dabei Böll auch durchaus positiv hervorheben. Aber das dies alles letztlich eine im Angelsächsischen viel breitere Tradition hat und im Deutschen eine viel zu schmale, das glaube ich schon.

Noch zwei, drei Bemerkungen zum Thema Weihnachtsfeiern und zu den unterschiedlichen Formen der Auseinandersetzung der unterschiedlichen Kulturen: Ich bin seit 15 Jahren Berufspolitiker, also habe ich in meinem Leben vielleicht 20 oder 18 Mai-Reden gehalten. Also habe ich auch schon erlebt im Landsberger Stadttheater: Zuerst Dame – schwarzes Kleid – singt zwei Lieder aus der Winterreise. Anschließend Peter Glotz, hält eine Agitationsrede zum 1. Mai, und anschließend wieder zwei Lieder aus der Schönen Müllerin im dekolletierten schwarzen Kleid – und vorher sagt der Gewerkschaftsvorsitzende: „Liebe Kolleginnen und Kollegen ...“ und sagt irgendwelche Einleitungsworte. Daß dies so stattfindet und daß also die zeitgemäße kulturelle Auseinandersetzung mit den Problemen der Arbeiter von jetzt, nicht der Arbeiter von 1890, nicht statt-

findet, das ist doch auch unsere Schuld. Wir singen doch immer noch diesen schrecklichen expressionistischen Text in der zweiten und dritten Strophe von „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“. Wenn Ihr Euch mal überlegt, was das für ein schrecklicher Kitsch ist, den singen wir immer noch mit großer Inbrunst und Begeisterung, weil wir völlig außerstande sind, offensichtlich zeitgemäße Formen zu finden und auch Künstler zu finden, die dies gestalten. Und das hängt auch mit uns zusammen. Ich will Klaus Staeck in einem Punkt widersprechen: Ich glaube, in Nürnberg ist es uns gelungen, etwas zustande zu bringen, wo wir eben Udo Lindenberg und beispielsweise moderne Musik miteinander kombiniert haben, und die 5000

Leute sind nicht weggelaufen. Auch nicht die Facharbeiter, die da waren. Und vielleicht haben ein paar sogar was aufgenommen dabei. Es gibt das manchmal. Aber ich gebe zu, es ist die absolute Ausnahme, und meistens gibt's entweder das Absingen der Schlager aus den 30er Jahren, oder aber wir machen irgend etwas mit moderner Kunst, wo wir dann in der Tat unsere eigenen Facharbeiter raustreiben, weil sie sich mit dieser Art von Kultur nicht auseinandergesetzt haben und auch nicht auseinandersetzen können. Die Frage ist, ob wir eine Vermittlungskompetenz finden und ob wir einen Schritt weiterkommen. Das wäre eines der Ziele, das man sich setzen müßte.



Aus „Ihr für uns und wir für euch“; 40 Jahre Ruhrfestspiele Recklinghausen; J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn (1986)

Olaf Schwencke Sozio-Kultur

Dr. Olaf Schwencke, Jahrgang 1936, ehem. MdB und MdEP, ist seit 1969 Studienleiter der Akademie Loccum; Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft.

Drei Bemerkungen und drei Anmerkungen, die ich verhältnismäßig kurz fassen kann, weil manches mir Wichtige – insbesondere von Hilmar Hoffmann und Hermann Gläser – schon gesagt wurde. Auf einiges, das direkt die Kulturpolitische Gesellschaft betrifft, wird sicherlich auch eine Reaktion von mir erwartet.

Im Kapitel zur „staatlichen Ordnung“ des Godesberger Programms heißt es: „Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum *Kulturstaat* werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient.“

Dieser Satz ist inhaltsschwer – schon wegen des dahinterstehenden weiten Kultur-Begriffs. Darüber nachzudenken hätte es für Sozialdemokraten häufig und hinreichend Anlaß gegeben. Ich habe allerdings den Eindruck, daß dieser Satz aus dem Grundsatzprogramm von vor 25 Jahren nicht begriffen, beziehungsweise nicht aufgegriffen wurde. Jedenfalls hätte er eine andere Kulturpolitik ermöglicht als die, die in sozialdemokratischer Verantwortung in diesem Lande statigfunden hat. Ich – und sicherlich die meisten unter uns – sehen ja durchaus ein, daß das, was eine Passage vorher über „Sozialstaat“ und „Daseinsvorsorge für die Bürger“ ausgesagt wurde, zunächst wichtiger war. Dennoch hat die SPD durch das Nicht-Ernstnehmen der Kulturstaat-Forderung nach meiner Meinung ein beträchtliches kulturpolitisches Defizit auf sich selber geladen, was sich für die Gesellschaft negativ ausgewirkt hat.

Wir stehen, wenn wir heute nach kulturpolitischen Inhalten eines neuen Grundsatzprogramms fragen, also keineswegs am Anfang. Der Partei hat nicht die programmatische Basis gefehlt, wohl aber vor allem ein kulturpolitischer Wille. Weil wir den nicht erkennen konnten – wir, die in Sachen Kulturpolitik Engagierten –, haben wir zusammen mit einigen Liberalen und Unabhängigen 1976 die überparteiliche Kulturpolitische Gesellschaft gegründet, haben sie gründen müssen.

Eine zweite Anmerkung: Ich glaube nicht, daß es

uns viel hilft, wenn wir in einem neuen Parteiprogramm die Worte Kultur und Kunst häufiger als vorher verwenden. Die Worte machen es bekanntlich nicht, wohl aber eine Politik der Taten! Wie könnten diese aussehen? Zunächst so, daß Kulturpolitik nicht mehr als spezielles Arbeitsfeld additiv den anderen Politiken hinzugefügt wird, sondern als integraler Bestandteil aller sozialdemokratischen Politiken begriffen wird!

Deutliche programmatische Schwerpunkte zu setzen, ist für das neue Programm wichtig – viel wichtiger ist, daß die kulturelle Dimension aller Politiken begriffen wird. Was ich meine, hat Erhard Eppler in einigen wichtigen Formulierungen festgehalten – allerdings ohne die Begriffe Kultur beziehungsweise Kulturpolitik dafür zu verwenden. Mit anderen Worten: SPD-Politik kommt in keinem Bereich letztlich ohne ethische Begründung aus! Und diese ist durch leitende Grundwerte zu erarbeiten, nicht aus formal tagespolitischen Bedürfnissen! In diesem Zusammenhang warne ich vor der Versuchung von bloßen Fortschreibungen – da landet man dann wieder ganz schnell bei den sogenannten „Sachzwängen“, die eine Kulturpolitik letztlich überflüssig machen.

Deutlichere programmatische Schwerpunkte als 1959 von Kultur und Kunst zu setzen, bleibt wichtig. Aber noch viel wichtiger ist, daß die kulturellen Implikationen der Politiken, namentlich der Wirtschaftspolitik, der Technologiepolitik oder der Sozialpolitik etc. herausgearbeitet werden. Das ist nicht einfach zu leisten, darf aber nicht unterbleiben.

Ich weiß zwar, daß das herrschende Wirtschaftssystem wohl kaum in einem neuen SPD-Programm in Frage gestellt werden wird, aber es muß hinreichend deutlich korrigiert werden – eben aus den genannten Gründen. Dieses Wirtschaftssystem wird als Ideologie dieser Gesellschaft, wenn es bestehen bleibt, alle kulturellen Neu-Ansätze von unten vernichten beziehungsweise politisch massakrieren. Dagegen könnte auch ein neues Programm nichts bewirken!

Ich habe mich provozieren lassen – das ist mein dritter Punkt – durch Johano Strassers Bemerkung der Provinzialität der Sozio-Kultur beziehungsweise der Kiez-Kultur, wie er sich ausgedrückt hat. Er hat es sicherlich differenzierter gemeint, als es bei vielen von uns angekommen ist. Aber das sei noch einmal in aller Deutlichkeit angemerkt: Die Vielfalt der europäischen Kulturen spielt sich in diesen alltäglichen Kultur-Bereichen ab.

Sie, die Sozio-Kultur, zu entwickeln ist ein we-

sentlicher Beitrag zur europäischen Identität. Daß wir Ansätze einer eigenen Kultur haben, eine andere als die amerikanische oder eine von ihr bloß abgeleitete, auch in einem hochtechnologisierten Zeitalter, das sehe ich wie Peter Glotz. Nur der, der die Soziokultur ernst nimmt, wird die Fülle unserer europäischen Möglichkeiten auch nutzen können. Da muß man natürlich einiges tun, um Kulturen miteinander zu verknüpfen, die fruchtbare Diskussion zu ermöglichen, um nicht das Eine gegen das Andere abzuschotten. Da ist wohl noch sehr viel Arbeit kulturpolitisch zu leisten: Welche Partei hätte dafür letztlich größere Chancen als die SPD?

Daß die Soziokultur sich in den letzten Jahren so stark entwickelt hat – und sicherlich auch hier und dort noch reichlich provinzialistische Züge aufweist – „verdankt“ sie der Hochkultur, die alle Herausforderungen der letzten Jahrzehnte nicht bestanden hat. Heute ist sie in ihr traditionelles Refugium zurückgekehrt! Das ist zu bedauern, aber doch wohl dennoch allgemein zu konstatieren. Das kulturpolitische Defizit liegt also auf ihrer Seite, nicht auf der anderen, der der sozio-kulturellen Bewegungen.

Ich freue mich, daß kürzlich die Sozialdemokratischen Fraktionen von Bund und Ländern in Saarbrücken zum ersten Male ein Sozio-Kulturprogramm verabschiedet haben, das beachtliche Formulierungen – übrigens sind diese in Baden-Württemberg entstanden (erstaunlicherweise gerade dort, wo sie am wenigsten gefördert wird) – enthält. Ich wünsche mir, daß dieses sozio-kulturelle Programm, das die Fraktionsvorsitzenden einstimmig angenommen haben, in der Partei von Relevanz wird.

Drei Schlußbemerkungen:

1. Andreas von Radow hat zu Recht den Weiterbildungsspektrum hervorgehoben; ich will dieses Aufgabenfeld in seiner Bedeutung noch einmal unter-

streichen! Künftig darf sich ein SPD-Programm nicht im kulturellen Bereich auf Bildungs- und Hochschulpolitik beschränken, sondern muß schöpferisch auch die Kulturschaffenden und die Kultur von unten mitberücksichtigen. Menschen, die den Begriff Kultur nur mit Feierabend und Sonntagsreden verbinden, werden keinen Anteil an der gesellschaftlichen Aufgabe der Zukunft nehmen!

2. Warum müssen wir eigentlich bis 1988, also bis zum nächsten Programmparteitag, mit den kulturpolitischen Taten der SPD warten? Könnten die Sozialdemokraten nicht schon jetzt praktizieren, was künftig in einem neuen Programm stehen wird? Mit anderen Worten: Ich möchte dafür plädieren, daß vor allem die, die in der Partei wichtige Ämter innehaben und für die Politik in den Ländern und Kommunen verantwortlich sind, schon jetzt zu beweisen beginnen, daß diese Partei das, was sie Kulturgesellschaft nennt, ernst nimmt.

3. Man kann sich meines Erachtens hier nicht hinstellen wie Peter Glotz und sagen: Es ist doch furchtbar, die zweite und dritte Strophe zu singen von „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ – und es bei dieser (durchaus berechtigten) Klage bewenden lassen! Wer hält eigentlich den Bundesgeschäftsführer davon ab, sich nach Komponisten und Schriftstellern umzusehen, die etwas Neues und Besseres schreiben, beziehungsweise komponieren könnten! Der SPD würde es nicht schlecht anstehen, Kulturschaffende in diesem Lande mit solcher Aufgabe – für die sie schon ein paar Mark aufwenden müßte – zu beauftragen! Glücklicherweise ist dieses Land nicht arm an Frauen und Männern, die eine solche Aufgabe übernehmen könnten – arm ist es leider immer noch in der Einsicht, daß auch die Künstler, Schriftsteller und Publizisten ihr tägliches Brot brauchen!

Peter von Oertzen Großdörfliche und kleindörfliche Strukturen

Der frühere niedersächsische Kultusminister Dr. Peter von Oertzen, Jahrgang 1924, ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule Hannover, ist Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

Ich will der Versuchung widerstehen, die hier vorgetragenen Kulturbegriffe zu diskutieren, die ausdrücklich vorgetragenen und vor allem die unausdrücklich und vielleicht manchmal sogar unbewußt vorausgesetzten. Ich will nur dort anknüpfen, wo gesagt worden ist, daß Kultur, wenn schon nicht die Form, so doch mindestens eine sehr wesentliche Form des Zusammenlebens der Menschen ist, daß Kultur in diesem Sinne also mehr ist als das, was man gemeinhin als materielle Kultur bezeichnet. Ich will dabei nicht versuchen, Formulierungsvorschläge zu entwickeln für das Programm, an dessen Erarbeitung ich ja dann hinterher als Mitglied der Programmkommission selber beteiligt sein werde, sondern einfach an diejenigen, die uns dabei helfen sollen, ein paar Fragen zurückzugeben und sie zum Überlegen darüber ermuntern.

Früher hat man der sozialdemokratischen, der sozialistischen Bewegung ihrem Verhältnis zum Geist Vulgärmaterialismus vorgeworfen – mit Recht im übrigen. Heute bin ich geneigt, ihr Vulgäridealismus vorzuwerfen, und daher plädiere ich für einen kurzen Rückblick auf die tatsächlichen ökonomischen, sozialen und strukturellen Gegebenheiten der Gesellschaft, innerhalb der sich und für die und aus deren Form Kultur sich entfalten soll. Ich knüpfe dabei an die kleine Polemik an, die sich um die Bemerkungen von Johano Strasser entwickelt hat. Das, was er über die Provinzialisierung von Kultur gesagt hat, ist sicher richtig; und sein Insistieren auf Öffentlichkeit, umfassender Öffentlichkeit, ist sicherlich genauso richtig. Freilich, auch der Protest gegen eine einseitige Betonung dieses Standpunkts wäre sicherlich begründet.

Die Frage, die sich mir als Historiker und Sozialwissenschaftler jetzt stellt, ist die: Was ist jemals in den Zeiten, in denen es so etwas wie Öffentlichkeit überhaupt gegeben hat, Öffentlichkeit gewesen? Was kann sie heute sein? Das gilt natürlich dann auch für

die Kultur. In den antiken Städten war Öffentlichkeit derjenige Teil der in der Stadt wohnenden Bürger – der größere Teil der Bürger wohnte ja nicht in der Stadt, sondern auf dem Lande –, der sich zu den Volksversammlungen auf dem Forum oder auf der Agora versammelte. Frauen ausgeschlossen, freie Nichtbürger ausgeschlossen, Sklaven natürlich sowieso ausgeschlossen. Das waren vielleicht 15 000 vollberechtigte Bürger, von denen sich nie mehr als 5 000 zur gleichen Zeit in Athen versammelten. Man wußte, das war die Öffentlichkeit von Athen mit allem, was dann drum und dran war. Die Öffentlichkeit einer schweizerischen Dorfgemeinde sind die dort Versammelten. Ob man im Feudalismus von Öffentlichkeit reden kann, ist sehr die Frage.

Was war die Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts, wo wir unseren Öffentlichkeitsbegriff hernehmen? Ein Schriftsteller hat einmal gesagt, es gab drei Zentren der Öffentlichkeit. Das Parlament, das Theater und die Universität. Im materiellen Sinne sind Revolutionen vom Theater ausgegangen, von einem Aufruf, der von einer Bühne ergangen ist, vom Publikum aufgenommen wurde, vom Publikum, das öffentlich ist, eine öffentliche Versammlung. Und es gab immer als Resonanzboden dieser bürgerlichen Öffentlichkeit die Straße, die genauso lange bemüht wurde, wie sie die führende Rolle der Revolution machenden Bourgeoisie nicht ernstlich gefährdete.

Dann gab es später die „proletarische Öffentlichkeit“, Fabrik und Arbeiterquartier, in strikter Abgrenzung zur bürgerlichen Öffentlichkeit. Alles vermittelt durch eine Presse, von der man wahrscheinlich den Anteil derer, die sie aktiv gelesen, aufgenommen haben, auf vielleicht zwei bis drei Prozent der des Lesens und Schreibens kundigen Bevölkerung schätzen darf.

Seitdem gibt es im Grunde keine Öffentlichkeit mehr, sondern das, was wir heute veröffentlichte Meinung nennen. Öffentlichkeit im Sinne, daß Menschen miteinander wirklich kommunizieren (ich sage nicht unmittelbar, weil jede Kommunikation in irgendeinen institutionellen Rahmen vermittelt ist durch Vorverständnis, durch Kategorien, durch die äußeren Bedingungen), eine Kommunikation, die Rede und Antwort, den Austausch von Argumenten ermöglicht und eine in der Kommunikation sich herausbildende Meinungsprägung und dann schließlich so etwas wie einen Konsens oder auch Konflikt, ist heute effektiv nur noch über die Medien möglich. Das Parlament war vielleicht einmal der Mittelpunkt der Öffentlichkeit, aber davon kann doch heute im Ernst die Rede nicht mehr sein.

Welche Öffentlichkeit ist denn also gemeint, die gegen die „Unmittelbarkeit“ provinzieller Kultur oder provinzieller Prozesse oder provinzieller Meinungsbildung ins Feld geführt wird? Die Öffentlichkeit, über deren Deformation durch moderne Medien oder durch Konzerne oder dergleichen wir mit Recht Klage führen, wogegen wir ankämpfen? Die Frage ist, gibt es nicht doch auch noch andere Formen von Öffentlichkeit, die uns zugänglich sind?

Und jetzt einfach ein paar soziale und ökonomische Fakten. Ich habe das Gefühl, das Bild von unserer Gesellschaft, das gerade bei Kulturpolitikern, Medienpolitikern, Kultur- und Medienkritikern vorherrscht, ist das einer durch und durch technisierten, vermaßten und verstädteten Gesellschaft. Vielleicht tue ich den Betreffenden Unrecht. Aber es klingt manchmal so. Dies ist nicht die Realität der Gesellschaft der Bundesrepublik. Die Bevölkerung der Bundesrepublik lebt zu etwa 32 Prozent in Städten über 100 000 Einwohner. Und wieviel Teile, Wohnquartiere unserer Städte mehr den Charakter von Kleinstädten oder Dörfern haben, das kann man in Frankfurt und in Hamburg, Stuttgart, München und in Hannover ganz besonders – Niedersachsen ist da noch ganz besonders ländlich und ein bißchen konservativ – nachprüfen. 68 Prozent leben in Gemeinden unter 100 000 Einwohnern, und von diesen Gemeinden bestehen zwei Drittel oder drei Viertel aus mehr oder weniger großdörflichen oder kleindörflichen Strukturen, vor allem nach dieser absurden Verwaltungs- und Gebietsreform, für die wir Sozialdemokraten die Hauptverantwortung zu tragen haben. Und mehr als ein Drittel wohnt heute noch in Wohnquartieren, wo nicht mehr als 1 000 bis 2 000 Menschen auf einem Haufen leben.

Das gilt auch für die Arbeitswelt. Nach der letzten Betriebsstättenzählung von 1970, die aber mit Sicherheit, wenn sie heute wiederholt würde, nicht zu anderen Ergebnissen führen würde, arbeiten weniger als 30 Prozent der werktätigen Arbeitnehmer in Betriebsstätten mit mehr als 500 Beschäftigten. Keine 30 Prozent. Mehr als 500 – das ist bei Gott ja doch kein Riesenbetrieb. Ein Betrieb von 600 oder 650 ist ja, wenn man so will, eine durchaus dörfliche Angelegenheit. Acht Prozent arbeiten in Betriebsstätten unter 100 Beschäftigten und der Rest zwischen 100 und 500. Das heißt, zwei Drittel bis drei Viertel der Arbeitnehmerschaft arbeiten unter Bedingungen, in denen der Prozeß der Technisierung, der Entfremdung voneinander aus schlichten ökonomischen, materiellen Gründen das Ausmaß, das wir generell zu unterstellen geneigt sind, noch gar nicht erreicht

haben kann. Das kann sich vielleicht im Zuge der Computerisierung der Arbeitsplätze, des Einsatzes moderner elektronischer Datenverarbeitungsmethoden radikal ändern. Im Augenblick ist das nicht der Fall. Wenn wir die klein- und mittelbetriebliche Struktur unserer Arbeitswelt mit der kleinstädtisch-dörflichen Wohnstruktur unserer Bevölkerung kombinieren, dann kommen wir zu den materiellen Grundlagen der Tatsache, daß die an den Bedürfnissen der städtischen, der großstädtischen Intelligenz orientierte Kulturpolitik im sogenannten „kleinblütigerlichen „Milieu“ auf gewisse sozialpsychische Widerstände stößt.

Und nun die Frage: Wo ist in diesen Strukturen, die ich skizziert habe, die Öffentlichkeit? Ich war vor ein paar Wochen auf einer Geburtstagsfeier auf dem Lande, in einem Ortsteil von Zülpich (Kreis Düren). Am nächsten Morgen – ich habe dort übernachtet – habe ich im Gasthof in demselben Raum gefrühstückt, in dem etwa zehn männliche Einwohner – nur die Wirtin hinter der Theke war weiblichen Geschlechts – diskutierend bei ihrem Käsch standen. Ich habe leider nur die Hälfte verstanden, weil – auch ein Problem der nationalen Öffentlichkeit – sie dort mittelrheinisches Platt sprachen. Es ging um Löhne, Steuern, Anschlußgebühren, Straßenbau – auch ein bißchen um Fußball. Das war die Öffentlichkeit des Ortes, in der auch über die kulturelle Hegemonie der Linken entschieden wird. Und in diesem Falle erfolgreich. Denn dies war der einzige kommunale Bereich der ganzen Umgebung, in dem es eine absolute SPD-Mehrheit gibt. Wahrscheinlich deswegen, weil der Ortsverein-Vorsitzende dort auch ein kulturell und geistig einflußreicher Mann ist, nämlich der Lehrer. Er sieht aber nicht wie einer aus, und er spricht rheinisches Platt. Dies also eine ganz pragmatische Argumentation zu dem Thema Hegemonie und auch zum Thema praktische politische Arbeit.

Ich selbst hatte in den letzten Jahren einen Wahlkreis im Nordwesten von Niedersachsen. Dort ist gewissermaßen das Zentrum des Schützenwesens. In den vier Jahren, in denen ich dort Abgeordneter war, habe ich mich durch etwa 20 bis 25 Schützenfeste durchtrinken müssen. Ich habe es lebend überstanden, teilweise auch sehr genossen. Nun kann man das sicher nicht als den Ausdruck von vorbildlicher sozialdemokratischer Kulturpolitik betrachten, auch wenn man der Meinung ist, daß Sozialdemokraten sich da nicht ausschließen dürfen. Die Frage ist: Was heißt im Bereich eines kleinen Dorfes, einer Kleinstadt, einer kleineren Mittelstadt Kulturpoli-

tik? Was kann sie heißen? Was kann man von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern erwarten, ja doch zu einem Teil selbst Menschen mit kulturellen Bedürfnissen und mit Möglichkeiten qualifizierten Ausdrucks auf Gebieten der Kultur? Ihr Anteil an der Mitgliedschaft ist ja nicht gering, jedenfalls überproportional im Vergleich zur Bevölkerung. Was für Wirkungsmöglichkeiten ergeben sich für uns dort? Wie können wir das gewissermaßen national organisieren und dezentral und lokal praktizieren? Das ist keine rhetorische Frage. Ich weiß es wirklich nicht und fürchte, darauf werden wir unter anderem auch eine Antwort geben müssen. Nicht nur auf die mit absoluter Sicherheit entscheidend wichtige Frage: Wie gestalten wir das kulturelle Leben in unseren Großstädten und auf Landes- und nationaler Ebene? Aber über die Köpfe der Masse unserer Wähler und Anhänger und unserer zukünftigen Wähler und Anhänger wird eben doch vermutlich auch am Tresen von X und nicht nur in der Diskussion zwischen Hilmar Hoffmann und der Frankfurter Neuen Presse oder der Frankfurter Rundschau entschieden. Wie wir diesen Diskurs, um einen Jargonausdruck der Gegenwart zu verwenden, beeinflussen können, haben wir gewisse Vorstellungen. Aber wie wir die Kneipengespräche in X oder das geistig-kulturelle Leben in Y bei Lüneburg oder in Z bei Osnabrück beeinflussen, das würde ich gerne, und das müßten wir, glaube ich, auch wissen, und das müßte auch bei einer Diskussion über Kulturpolitik der Sozialdemokratie herauskommen.

Und noch eine Schlußbemerkung zu Wallraff. Faszinierend finde ich die Vortragstournee von ihm: in welchen Orten er wieviele Leute und was für Leute in seine Hörsäle oder Turnäle oder Kneipen bekommt. Hier ist übrigens auch ein Stück politischer Kultur. Die einzige anständig detaillierte, konkrete, menschennahe Reportage, zwei Seiten lang, über Wallraffs Tournee habe ich in der TAZ gelesen. (Ich finde die Reaktion der liberalen und sozialdemokratischen Öffentlichkeit auf das glücklicherweise abgewendete Ende der TAZ übrigens zum Teil ein bißchen kläglich. Das ist auch ein Stück politische Kultur, daß wir uns eine solche Tageszeitung erlauben, selbst dann erlauben, wenn sie uns kritisiert.) Da wurde der Name einer kleinen hessischen Provinzstadt genannt: 600 Leute kommen abends in eine schlechtgeheizte, ungemütliche Turnhalle, um mit Wallraff zu diskutieren. Das ist nicht mehr nur ein Medieneffekt; das ist ein Stück Öffentlichkeit, das da hergestellt wird. Und ich bin absolut sicher, daß in den bevorstehenden Wahlen kein sozialdemokrati-

scher Redner, mit Ausnahme von Johannes Rau oder Willy Brandt, 600 Leute in dieser Stadt in die Turnhalle bekommt. Das heißt nicht, daß diese Möglichkeiten der Mobilisierung von Öffentlichkeit auf lokaler Ebene nicht bestünde. Die Frage ist nur, wie wir als Partei uns diese Möglichkeiten erschließen. Und das muß auch nicht heißen, das Niveau zu senken. Ich verspreche mir nichts von einer „Schwarzwaldklinik auf sozialdemokratisch“. Das muß, wie das Nürnberger Beispiel zeigt, auch nicht die Verbindung von E- und U-Kunst oder Musik ausschließen. Nur an dieser Ebene der Öffentlichkeit dürfen wir nicht vorbei, sondern da müssen wir hin. Wenn die Anwesenden uns raten könnten, wie wir das besser fertigbringen als in der Vergangenheit und wie wir den innewohnenden Konservatismus und gewisse Spießigkeiten und Geistlosigkeiten und Drögeheiten sozialdemokratischen Verhaltens überwinden oder auflockern, dann wären wir doppelt und dreifach dankbar.

Vor einer *Illusion* möchte ich allerdings warnen: daß die *Sozialdemokratische Partei* in ihrer *Geschichte* die *Partei der progressiven Intelligenz* gewesen sei. Das ist ein historischer *Irrtum*. Das ist sie seit vielleicht 20 Jahren, und sie tut sich deswegen so schwer, weil das relativ neu ist für sie. Die Sozialdemokratie der Weimarer Zeit war es nicht, und über die sozialdemokratische Kulturpolitik vor 1914 wollen wir lieber den Mantel der historischen Nächstenliebe ausbreiten. Da gab es Minderheiten, aber die Sozialdemokratie als Ganze war es nicht, die damals an der Spitze des kulturellen Fortschritts marschiert ist.



Georg Meistermann im Atelier

Dieter Otten

Überalterung

Dieter Otten, Jahrgang 1943, ist Professor für Soziologie und Sozialgeschichte am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.

Wie meine Vorfahre bin ich der Auffassung, daß die Entscheidung über Fragen, die wir hier heute diskutieren, in konkreten Dingen fällt, und ich habe Mißtrauen gegen programmatische Formulierungen, die in wohlintonenden Papieren stehen, am Ende aber nichts bewirken, weil sie nicht auf konkrete Bedingungen eingehen. In diesem Sinne möchte ich Stellung nehmen zu den Ausführungen von Freimut Duve über das Alter. Die Diskussionsbeiträge, die im Anschluß an seine Ausführungen gekommen sind, haben mir noch einmal vor Augen geführt, wie gravierend das Problem ist. Es ist offenbar nicht viel von dem Thema, das er angerissen hat, übergekommen, offenbar nur die leidige Angelegenheit mit der Weihnachtsfeier, auf der man sich mit den „lästigen Herren befassen muß“. Mir scheint diese Resonanz symptomatisch für das Problem, das nicht nur ein Generationen-, sondern ein Kulturproblem ist. Zunächst zum Tatbestand:

Tatsächlich ist der Befund noch gravierender, als Duve es angeschnitten hat. Heute sind ungefähr 22 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik über 65 Jahre alt. In 15 Jahren werden es 28 Prozent sein. Im Jahre 2005, so die Hochrechnung, die man auf der Grundlage der Bevölkerungsentwicklung jetzt schon machen kann, wird fast ein Drittel über 65 Jahre alt sein. Es gibt Städte, in denen das jetzt schon der Fall ist. In diesen wird sich das Altersproblem in 20 Jahren noch deutlicher darstellen als heute. Unsere Vorstellungen von Kulturpolitik aber orientieren sich immer noch an einem Publikum, das 15 bis 50 Jahre alt ist. Alte Menschen kommen in sozialdemokratischen Kulturprogramm-Entwürfen gar nicht vor. Aber das wäre nicht einmal das Gravierendste. Gravierender ist wohl, daß, wenn wir uns über das Thema Gedanken machen, im Prinzip völlig „kulturlose“ Konzepte herauskommen. Wir tun heute immer noch so, als handle es sich bei alten Menschen um etwas trottelige Erwachsene. Wir haben immer noch keine Vorstellung davon, daß Alter ein eigener Lebensabschnitt ist, der auch mit eigenen kulturellen Bedürfnissen, mit eigenen Lebensbedürfnissen, Identitätsproblemen verbunden ist. Wir

tun so, als gäbe es das Problem gar nicht. Wir machen uns gar nicht klar, was es bedeutet, daß in unserer Sozi-Kultur Sterben zum Beispiel zu einem Rollenproblem, zu einem Rollensegmentproblem für alte Leute geworden ist. Als Gesellschaft, als „Kultur-Nation“, lassen wir das Alter damit allein – wir bespotten es allenfalls oder finden es „ätzend“. Nicht ein gesellschaftlicher Versuch ist zu erkennen, das Kollektiv zu bewältigen. Wir tun dies, obwohl all solche Probleme seit Jahren in der soziologischen, psychologischen und gerontologischen Literatur erforscht und debattiert wurden.

Wie lange haben wir gebraucht, um zu begreifen, daß Kinder nicht kleine Erwachsene sind, denen man Hüte aufsetzen kann. Und wie lange wird es dauern, bis wir begreifen, daß alte Menschen nicht einfach alt gewordene 40jährige sind, sondern daß sie eigene soziale, politisch-kulturelle Probleme haben. Und wie lange wird es brauchen, bis wir begreifen, daß das möglicherweise ganz entscheidende Faktoren sind, die die politische Mehrheitsfindung bestimmen.

Wie lange werden wir noch brauchen, um zu erfassen, daß eine adäquate Bewältigung des Problems den Status unserer Gesellschaft als „Kultur-Nation“ beziehungsweise das Kulturelle und das politische Rezeptionsvermögen einer Gesellschaft bestimmen. Wenn ich das nun verbinde mit den Ausführungen von Peter von Oertzen, dann haben wir es heute und in Zukunft zu tun mit einer kleinstädtischen, ländlichen und alten Bevölkerung, für die wir in den nächsten 15 Jahren Kulturpolitik machen wollen. Denn ich denke, wenn wir 1988 ein Programm formulieren, soll es ja wenigstens zehn Jahre halten.

Das heißt, wir reden heute über einen Zustand von Gesellschaft und von Kulturpolitik, der in 15 Jahren ganz wesentlich vom Alter bestimmt wird. Aber gerade über diesen Fakt haben wir gar nichts ausgesagt oder nur flapsige Bemerkungen am Rande. Deshalb möchte ich noch einmal betonen, wie wichtig der von Freimut Duve eingebrachte Aspekt ist. Wir sollten uns lieber akademische Diskussionen über „den“ Kulturbegriff oder auch über die Kommerzialisierung schenken und statt dessen unser Augenmerk auf diese zentrale Frage einer künftigen Kulturpolitik lenken.

Ich verhehle nicht, daß ich hier ein schweres Verständnis der Kulturpolitik unserer Partei sehe und mahne eine ernsthafte politische und wissenschaftliche Diskussion darüber an.

Eberhard Knödler-Bunte Restkultur

Von einer eigenständigen regionalen oder lokalen Volkskultur kann keine Rede mehr sein; sie ist bestenfalls eine *Restkultur* industrieller Ungleichzeitigkeit, die unter der Vorherrschaft der universellen Medienrealität nur noch folkloristischen Charakter hat. Man mag dies bedauern, aber es führt kein Weg zu einer intakten Volkskultur zurück. Viel bedeutsamer finde ich die neuen kulturellen Ungleichzeiteitigkeiten, die auf der Höhe der Verwertungsdynamik entstehen; also das, was sich in den Jugendkulturen tut oder was sich innerhalb des in seiner Identität bedrohten Mittelstandes entfaltet an neuen kulturellen Bedürfnissen.

Die Bundesrepublik ist dafür, gerade auch im Hinblick auf Frankreich, England oder Italien, ein sehr modernes Beispiel dafür, was passiert, wenn eine Gesellschaft aufgrund ihrer Geschichte sich genötigt sieht, aus den Überbleibseln der eigenen Kultur und aus der aufgenommenen internationalen Medienkultur etwas Neues auszubilden. Wenn man die reichhaltige und in sich sehr ausgebildete kulturelle Infrastruktur in der Bundesrepublik ansieht, dann kann man zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt doch mit gutem Gewissen keine große Klage darüber anstimmen, daß die Kultur nivelliert und ausgetrocknet ist.

Wir haben noch die meisten Klein- und Mittelverlage, den weitgefächertesten Buchhandel, die meisten Kulturzeitschriften, eine sehr rasante Entwicklung in der Architektur und in der Bildenden Kunst, eine vielfältige kulturelle Szene, eine auch quantitativ große Projektkultur. Soweit ich sehe, hat die Kapitalisierung der Kultur hierzulande zuallererst den Film und die anderen Massenmedien ergriffen. Die Schnelligkeit und die Hemdsärmeligkeit, mit der diese Kapitalisierung der Kultur aber durchgezogen wird, durch die Medienpolitik der CDU forciert,

sollte uns allerdings sehr wachsam machen für die Mechanismen, mit denen sich dieser Prozeß durchsetzt.

Was ansteht, ist eine offensive Kultur- und Medienpolitik, die diese kulturellen Kleinstrukturen stärkt und die Angriffe auf die öffentlich-rechtliche Struktur der Sender zurückschlägt. Die Entscheidung darüber, welche Form von Kultur wir künftig haben werden, fällt auf diesen fortgeschrittenen Ebenen von Kommerzialisierung, und bestimmt nicht auf der Ebene der Rettung der verstauberten Regionalkultur. Die entscheidende Frage wird sein, ob Urbanität als moderne Ausdrucksform des Lebens, als Weltläufigkeit und als Öffentlichkeit sich behaupten kann gegen den Druck einer universellen Massenkultur.

Das Problem wird sein, ob es der Sozialdemokratie gelingt, gegen ihr eigenes kulturelles Milieu der „kleinen Leute“, also den Restbeständen der Facharbeiterenschaft, den unteren und mittleren Angestellten, ein Stück kulturelle Modernität zu verteidigen, obwohl die meisten ihrer Wähler solche Provinzserien wie die „Schwarzwaldklinik“ sehen. Die Alternative dafür ist nicht Minoritätenprogramm für den ambitionierten Mittelstand, sondern eine Politik des kulturellen Selbstbewußtseins, die sich nicht auch noch an Einschaltquoten orientiert. Die kulturelle Beweglichkeit auch der sogenannten kleinen Leute ist allemal höher, als uns die Fernseh-Empirie glauben machen will. Daß das Bedürfnis nach kultureller Selbsttätigkeit wächst, ist dafür ein Beleg.

Eine sozialdemokratische Kulturpolitik, die sich eigene Zielsetzungen und Vorgaben zutraut, würde jedenfalls mehr Interessen an sich binden, als wenn sie sich den stillgelegten Bedürfnissen nach Unterhaltung anpaßt. Die leichte Fernsehkost wird ohnehin konsumiert, aber ob die Wünsche nach etwas Neuem, nach Durchbrechung der täglichen Routine einen Gegenstand finden, hängt wesentlich auch von den Anregungen ab, die eine selbstbewußte sozialdemokratische Kulturpolitik vermitteln könnte.

Alexander U. Martens

Medienpolitische Realität

Alexander U. Martens, Jahrgang 1935, ist Journalist und Moderator des Kulturmagazins des ZDF „Aspekte“.

Als Guest fühle ich mich natürlich nicht aufgerufen, konkrete Vorschläge zum Kulturteil eines neuen SPD-Programms zu machen. Aber vielleicht sind mir ein paar unakademische und auch ganz ungeordnete Bemerkungen zu dem erlaubt, was ich hier so gehört habe.

Ich hatte letzte Woche die Gelegenheit und das – durch die vorgegebene Sendezzeit leider zu kurze – Vergnügen, mit Peter Glotz über sein neues Buch „Manifest für eine neue europäische Linke“ zu diskutieren, wobei wir uns innerhalb unseres Kulturmagazins nur auf den kulturpolitischen Teil beschränkten, in dem viel von Überfremdung zu lesen ist – Glotz sprach in der Sendung sogar von geistiger Kolonialisierung –, von der hier heute ja auch die Rede war. Am Ende dieser Diskussion habe ich Peter Glotz gefragt, ob er, in der Tradition dieser Partei und einer 100jährigen Arbeiterbildungsbewegungsbemühung, nicht wieder dem Irrtum erliege zu glauben, qua Parteiprogramm einen neuen Menschen erfinden zu können. Er meinte darauf, so idealistisch sei diese Partei nun auch wieder nicht.

Ich bin da nicht so sicher, nach vielem, was ich heute gehört habe. Ich meine, da war viel Idealismus dabei oder genauer, weltfremder, menschenferner Idealismus. Insofern hat mir sehr gut gefallen, was Herr von Oertzen und der andere Vorredner gesagt haben und natürlich erst recht, was Klaus Staeck gesagt hat. Denn da ist wirklich der Unterschied zwischen Anspruch und Realität deutlich geworden.

Ein paar Anmerkungen zu dieser Realität, zum Beispiel zu den Stichworten Massenmedien, Bedrohung durch das Fernsehen, Medienpolitik: Medienpolitisch frage ich mich, woher es wohl kommt, daß Autoren wie Willy Brandt oder Peter Glotz oder Günter Wallraff nicht in SPD-nahen Verlagen publizieren. Hat Herr Duve, Kommerzialität hier nicht eher mit Professionalität zu tun, und zwar genau in dem Sinne, den Klaus Staeck mit seinen Beispielen gemeint hat?

Fernsehen. Ich glaube, es war auch Herr Duve, der heute morgen gesagt hat, wir fühlen uns – ich nehme an, er meinte zunächst: wir Politiker, aber sicherlich

auch wir alle – diesem Medium ausgesetzt. Darf ich fragen, wer denn dem Fernsehen zu dieser Wichtigkeit verholfen hat? Doch nicht das Publikum, sondern die Politiker in erster Linie. Und wer bestimmt denn über die Programme, über die hier so viel geschimpft wird? Letztlich doch die Aufsichtsgremien unserer Anstalten, die zum großen, m. E. zu großen Teil, mit Parteipolitikern besetzt sind.

Wenn also Peter Glotz sagt, es sei himmelschreidend, wie etwa das ZDF, um nur bei diesem Beispiel zu bleiben, mit der „Schwarzwaldklinik“ und ähnlichen Programmen sich anbiedere und eine kommerzielle Konkurrenz von vornherein zu unterlaufen versuche, ist das dann ein Vorwurf nur gegen die Programm-Macher?

Daß ein solcher Eindruck nach außen hin entstanden sein mag, will ich übrigens gar nicht bestreiten, aber es gehört auch zur Realität, daß es zum Beispiel unsere Sendung „Aspekte“ regelmäßig gibt, Woche für Woche, und bisher noch niemand daran gedacht hat, daran etwas ändern zu wollen. Und auch das gehört zur Realität: Auch wenn Bildung, Information und Unterhaltung nach dem Gesetz gleichrangige Bestandteile der Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Fernsehens sind, so kann es sich doch kein verantwortlicher Programmplaner eines Massenmediums leisten, die Mehrheit seines Publikums zur Hauptsendezzeit, also zwischen 20.00 und 22.00 Uhr, mit einem Minderheitenprogramm zu bedienen. Das heißt also, daß Kultursendungen, die maximal zehn bis 15 Prozent Einschaltquote bringen, in der Regel außerhalb der Primetime platziert werden müssen. Ist es denn nicht auch ein Bestandteil sozialdemokratischer Freizeitpolitik, daß der arbeitende Mensch, wenn er abends nach Hause kommt, ein Recht darauf hat, zunächst einmal nur unterhalten zu werden?

Ich will noch einmal das Götzsche Stichwort von der Überfremdung aufgreifen. Ich habe Zweifel, ob eine Serie wie die „Schwarzwaldklinik“, die aufs erfolgreichste ein legitimes Massenunterhaltungsbedürfnis befriedigt, ein wesentlicher Beitrag zu einer deutschen oder europäischen Identität, und daher besser als „Dallas“ oder „Denver“, ist. Machen wir uns doch nichts vor: Krankenhausambiente zieht immer, die Tschechen haben uns das schon mit dem „Krankenhaus am Rande der Stadt“ vorgemacht, und darauf gekommen sind viel früher schon die Amerikaner mit ihrer Dauerserie „General Hospital“. Ich kann mir nicht helfen, aber ich fürchte, hier wird mit dem Begriff der eigenen Identität etwas verschleiert; nämlich Wirtschaftspolitik.

Mir schien das bei den Ausführungen zur deutschen Filmproduktion deutlich geworden zu sein. Wenn wir ein deutsches Filmwunder haben, dieses sich aber nicht in unseren Kinos niederschlägt, dann doch sicher nicht nur deswegen, weil unsere Kinos diese Filme nicht spielen könnten, weil sie fest im Griff amerikanischer Verleihfirmen wären, sondern weil sie sie, da sie kein Massenpublikum bringen, nicht spielen wollen. Das deutsche Filmwunder war und ist keines für den Massengeschmack; es zu pflegen ist eine mäzenatische Verpflichtung der Kulturförderung. Amerikanischer Massenunterhaltungsproduktion mit Eigenem entgegentreten zu wollen, das dient, glaube ich, weniger dem Schutz der eigenen kulturellen Identität als vielmehr dem Schutz eigener wirtschaftlicher Interessen. Auch das ist legitim, aber man soll es dann auch sagen.

Es ist vorhin auch von der Sterblichkeit des Menschen gesprochen worden. Ich meine, es wäre wert, darüber nachzudenken, wie eine der Kultur sich verpflichtet führende Partei auch einen Beitrag zu einer philosophischen, moralischen, ethischen Grundlage der Technologie leisten kann, in deren Zeitalter wir leben und deren fortschreitender Entwicklung wir alle ausgesetzt sind. Fragen also nach der behaupteten Zweckfreiheit von wissenschaftlicher Forschung; die Frage, wie lange und um welchen Preis können, wollen, dürfen wir Leben verlängern. Wenn uns die Religion im herkömmlichen Sinne schon

weitgehend abhanden gekommen ist, so brauchen wir doch moralische Grundlagen für unser Tun oder Nichttun. Auch das gehört zur Kultur.

Es ist hier ja auch viel darüber geredet worden, was der Kulturbegriff umfaßt. Nur einer, Herr Rolloff, hat dabei bisher auch den Bereich Architektur und Städtebau genannt, und das scheint mir nur ein Indiz dafür, wie arg dieser Bereich eigentlich von allen Parteien vernachlässigt wird, wenn zum Beispiel möglich ist, daß sich im schönen alten Stadttorturm von Freiburg McDonalds niederlassen kann. Das empfinde ich als Kulturschande. Wobei wir unverabschens auch bei der Eßkultur wären, zu der, wie ich bisher glaubte, auch das Trinken gehört. Da bin ich heute hier in der Kantine allerdings eines anderen belehrt worden.

Und schließlich: Es ist heute mehrfach darauf hingewiesen worden, daß das grifteste auf unsere Gesellschaft zukommende Problem das verringerte Arbeit im herkömmlichen Sinne sein wird und daß eine der Lösungsmöglichkeiten dafür eine vermehrte Hinwendung zu kulturellen Aktivitäten und verstärkten Kulturdienstleistungen ist. Ich hoffe, ich werde nicht gesteiniigt, wenn ich meine Bemerkungen mit dem Hinweis beende, daß gerade ein Buch mit sehr plausiblen Lösungsvorschlägen für diese Problematik erschienen ist: „Wende in die Zukunft“ von Lothar Späth.

**Klaus Volkert/
Hans-Jürgen Uhl/
Werner Widuckel-Mathias**

Qualitätszirkel in der Automobilindustrie – Gefahren und Chancen

Erfahrungen aus der Sicht des Betriebsrats der Volkswagen AG

Klaus Volkert ist Mitglied des Betriebsrats der Volkswagen AG, Werk Wolfsburg

Hans-Jürgen Uhl ist Referent beim Gesamtbetriebsrat der Volkswagen AG

Werner Widuckel ist Referent beim Betriebsrat der Volkswagen AG, Werk Wolfsburg

Die Einrichtung von Qualitätszirkeln im Volkswagenwerk Wolfsburg erfolgte zwischen 1979 und 1980. Die damalige Diskussion war stark mit den Begründungsargumenten des Managements verknüpft, die auf eine „Beantwortung der japanischen Herausforderung“ zielten. Diese Herausforderung stelle sich nicht nur durch neueste Technologien, sondern auch durch eine veränderte produktivitätsfördernde Arbeitsorganisation.

Was auf den ersten Blick wie ein panikartiger Versuch aussah, die japanischen Arbeitsstrukturen und Arbeitsbeziehungen einfach zu übertragen, verdichtete sich bis zum Dezember 1984 zu einer Anzahl von mehreren hundert Aktionskreisen (Qualitätszirkel) in mehreren Werken der Volkswagen AG.

Für den Betriebsrat brachte diese rasante Entwicklung einige wesentliche Erkenntnisse und Schlussfolgerungen: Die Zielsetzung des Managements bezog sich auf die Förderung der Motivation und Identifikation der Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Arbeit und dem Unternehmen. Die Qualitätszirkel sollten die Integration der Persönlichkeit und nicht nur der austauschbaren Arbeitskraft des einzelnen leisten.

Der Betriebsrat hat sehr schnell erkennen müssen, daß mit dieser Zielsetzung auf ein ganz zentrales Bedürfnis unserer Kolleginnen und Kollegen eingegangen wurde. Dieses Bedürfnis besteht zum einen

darin, die eigenen Probleme – in welcher vermittelten Form auch immer – aussprechen zu können und dabei zum anderen als Person auch ernstgenommen zu werden. Hier wurde ein völlig anderes Herangehen an die Arbeit praktiziert, wobei hierarchische Unterschiede durch einen persönlichen Umgang miteinander scheinbar zurücktraten. Der Betriebsrat war deshalb sehr schnell gezwungen, erkennbare Gefahren genau zu definieren und eine Position zu den Qualitätszirkeln zu entwickeln.

Die Gefahren für die gewerkschaftliche Interessenvertretung waren relativ schnell benannt:

1. Probleme, die oftmals mehrfach von Kolleginnen und Kollegen an den Betriebsrat herangetragen und trotz langwieriger Gespräche nicht gelöst wurden, sind durch die Realisierung der Ergebnisse der Qualitätszirkel unverzüglich beseitigt worden. Diese Erfahrung führte zu Vorwürfen an den Betriebsrat und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute.

Damit drohte der Stellenwert kollektiver gewerkschaftlicher Interessenvertretung in den Augen der beteiligten Kolleginnen und Kollegen herabgesetzt zu werden. Ja sogar mehr: Die Arbeit des Betriebsrats drohte zum negativen Kontrast gegenüber der persönlichen Äußerungs- und Regelungsmöglichkeit in einem Qualitätszirkel zu werden.

2. Qualitätszirkel ließen Gefahr, zu einem mitbestimmungsfreien Raum zu werden. Das betraf die Themenauswahl, die Umsetzung der Ergebnisse, die Auswahl der Moderatoren und die Information des Betriebsrats über die Arbeit der Qualitätszirkel. Der Betriebsrat hatte zwar jederzeit Zugangsrecht zu den Qualitätszirkeln, jedoch kann dieses Zugangsrecht kein Ersatz für eine geregelte Grundlage zur Ausübung von Mitbestimmungsrechten sein.

Wir waren daher gezwungen, eine eigene Strategie zu den Qualitätszirkeln zu entwickeln. Das war dadurch zusätzlich erschwert, weil wir kaum auf andere Erfahrungen zurückgreifen konnten und die Positionsbestimmung der IG Metall erst begann.

Unsere Strategieentwicklung war von einer intensiven Grundsatzdiskussion begleitet, die sich mit der Frage auseinandersetzte, ob eine generelle Verhinderung von Qualitätszirkeln nicht notwendig und machbar sei. Wir haben beide Positionen verworfen. Qualitätszirkel haben ihre Zukunft eindeutig vor sich, weil die Förderung von Motivation und Identifikation für die Unternehmensinteressen immer notwendiger wird. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus den technisch-organisatorischen Rationalisierungsprozessen, die zu einer immer höheren Kapitalintensität führen. Was bedeutet das konkret?

Der einzelne Kollege bzw. die einzelne Kollegin erbringt eine immer höhere Produktionsleistung mit immer teureren Maschinen und immer umfangreichem Material. Gleichzeitig wird der Produktionsprozeß immer komplexer und damit störungsanfälliger. Damit steigt die wirtschaftliche Verantwortung des einzelnen für einen reibungslosen Ablauf der Produktion. Mit den Qualitätszirkeln soll diese Verantwortung auf der persönlichen Seite des Kollegen gesichert werden. Qualitätszirkel sind eine organisatorische Konsequenz aus den technologischen Umwälzungen.

Außerdem kann und darf es uns als Gewerkschaftern nicht gleichgültig sein, wenn ausgerechnet eine Strategie des Managements am Betriebsrat vorbei sich persönliche Bedürfnisse unserer Kolleginnen und Kollegen zu eigen macht und damit bisher unge nutzte kreative Potentiale erschließt. Es kann nicht um die Verhinderung, sondern es muß um die Ausgestaltung und Prägung von Qualitätszirkeln gehen.

Im Jahr 1983 haben wir darum auf der Ebene des Gesamtbetriebsrat ein Papier entwickelt, das den Abschluß einer Betriebsvereinbarung zum Ziel hatte. Es enthielt folgende Forderungen:

- Alle mit Qualitätszirkeln zusammenhängenden Fragen müssen in einer Betriebsvereinbarung – besser noch tarifvertraglich – geregelt werden!
- Zu klären bleibt, ob Qualitätszirkel nicht als Bildungsmaßnahme entsprechend den Paragraphen 96–98 des Betriebsverfassungsgesetzes zu definieren sind.
- Die Teilnahme von Betriebsrat und Vertrauensleuten an den Qualitätszirkeln sowie bei der Umsetzung von Lösungsvorschlägen muß sichergestellt werden.
- Die Teilnehmerauswahl muß mit dem Betriebsrat und dem Vertrauenskörper abgestimmt werden.
- Moderatoren müssen nicht die Vorgesetzten sein, sie könnten von den Teilnehmern selbst gewählt werden (Zustimmung des Betriebsrats).
- Die Teilnehmerauswahl darf nicht vom Management vorgegeben werden. Sowohl der Betriebsrat, die Vertrauensleute als auch die Teilnehmer müssen daran beteiligt werden.
- Die Prämierung von Verbesserungsvorschlägen muß geregelt werden. Vorschläge zum Nulltarif sollten wir nicht akzeptieren.
- Qualitätszirkel können nicht die Notwendigkeit einer systematischen Fortbildung ersetzen. Beteiligung macht Qualifikation erforderlich, ganz unabhängig von den Anforderungen durch den zunehmenden Einsatz neuer Technologien.

- Beteiligung heißt: Einflußnahme der Betroffenen und des Betriebsrats auf Technikgestaltung und Arbeitsorganisation, Arbeitsplatzgestaltung und Humanisierung der Arbeit, soziale Einrichtungen und soziale Maßnahmen, Berufsaus-, Fort- und Weiterbildung, Arbeitszeit und Arbeitsweisen!

Dies war die Basis unserer Gestaltungsposition.

Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Qualitätszirkel sollen nicht ein Instrument zur Aushebelung der Mitbestimmung, sondern ein Element zu ihrer arbeitsplatzbezogenen Erweiterung sein. Damit hatten wir eine verhandlungsfähige Grundlage gegenüber dem VW-Management, ohne uns dessen inhaltlichen Absichten angepaßt zu haben. In einem mehrjährigen Verhandlungsprozeß konnten in einer Mitte 1986 abgeschlossenen „Betriebsvereinbarung VW-Zirkel“ wesentliche Inhalte unseres Forderungspapiers durchgesetzt werden.

Das gilt für die Themen und deren Auswahl, die Regelung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats, den Personenkreis, aber auch die Verankerung einer betriebsorganisatorischen Struktur, die die Kontinuität und die Bewertung der Qualitätszirkel garantie gewährleistet.

Betrachten wir uns zunächst den vereinbarten Zielkatalog. Er besteht aus folgenden Einzelpunkten:

Mit VW-Zirkeln sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Verbesserung der Qualität der eigenen Arbeit,
- Aufrechterhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens,
- Entwickeln und Verbessern der Teamfähigkeit und der Zusammenarbeit,
- Erhöhung der Arbeitszufriedenheit und der Motivation, z. B. durch Mitgestaltung des eigenen Arbeitsbereichs,
- Erweiterung und Nutzung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Werksangehörigen,
- Überwindung von negativen Folgen der Arbeitsteilung und Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsumgebung,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
- Verbesserung des Arbeitsschutzes.

Dieser Zielkatalog läßt die Behandlung aller für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen wichtigen Fragen zu. Damit ist eine Öffnung verankert worden, die eine Behandlung dieser Themen aus der Interessenperspektive der Arbeitnehmer ermöglicht. Eine weitere Öffnung im Sinne unserer Mitbestimmungsinteressen ergibt sich aus den Definitionsmerkmalen der VW-Zirkel. Diese sind:

Betriebsvereinbarung

Nr. A-B

Betriebsvereinbarung der Betriebsrat und die Betriebsleitung für die Betriebsstätten der

WZL

ab 01.08.1994

Zusammenkommend und gesamthaftes Interesse der Volkswirtschaft wird die Erfüllung von
WZL-Zielen in allen Betriebsbereichen und Berufen verfolgt.

Folgendes:

Beide Verhandlungsparteien freust sich ein Rahmenabkommen am Gleichstellungs- und Entwicklungsge-
schäftsbereichen auf. Fortwährenden und spätestens im folgenden Jahr soll eine sozialen Kompatibili-
tät und Technik bestmöglich werden.

Die Richterichtung des Betriebsvertrags und Zustimmung der Betriebsangehörigen zur Verbesse-
rung der Arbeitsbedingungen, Sondervergütungen, der Arbeitszeitplan, der Arbeitsaus-
bildung, der Arbeitsaufsicht und des Arbeitsbeschaffens kommt zunehmend an Bedeutung.
Hierzu soll auch die Erfüllung von WZL-Zielen beitragen.

Innovations-, Investitions- und selbständiges Denken und Handeln, die Betriebszweck, zur
Fertig- und Rollenbildung sowie die Fähigkeit zu Kooperation und Teamarbeit aller

Verhandlungsparteien sind entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg

des Unternehmens und die Zukunftsaufgaben der Arbeitspolizei.

Zielsetzung der WZL-Ziele:

- Verbesserung der Qualität der einzelnen Arbeit
- WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz
- Auf WZL-Zielen sollen folgende Ziele erreicht werden:
 - Verbesserung der Arbeitsbedienlichkeit und der Motivation, so durch Motivierung
des eigenen Arbeitsleidens,
 - Erweiterung und Nutzung der Kenntnisse und Fähigkeiten der beruflichen Berufe
 - Überwindung von negativen Rollen der Arbeitsstellung und Motivierung der
Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsumgebung
 - Verbesserung der Arbeitsbedienlichkeit
 - Verbesserung des Arbeitsschutzes

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

WZL-Ziele werden als Ergebnis von WZL-Zielvoraussetzung und -zielsatz erreichbar.

1. Eine Gruppe von Werksangehörigen, die
2. freiwillig die Qualität der eigenen Arbeit verbessern will.
3. Hierarchiefreiheit,
4. Kreativität und der Wille zur Umsetzung,
5. geschäftsbereichsintern oder geschäftsbereichsübergreifend,
6. das Vorschlagsrecht für Themen liegt bei den Werksangehörigen, dem Betriebsrat und den Führungskräften.

Die Prinzipien der Freiwilligkeit, der Hierarchiefreiheit und die Gestaltung des Vorschlagsrechtes für Themen überlassen die Steuerung der Arbeit eines VW-Zirkels nicht einseitig dem Management. Hier können wesentliche Einflußmöglichkeiten durch die Betroffenen gemeinsam mit dem Betriebsrat genutzt werden. Unter diesem Aspekt ist auch die abschließende Regelung der Beteiligungrechte des Betriebsrats zu sehen. So sind alle grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit VW-Zirkeln einvernehmlich mit dem Betriebsrat zu regeln.

Das gilt insbesondere für

- die Arbeitsmethoden
- die Auswahl der VW-Zirkel-Moderatoren und deren Ausbildung sowie vor allem
- die Strategie der stufenweisen Einführung von VW-Zirkeln.

Außerdem ist der Betriebsrat auch an der konkreten Durchführung der Qualitätszirkel zu beteiligen. Er ist sowohl über die Themen und Teilnehmer als auch über die Durchführung zu informieren. Die Form der Durchführung ist mit dem Betriebsrat abzustimmen.

Mitbestimmung des Betriebsrats sichergestellt

Mit diesen Regelungen werden die Qualitätszirkel voll in die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats integriert. Hierdurch haben wir uns die Chance eröffnet, jederzeit eine gemeinsame Vorgehensweise von Betriebsrat und Betroffenen im Sinne unserer kollektiven Mitbestimmungsinteressen entwickeln zu können. Der Gefahr einer Aushebelung des Betriebsrats kann damit wirkungsvoll begegnet werden. Zur Unterstützung unserer Mitbestimmungsaufgaben wurde zusätzlich vereinbart, die Ergebnisse und Erfahrungen der VW-Zirkel-Arbeit jährlich dem Gesamtbetriebsrat und den Betriebsräten der Werke in Form eines Berichts vorzulegen.

Qualitätszirkel verlangen aber auch eine betriebsorganisatorische Verankerung, die ihre Einführung und ihren Bestand sicherstellt. Unsere Betriebsvereinbarung „VW-Zirkel“ sieht eine Struktur aus drei

Bestandteilen vor. Diese Bestandteile bestehen aus

- dem VW-Zirkel-Steuerkreis
- dem VW-Zirkel-Beraterteam und
- den VW-Zirkel-Koordinatoren.

Der Steuerkreis entscheidet über alle grundsätzlichen Konzepte und setzt die Grundlinien der VW-Zirkel-Arbeit fest. Steuerkreise werden unter Beteiligung des Gesamtbetriebsrats bzw. der Betriebsräte der Werke auf Unternehmens- und Werksebene eingerichtet.

Das VW-Zirkel-Beraterteam ergänzt die Koordinationsfunktion des Steuerkreises bzw. unterstützt dessen Arbeit. Dieses Beraterteam bildet den Ideenmotor für die Gestaltung, Umsetzung, Förderung, Dokumentation und Weiterentwicklung der VW-Zirkel-Arbeit. Das Beraterteam wird auf Unternehmensebene gebildet und arbeitet in Abstimmung mit dem Management und dem Betriebsrat.

Die VW-Zirkel-Koordinatoren sind auf Werks-, Geschäftsbereichs- und Fertigungsbereichsebene für die Betreuung der VW-Zirkel-Leiter und die Umsetzung aller notwendigen organisatorischen und technischen Maßnahmen verantwortlich. In ihrem Verantwortungsbereich sollen sie in Verbindung mit dem Beraterteam ebenfalls die Funktion des Ideen- und Umsetzungsmotors wahrnehmen. In diese dreigliedrige Struktur sind auf der untersten Ebene die VW-Zirkel-Leiter eingebunden, die unter anderem mit den Koordinatoren eng zusammenarbeiten müssen.

Eine besonders brisante Frage im Zusammenhang mit Qualitätszirkeln ist die Behandlung der Vorschläge, die erarbeitet werden. Auf der Mitbestimmungsebene des Betriebsrats ist eindeutig festgelegt, daß personelle Maßnahmen aufgrund von VW-Zirkel-Ergebnissen die Zustimmung des Betriebsrats auf der Basis der bestehenden tarifvertraglichen, gesetzlichen und betrieblichen Regelungen erfordern. In einer Generalklausel sieht die Betriebsvereinbarung ebenfalls vor, daß Ergebnisse der VW-Zirkel nicht zu Nachteilen für die Werksangehörigen und insbesondere nicht zu Entlassungen führen dürfen. Ob das Ergebnis eines VW-Zirkels ein Verbesserungsvorschlag wird, entscheiden seine Mitglieder. Somit kann eine Ergebnisverwendung nicht gegen den Willen der Betroffenen stattfinden.

Wichtiger Baustein

Zusammenfassend ist diese Betriebsvereinbarung ein bedeutender Fortschritt gegenüber den Einführungsbedingungen von Qualitätszirkeln 1980 und auch gegenüber unserem Forderungspapier 1983.

Allerdings ist damit nicht mehr als ein wichtiger Baustein zu mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz eingeleitet. Der erreichten Absicherung des Mitbestimmungrahmens sowie der Öffnung des Themenkatalogs muß in der betrieblichen Praxis die gewerkschaftliche Gestaltung der Arbeit in den VW-Zirkeln folgen.

Bisher galt: Die überwältigende Zahl der Themenstellungen beruht auf Vorgaben des Unternehmens. Der Weg zu einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz – d. h. zum Nutzen der VW-Zirkel für die Durchsetzung unserer Arbeitnehmerinteressen – ist noch lange nicht in dem Stadium, in dem wir als Betriebsrat und IG Metall die Inhalte prägen. Die Erreichung dieses Ziels erfordert eine konkrete gewerkschaftliche Strategie. Hierzu muß die Arbeit in den VW-Zirkeln ein Bestandteil der gesamten Interessenvertretungsarbeit werden und darin einen entsprechenden Stellenwert eingeräumt bekommen. In einem ersten Schritt sind wir gegenwärtig dabei, Handlungskonzepte im Umgang mit Qualitätszirkeln zu entwickeln und im Rahmen unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit an Umsetzungsträger – also vor allem an Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute – heranzutragen.

Hierbei sollen sowohl die gewerkschaftspolitische Bedeutung als auch konkrete Möglichkeiten der Nutzung von Qualitätszirkeln vermittelt werden. Darüber hinaus werden wir allerdings an zwei Notwendigkeiten nicht vorbeikommen:

1. Die Erschließung von Handlungs- und Umsetzungswissen erfordert eine projektorientierte wissenschaftliche Begleitung, die zur systematischen Bewertung und Schlußfolgerung in der Lage ist. Die Komplexität, und auch die Vielfalt der Qualitätszirkel-Arbeit überfordert jeden Bewertungsansatz, der sich ausschließlich aus konkreten Einzelerfahrungen begründet. Außerdem sind so auch keine vorausschauenden Perspektiven entwickelbar.

2. Qualitätszirkel werden dann, wenn wir sie als „Einfallsstör“ für eine „Mitbestimmung am Arbeitsplatz“ verstehen wollen, eine starke Dynamik entfalten, die vor allem auf unsere bisherige Mitbestimmungspraxis und Gewerkschaftsarbeit zielt. Neue Antworten auf die strukturellen Veränderungen müssen formuliert und umgesetzt werden.

Wir werden vor allem lernen müssen, uns stärker mit den persönlichen Ansprüchen und Eigenarten unserer Kolleginnen und Kollegen auseinanderzusetzen. Diese Forderung ist gleichzeitig mit eigenen gewerkschaftlichen Gestaltungzielen für eine humane Zukunft der Arbeit in Übereinstimmung zu

bringen. Das wird eine noch stärkere soziale Handlungskompetenz bei den Vertrauensleuten und Betriebsräten erfordern, die gleichzeitig ein stärkeres inner- und außerbetriebliches Engagement notwendig macht.

Qualitätszirkel, das ist auch gleichzeitig eine Gestaltungsaufgabe unserer gewerkschaftlichen Mitbestimmungs- und Demokratisierungsforderungen innerhalb und außerhalb der Betriebe.

Reimund Seidelmann Auf dem Weg zur Modernisierung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland

Prof. Dr. Reimund Seidelmann, Jahrgang 1944, ist Hochschullehrer (Politikwissenschaft) an der Universität Gießen. Veröffentlichungen zu theoretischen und methodischen Fragen der Politikwissenschaft, Friedens-, Sicherheits- und Entspannungspolitik, Ost-West-Beziehungen, transnationale Parteikooperation insbesondere der sozialdemokratischen Parteien.

I.

In der Diskussion über Legitimität und demokratische Leistungsfähigkeit des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland ist es zum Gemeinplatz geworden, das parteien-parlamentarische System zwar als mit vielen Schwächen behaftetes, aber doch unter den Umständen als das beste zu bezeichnen. Dies scheint auch deshalb so einfach wie naheliegend, als es unmittelbaren Anschauungsunterricht jenseits der deutschen Grenzen (sei es nun der „reale Sozialismus“ der DDR, das zentralistisch-präsidiale Frankreich oder die direkte Demokratie der Schweiz) und in der deutschen Geschichte (von den rätedemokratischen Versuchen nach 1918 über die nationalsozialistische Diktatur bis zu den Kommune-Experimenten der bundesrepublikanischen Studentenbewegung) gibt, der dies zu bestätigen scheint. Und mit dem Hinweis auf die sozio-ökonomische und auch politische Überlegenheit des „Modells Deutschland“ soll Zufriedenheit mit und sogar Stolz über den Status quo hervorgerufen werden. Hinter diesem resignativen Realismus des „Das-haben-wir-schon-immer-so-gemacht“ stehen aber nicht nur politische Innovationsfähigkeit, Überalterung und Verkrustung in der politischen Elite der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch deren Interesse am institutionellen und politischen Status quo. Die Gewöhnung an das politische Klima des neuen Biedermeiers, das seinen Repräsentanten die Unruhe von Reformen erspart und dies auch mit einer Fülle von personalpolitischen und inhaltlichen

Mechanismen immer wieder sicherstellt, ändert aber nichts daran, daß solche Einstellungen nicht nur kurzsichtig, sondern historisch auch doppelt falsch sind.

Denn erstens hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland immer wieder eindeutige Forderungen nach politischen Reformen gegeben. Streiks, gewerkschaftliche Aktionen und die politischen Grundeinstellungen großer Teile der Arbeitnehmerschaft haben deutlich gemacht, daß das bisherige bundesrepublikanische Mitbestimmungsmodell aus Sicht der Arbeitnehmer keineswegs für die Demokratisierung des Wirtschaftssystems ausreicht. Die politischen Bewegungen der 70er und 80er Jahre haben nicht nur inhaltliche Forderungen erhoben, sondern auch deutlich gemacht, daß dem Aktivbürger die traditionellen politischen Partizipationsmechanismen nicht mehr ausreichen. Die soziale Geringsschätzung des Politikers, häufige Kritik an den Parteien und die immer wieder auftretenden Reprivatisierungsschübe unter großen Teilen der Bevölkerung sind weitere Indikatoren für die Tatsache, daß das demokratische Organisationsmodell aus dem Ende der 40er Jahre den veränderten politischen Einstellungen und Werten des Bürgers, d. h. des Souveräns, heute nicht mehr völlig gerecht wird. Dies heißt mit anderen Worten, daß es eine objektive Notwendigkeit zur Reform des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Zweitens hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auch immer wieder solche Reformansätze gegeben. Mit der Mitbestimmung sollte demokratische Beteiligung am Wirtschaftsleben erreicht werden. Mit der politischen Bildung sollte Interesse geweckt und Fähigkeiten und Kenntnisse für die Mitarbeit am politischen Leben gefördert werden. Mit der Direktwahl des Europaparlamentes sollte der Weg zur europäischen Demokratie beschritten werden. Vorschläge für ein imperatives Mandat, Rotation und Professionalisierung von politischen Mandatsträgern mögen wie auch Vorstellungen zu einer Parlamentsreform im Einzelfall in Theorie und Praxis problematisch sein. Sie haben aber deutlich gemacht, daß es nicht nur eine Reformnotwendigkeit des politischen Systems, sondern auch eine grundsätzliche Reformfähigkeit gibt.

Wenn man diesem zustimmt, stellt sich als nächstes die Frage, wie und wo die bundesrepublikanische Demokratie verbessert werden kann und wie Innovationsmechanismen politisch-organisatorisch so verankert werden können, daß die natürliche Verkrustung quasi-korporativer Strukturen auf Dauer

verhindert wird. Um einen Beitrag zur Lösung dieser Frage zu machen, werden im folgenden Vorschläge zur Verbesserung der Partizipation durch Parteiarbeit, zur Repolitisierung der Parlamente und zur politischen Nutzung der neuen Medien gemacht. Alle drei Vorschläge sind dabei „konservativer“ Natur; sie zielen darauf ab, die klassischen Verfassungsideale, wie sie z. B. im Grundgesetz und in den Länderverfassungen festgeschrieben sind, unter geänderten Umständen und angesichts neuer Möglichkeiten besser als bisher zu verwirklichen, ohne daß bewährte Mechanismen und Strukturen aufgegeben werden. Es geht also eher um Modernisierung durch Fortschreibung und weniger um die Entwicklung neuer Institutionen.

II.

Wenn bei diesen drei Vorschlägen die Reform der politischen Arbeit der Parteien zuerst behandelt wird, hat dies drei Gründe. Erstens haben sich die europäischen Demokratien in erster Linie in und über Parteien entwickelt. Es gibt daher nicht nur eine Fülle historischer Erfahrungen, sondern auch gewachsene politische Verhaltensmuster in bezug auf Mitarbeit in und über Parteien – unabhängig davon, ob und wie sehr dies von Parteiführungen heute genutzt wird. Zweitens hat das Grundgesetz die Parteien nicht ohne Grund privilegiert und ihnen im politischen Willensbildungsprozeß eine herausgehobene Rolle zugewiesen. Ziel dieser Verfassungsartikel war es nicht nur, bessere oder professionellere parlamentarische und Regierungspolitik, sondern auch breitere und intensivere Bürgerbeteiligung an dieser Politik zu ermöglichen. Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß das Grundgesetz den Parteien ein Privileg, nicht aber ein Monopol gegeben hat. Drittens spielen die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur in der Verfassungstheorie, sondern auch in der Verfassungswirklichkeit eine zentrale Rolle in politischer Information und Motivation, Rekrutierung und Professionalisierung von Nachwuchs, politisch-inhaltlicher Vorbereitung und Unterstützung und Absicherung von Parlaments- und Regierungshandeln.

In der politischen Diskussion sind diese Gründe und die aus ihnen hergeleitete Funktion von Parteien an sich kaum in Frage gestellt worden. Dagegen ist die Art und Weise, wie die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland diese Rolle wahrnehmen, immer wieder kritisiert worden. Es sind vor allem drei Punkte, die dabei immer wieder genannt wer-

den. Erstens verlaufe innerparteiliche Willensbildung im Grundsatz von oben nach unten. Dies gehe nicht nur für die inhaltliche Willensbildung, sondern auch immer mehr für die politische Organisation. Gelegentliche Gefolgschaftsverweigerungen, kollektive Trotzreaktionen oder schmollende Passivität von Unterorganisationen hätten an diesem Trend nichts geändert, sondern Parteivorstände eher zu verbesserter Manipulation als zur Umkehr angehalten. Zweitens verständen Parteien ihre Funktionen weniger darin, den Mittler zwischen Politik und Bürger darzustellen, sondern eher darin, ihre Privilegien auszubauen, ein sorgsam eingegrenztes Machtkartell aufrechtzuerhalten und mehr als „Kanzlerwahlvereine“ denn als politische Willensbildner zu wirken. Drittens wird darauf hingewiesen, daß bundesrepublikanische Parteien sich wider besseres Wissen und objektive historische Erfahrungen in erster Linie als Wahrer nationalstaatlicher Interessen verstanden, organisierten und handelten – so als ob europäische Politik nur zur Wahrung nationalen Nutzens diene.

Diese strukturelle Krise der politischen Parteien ist durch eine Vielzahl aktueller Krisen – von personeller Überalterung bis zum offenen Innovationsverlust – begleitet und häufig überlagert worden. Dies hat in Parteien immer wieder zur falschen Hoffnung geführt, mit der Lösung der aktuellen Krise z. B. durch Austausch von Personen, durch ein neues „Wir“-Gefühl oder mit Populismus diese strukturelle Problematik lösen zu können. Daß dies immer zu kurz greift, hat die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gezeigt. Die Entfremdung des Aktiv- und auch des Passivbürgers nicht von Parteien, sondern von *diesen* Parteien ist die maßgebliche Ursache der Entstehung von politischen Bewegungen außerhalb, die vielfach gegen etablierte Parteien, Parlamente und Regierungen gerichtet sind. Dies Neben- und meist Gegeneinander von Parteien und Bewegungen ist aus republikanischer Sicht doppelt problematisch. Erstens haben diese Bewegungen den Parteien nicht nur inhaltlich, sondern auch personell die notwendigen Anstöße zur Erneuerung entzogen und damit deren Verkrustungstrends eher verstärkt. Zweitens hat die prinzipielle Konkurrenz zwischen „neuen“ Bewegungen und „alten“ Parteien auch dafür gesorgt, daß das politische Know-how der Parteien nicht in die politischen Bewegungen transferiert wurde. Der immer wieder anzutreffende Mangel an politischer Professionalität dieser Bewegungen, ihr Glauben durch anti- oder allein außerparlamentarische Strategien Politik wesentlich gestalten zu können, und ihr hohes Maß an Irrationali-

tät ist nicht nur Grund, sondern auch Folge dieser Gegnerschaft. Die personelle Integration großer Teile der Studentenbewegung in das Parteiensystem zu Anfang der 70er Jahre war durch eine besondere historische Konstellation und durch eine bewußte Öffnung der Parteien bedingte Ausnahme und nicht die Regel. Die Parlamentarisierung der Ökologiebewegung über die Grüne Partei hat nur teilweise und nur vorübergehende Folgen. Über kurz oder lang werden die alten politischen Bewegungen – Frauenbewegung, Umweltbewegung, Friedensbewegung – bzw. die neu entstehenden die alte Dichotomie zwischen dem „wir hier unten vor Ort“ und „die da oben in Bonn“ wiederherstellen. Die Entfremdung des Souveräns vom parteien-parlamentarischen System, seine Ohnmachts- und Angstgefühle und seine Ablehnung von Politik als „schmutzigem“ Geschäft wird jene Entpolitisierung weiter fördern, die das demokratische System eigentlich überwinden will und die unter entsprechenden Voraussetzungen in antidemokratisches Denken und Handeln umschlagen kann.

Um solche Entwicklungen zu verhindern bzw. umzukehren, sind drei Wege denkbar: die Beteiligung bzw. Integration politischer Bewegungen in den Willensbildungsprozeß, ihre Integration bzw. Indienstnahme durch die Parteien und eine Reform der politischen Arbeit der Parteien. Die konstitutionelle oder faktische Aufwertung von Bewegungen, wie sie sich z. B. bei der juristischen Einflußnahme auf staatliche Entscheidungen niedergeschlagen hat, liegt zwar durchaus im Interesse dieser Gruppen, kann einen wichtigen Anreiz zur Professionalisierung und Versachlichung darstellen und hilft zur allgemeinen Integration. Sie schwächt aber Stellung und Einfluß der Parteien, die – gerade weil sie im Gegensatz zu den Bewegungen gezwungen sind, ein politisches Gesamtkonzept zu entwickeln und Konsens zwischen ihren Klienten herzustellen – ein höheres Maß an Rationalität, Kompromiß und politischer Verantwortung besitzen. So sinnvoll politische Bewegungen im einzelnen auch sein können, ihre Aufwertung würde auch für eine „Türken-raus“, eine neonationalistische Wiedervereinigungs- oder eine religiös-fundamentalistische Bewegung gelten. Nicht umsonst hat die verfassunggebende Versammlung das Volksbegehren auf Bundesebene nicht in das Grundgesetz aufgenommen. Anstatt das Phänomen zu institutionalisieren, muß vielmehr seine Ursache behoben werden. Politische Bewegungen entstehen immer dort, wo Parteien versagen. Dies kann doppelter Natur sein; es kann auf die Un-

fähigkeit, aber auch den Unwillen zur politischen Aufklärung oder zur Wahrnehmung und Lösung von neuen Problemen zurückgehen. Die Friedens- und die Ökologiebewegung sind dafür ein Beispiel. Die Integration solcher Bewegungen in oder ihre Nutzung durch eine Partei mag wahlstrategisch sinnvoll sein und unter Umständen auch Innovationschübe auslösen. Ihr Effekt ist aber immer nur vorübergehend – denn wenn die Gefahr politischer Bewegungen gebannt ist, sind bundesrepublikanische Parteien bislang immer wieder ihrer eigenen Trägheit verfallen.

Wie soll aber eine Reform der Tätigkeit der politischen Parteien im Sinne ihres Verfassungsauftrages aussehen? Welche Ziele sollen angestrebt und wie sollen diese verwirklicht werden? Innerorganisatorische Maßnahmen sind – so utopisch sie gegenwärtig auch klingen mögen – noch relativ einfach zu entwerfen. Der Bonner Zentralismus kann durch einen in Pflichten und Rechten sorgfältig abgestimmten Verbund aus lokaler, regionaler bzw. landesweiter, nationaler und europäischer Parteiorganisation ersetzt werden. Schon allein vom aktiven Einbezug der lokalen und der europäischen Ebene würden inhaltlich und personell wesentliche Innovationsimpulse ausgehen. Der Mangel an fachspezifischer bzw. allgemeinpolitischer Qualifikation kann durch partei-eigene oder parteiübergreifende Ausbildungs- und Professionalisierungsprogramme abgebaut werden. Die Auswahl von Mandatsträgern muß nicht dem Zufall, Politikdarwinismus oder dem negativen Ausleseprinzip überlassen bleiben. Politische Kompetenz gibt es auch außerhalb von Parteien wie z. B. in den Gewerkschaften, in der Wirtschaft usw. Es ist nicht einzusehen, warum hauptamtliche Politik nicht stärker als bisher gegenüber anderen Gesellschaftsbereichen geöffnet wird. Professionalisierung und Verbreiterung der Personalauswahl können weitere Impulse geben und gleichzeitig für einen besseren Bezug zum Souverän sorgen.

Maßnahmen, um den Willen und die Fähigkeit von Parteien zum aufklärerischen Dialog und Diskurs mit dem Bürger zu stärken, sind dagegen sehr viel schwieriger durchzuführen. Die Trennungslinie zwischen demokratischer politischer Bildung durch und über Parteien und populistische Mobilisierung läßt sich theoretisch leicht ziehen, in einer Zeit von Volksparteien aber nur schwer verwirklichen. Die Glaubwürdigkeit der Parteien und damit auch – ob sie es wollen oder nicht – des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland hängt aber gerade davon ab, wie Parteien mit ihren Mitgliedern, ihren

Wählern und dem Bürger schlechthin – und auch miteinander – umgehen. Was den politischen Bewegungen an Emotionalisierung vorzuwerfen ist, ist bei den politischen Parteien an selbstzufriedenem Machtbedürfnis zu kritisieren. Nicht Parteien, Parlamente und Regierungen, sondern der Bürger ist Souverän. Daher muß er stärker als bisher in die Lage versetzt werden, seine Parteien zu kontrollieren und ihre Entscheidungen auch zu korrigieren. Eine verbesserte Kontrolle der Parteien und ihrer Mandatsträger kann durch eine Vielzahl von Maßnahmen erreicht werden – Transparenz von Partei- und Politikerfinanzen, größere Möglichkeiten zum Kumulieren und Panaschieren bei Wahlen, Einschränkung des Fraktionswechsels von Abgeordneten sind Beispiele dafür.

Den hier geforderten Übergang von einer „Vertrauensarbeit“, mit der der Wähler für eine Partei geworben werden soll, zu einem aufklärerischen Dialog zwischen Partei und Bürger, der eben nicht nur auf die Wahlkampfzeit beschränkt ist, ist (wenn man die Bedingungen und Mechanismen des gegenwärtigen Parteiensystems realistisch sieht) schwer und langwierig. Er erfordert schon deshalb ein Umdenken innerhalb der Parteien, weil er das Parteienprivileg nicht nur in seinen Rechten, sondern auch seinen Pflichten im politischen Willensbildungsprozeß sieht. Trotzdem kann ein solches Umdenken mit seinen Konsequenzen für die konkrete Parteiarbeit leichter eingeleitet werden, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Denn die genannten parteiorganisatorischen und personellen Forderungen erleichtern und beschleunigen einen solchen Prozeß. Und gemeinsam mit den im folgenden diskutierten Maßnahmen zur Verbesserung der Parlamentsarbeit und zur Nutzung von neuen Medien können sie durchaus das politische System revitalisieren.

III.

Eine Reform der Parteiarbeit bleibt ohne eine Reform der Parlamentsarbeit unvollständig. Beides bedingt einander, schon deshalb, weil das Parteiensystem mit dem parlamentarischen verzahnt ist und weil die Krise der Parteien mit der der Parlamente eng zusammenhängt. Wie bei den Parteien muß zwischen Struktur- und aktuellen Krisen unterschieden werden; die Bewältigung aktueller Probleme wie z. B. Korruption, Fraktionswechsel und die Inflation von Wahlversprechen ist notwendige, aber allein nicht hinreichende Voraussetzung zur Verbesserung der Arbeit der Parlamente.

Unter den Strukturproblemen des bundesrepubli-

kanischen Parlamentarismus werden vor allem vier Punkte hervorgehoben. Erstens hätten die Parlamente einen stetigen Funktionsverlust in Kauf nehmen müssen – dies vor allem zugunsten der Exekutive. Sowohl die parlamentarische Kontroll- wie auch Initiativfähigkeit haben aus materiellen wie auch aus politischen Gründen stetig abgenommen. Zweitens gälte in immer wichtigen Politikbereichen (wie z. B. der Außenpolitik) generell und der Mitarbeit in multi- und supranationalen Organisationen wie NATO, EG, IMF, OECD usw. traditionell ein Primat der Exekutive, das frühzeitige und richtungsweisende Beeinflussung durch Parlamente – etwa in Gesetzesform – gar nicht erst zulasse. Drittens sei das parlamentarische System in erster Linie ein Verband aus kommunalen, Landesparlamenten und dem Bundestag, der das Europaparlament unzulässig vernachlässige, anstatt es als gleichberechtigt und arbeitsteilig in diesem Verbund zu integrieren. Wie im Parteiensystem sei ein unzeitgemäßer struktureller Nationalismus festzustellen, der die Parlamente zum Objekt anstatt zum Subjekt wachsender internationaler Interdependenz mache. Viertens sei aus den Repräsentanten des objektiven Volkswillens eine in erster Linie an Machterhalt interessierte und weitgehend verselbständigte Interessengruppe geworden.

So wie die politischen Bewegungen die Parteien in Frage gestellt haben und stellen, so haben sie dies auch mit den Parlamenten getan. Nicht ohne Grund sind die großen Bewegungen der 70er und 80er Jahre – Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung – ausdrücklich antiparlamentarische Bewegungen gewesen. Dies ist nicht aus mangelnder Kenntnis von Alternativen geschehen. Das Modell der Doppelstrategie der Jusos, die Devise vom langen Marsch durch die Institutionen der Studentenbewegung und die Erfolge der amerikanischen Freeze-Bewegung bei der direkten Beeinflussung von Abgeordneten wurden deshalb nicht aufgenommen, weil heute dem Parlamentarismus wegen der oben genannten Gründe Funktionsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und Legitimation abgesprochen werden. Die Tatsache, daß mit der Integration der Grünen in die parlamentarischen Mechanismen sich der grundsätzliche Antiparlamentarismus der politischen Bewegungen nicht gewandelt hat, zeigt, wie groß die Kluft zwischen parlamentarischen Repräsentanten und der neu entstandenen Aktivbürgerschaft ist. Daß ein solcher Antiparlamentarismus die innere Reformbereitschaft parlamentarischer Institutionen objektiv mehr verstellt als fördert und damit – auch im politi-

schen Eigeninteresse der Bewegungen – das verstärkt, was so scharf kritisiert wird, und daß das Scheitern der Protestbewegungen gegen die Startbahn West, die Stationierung amerikanischer INF-Systeme und die WAA wie die darauf folgende resignative Depolitisierung durch eben diesen Antiparlementarismus vorprogrammiert war und ist, gehört in der jüngsten politischen Demokratiegeschichte der Bundesrepublik Deutschland zu den problematischsten Erfahrungen, aus denen Lehren gezogen werden müssen.

Wie im Zusammenhang mit der Diskussion über eine Reform der Parteiarbeit liegt die Lösung nicht in der institutionellen Aufwertung oder der Parlamentarisierung solcher Protestbewegungen. Parteien, die sich in erster Linie als Ausdruck von Protestbewegungen verstehen wie DRP, NPD, DKP oder die fundamentalistische Fraktion der Grünen, spielen in der bundesrepublikanischen Politik weder qualitativ noch quantitativ eine entscheidende Rolle. Und eine solche vorübergehende politische Verbreiterung des parlamentarischen Systems mag Problemlastung, aber nicht Problemlösung mit sich bringen. Analog zur Forderung nach einer strukturellen Reform der Parteiarbeit wird deshalb hier für eine Strukturreform der parlamentarischen Arbeit plädiert.

Die Formulierung von Zielen einer solchen Parlamentsreform ist deshalb leichter, weil der Vergleich mit parlamentarischen Systemen anderer Länder weiterhilft. Der amerikanische Kongreß hat Mittel und Wege gefunden, neue Funktionen und zusätzlichen Einfluß zu gewinnen, anstatt an beidem zu verlieren. Außen- und Sicherheitspolitik ist z. B. ohne oder gegen den Senat nicht durchführbar. Die Einrichtung kompetenter parlamentarischer Stabsdienste, die Aufwertung von Anhörungen, der Einbezug von wissenschaftlicher und praktischer Kompetenz aus den verschiedensten Gesellschaftsbereichen hat den Informations- und Kompetenzvorsprung der Exekutive erheblich zusammenschrumpfen lassen. Parlamentarische Hilfsdienste erlauben es dem politischen Repräsentanten, sich von der Tagesshow zu befreien, inhaltliche Initiativen zu entwickeln und sich auf seine eigentlichen politischen Aufgaben zu konzentrieren. Die Warnung, daß hier eine demokratisch unkontrollierte neue Technokratie entstehen, ist mehr eine Aufforderung zur Vorgabe von politischen Leitlinien durch die parlamentarischen Repräsentanten. Der Aufbau eines fach- und allgemeinbezogenen Bildungs- und Professionalisierungsprogramms mag zwar dem Glauben an „natür-

liche“ politische Begabung widersprechen, steht aber im Einklang mit den Anforderungen einer industrialisierten Gesellschaft an seine politische Führung. Wie bereits angesprochen, kann eine solche Öffnung gegenüber der Gesellschaft auch durch den vorübergehenden Einbezug von Nichtberufspolitikern ins Parlament verbreitert und abgesichert werden. Die bundesrepublikanische Segregation der Bereiche Politik, Wirtschaft, Kultur etc. vermag zwar deren Repräsentanten wie z. B. den Parlamentarier von Kritik von außen abzuschirmen, begrenzt aber unnötig Innovationsbereitschaft und Öffnung gegenüber neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Neben solchen innerorganisatorischen Maßnahmen kann und muß der bundesrepublikanische Parlamentarismus endlich jene politischen Bereiche füllen, die er bislang der Exekutive auf Treu und Glauben überlassen hat. Die Parlamentarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik, multi- und supranationaler Politik und vor allem der Europapolitik sind dabei vordringlich. Dies ist nicht nur eine Frage von Macht- und Kompetenzerweiterung auf Kosten der nationalen Exekutiven, sondern erlaubt inhaltliche und personelle Innovation und neue Ansätze zur Problemlösung. Zusammen mit den innerorganisatorischen Reformen wird damit nicht nur formale, sondern auch inhaltliche Legitimation gestärkt und Zutrauen und Glaubwürdigkeit des parlamentarischen Systems entscheidend gestärkt.

Solche politischen Erfolge werden aber nur dann auf Dauer die Legitimationsprobleme der Parlamente beheben, wenn sie mit der Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Souverän und dessen parlamentarischen Repräsentanten einhergehen. Politische Kompetenz und Leistungsfähigkeit auf der einen Seite und die befriedigende Lösung aktueller Probleme usw. sind notwendig, reichen aber allein nicht aus, um den Bürger für das parlamentarische System zu gewinnen. Verhaltenskodexe, Begrenzung von Wiederwahlmöglichkeit, stärkere Bindung des Abgeordneten an den Wählerwillen und bereits angesprochene Korrekturen von Kandidatenlisten durch den Wähler oder Vorwahlen können hier ebenso wichtig sein wie eine aktivere Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Wenn innerorganisatorische Maßnahmen den Parlamentarier entlasten, so ermöglicht ihm das mehr an Zeit und Kapazität für den Dialog mit dem Bürger. Wie problematisch die Bestimmung des objektiven Wählerwillens im allgemeinen auch ist, so hat doch die politische Praxis gezeigt, daß bei entsprechendem Willen und Bürgerbezug auch „unpopuläre“ Maßnahmen akzeptiert und

respektiert werden. Es muß daran erinnert werden, daß repräsentative Demokratie bedeutet, daß sich der Abgeordnete um den Bürger bemüht und nicht umgekehrt. Und um Willen und Fähigkeit dazu zu fördern, müssen Reformen wie die oben genannten durchgeführt werden.

IV.

Dabei stellen die neuen Medien bzw. die Manipulationsmöglichkeiten der öffentlichen Meinung auf der einen Seite ein Problem und auf der anderen Seite aber auch eine Chance dar. Medien müssen nicht notwendigerweise einen Kommunikationsfluß von oben nach unten, sondern können auch einen Dialog zwischen unten und unten und von unten nach oben ermöglichen. Die neuen Technologien erweitern bei richtiger Anwendung die politischen Möglichkeiten der vierten Gewalt, indem sie nicht nur eine bessere materielle Grundlage für den Dialog zwischen Bürger, Parlamentarier und Parteivertreter geben, sondern auch die politische Diskussion in einer sozialen Gruppe, kommunalen oder regionalen Einheit und zwischen Nationen ermöglichen. Es sind gerade die neuen Medien, die sowohl eine bessere internationale Verständigung als auch einen intensiveren Diskurs zwischen Politik und Bürger ermöglichen. Daß die Forderungen nach Pluralität, Pflicht zur größtmöglichen Objektivität, das Gebot zur demokratischen Kontrolle und zur Erfüllung von Verfassungspflichten dann auch für die Medien gelten, ist offenkundig. Denn nur wenn die politische Arbeit von Parteien, Parlamenten und Medien aufeinander bezogen reformiert wird, kann jene grundsätzliche Verbesserung der demokratischen Kultur erreicht werden, die Ergebnis der Reform des politischen Systems ist. Daß eine solche auf drei Bereiche abgestellte Strategie auch leichter in der Lage ist, Rückschläge oder Stagnation in einem Bereich durch Fortschritte in einem anderen zu überspielen und zu überwinden, liegt dabei auf der Hand.

V.

Die meisten der hier gemachten Vorschläge sind nicht neu, bedürfen einer weiteren ausführlichen Erörterung ihrer Vor- und Nachteile und müssen sorgfältig auf ihre Praktikabilität geprüft werden. Worum es hier geht, ist weniger der einzelne Reformvorschlag, sondern die Bündelung von Maßnahmen im Partei-, parlamentarischen und Medienbereich zu einer in sich stimmigen Strategie der Erneuerung und Verbesserung der demokratischen Kultur. Dies ist sowohl eine inhaltliche als auch eine politisch-or-

ganisatorische Aufgabe, denn nur wenn die notwendigen strukturellen Maßnahmen ergriffen werden, Innovationsfähigkeit in allen drei Bereichen zu erhalten und auszubauen, werden die Nachteile von zyklischen Modernisierungsschüben, bei denen die Entscheidungseliten das jeweilige Problem so lange „aussitzen“, bis der Problemdruck und die Problemkosten zu offenem politischen Protest führen, überwunden. Die hier vorgestellten Forderungen nach einer Rückkehr zu einem aufklärerischen Verhältnis zwischen Politik und Bürger, zu einer Entmachtung Bonns durch Europäisierung, verbunden mit Rückkehr zum Grundsatz der Demokratie von unten und zu einer persönlichen Öffnung bei gleichzeitiger Begrenzung des Berufspolitikertums, mögen zu weit gespannt, nicht realisierbar und vom Ansatz her unnötig erscheinen. Dies mag richtig sein, wenn der Beurteilungshorizont sich auf die jeweilige Wahlperiode bzw. das alleinige Interesse an der Wiederwahl beschränkt. Eine langfristige und allgemein demokratieorientierte Bewertung muß aber davon ausgehen, wie das politische System und die von ihm geprägten politischen Verhaltensmuster den veränderten inneren und äußeren Rahmenbedingungen so angepaßt werden kann, daß es diese ordnungspolitisch prägt, anstatt von ihnen überholt wird. Wenn alles im Fluß ist, dann müssen Innovationsfähigkeit und Innovationsbereitschaft auch in der Politik wieder entdeckt werden.

Am Wendekreis des Stahlhelms

Der Aussitzriese, dessen staatsmännisch aufgebügelter Provinzler-Habitus durch den herben Verlust von nahezu zwei Millionen Wählerstimmen ziemlich zerknittert ist, dürfte wenig Anlaß finden, sich genüßlich im Kanzlersessel zurückzulehnen. Dem Vernehmen nach sollen ihm ja Vivaldi-Klänge mehr Ohrenschmaus bereiten als jene schmissige Marschmusik, die den sich viel versprechenden Kandidaten auf die Wahlkampfpodien draußen im Lande zu begleiten pflegte. Aber wird Kohl – und läßt man ihn – die schrillen Töne so einfach vergessen, unter denen er im Stechschritt bis weit in die rechten Ecken der Bundesrepublik marschiert und zugleich den Ostlandreitern gefolgt ist? – „Unsere Richtung wird sich nicht ändern“, so verspricht jedenfalls die Führungskraft aus Oggersheim den getreuen Mitstreitern.

Allzu lange treibt Kohl auch schon im „vaterländischen“ Strom jener Geister dahin, die ihn beim Paddeln durch die Strudel seiner Regierungsjahre über Wasser gehalten und dann dumpf dröhrend die Trommel zum Urnengang gerührt haben. Die deutschnationalen „Stahlhelmer“ im Unionsverein und deren sophistische Bitchenspanner, die Geschichtskorrektoren auf Hochschulkathedralen mitsamt ihrer Claque in den Redaktionsstuben des verlegerischen Rechtskartells, hatten allzu reichlich Oberwasser bekommen. Kann es da verwundern, wenn sie jetzt noch die Stirn haben, die in letzter Minute halbherzig vorgebrachten „Rückzieher“ ihres Wahlmatadors für das christlich-demokratische Debakel verantwortlich zu machen? Nein, sie werden ihren Kohl mit aller Gewalt auf jenem Kurs halten, den dieser im Geleit von Reagans „Neuem Patriotismus“ eingeschlagen hat.

Aber ebenso gut und genau wußte der Dr. Kohl auch, was er warum vor einigen Monaten sagte, als er für amerikanische Magazinleser Gorbatshow mit Goebbels auf eine Stufe stellte – und dazu noch gleich das Scheitern des Reykjavík-Gipfels pries, bei dem sich der wackere Reagan eben nicht von dem Glasnost-Genossen aus Moskau einwickeln ließ, wie das Chamberlain und Daladier 1938 in München durch Hitler geschehen war. – Auch wenn der britische „Guardian“ erst neulich bemerkte, daß der durch solche Vorschubleistungen für die deutsche Rechte angerichtete Schaden an den auswärtigen Bezie-

hungen Bonns die Verbündeten beunruhige, wurde Kohls aktuelle Einschätzung vom unwandbaren „Reich des Bösen“ rund ums Weiße Haus eher mit wohlgefälligem Augenzwinkern quittiert. Selbst in den sonst drüben so wachsamen Medien (vorrangig beim Aufblasen rot-grüner Luftballons zu „antiamerikanischen“ Popzen) fand man sich allenfalls bereit, Kohls notorische „Ausrutscher“ als Frühkrepler im Wahlkampf zu verstehen. Wen konnte dann schon eine in der Hitze des Gefechts entschlüpfe Behauptung stören, die DDR unterhalte Konzentrationslager –, nachdem doch gerade Perle aus dem Pentagon den Bonnern angeraten hatte, ihr Geld nicht mit Krediten an diesen Feindstaat zu verplempern, sondern es statt dessen für noch etwas mehr Waffen auszugeben. – Eine manisch auf die Sowjetunion fixierte Washingtoner Optik droht nicht nur das amerikanische Gesichtsfeld bei der Wahrnehmung politischer Gefahren aus dem rechten Winkel einzuziehen. In der Aura des konservativen Biedermanns, dessen krauses Verständnis von Zeitgeschichte sich in seinem Hang zu „Versprechern“ widerspiegelt, trägt der von Reagans populistischen Amnesie-Übungen (Vietnam/Watergate) beeindruckte Kohl das Seine dazu bei, daß die beim deutschen Freund und Partner sich mehrenden Symptome von virulentem Nationalismus in Deutschland – teils auch gesäuselt – übersehen werden. Immerhin hat jedoch ein US-Magazin noch kurz vor der Bundestagswahl die Frage aufgeworfen: Stellen Kohls Beschwörungen von „Patriotismus“ und „Vaterland“, die durch Hitlers Gebrauch in Verzug geraten waren, lediglich ein natürliches Wiedererstehen einer selbstbewußten deutschen Identität dar, oder weisen sie auf einen gefährlichen Rückfall hin? Haben wir als Antwort darauf nicht unsere patriotische Aufgabe darin zu erkennen, das Unleserlichmachen der schwarz-weißen Broten und brauen Kapitel im Buch der deutschen Geschichte zu verhindern, die nicht nur unserem Volk eine überlebenswichtige Warnung und Lehre vermitteln. Damit – sowie durch das Verdeutlichen von Komplexität der im Dunstkreis von Kohl gesetzten deutschnationalen Signale – leisten wir effektiv einen Beitrag zur Stärkung deutschen Selbstvertrauens, das durchaus vonnöten ist, wenn Europa sich wiederfinden will.

Klaus Bloemer

Norman Birnbaum Die Regierungsgewalt muß zurückgewonnen werden

Prof. Dr. Norman Birnbaum, geb. 1926, lehrt an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Georgetown. Er ist in der Demokratischen Partei tätig und unterstützte als Berater u. a. Senator Ted Kennedy und die Gewerkschaft „United Auto Workers“ (UAW).

Vor geraumer Zeit wurde ich Zeuge, wie ein altgedienter Regierungsbeamter des Washingtoner State Departments versuchte, den Kontrollmechanismus der UdSSR über die Staaten Mittel- und Osteuropas zu erklären. Er behauptete, die Sowjetunion habe in den von ihr beherrschten Ländern sozusagen eine „Nomenklatura“ eingesetzt. Entsprechend stünden denn auch alle Akademiker, Bürokraten, Offiziere, Manager, Politiker und Publizisten quasi von Beginn ihrer Laufbahn an in fortwährendem Kontakt zu sowjetischen Behörden. Zwar seien diese Personengruppen in ihren eigenen Ländern durchaus tief verwurzelt, trotzdem aber sei ihre zweigeteilte Loyalität zu einem unverrückbaren Teil ihres Naturells geworden. Diese Erklärung des Regierungsbeamten war irgendwie zwingend, zumal sie exakt auch auf unsere eigenen Herrschaftsmethoden, nur eben in Westeuropa, übertragbar ist.

Frappierend am Beispiel Westeuropas ist dabei vor allem die Tatsache, wie offenkundig unverhohlen die amerikanische Seilschaft in den Eliten Europas da bei ihrem Bemühen zu Werke geht, das Geschäft der amerikanischen Weltmachtinteressen zu besorgen. Natürlich sind die Motive für solcherlei Engagement keineswegs frei von Eigennutz. Schließlich ergeben sich aus der Teilhabe an den Freßnäpfen der Macht auch umfangreiche psychologische Befriedigungen.

Besonders frappierend stellen sich diese Zusammenhänge in Deutschland dar, wo im übrigen nicht unerhebliche Teile der Elite sowohl der Idee als auch der Praxis der parlamentarischen Demokratie nicht gerade allzu stark verhaftet sind. Zusätzlich fällt auf, daß sowohl die britischen als auch die deutschen Freunde Amerikas ein Syndrom erkennen lassen, das man getrost als „Stellvertreter-Imperialismus“

bezeichnen darf. Da ihre eigenen Nationen den früheren Status einer Weltmacht eingebüßt haben, dient ihnen Amerika mittlerweile als imperialistische Ersatzheimat. Politische Vorteile erwachsen dabei besonders jenen, die es verstehen, die Gegner einer solchen Politik dadurch zu diffamieren oder abzublocken, daß sie diesen kurzerhand „Anti-Amerikanismus“ als Motiv unterstellen (wobei dann Kritik an Ronald Reagan oder ganz allgemeine Vorbehalte gegenüber einer Ebkultur à la McDonald's bereits als „Anti-Amerikanismus“ firmieren kann). Ähnliche Beobachtungen gelten aber auch für Italien. Genau die gleichen Italiener nämlich, die bei der Erledigung der innenpolitischen Tagesgeschäfte durchaus unbekümmert mit der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) zusammenarbeiten, zögern bei einem Besuch in Washington nicht eine Minute gegenüber ihren amerikanischen Gesprächspartnern, eben diese innenpolitischen Verblüdeten mit den grauenvollsten Schmeicheleien zu bedenken. Natürlich bringen diese Spielchen auch rein materielle Vorteile mit sich. Das fängt an mit Einladungen zu jenen schier endlos erscheinenden Konferenzen über amerikanisch-europäische Beziehungen und reicht über die Verleihung von Ehrentiteln und sonstigen Ernennungen bis hin zum – so darf vermutet werden – gelegentlichen geheimen Umschlag von der CIA.

Nicht weniger frappierend an diesen unseren Lakaien ist die Tatsache, daß sie rein gar nichts über die amerikanische Kultur, unsere Geschichte oder Gesellschaft wissen. Ganz gleich übrigens, wen Sie nehmen, den Tory-Hinterbänkler, den aufgebrachten belgischen General, den Wehrmachtoffizier, der noch immer nichts dazu gelernt hat, oder den bekehrten französischen Ex-Liuken, der da gerade beim letzten Gratis-Drink im Berliner Aspen Institut oder im Ditchley Park die westliche Zivilisation verteidigt. Keiner von ihnen wäre in Wahrheit in der Lage, das Chaos unserer durch ethnische Vielfalt und Meinungspluralismus geprägten Politik auch nur fünf Minuten zu ertragen. So ziehen sie es denn in Wirklichkeit auch zumeist vor, die dezidiert antiautoritäre, durch ein hohes Maß an Zivilcourage geprägte und zudem pazifistische Gesinnung unseres Volkes in trauter Einmütigkeit erst gar nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ihr Amerika besteht vielmehr aus Clubs, aus außenpolitischen Konferenzen und aus altehrwürdigen Universitäten, an denen sie von ihren Herren nur allzu bereitwillig empfangen werden. Diese wiederum fühlen sich ständig durch die Tatsache belästigt, daß das von ihnen regierte Volk

von Zeit zu Zeit auch noch Rechenschaft für das Regiertwerden verlangt.

Zur Zeit jedenfalls ist die amerikanische Seilschaft in Europa in arger Bedrängnis. Der Schock von Island sitzt nach wie vor sehr tief. Nicht auszudenken, wenn nach Reykjavik womöglich gar echter Frieden „ausgebrochen“ wäre. Schließlich hatten die europäischen „Atlantizisten“ Reagan blind vertraut, daß er es schaffen würde, auch weiterhin jenen akrobatischen Seilakt fortzusetzen, der die unabdingbare Voraussetzung dafür ist, daß man auch zukünftig innerpolitisch gut bestehen kann: Hinreichende Versprechungen also im Hinblick auf eine Entspannungspolitik, um damit die größten Kriegsängste zu besänftigen, – andererseits aber auch eine hinreichende Absicherung der Spannungsfelder, um so die gegenwärtige NATO-Rüstung rechtfertigen zu können.

Plötzlich aber war die Gefahr, daß es im Hinblick auf die Atomwaffenarsenale der Supermächte zu einem drastischen Abbau kommen könnte, sehr real geworden. Man wagte gar nicht daran zu denken, welche Umdenkungsprozesse dadurch vor allem auch im Bewußtsein der Öffentlichkeit hätten ausgelöst werden können. So gesehen mußte die offenkundige Bereitschaft, sowohl der USA als auch der UdSSR, in den Abzug der Euroraketen einzuwilligen, ganz zwangsläufig zu neuen dialektischen Wahnvorstellungen bei den Westeuropäern führen. Weniger Waffen, so ihr Argument, könnten womöglich eine erhöhte Gefahr bedeuten, weshalb sie sich denn auch in der Folge schleunigst daran machten, Vorbedingungen für eine derartige Vereinbarung zu stellen.

Als auch das scheinbar nichts mehr half, zog man die Notbremse und erinnerte die Freunde in Washington daran, daß man die „Null-Lösung“ ja schließlich nur in der Annahme auf den Tisch gelegt hatte, daß diese für die andere Seite ohnehin unannehbar sei. So mußten dann schließlich die gleichen Verhandlungsstrategen, die gleichen Experten und Politiker, die es der UdSSR noch kurz vorher zum Vorwurf gemacht hatten, daß diese darauf bestehen, Rüstungskontrollvereinbarungen nur im Gesamtpaket aushandeln zu wollen, notgedrungen eine Kehrtwendung vornehmen und nun darauf bestehen, daß die eurostrategischen Raketen unmöglich als Einzelpaket verhandelbar seien. Folglich mußte ein neues Junktum gefunden werden. Die neue Marschrichtung lautete deshalb, die eurostrategischen Mittelstreckenraketen müßten gegen die europäischen Kurzstreckenraketen und die konventio-

nellen Streitkräfte – und zu vielem anderen mehr – aufgerechnet werden. Natürlich sprach diese neue Richtung nicht nur der amerikanischen Seilschaft in Europa aus dem Herzen. „Wir sind“, so durfte ich von einem gestandenen CDU-Mann in Deutschland erfahren, „in ständigem Kontakt mit Richard Perle.“

Solche Vorgänge bestätigen die Vermutung, daß die gegenwärtige amerikanische Regierung derzeit so unter Druck geraten ist, daß sogar ein Mr. Perle nicht umhin konnte, abermals auf seine früheren Machenschaften zurückzugreifen und Rüstungskontrollvereinbarungen durch Druck aus dem Ausland, anstatt durch Überzeugungsarbeit innerhalb seiner Regierung, zu torpedieren. Falls aber die derzeitige Vertrauenskrise seitens des Kongresses und der Öffentlichkeit in die Präsidentschaft Reagans fortdauern sollte, dann ist damit zu rechnen, daß auch viele amerikanische Sponsoren dieser europäischen US-Seilschaft auf der Strecke bleiben dürfen. Was die derzeitige Krise betrifft, so haben sich bereits zahlreiche Europäer beeilt, die Fähigkeit der amerikanischen Demokratie zur wirksamen Kontrolle ihrer jeweiligen Regenten zu bewundern – oder doch zumindest ihre Sympathie für eine in Verwirrung geratene Nation zu bekunden. Trotzdem bleibt festzustellen, daß diese amerikanische Euro-Seilschaft in jedem Fall ein höheres Maß an „Reaganismus“ an den Tag legt, als die amerikanische Rechte selbst. Diese nämlich zieht es im Moment allem Anschein nach vor, sich in politischer Zurückhaltung zu üben, anstatt neue rhetorische Kraftakte zu proben.

Ein Teil der europäischen Presse hat uns sogar schon unverhohlen aufgefordert, die Autorität des Präsidenten unverzüglich wiederherzustellen und endlich unsere nur Unsicherheit stiftende Kritik am Präsidenten und seinen Mitarbeitern zu beenden. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ beispielsweise ging die Aufregung sogar so weit, daß diese ihre sonstigen anti-semitischen Hetztiaden und Nazi-Rechtfertigungen vergaß und statt dessen ihre gesamten Energien dem Schicksalskampf des amerikanischen Präsidenten verschrieb. Auch die „Neue Zürcher Zeitung“ hat ihre Denunziationen des europäischen Neutralismus (der natürlich nicht mit der schweizerischen Neutralität zu verwechseln ist) erst einmal eingestellt, um sich ebenfalls voll und ganz der Aufforderung an Amerika widmen zu können, endlich wieder zu Verstand zu kommen. Beim Lesen der Kommentare dieses Blattes fühlte ich mich unverschens an die Äußerung eines älteren französischen Führers der Kommunistischen Partei erinnert, der seinerzeit im Hinblick auf Nixon erklärt

hatte: „Unglaublich, das Ganze. Wie kann man bloß hingehen und einen guten Präsidenten nur wegen einer banalen Abhörgeschichte in die Wüste schicken.“

Trotzdem gibt es noch immer so etwas wie ein Ehrgefühl. Wenn auch nicht das, wie unter Dieben, so aber doch eine Art gemeinsamer „Wagenburg-Mentalität“ unter den Führungsköpfen der Regierungen. So hat sich beispielsweise Kanzler Kohl dazu entschlossen, Reagan dadurch Rückendeckung zu geben, indem er selbst den Mund hält – in seinem Fall mit Sicherheit eine kluge Entscheidung. Statt dessen ließ Kohls außenpolitischer Berater verlauten, Deutschland brauche einen starken amerikanischen Präsidenten. Auch Mrs. Thatcher ist nicht untätig geblieben. So berichtete die *Sunday Times*, sie habe von „Quellen“ in Moskau erfahren, daß auch die UdSSR Waffen an den Iran geliefert habe und liefere. Da diese „Quellen“ mit Sicherheit nicht allzu weit vom britischen Geheimdienst anzusiedeln sind, können wir diese Meldung wohl getrost als einen Akt der politischen Solidarität werten. Selbst wenn es um die Qualität der europäischen Rechten auch nicht gerade gut bestellt sein mag, so ist sie zumindest doch dadurch gekennzeichnet, daß sie es versteht, sich geradezu intuitiv an jeden Grashalm zu klammern, der irgendwie eine Hoffnung auf Machterhalt bringen könnte. Mittlerweile aber ist ihr Präsident ernsthaft angeschlagen, und die europäische Rechte weiß nicht, ob sie einen besseren bekommen wird.

Was aber erstaunlich ist, ist die Tatsache, daß die Obrigkeitshörigkeit der Europäer ein amerikanisches Äquivalent hat. So betonte Lawrence Eagleburger in einer Artikelserie der „Washington Post“ zwar zunächst, daß diese Präsidentschaft einfach nicht länger funktionieren könne, beeilte sich dann aber andererseits festzustellen, daß sie es trotzdem müsse. Was William James mit dem Begriff des „Willens zu glauben“ umriß, wurde von unseren amerikanischen Kanzeln in die Welt hinausgetragen und findet sich mittlerweile in der Politik der Staaten des amerikanischen Imperiums wieder. Was tut es da zur Sache, daß unsere gewählten Repräsentanten und deren Mitarbeiterstäbe gelegentlich verfassungsrechtlich abgesicherte Kriminelle, ideologisch verbrämte Eiferer und Hetzer, beziehungsweise an ignoranter Mittelmäßigkeit nicht mehr überbietbar sind. Unsere Stellung als Weltmacht gebietet uns eben, ihnen unseren Gehorsam zu zollen.

Es ist eine unbestrittene Wahrheit, daß es für ein Rüstungskontrollabkommen mit der UdSSR eines

starken Präsidenten bedarf. Eines Präsidenten also, der willens ist, seine pädagogische Funktion in bezug auf die Öffentlichkeit wahrzunehmen, der entschlossen ist, die sich gegenseitig bekämpfenden Abteilungen im eigenen Regierungsapparat zur Geschlossenheit und Gefolgschaft zu zwingen, und der fähig ist, über den verschiedenen Flügeln und ideologischen Lobbygruppen zu stehen, beziehungsweise diese an die Kandare zu nehmen.

Von denen, die nun den Autoritätsverlust Reagans bejammern, gehören gewiß die wenigsten zum Lager der Befürworter von Rüstungskontrollabkommen. Sie plagt denn auch vielmehr die Sorge, daß dem Präsidenten nunmehr womöglich seitens des Kongresses Rüstungskontrollmaßnahmen aufgezwungen werden könnten. Der Hauptknackpunkt aber besteht zweifellos darin, daß wir durch den Besitz unseres Imperiums auch die Last auf uns geladen haben, eine imperialistische Handhabung der Präsidentschaft in Kauf nehmen zu müssen. Diejenigen nämlich, die da für eine sofortige und uneingeschränkte Wiederherstellung der Macht des Präsidenten eintreten, kommen vor allem aus der Euro-Seilschaft unseres Imperiums. Kein Wunder übrigens angesichts der Tatsache, daß der Fortbestand ihrer eigenen Regentschaft ebenfalls vom Weißen Haus abhängig ist.

Und exakt diese Abhängigkeit war es, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch jedem amerikanischen Präsidenten geschadet oder ihn sogar zu Fall gebracht hat. Harry Truman, beispielsweise, hätte 1952 durchaus noch eine weitere Amtsperiode antreten und auch wiedergewählt werden können – wäre da nicht der alles andere Überragende – und vor allem so unpopuläre Korea-Krieg gewesen. (Eisenhower hatte in seinem Wahlkampf nicht etwa versprochen, den Krieg zu gewinnen, sondern ihn zu beenden.) Eisenhower seinerseits wurde der U-2-Flug zum Verhängnis. Es gelang ihm nicht, die Wählerschaft von einer mehrheitlichen Stimmabgabe für seinen Vize-Präsidenten, Richard Nixon, zu überzeugen. Und mit Sicherheit tat Eisenhower gut daran, darauf nicht allzu stark zu pochen. Zwar schaffte es John F. Kennedy selbst, das Desaster in der kubanischen Schweinebüchse zu überleben, trotzdem waren es Kennedys Männer, deren Beraterfähigkeit Präsident Johnson in das Vietnam-Abenteuer führte. Außerdem sind Zusammenhänge zwischen der Ermordung Kennedys und seinem Bemühen im letzten Amtsjahr, Vorbereitungen für ein globales Rüstungsabkommen mit der Sowjetunion zu treffen, wohl nicht ganz von der Hand zu weisen.

Umgekehrt wagte es Präsident Johnson, der 1964 noch mit überwältigender Mehrheit gewählt worden war, über zwei Jahre lang nicht, auch nur eine einzige Nacht außerhalb Washingtons – es sei denn, auf Militärbasen – zu verbringen: Er wurde deshalb so geschmäht, weil er beharrlich an der Fortführung des Krieges in Vietnam festhielt.

Nixon wiederum stolperte, trotz großer außenpolitischer Triumphe, weil er im Rahmen der amerikanischen Innenpolitik auf konservative Techniken zurückgegriffen hatte, die eigentlich zu imperialistischen Zwecken entwickelt worden waren. Bei den Watergate-Einbrechern, so zeigt ein Blick zurück, handelte es sich um Anti-Castro-Kubaner – einem US-Äquivalent zur französischen Fremdenlegion. Fords Rehabilitationsbemühungen für Nixon, von denen allgemein angenommen worden war, daß diese schon vor seinem Amtsantritt arrangiert worden waren, waren dann neuerlich der Hauptgrund für den Sturz auch dieses Präsidenten.

Carter hatte den Versuch unternommen, außenpolitisch zwei inhaltlich gegensätzliche Marschrichtungen zu verfolgen – und scheiterte mit beiden. Außerdem fehlte es ihm leider an der eigenen inneren Festigkeit, um sich dem erdrückenden Selbstmitleid, das durch das iranische Geiseldrama in der amerikanischen Öffentlichkeit aufgekommen war, wirkungsvoll entgegenstemmen zu können – ein klarer Indikator dafür, daß es abermals an der Zeit für einen Kurswechsel in Amerika war.

Jetzt ist eben Ronald Reagan an der Reihe. Ganz gleich also, welche Schwenks die Befragung durch die Journalisten und die Anhörung durch den Kongreß auch immer bringen werden, seinem Schicksal wird Reagan ebensowenig entgehen können wie seine Vorgänger. Bis jetzt hatte er noch Glück. Nach dem sinnlosen Verlust mehrerer hundert junger Männer im Libanon hatte Reagan die dortigen amerikanischen Streitkräfte abgezogen, ohne dafür – zumindest was die meisten Demokraten betrifft – kritisiert zu werden.

Schon gar nicht von Walter Mondale, der als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei nur insofern eine überzeugende Vorstellung ableberte, als er seine totale moralische Unfähigkeit unter Beweis stellte, sich einem der Hauptwidersprüche des amerikanischen Imperialismus zu stellen. Bereits in der Anfangsphase von Mondales Wahlkampf hatte ich einer Beraterin aus seinem Team den Vorschlag gemacht, Mondale solle sich unmissverständlich zur Forderung nach einem Abzug unserer Truppen aus dem Libanon bekennen – er könne davon

nur profitieren. „Das können wir nicht, solange unsere Jungs dort noch in Aktion sind“, lautete die Antwort. Jene Beraterin zeigte sich dann sehr überrascht, als ich sie in der Folge darauf hinwies, daß es unter ihren Kollegen in Mondales engstem Beraterstab ja wohl nicht einen einzigen gäbe, der selbst einen Sohn bei den amerikanischen Streitkräften habe: Diese waren nämlich während dessen in der Tat eifrig dabei, ihre Karrieren in der Wirtschaft oder an den Universitäten vorzubereiten, woran die jungen Männer, die zur gleichen Zeit im Libanon standen, natürlich nicht einmal im Traum hätten denken können.

Gerade aber die wilde Entschlossenheit, bis zum letzten armen Schwarzen, Latino, oder verarmten Weißen (beziehungsweise Berufsoffizier) zu kämpfen, ist jener martialische Charakterzug, der unsere politische Elite, mehr als alle anderen, eint. Erst kürzlich noch hatte sich Reagan vom republikanischen Senator Durenberger den Vorwurf gefallen lassen müssen, wegen Nicaragua einen „Tobsuchtsanfall“ bekommen zu haben. Trotzdem sind selbst seiner Tobsucht Grenzen gesetzt: Es scheint, als habe Reagan verstanden, daß eine Entsendung von Truppen die gesamte Nation alarmieren würde, und zwar hauptsächlich wegen der Furcht, daß dann auch schon bald die eigenen Söhne eingezogen werden könnten, um der Berufsmiliz zu folgen. Und gerade der pazifistische Nerv der Nation ist in der Tat sehr sensibel: Die allgemeine Abneigung gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht sitzt so tief, daß es selbst Reagan, auf dem Höhepunkt seiner Präsidentschaftskarriere, niemals gewagt hat, an dieses Problem zu rütteln.

Im Übrigen darf man es getrost als Tatsache betrachten, daß viele Repräsentanten unserer derzeitigen Führungsriege die Idee einer allgemeinen Wehrpflicht nicht sonderlich behagt: Sie fürchten nämlich nichts mehr, als außenpolitische Diskussionen an praktisch jedem Abendbrottisch im Familienkreis oder Streitkräfte, die sich (nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht) dann ja aus einem bemerkenswerten Anteil auch gebildeter junger Menschen rekrutierten, von denen gewiß nicht wenige auch einer politisch-motivierten Befehlsverweigerung durchaus nicht abgeneigt wären.

Übertreibe ich? Nun, dann sollten Sie sich einmal die „militärischen Karrieren“ einiger prominenter Mitglieder dieser Regierung und einiger ihrer wortstärksten Apologeten anschauen: Den ehrwürdigen Herrn Eliot Abrams, den ehrwürdigen Herrn William Bennett, Dr. Charles Krauthammer, die ehr-

würdigen Herren Richard Perle oder George Will. Sie alle nämlich repräsentieren nur eine kleine Auswahl jener in Washington, die zwar selbst nach „Stärke“ rufen, denen es aber auf diese oder jene Art und Weise nie gelungen ist, auch selbst in der Armee zu dienen.

Ein weiterer Grund für die derzeitige Bedrängnis des Präsidenten liegt gewiß auch darin, daß er kein nachvollziehbares Argument für die Verhandlungen mit den Iranern liefern konnte. Nachdem er zuvor dermaßen lautstark getönt hatte, er werde nichts und niemandem nachgeben, wurde er nunmehr Opfer seiner eigenen leeren Worthülsen. Letztlich blieb ihm also nichts anderes übrig, als die Iran-Verhandlungen als verdeckte oder private Operation abzuwickeln, denn das offene Eingeständnis hätte zwangsläufig einen immensen Gesichtsverlust zur Folge gehabt. So drängen unsere Machiavelli-Imitatoren (einschließlich Kissinger) denn auch darauf, die moralischen Dimensionen bei außenpolitischen Angelegenheiten doch nicht allzu ernst zu nehmen. Genau hier jedoch haben wir es mit einem Fall zu tun, wo ein Minimum an Ehrlichkeit uns ein Maximum an Erniedrigung erspart hätte. Nachdem Reagan die Rolle des Filmhelden Rambo so lange Zeit und so konsequent gespielt hatte, konnte der alternde Schauspieler ja wohl kaum auf die – zugegeben – um einiges attraktivere Rolle des Falstaff spekulieren.

Insgesamt sind es drei tiefverwurzelte Probleme, die untrennbar mit der amerikanischen Weltreichspolitik verknüpft sind: Das erste Hemmnis besteht darin, daß es unmöglich ist, die Öffentlichkeit in einem solchen Maße zu mobilisieren, wie dies Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Imperiums wäre. Unsere Öffentlichkeit ist einfach intelligent genug, um bereits „im voraus“ kriegsmüde zu sein. Zum zweiten gibt es einen weltweiten Trend, sich zunehmend jedweder Vorherrschaft – ja, sogar schon dem kläglichen Ersatz, der Manipulation – zu widersetzen.

In diesem Zusammenhang ist das Buch von General Huyser über die Iran-Krise zur Zeit der Carter-Regierung sehr aufschlußreich. Der General, seinerzeit von Brzezinski entsandt, um einen Putsch durch das iranische Militär zu organisieren, war bei seinem Untersfangen dem Irrtum erlegen, daß der Islam bei den Vorgängen im Iran keine allzu wesentliche Bedeutung habe.

Trotzdem wäre auch eine besser ausgebildete Führungsmannschaft mit diesen Problemen keineswegs besser fertig geworden: Dagegen wäre diese

aber sehr wohl eher geneigt, endlich jene Tagträume von der amerikanischen Omnipotenz ad acta zu legen, die sich in der Vergangenheit stets als so selbstzerstörerisch erwiesen haben. So wurden denn gerade in jüngster Zeit auch wieder eine ganze Reihe von Stimmen laut (seitens William Pfaff, stellvertretend für die jüngere Generation, und seitens Georg Kennan für die ältere Generation), die mahnten, wenn unsere Führer besser informiert wären, würden sie auch umsichtiger handeln. Dies stimmt, kein Zweifel – aber vielleicht würden sie selbst dann noch immer die gleichen schlechtberatenen Führer bleiben, solange die augenblicklichen Behörden und Beraterstäbe so bleiben, wie sie sind. Ein gewisses (und zwar nicht gerade geringfügiges) Maß an intellektueller Unbeweglichkeit, wenn nicht gar Blindheit, dient nämlich quasi als Eintrittskarte in den Club der außenpolitischen Macher.

Drittens, stößt die Weltreich-Politik da an ihre Grenzen, wo man nicht bereit ist, durchaus gängige illegale Praktiken stillschweigend zu dulden, was andererseits aber auch wiederum zu einer Bedrohung für den Fortbestand der amerikanischen Demokratie führen kann. Unser Imperium hat eine Elite herangezichtet, die, ungeachtet des daraus erwachsenen innenpolitischen Zündstoffs, nicht etwa für, sondern von unserer weltweiten Einmischung lebt. So handelt es sich bei dieser Elite denn auch in Wahrheit um eine gigantische und allgegenwärtige Lobby, die sich längst angemaßt hat, ganz allein definieren zu dürfen, was unsere „nationalen Interessen“ sind. Natürlich erfolgen solcherlei Definitionen dann – was sich aber wohl von selbst versteht – niemals in einer Form, die dem eigenen Einfluß, Einkommen oder Machtbereich abträglich wäre.

Der eigentliche Kern der Krise, in der sich die Präsidentschaft Reagans derzeit befindet, ist deshalb auch keineswegs ausschließlich eine Krise der Außen- und Rüstungspolitik. Sie ist vielmehr die praktische und unausweichliche Folge der Monopolisierung der Entscheidungsfindung (und Meinungsmaße) zugunsten eines Bürokratenapparates sowie selbsternannter Experten und „Militärs“ und einiger in deren Einflußbereich geratener Politiker und Hofberaterstatter.

Natürlich operiert dieser Apparat keineswegs in einem historischen Vakuum. Er wird vielmehr von einer mächtigen Rüstungsindustrie und einer – wenn auch weniger mächtigen, so aber mitnichten weniger agilen – Kulturindustrie immer wieder reichlich mit materiellem und moralischem Ansporn bedacht. Bei dem Versuch – der nun schon seit vielen Generatio-

ten weitergereicht wird –, die wirtschaftliche Macht Amerikas in der Welt immer weiter auszudehnen, handelt es sich zweifellos um ein grundlegendes Problem. Bemerkenswert dabei ist allerdings die Tatsache, daß das vernünftige Management der Volkswirtschaft dabei immer mehr ins Hintertreffen gerät, je länger diese Bemühungen andauern. Dabei dürfen sich gerade die sinnlose Verschwendung wissenschaftlicher und technologischer Kapazitäten, aber auch der Verlust wertvoller Finanzmittel, die für die Produktion absolut unsinniger Rüstungsgüter vergeudet werden, sowie das Haushaltsdefizit und die steigende Auslandsverschuldung, bei gleichzeitig rückläufigen Innovationstrends und sinkenden industriellen Produktivitätsraten, wohl kaum als Argument für die Inkaufnahme des Multiplikationseffektes im Rüstungshaushalt eignen. Angesichts all dieser Zusammenhänge ist es schon recht erstaunlich, wie wenig diese Vorgänge letztlich ihren Niederschlag im Bewußtsein und in der Debatte der Öffentlichkeit gefunden haben.

Dazu kommt, daß dieser imperialistische Apparat äußerst harmonisch in die Zentren der intellektuellen Meinungsmache eingebettet ist. Selbst wenn die Presse den Präsidenten derzeit unter Beschluß genommen hat, so erfolgt dort keineswegs eine Systemkritik an der „Weltreich-Politik“. Man beschränkt sich vielmehr darauf, das Bild eines „Empire-Wächters“ zu zeichnen, welcher der Aufgabe eben nicht mehr gewachsen ist.

Keinen Deut besser sind in diesem Zusammenhang die Universitäten. Da Harvard in diesem Jahr in aller Bescheidenheit sein 350jähriges Bestehen feierte und sich selbst ja bekanntlich für das allübertragende geisteswissenschaftliche Zentrum hält, sollten wir auch einen kurzen Blick auf diese Institution werfen. Vor einiger Zeit befand Harvard-Präsident Derek Bok, daß die Frage der atomaren Rüstung zu einem solch akuten Problem geworden sei, das es verdiene, auch von Harvard behandelt zu werden. (Zu der Zeit, als ich selbst einmal einen Lehrstuhl an der Oxford University innehatte, vertraten meine dortigen Herren Kollegen übrigens ebenfalls die Ansicht, daß etwas, was innerhalb der Stadtmauern weder bekannt sei, noch gelehrt werde, unmöglich wissenswert sein könne. Offenbar kam diese Haltung mit den Puritanern nach Amerika, jener Gruppe also, die schließlich auch Harvard gründete.)

Bok veranlaßte nun, daß sich einige seiner Professoren des Problems annahmen und sponserte auch die Veröffentlichung ihrer diesbezüglichen Reflexionen in einem Buch, welches den Titel „Living

With Nuclear Weapons“ (etwa: „Atomwaffen – Ein Teil unseres Alltags“) erhielt. Schon der Titel als solcher läßt Rückschlüsse auf den Inhalt dieser Harvard-Expertise zu, die dann schließlich auch in dem Argument gipfelte, daß die Dinge nun einmal seien, wie sie sind, und nur Sektierer oder Utopisten (die bei Harvard gängige sprachliche Verschleierung für Idioten) glauben könnten, daß sie auch anders vorstellbar seien.

Wäre unsere Phantasie überbeansprucht, wenn wir uns einmal eine Gruppe von Harvard-Professoren vorstellen, die im Jahre 1854 unter der Schirmherrschaft ihres Universitätspräsidenten ein Buch mit dem Titel „Sklaverei – Ein Teil unseres Alltags“ veröffentlichen? Sehr gut in diesen Zusammenhang paßt auch das Beispiel von Graham Allison, Dekan der Kennedy-Fachhochschule für Regierungsbeamte. Der Dekan, seines Zeichens einer der Berater des Verteidigungsministers, hat erklärt, daß von Caspar Weinberger ein völlig falsches Bild in der Öffentlichkeit gezeichnet werde. In Wirklichkeit sei Weinberger ein Philosoph. Diese Äußerung des Dekans kann wohl durchaus als Versuch betrachtet werden, zu beweisen, daß die Politikwissenschaft durchaus – genau wie die Mikro-Biologie – Phänomene entdecken kann, die der Betrachtung durch ein gewöhnliches Auge verborgen bleiben.

Alternativ könnte man diesen Beitrag aber auch durchaus als Beleg dafür bewerten, daß auch Allison ein ernsthafter Konkurrent um die Harvard-Auszeichnung für besondere „Verschleierungsdienste“ geworden ist, jene Auszeichnung also, die bisher unangefochten im Privatbesitz seines Kollegen, Professor Samuel Huntington, ist, und zwar für dessen unvergeßliche Abhandlung über „Entlaubungsaktionen“, „Zonen mit uneingeschränkter Feuer-Erlaubnis“ und „die Zwangsumsiedlung von Dorfbewohnern in „Konzentrationslager“ als einzige effektive Möglichkeit zu planmäßiger Urbanisierung“ während des Vietnam-Krieges. Zusammenfassend muß also leider festgestellt werden, daß unsere Universitäten ebenfalls technokratisch-geistige Unterwürfigkeit an den Tag legen.

Derzeit bemühen sich Washingtons Eliten denn auch verzweifelt, einen Totalverlust an Legitimität zu verhindern. Um so suspekter müssen deshalb auch die für den neuen Sicherheitsberater, Frank Carlucci, inszenierten Lobeshymnen wirken. Auch wenn man Carlucci nicht gleich in einen Topf mit all jenen werfen will, die im Verdacht einer persönlichen illegalen Verwicklung in die Iran-Affäre stehen, so bleibt doch festzustellen, daß sein Dienst so-

wohl für Carter wie auch für Reagan sich wohl kaum als vortrefflicher Beweis für Prinzipientreue eignet.

Außerdem blieb das wirklich Interessante an seiner Ernennung bisher weitgehend unbeachtet. Da es nämlich Casey, Shultz und Weinberger waren, die beschlossen hatten, ihn ins Weiße Haus zu schicken, läßt sich seine dortige Präsenz durchaus als bleibendes Indiz eines temporären Staatsstreiches deuten, — durch den nicht nur der Stabschef des Präsidenten, Donald Regan, sondern auch der Präsident selbst (und nicht minder wichtig: Nancy Reagan) an Macht verloren haben. Im Klartext besteht Carluccis Aufgabe natürlich auch darin, sicherzustellen, daß eventuell in den Akten vorgefundenes Belastungsmaterial nicht etwa von untergebenen Stellen vernichtet (oder, noch schlimmer, kopiert) wird, sondern — wenn schon, dann — von seinen Bossen persönlich.

Zugegeben — die Verzweiflung des Triumvirates ist nur allzu verständlich. Schließlich gibt es schon jetzt erkennbare Beweise dafür, daß eine der Leichen, die da im Keller des Weißen Hauses liegen, einen kompromittierenden Namen trägt, nämlich „Unterwanderung von, Einflußnahme auf, und Kommandogewalt über Terroristengruppen durch Amerika“ — und zwar sowohl in Europa wie auch im Nahen Osten. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Reagan-Regierung in Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten anderer Nationen (direkte Spuren führen nach Israel und Italien, aber auch andere Verbündete können durchaus verwickelt sein) Terroristen dazu benutzt hat, Feinde auszuschalten und andere Regierungen unter Druck zu setzen. Natürlich aber lag der Hauptzweck derartiger Aktionen darin, noch mehr Macht und Finanzmittel für die Anti-Terror-Jäger — d. h. also die geheim gebliebenen amerikanischen Zahlmeister und Auftraggeber der Terroristen — rechtfertigen zu können. Man kann

nur hoffen, daß der Untersuchungsausschuß des Kongresses diese Affäre weiterverfolgen wird. Allerdings zeigen die Erfahrungen mit der Warren-Kommission (die den Mord an Präsident Kennedy untersuchte), daß man sich nicht allzu große Hoffnungen machen sollte.

Trotz der so offensichtlichen Mängel der handelnden Personen ist die gegenwärtige Krise in Amerika keine personelle, sondern vielmehr eine institutionelle Krise. Die Frage ist nämlich, wie es denn eigentlich um unsere politische Kultur bestellt ist, wenn es diese erlaubt, daß die Regierung mit Charakteren solchen Formats ausstaffiert wird. Es wäre wohl absurd, ausgerechnet North und Poindexter als Amateure zu bezeichnen, es sei denn, wir wollten den Begriff „Amateur“ als jenen Profi-Verschnitt definieren, der dumm genug ist, sich schnappen zu lassen. Man will uns außerdem immer wieder weismachen, wie bedauernswert doch die klugen, weisen Männer der Vergangenheit, die Achesons also, die Dulles und McCloys gewesen sein müssen. Nichts von dem. Man muß wohl schon ganz schön naiv sein, um zu glauben, daß diese ohne ihre Norths und Poindexters operierten. Nur eines hat sich, trotz allem, zum Besseren hin verändert — das vergrößerte Bewußtsein und die Aufregung in der Öffentlichkeit darüber, was da eigentlich im Namen unseres Volkes von unseren gewählten (und in der Regel ja nicht einmal gewählten) Staatsdienstern getan wird.

Trotzdem sollten wir uns abschließend von derlei ja eigentlich noch relativ unwichtigen Fragen wieder den wesentlich wichtigeren Dingen zuwenden. Werden wir es schaffen, die Regierungsgewalt über unser Land von den Usurpatoren zurückzuerobern, bevor wir von der allerletzten Katastrophe überrollt werden?

Anke Brunn/Klaus Schäfer

Ziele sozialdemokratischer Jugendpolitik

Anmerkungen zu T. Schulz in NG/FH 11/86

Anke Brunn, stellv. Vorsitzende der Jugendpolitischen Kommission der SPD, Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Klaus Schäfer, Mitglied der Jugendpolitischen Kommission der SPD, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe

Seit Beginn der ökonomischen Krise in den 70er Jahren und insbesondere nach dem politischen Wechsel in Bonn 1982 hat sich die Lebenssituation junger Menschen zunehmend verschlechtert. Auch wenn von CDU/CSU und FDP immer wieder betont wird, es ginge der Jugend materiell und sozial gut und die Problemlagen junger Menschen seien ausschließlich Produkt verzerrter Darstellung in den Medien, so ist daran zu erinnern, daß gravierende Einschnitte in das soziale Netz sowie in die Bildungsförderung vorgenommen würden. Ebenso werden durch die Vernichtung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen die beruflich-sozialen Lebensperspektiven junger Menschen verschlechtert.

Erfolge sozialdemokratischer Jugendpolitik in den 70er Jahren wurden zurückgeschraubt (so z. B. in der Ausbildungsförderung, dem Arbeitsförderungsgesetz, dem Jugendarbeitsschutz und dem Zivildienst); an die Stelle sozialer Gerechtigkeit und Solidarität sind vielfach Elitenbogen und Ausgrenzung getreten. Programmatiche Äußerungen von FDP, CDU und CSU machen sichtbar, daß mit der bereits eingetretenen Ausgrenzung ihr Ziel noch längst nicht erreicht ist. Der ökonomische „Bereinigungsprozeß“ benötigt eben auch seine Entsprechung in den politischen Rahmenbedingungen.

Die verschlechterte Situation junger Menschen ist mit ein Grund dafür, daß sich das Verhältnis von Politik und Jugend vor allem seit Anfang der 80er Jahre negativer gestaltet. Viele junge Menschen haben eine erhebliche Distanz zu den im Bundestag vertretenen Parteien, da sie konkrete Lösungs-

schritte zur Verbesserung ihrer Zukunftsperspektiven vermissen und auch die Glaubwürdigkeit von Politikern anzweifeln. Die vom damaligen Regierenden Bürgermeister Westberlins, Hans-Jochen Vogel, angeregte Enquête-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ hat Ursache und Erscheinungsformen differenziert herausgearbeitet und vor allem Anforderungen für eine Politik formuliert, die die Interessen junger Menschen berücksichtigt.

Auch die SPD ist bei jungen Menschen zunehmend in die Kritik geraten. Sie wird für viele negative Entwicklungen ebenso wie die anderen Parteien verantwortlich gemacht und es wird ihr manche Halbherzigkeit anstelle konsequenter politischer Schritte vorgeworfen. Für viele junge Menschen stellen alternative Zusammenschlüsse und die Partei der „Grünen“ Hoffnungsträger dar, von denen sie sich eher Lösungsschritte für die Sicherung der Zukunft erhoffen.

Seit einiger Zeit ist jedoch beobachtbar, daß junge Menschen wieder offensiver auf die SPD zugehen, da sie erkennen, daß langfristig nur mit der SPD eine zukunftssichere Politik möglich ist. Sie wollen von der SPD angesprochen und in die Verantwortung genommen werden. Protest und „Protestwahl“ gegen die SPD kommt vielfach einem Appell an die SPD gleich. Heute steht die SPD vor der Frage, welche Politik sinnvoll und notwendig ist, wie die Hoffnungen und Wünsche junger Menschen einbezogen und in Einklang mit der Gesamtpolitik gebracht werden können. Es stellt sich die Frage, wie es ihr gelingt, durch glaubwürdiges Handeln junge Menschen für ihre politischen Ziele zu gewinnen.

Überzeugend geht dies allerdings nur mit einer Übereinstimmung von Programmatik und politischem Handeln. Ein Ansatzpunkt ist die Jugendpolitik. Ihr kommt nicht nur die Funktion zu, Interessen und Bedürfnisse junger Menschen in den Prozeß der politischen Entscheidung einzubringen, durch sie muß auch gleichermaßen Position bezogen werden, welchen Stellenwert Jugend im politischen Konzept der Gesamtpartei einnimmt.

Die Jugendpolitische Kommission des SPD-Parteivorstandes hat daher den Versuch unternommen, Anforderungen an die sozialdemokratische Politik zu formulieren und einen Diskussionsprozeß über notwendige politische Handlungen inner- wie außerpolitisch in Gang zu setzen. Gleichzeitig soll es ein Beitrag sein, die Anliegen der Jugendpolitik der SPD zu verdeutlichen und so jungen Menschen Klarheit über die Ziele der SPD zu verschaffen.

Konstruktive Kritik ist gefordert, statt unsystematische Polemik

Ein Nachdenken über jugendpolitische Ziele ist aber auch deshalb gefordert, weil derzeit ein tiefgreifender Umbruch unserer Gesellschaft stattfindet, der beispielsweise in der Wertediskussion zum Ausdruck kommt. Die steigende Tendenz zur Individualisierung auch bei jungen Menschen stellt dabei eine der größten Herausforderungen für den Gedanken kollektiver Interessenvertretung der Arbeiterbewegung dar. Diese Tendenz ist insbesondere in der bürgerlichen Mittelschicht zu beobachten, junge Menschen ziehen sich stärker auf Strategien zurück, die ihr eigenes Ich begünstigen und verlieren zunehmend den Blick für die Notwendigkeit des Organisierten zum Durchsetzen gemeinsamer Interessen.

Es ist sicher richtig, wenn T. Schulz feststellt, daß wir es heute mit einer anderen Generation als 1968 zu tun haben und sich mit „blauen Bändern und Frankfurter kritischer Theorie (der) heutige Typ des Jugendlichen nicht mehr von seinem Walkman oder sonstigen Konsumorientierung weglocken läßt“ (NG/FH 12/86, S. 976). Schade ist jedoch, daß seine generelle Kritik an den Positionen der Jugendpolitischen Kommission sich zumeist in bloßer Polemik erschöpft; oder ist es gar der Versuch, eine mißglückte eigene Vergangenheitsbewältigung aufzuweiten?

„Unsystematische Bemerkungen zur Jugendpolitik der Sozialdemokratie“ (NG/FH 11/86) verleiten wohl eher dazu, allzu oberflächlich vorzugehen. Der Versuch einer fundierten Kritik muß scheitern, da der Vorwurf der „Wilhelminischen Betulichkeit“ und „Sozialarbeiterischen Wehleidigkeit“ nicht nur an der Sache vorbeigeht, vielmehr versperrt diese Sichtweise dem Autor auch den Blick für die wirkliche Lebenssituation junger Menschen. Damit wird auch unklar, was er bezweckt, wenn er Kritik an herrschenden Verhältnissen als „Wehleidigkeit“ abtut und Ansätze von Perspektiven in der Jugendpolitik als die Sprache von „Onkeln und Tanten“ versteht.

Wenn er z. B. feststellt, daß die Überzahl der Jungen Arbeit und Lehre findet und viele ganz munter ihre Zukunft planen (S. 973), so hätte ein kurzer Blick in die Arbeitslosenstatistik (von der Dunkelziffer ganz zu schweigen) genügt, um herauszufinden, daß die Zahl der Jugendlichen, die nach der Schule in Park- und Warteschleifen „integriert“ werden, ebenso steigt, wie die Zahl derjenigen, die nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung entweder keinen oder nur einen befristeten Arbeitsplatz erhalten.

Auch hätte ein Blick in Protokolle und Dokumente des Deutschen Bundestages ausgereicht, um festzustellen, daß z. B. die Zahl der Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfe-Berechtigten seit 1982 um ein Drittel zurückgegangen, statt dessen aber die Zahl der 15- bis unter 25jährigen, die Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen, von 273 000 auf 356 000 angestiegen ist. So haben sich auch die Entfaltungsmöglichkeiten junger Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld erheblich eingeschränkt, wie alle Untersuchungen der Jugendforschung hervorheben. Ebenso ist unstreitig, daß der Schulalltag für viele Jugendliche zur Belastung geworden ist: Sie schenken kaum Chancen einer beruflichen Perspektive und sie gehen unter in den strukturellen Bedingungen des Lehrbetriebes. Wüßte er von den Konflikten Jugendlicher am Tag der Zeugnisvergabe, er würde nicht von „munter vor sich her planen“ sprechen.

T. Schulz muß gesagt werden, daß die Situation junger Menschen objektiv schwieriger geworden ist, was nicht heißt, daß keine positive Grundstimmung möglich ist. Es ist jedoch davor zu warnen, daß diese als Argument insofern gegen sie verwendet wird, als daraus der Schluß zu ziehen ist, ihnen ginge es insgesamt zufriedenstellend. Tatsache ist: Für alle jungen Menschen wirft der Übergang von Schule zu Beruf und von Jugend zum Erwachsensein größere Probleme auf, als dies bei ihren Eltern der Fall war.

Ebenso ist der Vorwurf, daß die Kommission harmonistische Gesellschaftsvorstellungen habe (S. 974), blander Unsinn und schon gar nicht damit zu belegen, daß eine Gesellschaft notwendigerweise um ihrer eigenen Fortentwicklung willen Entfremdung und Isolation als konstitutives Element haben muß. Das Ziel konservativer Politik, eine Zweidrittel-Gesellschaft herstellen zu wollen, lebt auch von der Ideologie, daß Entfremdung und Isolation notwendigerweise individuelles Versagen seien. In der Formel „Leistung muß sich wieder lohnen“ steckt der Kern für eine unsolidarische Gesellschaft.

Auch wenn durchaus richtige Einschätzungen vorhanden sind, etwa, daß „eine Überprüfung nicht nur der Erscheinungsform der Partei nach außen, nicht nur nach innen, sondern auch hinsichtlich der politischen Identität vonnöten“ (S. 972/973) ist, so muß die Gesamtkritik zwangsläufig zu kurz greifen, weil T. Sch. den wirklichen Alltag junger Menschen nicht kennt und sowohl der empirische Bezug allein auf die Shell-Studie, wie auch der Hinweis auf seine Funktion als ehemaliger Schülerreferent des SDS und sein eigenes früheres Schülertum nicht ausreichen. Er muß sich fragen lassen, ob er mit Kohl

meint, man müsse alles etwas positiver sehen; er würde dann zur Verschleierung sozialer Problemlagen beitragen. Eine solche Sichtweise wäre dann zwar nicht „wehleidig“, objektiv jedoch konservativer Politik zuzuordnen.

Die SPD muß lernen

Nun ist es keinesfalls so, als sei das Kommissionspapier bereits in der Partei verankert. Die Jugendpolitik in der SPD macht deutlich, daß es bis dahin noch ein weiter Weg ist. Die Kommission ist sich deshalb auch klar darüber, daß eine offensive Diskussion zwingend notwendig ist und das Papier für Ergänzungen und Veränderungen offen ist. Dabei ist nicht zu bestreiten, daß eine zentrale Auseinandersetzung der Stellenwert der Jugend und damit der Jugendpolitik sein wird.

So hat der Irseer Programmentwurf „Jugend“ dem Kapitel 4 „Familie“ zugeordnet und verzichtet damit auf eine Eigenständigkeit der Jugendpolitik. Eine solche Zuordnung führt zwangsläufig zu einem unscharfen und eingeengten Blickwinkel. Gerade in der Phase im Übergang zum Erwachsenenalter, wo der junge Mensch nicht nur nach Autonomie strebt, läuft die SPD Gefahr, Jugend als eine von der Familie abhängige Größe zu machen. Wenn die Jugendphase Raum zur Findung eigener Identität ist, als Chance zur Selbsterziehung gesehen wird und zur Entwicklung selbständiger Positionen für die Lebensplanung beiträgt, dann muß dies auch in der Programmatik der SPD ihre Entsprechung finden.

Ebenso fehlt in diesem Entwurf die Bedeutung der Kindheit und die Stellung des Kindes in unserer Gesellschaft als Träger eigenständiger Rechte. Kindheit und Jugendphase sind ein wesentlicher Teil des Erziehungs- und Bildungsprozesses mit dem Ziel, sich Fertigkeiten, Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen anzueignen, an der Gestaltung dieser Gesellschaft mitzuwirken. Deshalb verbietet sich eine Sichtweise, die das Kind ausschließlich als Teil der Familie sieht: eigene Interessen und Bedürfnisse des Kindes blieben dabei außer acht.

Diese Sichtweise bedeutet, daß Kinder- und Jugendpolitik eben keine Unterfälle von Familienpolitik sind, sondern Querschnittsaufgaben, die die Interessen und Anliegen junger Menschen in alle Politikbereiche einzubeziehen hat. In diesem Sinne spricht die Kommission auch von der Anwaltsfunktion der SPD im Sinne eines Garanten auf der Grundlage ihrer geschichtlichen Aufgabe, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzutreten.

Zentrale Fragen für junge Menschen sind heute

die Sicherung des Friedens, die Erhaltung einer gesunden Umwelt und die beruflich-sozialen Lebensperspektiven. Gerade die Sorge um die Zukunft zeigt, wie notwendig eine Politik ist, die die SPD wieder zum Hoffnungsträger der jungen Menschen werden läßt. Der Umgang mit diesen Themen im Denken wie im Handeln wird entscheidend sein, ob junge Menschen sich weiterhin für die SPD engagieren können.

Der Nürnberger Parteitag mit den Beschlüssen zur Friedens-, Sicherheits-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik hat jungen Menschen gezeigt, daß in der SPD Lernprozesse eingesetzt haben, die an ihrer historischen Aufgabe als Teil der Arbeiterbewegung ansetzen und gleichzeitig eine neue Perspektive in der Politik eröffnen.

Ganz im Sinne von „Mehr Demokratie wagen“ ist die SPD herausgefordert, Jugend als aktiv gestaltendes politisches Element in ihre politische Arbeit einzubeziehen. Dies bedeutet auch eine Veränderung in der Arbeitsweise vieler Gremien und Ortsvereine sowie die Übernahme von Funktionen und Mandaten von jungen Menschen. Ein bloßes Reden über junge Menschen würde die Glaubwürdigkeit nicht verbessern.

Aktions- und Handlungsformen unter Beteiligung junger Menschen, wie etwa Erfahrungen aus Schleswig-Holstein zeigen, schaffen die Wege des unmittelbaren Gesprächs mit den Jugendlichen. Der Dialog mit jungen Menschen kann nicht durch ein Papier geschehen; es ist der Ort aufzusuchen, an dem sich der Jugendliche befindet. Nur so ist zu verhindern, daß das Reden von der Partizipation zu einer bloßen Leerformel verkommt. Jugendliche selber müssen Themen in die politische Diskussion einbringen können, die sie interessieren und von denen sie sich Überwindung ihrer Alltagsbedingungen versprechen.

Es gibt in der SPD derzeit eine Reihe von Ansätzen, Jugendpolitik für junge Menschen greifbarer zu machen; die Leitsätze der Organisationskommission zum Erreichen junger Menschen sind neben den Positionen der Jugendpolitischen Kommission ein weiterer Baustein.

Ziele sozialdemokratischer Jugendpolitik

Der Kommission kam es in ihrer Arbeit besonders darauf an, Ziele für eine praktische Jugendpolitik in der SPD zu formulieren. Als wesentliche Ziele erschienen ihr:

- Sicherung der beruflichen Zukunft und umfassende Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit,

- auch durch aktive Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozeß;
- Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und Reform der Bildungsinhalte;
- Gleichberechtigung, gleiche Chancen und gleiche Teilhabe von Jungen und Mädchen in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen;
- politische Liberalität und Förderung neuer Formen kultureller Arbeit als Voraussetzung für individuelle Lebensformen und Selbstverwirklichung;
- Erhaltung von Natur, Umwelt, Lebensvielfalt und Ressourcen; Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden; eine sichere Energieversorgung durch Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie;
- Beendigung des Wettrüstens; keine Beteiligung der Bundesrepublik an der Weltraumrüstung; keine chemischen und biologischen Waffen in der Bundesrepublik, baldmöglicher Abzug der Mittelstreckenraketen;

- praktische Solidarität zwischen den Ländern der Dritten Welt und den Industrienationen.

Durch die Verdeutlichung politischer Zielvorstellung als Alternative zu der zerstörerischen Politik von CDU/CSU und FDP und auch gegenüber manchen eher bürgerlich scheinenden Zielen der „Grünen“ ist es gelungen, die Attraktivität der SPD bei jungen Menschen zu erhöhen. In vielen Ortsvereinen ist intensive Überzeugungsarbeit geleistet und der Kontakt zu jungen Menschen gesucht worden. Diese Entwicklung fortzusetzen, kann aber nur gelingen, wenn die Situation der Jugendlichen offensiver in der Politik der Partei Berücksichtigung findet; junge Menschen müssen auch das Privileg haben, nicht immer so abgeklärt reagieren zu können und zu wollen. Sie müssen kritische und radikale Fragen stellen sowie ihre Vorstellungen über die Gestaltung ihres Lebensraumes einbringen und sie müssen auch das Recht haben, ihre eigenen Utopien entwickeln zu können.

Detlev Albers Über Irsee hinaus!

Prof. Dr. Detlev Albers, geb. 1943, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Veröffentlichungen u. a.: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci, Berlin 1983, sowie zahlreiche Beiträge zur Theoriegeschichte und aktuellen Diskussion des Sozialismus im 20. Jahrhundert.

Die Epoche der Epochenwechsel ist seit 1945 vorüber. Nunmehr leben wir in einem Zeitalter, das nicht mehr eine vorübergehende Epoche vor anderen ist, sondern eine „Frist“, während der unser Sein pauschlos nichts anderes mehr ist als ein „Gerade-noch-Sein“. Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, II, 20.

Für die SPD konnte es nach dem Scheitern in der Regierungspraxis bis 1982 kein einfaches „Zurück nach Bonn“ geben. Wollte die Partei auch nur ihre Oppositionsfähigkeit zurückgewinnen, um von dort zu neuer Hegemonie aufzubrechen, so konnte es nicht ohne eine prinzipielle Standortbestimmung, nicht ohne eine Neuvermessung ihrer programmatischen Grundlagen, von Herkunft und Zielperspekti-

ven dessen, wofür man kämpfte, abgehen. Wobei von Anfang an klar war, auch wenn es mancher Akteur der Tagespolitik vorschnell vergessen machen wollte, daß ein solches Projekt der Erneuerung nicht auf einen Streich, nicht ohne Rückschläge und Widersprüche gelingen würde.

Den Vordenkern von „Irsee“, der Grundwertekommission um Erhard Eppler, ist zu bescheinigen, daß sie dieses Erfordernis lange vor 1982 erkannt haben und daß sie jetzt mit dem Programmentwurf von 1986 auch einen Text vorlegen, der Freund und Feind zu gründlicher Auseinandersetzung zwingt. Mein Respekt vor ihrer Leistung bezieht sich darauf, daß sie einen wichtigen Beitrag zur Synthese „neuer“ Fragestellungen und Bewegungen, von der Ökologie- über die Frauen- bis zur Friedensbewegung, mit dem überkommenen Gedankengut der Arbeiterbewegung unseres Landes geliefert haben. Meine Kritik, die ihnen selbst am wenigsten vorzuwerfen ist, besteht vorab darin, daß sie mangels ausformulierter, alternativer Vorstellungen in der Programmkommission so erfolgreich waren, daß sich der jetzige Text, von zweitrangigen Beimengungen abgesehen, als ihr eigenes Hausprodukt liest. Ich habe bereits 1984 in dieser Zeitschrift davor gewarnt („Sozialistische Erneuerung der SPD“, NG 11/84, S. 1020), daß sich die Sozialdemokratie zu einer Partei des ethischen Sozialismus verengen könnte. Mit

„Irsee“ scheint mir diese Gefahr noch akuter geworden zu sein. Nur abhelfen werden ihr wohl andere müssen, nicht zuletzt durch die Verbreiterung der jetzt vor uns liegenden Programmdiskussion.

Zwei Antworten der Kommission

Der Irseer Programmentwurf will „weder die Verträstungen eines naiven Optimismus, noch die Bechwörung des Untergangs, wohl aber verlässlich Wegweiser und Chancen für sinnvolles Wirken“ bieten. Voller Feierlichkeit erklärt sich der Entwurf selbst, am Ende der „Präambel“, zum „Zeichen der Hoffnung“ und zum „Zeichen der Zuversicht“ (9; alle nicht weiter gekennzeichneten Seitenangaben beziehen sich auf den Irseer Entwurf). Nehmen wir diesen Satz ernst, dann enthält er die weitestgehende Selbstverpflichtung, die sich ein Programm der Gegenwart überhaupt geben kann. Denn er heißt ja nichts anderes, als daß wir glaubten und dafür durch unseren politischen Kampf den Beweis anzutreten beanspruchen, auf seinen Spuren einen Lösungsweg aus den Widersprüchen unserer Zeit aufzeigen zu können. Und wehe uns, wenn wir dabei auf Dauer leere Versprechungen machten, wenn es uns nicht gelänge, die Grundzüge der Wirklichkeit um uns herum soweit zu erfassen, daß unsere Antworten den Anforderungen der nächsten Jahrzehnte standhalten – eine Krise der Glaubwürdigkeit, ungleich tiefer als jene, die hinter uns liegt, wäre die unvermeidliche Folge.

Wie also sieht der Zukunftsentwurf von „Irsee“ aus, auf den wir glauben, unsere Hoffnung stützen zu können? Die Kommission gibt uns zumindest zwei Antworten darauf, eine pauschale und eine sorgsam ausgearbeitete, eine utopische und eine, um die es offenbar wirklich geht. Der Unterschied, ja die Unvereinbarkeit zwischen beiden ist derart ins Auge springend, daß es bedrückt mitanzusehen, wie taub die Kommission an der Frage nach dem Zusammenhang zwischen beiden vorbei marschiert. Und wie sie deshalb zur eigentlichen Strategiefrage, zu dem, was Generationen von Sozialdemokraten als das Verhältnis von Reform und Revolution gelaufen war, praktisch überhaupt keine Aussage hinbekommt.

Die erste Antwort trägt „klassische“ Züge; sie lautet im Eingangskapitel „Woher wir kommen, wohin wir wollen“: Wir erstreben „eine geschwisterliche Gesellschaft der Freien und Gleichen“. Im gleichen Abschnitt finden wir den markantesten sozialistischen Programmsatz des ganzen Textes. „Ziel des Sozialismus war und ist es, überkommene gesell-

schaftliche Verhältnisse als etwas von Menschen Geschaffenes und Veränderbares zu erkennen und zu überwinden, sie soweit als möglich durch die freie Selbstbestimmung der Menschen zu ersetzen, die Herrschaft des Kapitals über die arbeitenden Menschen, der toten über die lebendige Arbeit, der Gewinnerzielung über die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu brechen, die Existenz bevorrechtigter menschlicher Klassen aufzuheben, Frauen und Männer in der Gesellschaft gleichzustellen und auf der Grundlage allgemeinen Wohlstands jedem Menschen ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu ermöglichen“ (10/11). Sagen wir es einmal salopp: Das „Kommunistische Manifest“, Erfurt und Heidelberg, kurzum: der Menschheitstraum einer klassenlosen künftigen Gesellschaft lassen grüßen.

Nur, auf diese Ebene des Traums, der konturen- und zugangslosen Utopie, finden wir den Sozialismus im ganzen Irseer Entwurf verbannt. Was in den klassischen Programmen der Sozialdemokratie durch die Geschichtsauffassung des historischen Materialismus zusammengehalten wurde, die Überzeugung nämlich, sich im Kampf für konkrete Reform- und Übergangsziele nur als Träger, als Aktivist einer gesetzmäßig auf den Sozialismus zulaufenden Bewegung zu verstehen, an diesem „Endziel“ deshalb auch, mit welchen Unzulänglichkeiten immer, seine tägliche politische, gewerkschaftliche oder genossenschaftliche Arbeit zu orientieren, das ist seit dem Bekenntnis zum Grundwerte-Sozialismus des Godesberger Programms, den „Irsee“ ausdrücklich bekräftigt, obsolet geworden. Statt dessen begegnet uns jetzt, inhaltlich unverbunden neben die sozialistische Zielperspektive gesetzt, die zweite, die eigentliche Antwort der Kommission auf die Widersprüche der Gegenwart. Sie trägt, da hier die intensivste Arbeit der Autoren gelegen hat, vielerlei Gesichter. Es wäre polemisch, sie nur aus einigen programmatischen Überschriften, wie „Unsere nie vollendete Aufgabe“ (17), „Unser Staat – Wirklichkeit und Aufgabe“ (25) oder „Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel Planung wie nötig“ (56) oder gar aus dem uferlos verschwommenen Kulturbegriff der Kommission, dargestellt im Schlusskapitel des Entwurfs, ableiten zu wollen.

Der archimedische Punkt des Programmentwurfs

Doch halten wir uns nicht bei Einzelformulierungen auf, sondern versuchen, das innere Gerüst des Irseer Zukunftsentwurfs zu erfassen. Dies ist eine Welt, deren weitere Entwicklung den Mechanismen

des internationalen Wettbewerbs, der „Marktkräfte“, anvertraut bleibt. Nicht, daß sich die Kommission anschickte, vor den zahlreichen Gebrechen dieses Prinzips die Augen zu verschließen. Ganz im Gegenteil, von den Gefahren der Aushöhlung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen bis zur Warnung vor dem Aberglauben einer „neutralen“ Technikentwicklung, der „naiven“ Hoffnung, „die von der Technik ausgehenden Gefahren würden zwangsläufig durch neue Technik gebannt“ (47), von den verhängnisvollen Folgen andauernder Massenarbeitslosigkeit und der Reformierung sozialstaatlicher Errungenschaften im Inneren bis hin zur Verelendung der sog. „Dritten Welt“, von der Umsetzung ökonomischer Macht, die in immer weniger Händen vereinigt ist, in politische Macht bis hin zur ungebrochenen Vorherrschaft der multinationalen Konzerne begegnet uns eine lange Liste von Krisenmomenten und Widersprüchen, gegen die zu kämpfen uns die Kommission aufruft.

Aber sämtliche hiergegen zu ergreifenden Maßnahmen, auch dort noch, wo sie tiefgreifende Bewußtseins- und Verhaltensänderungen einschließen, wie bei dem „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ oder der Überwindung der „männlichen Gesellschaft“, bleiben eingebettet in das ökonomische „Weiter so!“ der vorhandenen Weltwirtschaft. Als Adressat wird dabei immer weniger die Bundesrepublik und immer mehr (West-)„Europa“ ins Blickfeld gerückt; doch selbst dieses größere Gefäß erscheint im Mahlstrom der kapitalistischen Weltwirtschaft chancenlos, zerbrechlich und untauglich, auf irgendeine Weise aus dem vorhandenen Geleitzug auszuscheren.

„Die Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen Volkswirtschaften sind immer enger und vielfältiger geworden“, heißt es im Abschnitt „Weltmarkt – weder Abschottung noch Unterordnung“ (39). „Der internationale Wettbewerb setzt die einzelnen Volkswirtschaften ständigem Anpassungsdruck aus. [...] Kein größerer Industriestaat ist stärker in die Weltwirtschaft eingebunden. Entsprechend ist der Anpassungsdruck“ (ebd.). Übertroffen wird dieser Negativ-Rekord an weltwirtschaftlicher Ausgeliefertheit nur noch von den „Entwicklungsändern“ – immerhin also von der großen Mehrheit der heutigen Menschheit! Denn ihr bescheinigt „Irsee“, daß sie sogar noch „weit stärker und oft auch hilfloser als die Europäer weltwirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt“ (40) ist. So zeichnet der Entwurf das beklemmende Bild einer ihrer eigenen Geschicke ökonomisch lenkungsunfähigen Erdbevölkerung – und wenn das im

Kern zutrifft, dann freilich sind all die tausend Abfederungsreformen, die der Entwurf verlangt, von der Mitbestimmung bis zur Vermögensbildung, von der umweltverträglichen Technikgestaltung bis zur sozialen Grundsicherung, noch das gesellschaftliche Optimum, das wir – und wer wohl sonst noch auf der Welt? – erwarten dürfen.

Verweilen wir noch einen Moment bei diesem „archimedischen Punkt“ des ganzen Programmewurfs. Es bleibt das Geheimnis der Kommission, wie sie sich jemals den Übergang vom unangetastet gelassenen „internationalen Wettbewerb“ marktwirtschaftlicher Herkunft zur künftigen „klassenlosen Gesellschaft“ vorstellt.

Ohne Nostalgie oder naiven Traditionalismus ist hier anzumerken, daß in diesen Fragen noch das Gothaer Programm, nicht zu reden von seinen Vorgängern, über eine klarere Vorstellung von der „Bändigung der Macht der Großwirtschaft“ und die Grundelemente der Wirtschaftsdemokratie verfügte. Gerade dort, wo in allen bisherigen Grundsatzprogrammen der Sozialdemokratie die „Machtfrage“ aufgeworfen wird, bleibt „Irsee“ die Antwort schuldig. Doch können wir tatsächlich hoffen, auf dem Weg der „gezielten Modernisierung“, der ökologisch und sozial oder gar „kulturell“ geähmten Profilogik oder wie immer wir das Zukunftsbild der Kommission charakterisieren mögen, aus den Krisen, den Widersprüchen, den gesellschaftlichen Unerträglichkeiten, bei uns und weltweit, herauszukommen? Schrieben wir kein neues Grundsatzprogramm, machten wir uns nicht anheischig, die Richtung unseres Kampfes für die nächsten Jahrzehnte festzulegen, schöben nicht Geschichte und Ressourcenanhäufung jenem Winkel der Erde, auf dem wir leben, und darin wieder der Bewegung, für die wir arbeiten, eine derart überproportionale Bedeutung für das ganze „Unternehmen Emanzipation“ zu, wir könnten es uns mit der Antwort auf diese Frage leichter machen, sie meinetwegen auf sich beruhen lassen. So aber haben wir uns selbst jeden Rückzug ins Unverbindliche abgeschnitten.

Die „alte“ soziale Frage beiseite geschoben

Die vorhandene Produktionsweise westlich-industriellen Zuschnitts hat weltweit, mit immer noch wachsender Dynamik, einen derartigen Problemdruck aufgebaut, von der täglich um eine Viertelmillion wachsenden Bevölkerung der Erde und den Millionen und Abermillionen verhungerner Menschen im „Süden“, über die globale Aufheizung der Atmosphäre als vorläufig letztem Symbol und Menetekel

ökologischen Widersinns bis hin zur Desintegration, Arbeitslosigkeit, Arbeitsetze und Aussönderung in den Zentren, nicht zu reden vom über uns liegenden Schatten der nuklearen Apokalypse, auf den sich Günther Anders bezieht, daß jedes programmatiche Festhalten an der immananten Logik dieser Produktionsweise untauglich geworden ist. Illusionen statt Hoffnungen produzierend wirken muß. Es ist der Streit um diesen Grundsachverhalt, der Streit um jenen allerersten, aber weniger denn je aus der Welt zu schaffenden Zusammenhang von Wirklichkeit und linker, also sozialistischer, also radikaler Alternative, bei dem uns „Irsee“ im Stich läßt.

Ihn aufzugreifen, ja ihn wieder zum Ausgangspunkt unseres gesamten politischen Kampfes zu nehmen, heißt mitnichten, in Maschinensturmerei zu verfallen, oder zu leugnen, daß Wissenschaft und Technik zu einem gewaltigen Zuwachs menschlicher Gestaltungsmöglichkeiten geführt haben und noch weiter führen können. Aber es verlangt, jedes ihrer Resultate und vorher schon die Richtung ihrer Entwicklung einer tatsächlich greifenden gesellschaftlichen Kontrolle und Zielbestimmung zu unterwerfen, Natur- als Menschenverträglichkeit und umgekehrt zum wirklich eingehaltenen „Maßstab aller Dinge“ zu machen. Genausowenig sind wir genötigt, die Rückgewinnung der sozialistischen Utopie als ständiges, gemeinsam zu konkretisierendes Antriebselement unserer politischen Praxis mit einem Verzicht auf Kompromisse, Zugeständnisse und prozeßhaftes Vorgehen zu bezahlen. Aber freilich haben wir dann auszuweisen und dazu auch zu stehen, ja dies geradezu als Chance der Selbsterziehung wie der allgemeinen Bewußtseinsveränderung zu begreifen, daß und wie nämlich solche Kompromisse, Zwischenlösungen usw. als Übergang, als schrittweise Vorankommen im Sinne der sozialistischen Umgestaltung konzipiert werden können.

Der Irseer Entwurf hat die Verknüpfung von „neuen“ und „alten“ sozialen Bewegungen auf seine Fahne geschrieben und die Bedeutung, die er, dabei stellvertretend für eine der ältesten Arbeiterparteien überhaupt den zentralen Forderungen der „neuen Bewegungen“ einräumt, macht ihn zweifellos zu einem wichtigen Einschnitt in unserer Programmentwicklung. Doch er leistet diese Verknüpfung nur, indem er das systemsprengende Element der „alten“ sozialen Frage beiseite schiebt und damit letztlich weder die „historische Mission“ der einen noch der anderen einläßt. So entsteht jenes seltsam spannungslose Grundmuster des Entwurfs, das sich den Postulaten, auch den einschneidenden, der verschlie-

denen Bewegungen öffnet, das Problem ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Realisierung dann aber dem Selbstlauf der „immerwährenden Aufgabe“ eines ethisch verstandenen Grundwerte-Sozialismus überläßt.

Wie aber, wenn wir den Schnittpunkt der „alten“ und der „neuen“ Bewegungen verlagerten, ihre inhaltlich auszuweisende Synthese nicht diesseits, sondern jenseits der kapitalistischen Produktionsweise aufspürten, damit den einen wie den anderen Raum für ihre eigentliche Befreiungsaufgabe schufen, wie müßte dann die programmatiche Orientierung der Partei aussehen? Mir scheint, erst von da ab lohnt es sich wieder, von der Aktualität des Sozialismus am Ausgang des 20. Jahrhunderts zu reden. Deshalb sei abschließend versucht, die Umrisse einer solchen alternativen Stoßrichtung der vor uns liegenden Programmdebatte zu skizzieren. Der erste Schritt mag überraschen; denn er verweist auf methodische Parallelen zum Aufbau des Irseer Entwurfs, bescheinigt ihm insoweit ein gleiches Herangehen an die Wirklichkeit.

Grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur, von Lebens- und Produktionsweisen werden sich weniger denn je allein in der Bundesrepublik erreichen lassen und entfalten können. Der „Faktor Europa“, genauer die Nationen Westeuropas, ihr Zusammenschluß und darin wiederum das Zusammenwachsen der „Eurolinken“ als ihr wichtigstes Veränderungspotential, benötigt einen qualitativ neuen, über alle früheren Parteiprogramme hinausgehenden Stellenwert. Aber damit nicht genug. Sozialistische Alternativen in Westeuropa werden sich neben ihrem Beitrag zur Errichtung einer Gesamt-„Europäischen Friedensordnung“ und neben dem Erfordernis, sich gegenüber den mutmaßlich länger auf die alte ökonomische Logik setzenden USA und Japan zu behaupten, zulässigerst daran messen lassen müssen, daß sie aktiv an einer Umkehrung des bisherigen Nord-Süd-Verhältnisses mitwirken. Unabdingbar hat daher jedes neue Parteiprogramm, das auf der Höhe der nächsten Jahrzehnte bleiben will, globale Zielsetzungen zur Neuordnung der Weltwirtschaft, zum Ausgleich Mensch-Natur, zur Abrüstung und nicht zuletzt auch zur Überwindung aller Varianten von „männlicher Gesellschaft“ (34) einzuschließen. Methodisch zutreffend heißt es im Irseer Entwurf: „Die Bedeutung der Vereinten Nationen wird in dem Maße wachsen, wie für globale Gefährdungen und Aufgaben auch globale Ansätze und Instrumente notwendig werden“ (24).

Während jedoch „Irsee“ die Bewältigung noch der globalen Herausforderungen den Mechanismen des „internationalen Wettbewerbs“ überläßt, muß die sozialistische Programmorientierung gerade die Entmachtung des globalen Monopolkapitalismus der Gegenwart, mithin des entscheidenden Lenkungsinstruments dieses „Wettbewerbs“, in das Zentrum ihres politischen Handelns rücken. Natürlich wird kein noch so ausgeklügeltes Sozialisierungsdekrete des Bundestags, eines anderen Parlaments oder gar eines künftigen Europa-Parlaments allein die Vorherrschaft des internationalen Großkapitals, der eigentlich herrschenden Klasse unserer Zeit brechen können. Aber ohne daß wir dem vorhandenen Weltmarkt die Kernelemente einer geplanten Weltwirtschaft entgegenstellen, die wiederum ohne Rücknahme der ökonomischen Kommandohöhen in die demokratisch legitimierte Verfüigungsgewalt der einzelnen Nationen und ihrer internationalen Institutionen undenkbar ist, werden sich weder die Prinzipien naturverträglichen Wirtschaftens noch des gemeinsamen Kampfes gegen Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung in allen Teilen der Welt verwirklichen lassen.

Strategische Weichenstellungen

Ist diese globale, weltsozialistische Zielsetzung einmal vollzogen, nicht als Utopie, sondern als ein von der Realität unserer Überlebensbedingungen auf einem täglich kleiner und enger werdenden Planeten, mithin von uns selbst erzeugter Zwang, gesellschaftsverändernd zu handeln, so ergeben sich von da aus eine ganze Reihe strategischer Weichenstellungen. Es wird möglich, nach innen und außen wieder den wirklichen politischen und klassenbezogenen Gegner ins Auge zu fassen – eine Kategorie, die in „Irsee“ praktisch fehlt; zugleich aber gelangen wir auch zu einer genaueren Einschätzung von Verbündeten und bisher kaum erreichten Bündnispotentialen.

Die Bundesrepublik, ausgestattet mit einem öffentlichen Wirtschaftssektor, dessen Gewicht strukturbestimmend wirkt, könnte dadurch auf sich gestellt gewiß noch keine Politik verfolgen, die den Weltmarktvorgaben strikt zuwiderläuft. Gelingt es, eine entsprechende Situation für die Europäische Gemeinschaft oder doch wenigstens den Großteil ihrer Mitglieder herbeizuführen, ändert sich dies noch immer nicht grundlegend. Demokratische Wirtschaftsplanung und darin offengehaltener Gestaltungsräum marktorientierter Unternehmensentscheidungen wären damit erst in einem allerdings

bedeutsamen Teil der selbsternannten „Ersten Welt“ in ein qualitativ neues Verhältnis gebracht. Und nach allem, was wir inzwischen über die Entwicklungsprobleme anderer „sozialistischer Gesellschaften im Werden“ (Otto Bauer) wissen, wird es nicht leicht sein, in dieser Kardinalfrage jeder „neuen ökonomischen Logik“ einen eigenständigen, gegen bürokratische Überplanung wie gegen heimliche Profitsteuerung gefeierten Weg einzuschlagen. Zudem unterschätzt niemand, welche Sogwirkung noch auf lange Zeit von der „alten“ japanischen oder nordamerikanischen Herausforderung, sei es in Gestalt ökonomischer Diktate oder jener, nicht minder präsenten, bewußtseinsmäßiger „Werthaltungen“, ausgehen wird.

Was aber ist der Zugewinn, den wir durch eine solche, qualitativ veränderte Entwicklungsrichtung der bundesdeutschen, eingebettet in die westeuropäische Wirtschaft erlangen? Von außen nach innen voranschreitend, erlaubte sie uns, im Dialog mit dem „Süden“ erstmals langfristig satisfaktionsfähig zu werden. Denn weit über die Lösung der heutigen Verschuldungskrise hinausgehend, werden wir globale ökologische Anforderungen, die oft beschworenen „gemeinsamen Überlebensinteressen“ der Menschheit, nicht glaubwürdig vorbringen, solange wir diese nicht als Prozeß der Herstellung vergleichbarer Lebensbedingungen (von den heutigen Bedürfnisstrukturen aus gesehen: selbst auf unsere Kosten) konzipieren und dafür auch über die geeigneten ökonomischen Instrumente verfügen. Zudem eröffnen die anderen weltwirtschaftlichen Gleichgewichte, die eine demokratisch geplante Ökonomie Westeuropas auslöste und vorantrieb, nicht nur erweiterte Kooperationsmöglichkeiten gegenüber den Nationen des „Südens“ und des „Ostens“. Ohne daß sich bereits von einem neuen Grundmuster der Weltwirtschaft sprechen ließe, wären doch die Koordinaten dessen, was noch kapitalistisch machbar ist, an allen entscheidenden Fronten (wozu nicht zuletzt die Ausstrahlung auf die internen Kräfteverhältnisse der übrigen „Ersten Welt“ gehört) wesentlich zugunsten einer internationalen sozialistischen Übergangökonomie und entsprechend höherer Fähigkeit zur Problembewältigung verschoben.

Im Inneren, in der Bundesrepublik, und – immer stärker damit verknüpft – im Aufbau gemeinsamer programmatischer Zielsetzungen der westeuropäischen Linken würde die skizzierte sozialistische Orientierung dem Ringen um kulturelle und politische Hegemonie eine keinen gesellschaftlichen Bereich aussparende, Tageskampf und perspektivische

Forderungen zentrierende Achse verleihen. Der Klassengegner, dessen gesellschaftliche Entmachtung unser strategisches Leitziel bleibt, reduziert sich in unserem Land sozial-ökonomisch auf jenen zahlenmäßig winzigen, wenngleich nach drinnen und draußen höchst bedeutsamen Anteil der Weltbourgeoisie, der tatsächlich in erster Person handelnd auf die Verewigung der Profitlogik Einfluß zu nehmen vermag. Hinzu kommen allerdings die Anhänger und Repräsentanten all jener Kräfte aus Wirtschaft und Staat, Politik und Kultur, die sich aktiv, aus Überzeugung, zur Wahrung bestimmter Privilegien oder auch nur aus Gewohnheit, aus vermeintlicher Ohnmacht und weil es angeblich doch keine Alternativen gibt, mit den zuvor genannten mehr oder minder bewußt, teils subaltern, teils sogar auf eine eigene Führungsrolle drängend, zum „herrschenden Block an der Macht“ (Antonio Gramsci) zusammenschließen. Schon diese summarische Aufzählung macht deutlich, wie unterschiedlich die Betroffenheit „auf der anderen Seite“ ausfallen wird, für wieviele das ideologische Moment, die Bereitschaft zu Einstellungsänderungen, die Gefahr gravierender materieller Einbußen oder gar des Verlusts ihrer klassenmäßigen Machtposition weit in den Schatten stellt, wenn uns wirklich die Demokratisierung der Wirtschaftsabläufe als Kernstück sozialistischer Übergangsziele gelingen wird. Entsprechend differenzierter wird unsere Bündnispolitik anzulegen sein; entsprechend unverzichtbar ist es aber auch, sich „auf unserer Seite“ von Anfang an, also auch in den Formulierungen des Grundsatzprogramms, Klarheit über die Verschränkung ideologischer, politischer und klassenmäßiger Widerstände zu verschaffen, auf die wir stoßen werden.

Wider die alte Sicht der Dinge

Doch weiter: Was gewinnt ein neues Parteidokument, das wieder Ernst damit macht, die sozialistischen Grundsicherungen der Arbeiterbewegung mit der Wirklichkeit von Gegenwart und Zukunft zu verknüpfen? Die Maulwurfsarbeit des Begreifens neuer Sachverhalte, des Umdenkens und wieder Zusammenfügens, ganz anders als gewohnt, muß bei uns selbst beginnen. Die heute einzige mögliche sozialistische Perspektive so weiträumig zu erfassen, daß auch die hungernden Straßenkinder von Kalkutta, Manila, Rio oder Lima als unsere eigene Angelegenheit mit dazu gehören, das heißt eben nicht, ins Globale auszuweichen. Freilich verlangt es, die sozialistische Idee viel entscheidender als bisher und über „Irsee“ hinaus zu öffnen, sie konsequent pazifi-

stisch zu internationalisieren, zu feminisieren und zu ökologisieren. Und daran, durchaus im Sinne eines moralischen Reformanspruchs, die eigenen Verhaltens-, Arbeits- und Lebensweisen zu messen. Zugleich aber erfordert es, die Grundfragen des „was, wie und für wen produzieren“ nicht länger nur als abstrakte sozialistische Alternative aufzuwerfen, sondern alle Kraft, alle aus der Erneuerung des sozialistischen Wollens zu gewinnende Energie für die Öffnung von Auswegen, für das Bahnen von Übergängen zu einer neuen Wirtschaftsweise und einer darauf fußenden neuen Gesellschaftsordnung einzusetzen.

Dabei werden wir eines immer wieder verdeutlichen müssen: Der Gestaltungsspielraum für derartige Veränderungen wächst und ist doch begrenzt, wenn sie dem politischen Mehrheitswillen unserer Bevölkerung entsprechen; er wächst noch einmal qualitativ und bleibt doch begrenzt, wenn sich die „Eurolinke“ auf seine Prinzipien verständigt und mehrheitsfähig wird. Er bleibt, dies alles vorausgesetzt, angesichts der globalen Widersprüche, vor denen die Menschheit steht, selbst dann noch gering, sein Vollzug atemberaubend langsam, wenn ihm vergleichbare Geländegegewinne des fortschrittlichen Potentials in den anderen Teil-Welten der Erde zugute kommen. Keinen Augenblick haben wir diese Schwierigkeiten und die darin angelegten Rückslagsgefahren zu verarmlosen. Aber es gilt der gleiche Zusammenhang auch in umgekehrter Richtung; auch ohne eine auf solche Veränderungen zielende Mehrheit in Bonn, geschweige denn in (West-)Europa, reduziert sich der Spielraum nicht auf Null, wird der Kampf für gesellschaftliche Alternativen, für kleine Veränderungen, in denen wir die großen anlegen, nicht aussichtslos.

Im Gegenteil. Im Kampf gegen Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit, für Arbeitszeitverkürzung, Kultur von unten und einen anderen Umgang mit der Natur, nur um Beispiele zu nennen, werden wir immer wieder gegen die vorhandenen Machtstrukturen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft anzutreten haben. Zugleich werden wir zeigen müssen, wie diese Strukturen und die von ihnen reklamierten Sachzwänge schon innerhalb des „Reichs der Notwendigkeit“ zu verändern sind, welche Dynamik der Transformation in den Nervensträngen des Systems davon ausgehen kann und welchen Sinn es macht, die Vergesellschaftungs- und Demokratisierungsprozesse darüber hinauszutreiben. Indem wir den Widerstand gegen „die alte Sicht der Dinge“ vor Ort, in den Betrieben, in den Schulen, in den Beziehungen

zwischen Frauen und Männern organisieren, indem wir jede „naturwüchsige“ Modernisierung mit unserem „Projekt der Moderne“, in dem es sich zu leben lohnt, konfrontieren, indem wir lernen, der Bündnisstrategie des „herrschenden Blocks“ eine ebenso komplexe Aufnahme verschiedenster Teillisten in unsere sozialistische Leitidee gegenüberzustellen, treten wir nicht nur einer resignativen Hinnahme der bestehenden Verhältnisse entgegen, sondern

schaffen eben dadurch die notwendigen, allein haltbaren Voraussetzungen für deren dauerhafte Umwälzung. Ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm, das sich hieran orientiert, seine sozialistische Zielsetzung nicht mehr ängstlich verbirgt, sondern wieder als bewegende Kraft verständlich macht, das in diesem Sinne wirklich ausspricht „Woher wir kommen, wohin wir wollen“, könnte tatsächlich ein „Zeichen der Hoffnung“ verkörpern.

Leserbriefe

So etwas Dummes schon lange nicht mehr gelesen

Zum Artikel von Til Schulz „Frankfurt eine Metropole, in NG/FH 12/86

„Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ verkommen zu einem „Vorwärts“ in kleinerem Format. Noch vor wenigen Wochen hatte ich in einem Zeitungsaufsatze gelobt, in „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ komme eine „intelligente Meinung“ aufs Papier. Nun, Til Schulz sei es geklagt, schreibt einer, der nicht einmal „Pfannkuchen“-weiten Blick hat. Das „Recht“-Schreiben braucht nicht die Sache eines – nach eigenen Angaben – gestandenem Hausbesetzers zu sein. Auch braucht man es mit Bildunterschriften nicht so genau zu nehmen. Da kann man die Römeransicht schon einmal mit dem Architekturmuseum durcheinanderwerfen. Das ist man gewohnt und nennt es „intelligenten Analphabetismus“.

Nun zum Inhalt. Wieso fragt eigentlich niemand, aus welchem Grund in Frankfurt die CDU schalten und walten kann, wie sie will? Eine der Antworten ist, daß die hiesigen Bürger kein Vertrauen zu Leuten haben, die als heutige, ehemalige oder zukünftige Hausbesetzer zusammen mit Bombenlegern die Kommunalpolitik bestimmen wollen. Nicht die Frankfurter Bevölkerung ist reaktionär, sondern die sich selbst belämentierenden „Aktiven“ haben sich selbst in die Ecke manövriert. Die Frankfurter SPD – und vor allen Dingen die im Westend – hat keine

tiefe Bindung mehr zur Bevölkerung. Die Wähler werden von der SPD zur CDU gedrängt, sie wählen konservativ, weil sie sich bei der SPD nicht mehr erkennen können. Dann kann man schon gleich alternativ „Grün“ wählen.

Die soziographische Struktur der Frankfurter Bevölkerung hat sich gewandelt, seit einigen Jahren, nicht erst seit gestern. Was sich nicht gewandelt hat, ist die tiefgehende Abneigung gegenüber Leuten, die wie Til Schulz glauben, die ganz Intelligenten, die großen Durchblicker und die allein Seligmachenden zu sein. Es soll tatsächlich Menschen geben, die gegenüber Hausbesetzern und Bombenlegern große Einwände haben. Und es soll sogar Frankfurter Sozialdemokraten geben, die nicht „vollkommen verblödet“ waren und dennoch nicht hinter irgendwelchen K-Gruppen hergelaufen sind.

Wenn nun Til Schulz beklagt, es fände kein HN-derlin mehr ins Frankfurter Bürgerhaus, um dort Kinder zu unterrichten, so hat dies seinen ganz besonderen Reiz. Er betrauert etwas, was Sozialdemokraten eigentlich abgeschafft glaubten – elitäre Bildung für einzelne. Er lobt die Gontards, die sich zu Hölderlins Zeiten sicher nicht mit Til Schulz an einen Tisch gesetzt hätten. Gontards waren Patrizier, die aus Frankreich nach Frankfurt geflüchtet waren. Auch hier blieben sie Patrizier, wohlhabend, liberal, freigiebig und opferbereit. Aber sozialdemokratisch? Oder gar der Arbeiterschaft verbunden?

Aber vielleicht wollte Til Schulz uns etwas anderes sagen, kann es nur nicht so ausdrücken. Sie werden ihm mehr Platz in Ihrem Heft einräumen müssen. Und dann Leser verlieren. Dirks und Kogon sei es geklagt. So etwas Dummes wie von Til Schulz hat man lange nicht mehr bei Ihnen gelesen.

Michael Uhlig

Die Ziele mehr im Blick!

Betr.: Artikel von Hermann Scheer, „Reformierte Gestaltungskraft, Staatsaufgaben und Staatsreform“, in: NG/FH 11/86

Hermann Scheers Anmerkungen zum Kapitel „Demokratie in Staat und Gesellschaft“ gipfeln in der These: „Dieses Kapitel ist in mancher Hinsicht zu unscharf, um den praktischen Gestaltungsanforderungen und den machtpolitischen Durchsetzungsmöglichkeiten gerecht zu werden“ (NG/FH 11/1986, S. 1032). Dem stimme ich zu. Unbehaglich wird es mir aber, weil seine Verbesserungsvorschläge – Aufnahme von Abschnitten über Wohlfahrtsverbände und Medien, von Beispielen zur Transparenz des Verwaltungshandelns bis hin zur europäischen Verfassungsordnung – so plausibel sie auch sein mögen, den Umfang des Programms noch erheblich erweitern werden. Schon jetzt ist der Entwurf nach einer überschlägigen Auszählung der Wörter viermal so lang wie das Godesberger Programm. Wie dick werden die Mitgliedsbücher, wenn auch das neue Programm eingefügt wird! Aber noch schlimmer: Der Umfang mag Genossen aus der Arbeiterschaft abschrecken und sie vom Durchlesen und Durcharbeiten abhalten.

Der Entwurf muß also erheblich gestrafft werden. Das Programm muß Richtungen angeben, Ziele wie Erhard Eppler sie fordert (NG/FH 4/1985, S. 375). Selbstverständliches darf nicht noch einmal beschrieben werden. Dazu gehört, was feste Bestandteile politischer und gesellschaftlicher Kultur der SPD und noch darüber hinaus sind, anders als eine Generation zuvor bei der Abfassung des Godesberger Programms, als eine solche Kultur, nur 10 Jahre nach dem Grundgesetz, noch nicht verwirklicht sein konnte.

Ein Beispiel: Als Jurist stieß ich sogleich auf den Abschnitt „Rechtsprechung und öffentliche Ordnung“, der mit dem Satz beginnt: „Die Richter bedürfen der Unabhängigkeit, damit sie im Namen des Volkes allein dem Recht dienen können.“ Richter also als Diener – ein Widerspruch zur Unabhängigkeit –, das tut schon weh, und es mindert auch nicht den Schmerz, daß dieser Satz im wesentlichen aus dem Godesberger Programm stammt. Der Abschnitt endet dann so: „Strafrecht und Strafvollzug müssen den humanitären Grundsätzen unserer demokratischen Gesellschaft entsprechen.“ Diese programmatische Aussage ist jedenfalls nach den Straf-

rechtsreformen durch SPD-Justizminister eine Selbstverständlichkeit. Der gesamte Abschnitt könnte auch in einem CDU-Parteiprogramm stehen.

Natürlich muß dann auch die Polizei erwähnt werden und ein gutes Wort bekommen, die Bundeswehr mit einem eigenen Abschnitt (wenn auch kürzer als im Godesberger Programm), die öffentliche Verwaltung darf nicht fehlen, so sind denn auch andere Professionen und Institutionen ausgewogen bedacht worden, auch die Ärzte können beruhigt sein (S. 66), und sicher wird es sich ermöglichen lassen, in den langen Abschnitt über die „Reform von Schule und Hochschule“ einen Satz aufzunehmen, der die Arbeit der Lehrer würdigt.

Den Verfassern des Entwurfs wird diese Ironie als nicht verdient erscheinen. Gern räume auch ich ein, daß der Entwurf im Aufbau, in den Grundzügen und auch in der stilistischen Gestaltung gut gelungen ist, besser noch als das Godesberger Programm. Die Passagen über Zielgruppen sollten aber gestrichen werden, sie gehören in ein Wahlprogramm, zumal viele Professionen, wie z. B. die Ingenieure, nicht angesprochen werden könnten.

Wer z. B. die Straffung des Kapitels „Demokratie in Staat und Gesellschaft“ im Blick hat, der stößt sich auch an den Sonderabschnitten Gewerkschaften, soziale Bewegungen (diese Abschnitte hält allerdings Scheer für besonders gelungen!), Verbände, Kirchen, politische Parteien (das ganze Programm ist ja die Aussage einer politischen Partei – weshalb noch einen Sonderabschnitt?). Natürlich gehören diese Gruppen und Kräfte zu Staat und Gesellschaft, aber es sollten nur Aussagen erfolgen, welche Ziele die SPD ihnen und sich in einem Programm setzt. Keine Selbstverständlichkeiten, höchstens Merkposten! So könnte am Beispiel meiner Profession an einer passenden Stelle dieses Kapitals eine Einfügung von „unabhängigen, sozial eingestellten Richtern“ erfolgen, also vier Wörter statt der hundert im Entwurf.

Wenn Eppler a.a.O. bei seiner X. These davon spricht, daß künftig Reformen kein Geld kosten, wohl aber Mut verlangen würden, so ist dem eins draufzusetzen: Noch mehr Mut gehört dazu, ein Reformprogramm zu straffen.

Dr. jur. Theo Rasehorn
Vorsitzender Richter am
Oberlandesgericht a. D.

Kritik

Tallhover, Mitarbeiter der Dienste

Hans Joachim Schädlich:

Tallhover

Rowohlt Verlag, Reinbek 1986, 320 S.
DM 38,-

Neuerdings bin ich im Brotberuf im Historischen Archiv der Stadt Köln beschäftigt und bin mit staubigen Akten befasst. In meiner Schublade dort habe ich aber auch „Tallhover“ liegen, das neue Buch von Hans Joachim Schädlich.

Auch Tallhover, der weit über hundert Jahre Mitarbeiter der „Dienste“ war: der politischen Polizei nämlich, ist zuletzt Archivar (bei den „Diensten“), und die Treffsicherheit bringt mich mehr als einmal zum Lachen, mit der Schädlich diese sonderbare Art von Arbeitsleben zu fassen kriegt.

Tallhover aber ist nicht freiwillig Archivar. Lieber wäre er weiterhin selber tätig bemüht, wie er es seit der Zeit seiner Überwachung der Kölner „Rheinischen Zeitung“ und des Dichters Georg Herwegh war. Aber unzufrieden mit dem mangelnden Durchgreifen gegenüber konfessioneller und anderer Opposition im Umfeld des 17. Juni 1953 hat er einen Brief an die Staatsmacht geschrieben, und seitdem, statt Verdächtigen zu folgen, ihre Signalements niederzuschreiben, Zeitungen zu verbieten, sieht er Akten durch.

Seit der Kölner Dombaufeier 1842 ist Tallhover dabei. Marx und die Rheinische Zeitung, Herwegh und der Bohemien Peter Hille, Lenin und Radek, die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Social-Demokratie“, die Kirche im Tausendjährigen Reich, die „akkreditierte“ Presse in der Hauptstadt der DDR: Tallhovers Gegner, die er zu „kriegen“ trachtet und die er doch immer wieder „nicht kriegt“, weil nicht richtig „durchgegriffen“ wird.

„Tallhover“ ist ein brillantes Buch. Ludwig Tallhover selber eine Figur, die so sprichwörtlich werden sollte wie mancher andere, der aus der Literatur ins Leben getreten ist, Kohlhaas oder Oskarchen Matzerath. Seine nun schon über ein Jahrhundert im Kampf gegen Obstruktion und Aufsässigkeit sich verbrauchende Energie das einzige „phantastische“ Element seines Wesens. Das nämlich ist in sich geschlossen, und es ist völlig plausibel, daß er für die Dienste der Preußen, des Zweiten und Dritten deutschen Reiches und schließlich für den „Staatssicherheitsdienst“ wirkte: Nur 45 war er eine Zeitlang versteckt, bis man seine „Erfahrung“ wieder nötig hatte.

Hans Joachim Schädlich ist – wie er schon in den Prosastückchen „Versuchte Nähe“ vorgeführt hat – ein Meister der Sprache, ein großartiger Parodist. Keine Passage, von Tallhovers Schul- und Schlüsselloch-Zeit bis zu den Wochen, in denen er sich im Keller seine eigene Guillotine bastelt, gleicht der anderen, und wo es dennoch so scheint, da wird gerade durch das Sich-Wörtlich-Wiederholen Tallhoverscher Denkschriften die Kontinuität der behördlichen Dummheit und Brutalität ans Licht gezerrt. Litaneien sind es, aus denen Schädlichs Roman besteht, absurde Litaneien: immer wieder, wer nun genau in Lenins plombiertem Waggon durch Deutschland nach Rußland gereist ist, wann genau wo genau Lenin oder Radek in Berlin gewohnt haben und was die Beobachtung des Dichters Hille beim Frühstück ergab. Die Litanei, wie dem konfessionellen Widerstand im Nazi-Reich zu begegnen sei, wiederholt sich als Litanei, wie dem konfessionellen Widerstand im „sozialistischen“ Neu-Deutschland zu begegnen sei. „Aber heutzutage“, sagt Hirsch, „ist alles anders. Die Partei Marx ist selber am Ruder, die Marx-Partei.“ Tallhover: „Die Sache ist immer dieselbe Sache. Dazu sind wir da. Dazu bin ich da.“

Deutsche, europäische Geschichte, Revolution und Gegenrevolution, überraschend neu (und immer akribisch in den Tatsachen): aus der Sicht eines deformierten Menschen im Polizeiapparat. Nur eben Tallhover ist hineinmontiert wie Woody Allens

„Zelig“ in die alten Dokumente. Hier wie dort ein Meisterwerk der Parodie. „Der Gedanke einer Verfassung, der in der Rheinischen Zeitung zum Ausdruck gebracht wird, widerstrebt durchaus der Ansicht des Königs.“ „Denn feindliche Hetze hat alles getan, diesen Verfasser in unserem Staat bekannt zu machen, sei es durch Verleugnung seiner Schrift (im Radio) oder durch massenhafte Hereinschmuggelung seiner Schrift, sei es durch Resolutionen (sogenannte) und offene Briefe, in denen seine ausländischen Anhänger sich in unsere Dinge einschlichen, indem sie seine Freilassung forderten.“

Mit Sentenzen wie „Schädlich schafft Gewißheit: Die Tallhovers sind unter uns“ (auf dem Schutzumschlag) wird man der Tragweite und literarischen Kraft dieses Buches nur mäßig gerecht. An Joseph Roth wird man ja erinnert, wenn man (mit Spitzels Augen und Ohren) dem Weg der Revolutionäre zwischen Russland und Mitteleuropa folgt. An Peter Weiß „Ästhetik des Widerstands“ mehr als einmal. Die synchrone Verfolgung Lenins und des Dichters Hille läßt an Weiß' breite Darstellung des Beieinander von russischem Exil und Dadaismus in der Zürcher Spiegelgasse denken. „Doktor Bührig und Herr von der Planitz“ fotografisch genau beobachtet beim Gang durch das Berlin des Ersten Weltkriegs – das ist ganz Peter Weiß (Berlin, Stockholm). Und Passagen wie die, in der ich den Gesang der Marseillaise und der Internationale mit den Sinnen der politischen Polizei wahrnehme, übertreffen die „Ästhetik des Widerstands“ geradezu.

Es ist nicht nur ein treffendes, witziges und bitteres Buch über das reaktionäre Spitzel- und Repressionswesen. Es ist auch eine neue Art von Poesie. Dies kulminiert in jenem „Warum hilft mir keiner! Genossen! Kommt! Helft mir! Tötet mich!“, das so sicher wie gefährdet ganz am Schluß steht und wirklich – mit den zarten Federstrichen der Kunst – ein Appell ist, das Tallhover-Wesen nicht unsterblich werden zu lassen.

Tallhovers erster Einsatz ergab sich beim Kölner Dombaufest 1842. „Die Rheinufer“, sagt man ihm, „werden in

einer Illumination von ungesiehenem Glanz erstrahlen. Eine große Feier. Es gibt viel Arbeit. Was habe ich zu tun?", sagt Tallhofer. - Sie mischen sich unter die Menge und achten auf Störenfriede." Ich sitze im Archiv und lese „Tallhofer". Dieser Tage begeht man zu Köln die Eröffnung der Museumsprachtbauten neben dem Dom mit Spektakel und Feuerwerk. Auf Störenfriede wird man ein Auge haben.

Dies ist keiner der Staats-Zustände, die Tallhofer besonders schätzt. Weil man hier auch ein Auge auf ihn wirft. Werfen sollte. **Friedrich Kröhnke**

Zwischen Bewahrung und Erneuerung

Klaus Hildebrand:

Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969

Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher.

*Deutsche Verlags-Anstalt/F. A. Brockhaus Verlag, Stuttgart/Wiesbaden
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in 5 Bänden. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest, Eberhard Jäckel, Bd. 4), 531 S., DM 168,-*

Nach dem von Theodor Eschenburg, Hermann Graml und Wolfgang Benz gemeinsam verantworteten ersten Band „Jahre der Besatzung“ und den von Hans-Peter Schwarz verfaßten zwei Bänden über die Ära Adenauer ist nun – in der Reihe „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ – Klaus Hildebrand das Wagnis eingegangen, die Periode von Erhard bis zur Großen Koalition zu beschreiben und zu deuten.

Im ganzen geschehen war es eine Periode der Bewahrung und der Erneuerung, nach außen wie nach innen. Nach außen versuchte die Bundesrepublik Flexibilität gegenüber den ost-europäischen Staaten zu zeigen, wobei sie jedoch an ihren Grundpositionen in der deutschen Frage festhielt; innen-politisch deutete sich eine kommende Epoche in dem schrittweisen Heranrücken der SPD an die Regierungsverantwortung an. Da in den sechziger Jahren dramatische Krisen ebenso fehlten wie überzeugende Einzelpersonlichkeiten, die prägend hätten wirken können, ist diese Phase deutscher Nachkriegsgeschichte bisher in der zeitgeschichtlichen Forschung aber stiefmütterlich behandelt worden. Hildebrand gebührt das Verdienst, diesen Jahren einen eigenen Stellenwert einzuräumen.

Zu Recht weist der Verfasser darauf hin, daß sich die Eigenständigkeit dieser Übergangszeit der sechziger Jahre nicht zuletzt in der Rolle des Parlaments und seiner Parteien manifestiert habe. Hier muß einmal an die Sanie-

lung des Bundeshaushaltess nach der Regierungskrise 1966 und an die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 erinnert werden. Zum anderen stellt Hildebrand die Rolle der beiden großen Volksparteien, der CDU und der SPD heraus, die der Verantwortung gerecht geworden seien, die die Bürger hinsichtlich Stabilität und Ordnung an das Gemeinwesen gestellt hätten. In der FDP sieht er dagegen eher den unsicheren Kantonisten, freundlicher: den kritischen Unruhestifter, der seine Aktivität vor allem in der Rechtspolitik, zum anderen in der Deutschlandpolitik, und hier von schicksalhafter Tragweite, entfaltet habe. Damit seien die Weichen gestellt worden für das 1969 zustandegekommene Bündnis mit den Sozialdemokraten. Zugleich sei manches aufgegeben worden, das möglicherweise be wahrenswert gewesen wäre.

Hildebrand argumentiert, nach 1966 hätten führende Politiker der FDP, teils in Ankündigung an die nationale Tradition der Partei, teils um durch den deutschlandpolitischen Schwung nach der Lösung aus der Koalition mit der CDU ein eigenes politisches Profil zu gewinnen, weitreichende Initiativen entwickelt, die verstärkt durch einige geneigte Pressegane, die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition vorbereitet hätten. Der Verfasser übersieht dabei freilich, daß die deutschlandpolitische Debatte auch gerade in der FDP (die erste Schollwer-Studie datiert von 1962) sehr viel früher einsetzte, gleich nach dem Mauerbau, als der verfehlte Ansatz der Deutschlandpolitik der Regierung Adenauer sichtbar wurde. Zum anderen vollzieht die FDP nach 1966 nur noch, was in der SPD und im intellektuellen Milieu (Jaspers, Bender, evangelische und katholische Kirchen) schon früher artikuliert worden war.

Ein Glanzstück des Bandes ist dagegen, reich an neuen Details und Nuancen, die Darstellung der Politik Kisters, sein Politikverständnis und sein Bemühen um politischen Kompromiß, vor allem im Kreßbonner Kreis, der ihm auch das (von Hildebrand allerdings nicht erwähnte) Bonmot eintrug, er sei „ein wandelnder Vermittlungsausschuß“ gewesen. Es

ist die Fairness hervorzuheben, mit der der Verfasser die verschiedenen Akteure skizziert. Eine Ausnahme bildet jedoch die Person des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten, Gustav Heinemann, die Hildebrand zum Un-Politiker gerät.

Die Distanz des Historikers, diese Stärke ist jedoch auch Schwäche zugleich. Vor allem scheut sie vor Parteinahme zurück. Die Entwicklung der sechziger Jahre wird weitgehend aus der Sicht der Zeitgenossen interpretiert, auf der Grundlage der Zeugnisse. Dabei verzichtet der Interpret häufig darauf, über den Tag hinaus zu blicken. Der Historiker hat zwar gelernt, die Ereignisse vor ihrem geschichtlichen Hintergrund zu bewerten; er scheut jedoch davor zurück, ihre Relevanz für die Zukunft zu deuten.

Besonders augenfällig ist diese mangelnde Souveränität dem dokumentarischen Material gegenüber dann, wenn sie zu unterschiedlichen Bewertungen innerhalb der Darstellung selbst führt. Bezogen auf die Weigerung der Regierung Erhard, größere ostpolitische Flexibilität zu zeigen, schreibt Hildebrand: „Denn von der Gefahr der Isolierung einer sich möglicherweise dem Entspannungsprozeß entziehenden Bundesrepublik konnte überhaupt keine Rede sein“ (S. 99). Später wird dann konzediert, daß die bisher verfolgte Deutschlandpolitik in die Krise geraten war und bei den Westmächten nicht mehr die lebensnotwendige Unterstützung zu finden vermochte (u. a. S. 324). Ein neuer „Anfang“ mußte gemacht werden. Ein anderes Beispiel ist die Bewertung der Hallstein-Doktrin. Auf S. 329 wird konstatiert, daß ihr Erfolg solange gewährleistet war, wie sie konsequent angewandt wurde; auf S. 343 dann ihre Dogmatisierung beklagt. Bei beiden Beispielen bleibt der Verfasser eine Erklärung dafür schuldig, ob und in welcher Weise sich die Rahmenbedingungen gewandelt hatten, die eine solche unterschiedliche Beurteilung rechtfertigen könnten.

Aufgrund seiner von Wertkonservatismus geprägten Haltung hat Hildebrand Schwierigkeiten, Verständnis gegenüber der durch äußere Respekt-

losigkeit zu tradierten Werten geprägten Jugendrevolte und Studentenopposition aufzubringen. „Belustigt, angeekelt und erbost“ beschreibt er deren Phänomene, ohne jedoch übermäßig nach den Ursachen und den Folgen dieser Entfremdung großer Teile der jungen Generation vom Staat der Bundesrepublik zu fragen. Ärgerlich ist vor allem seine penetrante Scheite der Medien, vorzugsweise linksliberaler Provenienz, die ziemlich stereotyp mit der ideologisch eingefärbten Vokabel „veröffentlichte Meinung“ belebt werden. Sie sind für ihn die eigentlichen Schurken, die die politische Verankerung der Bundesrepublik im Westen ebenso wie ihre junge Tradition der Negation rechten wie linken Totalitarismus aus einer Mischung von Modernitätsucht und Effekthasche in Frage stellen. Erhardss böses Wort von den „ganz kleinen Pinschern“ schimmt da durch.

Eine repräsentative Geschichte der sechziger Jahre? Viele der Zeitgenossen werden sich in ihren politischen Sorgen und Erfolgsergebnissen wiedererkennen. Andere werden manches vermissen: die Frage nach der Bewältigung sozialen Wandels, nach der politischen Prioritätensetzung zwischen sicherheitspolitischen Anforderungen, europapolitischen Optionen und ostpolitischen Möglichkeiten; und schließlich nach Autonomie und Handlungsspielraum der Bundesrepublik in einer sich verändernden internationalen Situation. Antworten auf diese Frage bleibt Hildebrand ebenso schuldig wie die politisch Verantwortlichen jener Jahre.

Helga Hafendorf

Zurück zur Marktwirtschaft?

Peter Gey, Jiri Kosta, Wolfgang Quässer (Hg.): *Sozialismus und Industrialisierung. Die Wirtschaftssysteme Polens, Jugoslawiens, Chinas und Kubas im Vergleich*. Campus-Verlag, Frankfurt/New York, Reihe Forschung, 308 S., DM 68,-

Mittlerweile ist es in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion kaum noch umstritten, daß planwirtschaftliche Systeme mit der Komplexität einer entwickelten Industriegesellschaft nicht zurechtkommen. Auch in den realsozialistischen Ländern gibt es daher eine, wenn auch zögerliche Entwicklung in Richtung auf die Einführung marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen. Diese Entwicklung geht von kritischen Ökonomen in den entwickelteren Ländern Osteuropas aus und wird mit dem Übergang vom „extensiven“ zum „intensiven“ Wachstum begründet – wir würden von Wirtschaftswachstum durch Steigerung der Produktivität sprechen. Häufig wird daraus im Westen der Umkehrschluß gezogen, daß die Beseitigung des Marktes ein geeignetes Mittel zur beschleunigten Industrialisierung von Entwicklungsländern sei. Während der Industrialisierungsphase, so diese These, seien die ökonomischen Zusammenhänge weniger komplex und die Entwicklungsziele klar erkennbar. Die Planzentrale könne daher das knappe Kapital und die ebenfalls knappen qualifizierten Arbeitskräfte in den sogenannten „Leitsektoren“ konzentrieren und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen.

Die Verfasser des vorliegenden Bandes, neben den Herausgebern vor allem Wissenschaftler aus den untersuchten Ländern, prüfen diese These am Beispiel der Entwicklung Polens, Jugoslawiens, Kubas und der VR China. Trotz der Verschiedenheit ihrer Geschichte, Kultur und Größe haben diese Länder Gemeinsamkeiten: Alle standen am Anfang ihrer Indu-

strialisierung, als sich erstmals kommunistische Regime etablierten. Überall wurde nach einer kurzen gemischtwirtschaftlichen Übergangsphase ein zentralistisches Planungssystem sowjetischen Typs errichtet. Und überall erwies sich dieses System nach kurzer Zeit als ineffizient.

In Polen führte dies zum Aufstand von 1956, aber nicht zu einer tiefgreifenden Wirtschaftsreform: „... alle Reformen endeten in den zwei Jahrzehnten von 1960 bis 1980 mit Mißerfolgen, und man kehrte in jedem Fall zu der Funktionsweise des zentralistischen Systems zurück“, stellt Tadeusz Kierczynski, Professor an der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau, resigniert fest.

Die anderen Länder hatten größere Spielräume. Die politische Unabhängigkeit von der Sowjetunion erlaubte es Jugoslawien, eine sozialistische Marktwirtschaft auf der Basis der Arbeiterselbstverwaltung aufzubauen. Verglichen mit Polen hat Jugoslawien mit diesem System in den 50er und 60er Jahren denn auch eine beachtliche Entwicklung durchgemacht. Ein konsistentes und auf Dauer funktionsfähiges „Modell“ ist entgegen den Hoffnungen westlicher Linker aber auch in Jugoslawien nicht entstanden, wie Ante Cican-Sain von der Universität Zagreb hervorhebt. Die Reform machte vor dem Geld- und Kreditwesen halt, Investitionsentscheidungen werden nach wie vor überwiegend administrativ getroffen, was zu den bekannten Problemen mit Zahlungsbilanz und Inflation führte.

Derartigen Problemen versuchten China und Kuba ganz aus dem Weg zu gehen: Man suchte eine „linke Alternative“ zum sowjetischen System. An die Stelle bürokratischer Planung sollte die Begeisterung des „Neuen Menschen“ treten. Maos „Großer Sprung nach vorn“, Che Guevaras „Revolutionäre Offensive“ und schließlich die chinesische „Kulturrevolution“ werden im vorliegenden Buch ausführlich beschrieben. Die Besichtigung auch der letzten Reste ökonomischer oder zumindest technischer Rationalität, die in einer bürokratischen Planwirtschaft noch bestehen, führte zu katastrophalen Produktionseinbrüchen, in China

zur Hungersnot unerhöhten Ausmaßes und in Kuba zur totalen Abhängigkeit von sowjetischer Hilfe. Der chinesische Ökonom Jing-Lian Hu kennt die Auswirkungen dieser Politik aus eigener Erfahrung und tritt entschieden für eine weitere Ausdehnung der Warenproduktion ein. Durch die Wiederherstellung der privaten Landwirtschaft und die Schaffung vielfältiger Erwerbsmöglichkeiten für sogenannte „spezialisierte Haushalte“ auf dem Land konnte 1979 erstmals seit der Revolution eine stetige Steigerung der Produktion und des Lebensstandards erreicht werden. Jetzt käme es darauf an, die Reform auf die Industrieproduktion zu übertragen.

Große Hoffnungen wurden, wie gesagt, auch im Westen in zumindest drei der betrachteten Länder gesetzt. Hier, so schien es, würde der Sozialismus praktisch erprobt. Heute, da diese Illusionen verflogen sind, kann der Blick auf die wirkliche Entwicklung lehrreich sein. Nicht nur in industrialisierten Ländern, sondern auch in unterentwickelten Staaten hat sich die Lähmung marktwirtschaftlicher Funktionenmechanismen als opferreicher Irrweg erwiesen.

Für traditionell denkende Sozialdemokraten mögen einige der Thesen dieses Buches provozierend marktwirtschaftlich klingen. Deutlich wird aber, daß diesen Gedanken Erfahrungen zugrundeliegen, die nicht einfach beiseite geschoben werden können. Für die fällige Neuformulierung der eigenen wirtschaftspolitischen Konzeption ist dies genauso wichtig wie für die künftigen Empfehlungen sozialdemokratischer Entwicklungspolitik.

Andreas Helfer

Kein toter Hund

Ingrid Gilcher-Holtey:
Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie
Siedler Verlag, Berlin 1986, 352 S., DM 68,-

Karl Kautsky ist ein Mann von zweifelhaftem Nachruhm. Zu Lebzeiten, zumindest bis zum Ersten Weltkrieg der berühmte Interpret und Grashüter des Marxismus nicht nur in der deutschen, sondern in der gesamten europäischen Arbeiterbewegung, hat er eine Epoche sozialistischen Denkens und sozialistischer Programmatik entscheidend mitgeformt. Kein anderer marxistischer Theoretiker der Zweiten Internationale – weder Jules Guesde noch Paul Lafargue oder Georgi Plechanow – reichte je an seine Autorität heran. Was er schrieb und publizierte, galt ex cathedra als die verbindliche und grundsätzliche nicht mehr in Frage steilbare Auslegung der ohnehin sakrosankten Werke der Klassiker Marx und Engels.

Um so abschätziger ist die wissenschaftliche und politische Nachwelt mit Kautsky umgegangen. Nicht vom „Marxismus“, vom „Kautskyanismus“ war unversehens die Rede, der die „Funktion“ einer bloßen „Integrationsideologie“ gehabt habe und dessen „revolutionärer Attentismus“ die Sozialdemokratie letztlich in „politischem Immobilismus“ habe verharren lassen. Kautskys Marxismus sei doktrinär und dogmatisch gewesen, mechanistisch, undialektisch, ein starkes Gebäude formelhafter Lehrsätze, in welchem das schöpferische Instrumentarium der Marxschen analytischen Methode auf den Hunde gekommen sei.

Die junge Heidelberger Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey hat mit ihrem Kautsky-Buch nun den bemerkenswerten Versuch unternommen, dem posthum verkannten Theoretiker etwas mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Akribisch zeichnet sie den Weg Kautskys zum anerkannten Chefideologen der Partei nach, der es zunächst alles andere als einfach hatte, sich als Redakteur des 1883 gegründe-

ten Theorieorgans „Neue Zeit“ zu etablieren und zu behaupten, und dem dann doch gelang, im trauten Zusammenspiel mit Bebel und Engels seinen gefährlichsten theoretischen Konkurrenten Wilhelm Liebknecht auszuschalten. Das „klassische“ Erfurter Programm von 1891, dem Liebknecht nach dem Gothaer von 1875 noch einmal seine Handschrift geben wollte, wurde, mit ausdrücklichem Segen des greisen Engels, zu einem Triumph Kautskys, der dann auch sorgsam darauf achtete, sich das Auslegungsmonopol zu erhalten.

Hier beginnt die eigentliche Geschichte des Erfolgsduos Bebel-Kautsky, das in den nächsten 20 Jahren die Geschichte der Partei bestimmt. Beide sind aufeinander angewiesen: Der „Radikale“ Bebel, der gegen widerspenstige „Praktiker“ in Partei und Fraktion seinen Führungsanspruch behaupten muß, braucht den ideologischen Scharfrichter Kautsky, den taktischen Differenzen in Tagesfragen gnadenlos zu Prinzipienfragen hochstilisiert, auch wenn er mitunter dazu von Bebel eigens angetrieben werden muß. Umgekehrt weiß Kautsky, daß er den Primat der Theorie über die Praxis und damit seine eigene Stellung als Parteitheoretiker nur behaupten kann, wenn er den „Radikalen“ um Bebel den Rücken freihält.

Doch schon am Ausgang der „ersten Herausforderung des Theoretikers“ im Revisionismusstreit mit Bernstein und seinen Anhängern sieht Ingrid Gilcher-Holtey Kautsky in einem „Dilemma“, das in seinem theoretischen Arbeiten keineswegs vorgezeichnet war: „Die Gefahr erkennend, die mit der Aufhebung der Verbindlichkeit der zentralen Leitsätze des Erfurter Programms verbunden war, reagierte Karl Kautsky – trotz eigener Bedenken hinsichtlich der Formulierung einzelner Passagen des Programms – mit einer Strategie der Doktrinerhaltung, die faktisch zu einer Irreversibilität der Grundsätze des Erfurter Programms führte.“ (173) Kautsky wird zum Hüter einer Orthodoxie, die er auch in seiner „zweiten Herausforderung“, in der Auseinandersetzung um den politischen Massenstreik, mit den Neukantinanern ebenso wie mit Rosa Luxemburg, durchhält.

1909 erscheint die Broschüre „Der Weg zur Macht“, Kautskys – wie die Autorin meint – „aktuellste und konkreteste politische Schrift und als solche für ihn untypisch“ (228). Dennoch wird man einräumen müssen, daß gerade in ihr Kautskys marxistische Orthodoxie auf den Begriff kommt und ihre konsequenterste Ausformung erhält. Die Parteiführung bekommt kalte Füße, sucht die Auslieferung des streitbaren Pamphlets zu verhindern – und, erstmals tun sich erhebliche „Meinungsdifferenzen zwischen Bebel und Kautsky“ (233) auf. In dem aufbrechenden Konflikt zieht sich Kautsky auf die Rolle eines gleichsam unabhängigen wissenschaftlichen Schriftstellers zurück, als die Partei die Identifikation mit ihrem Ideologen um jeden Preis vermeiden möchte: „In der Situation 1909 kam dieser Rückzug der Aufgabe seines Anspruchs gleich: Als Theoretiker der Partei eine verbindliche Wert- und Handlungsorientierung zu geben. [...] Er verteidigte nicht den Anspruch auf Verbindlichkeit seiner Thesen, den er als Theoretiker hätte erheben müssen“ (232), und verlor damit seine Autorität gegenüber den „Radikalen“ in der einflußreichen Kontrollkommission, die ihn zu stützen bereit gewesen wären, wie gegenüber dem Parteivorstand. „Er konnte die Handlungsalternativen der Partei nicht mehr kontrollieren, und die Partei brauchte seiner zur Deutung der Zeit nicht mehr.“ (234)

Ein Ausweg aus diesem zweiten Dilemma hätte sich nur im offenen Kampf innerhalb der Partei geboten. Doch das war Kautskys Sache nicht. Er blieb „der Intellektuelle, der nicht zugleich Führer sein will und kann“. (250)

Mochte sich in den folgenden Jahren, zumal nach dem Tode August Bebels, ein nachgerade dramatischer Einflussverlust Kautskys eingestellen, seine Verdienste um die Sozialdemokratie des Kaiserreiches haben für Ingrid Gilcher-Holtey dauerhaften Bestand: „Die Stärke der Sozialdemokratie war ihre Geschlossenheit als Parteiorganisation und als Weltanschauungsform. Zu letzterer hat Kautsky entscheidend beigetragen ... Er hat der Sozialdemokratie das gegeben, was im Parteispék-

trum des Kaiserreiches ansonsten nur dem Zentrum eigen war: theoretisch kanonisierte Ideen, die der Partei eine ‚Weltanschauung‘, eine prinzipielle Identität gaben, ohne die Taktik der Partei zu präjudizieren und dauernde Fraktionierungen infolge theoretischen Dissens über diese Ideen zu entfachen.“ (267)

Im nächsten Jahr ist der 50. Todestag Karl Kautskys zu begehen – Anlaß genug, ihn nicht länger immer nur als toten Hund zu behandeln und aufgrund zweifelhafter Interpretationsmuster von Lenin bis Korsch Maßstäbe an ihn anzulegen, die ihm weder gerecht werden können noch sollen. Die Studie von Ingrid Gilcher-Holtey hat den Anfang zu einer faireren, wenn auch alles andere als unkritischen Würdigung gemacht. Den ganz und gar nicht dogmatisch-doktrinären Intellektuellen, politischen Denker und Publizisten Karl Kautsky gilt es erst noch zu entdecken.

Rainer Diehl

Feminisierung der Gesellschaft?

Anke Martiny:

*Wer nicht kämpft, hat schon verloren.
Frauen und der Mut zur Macht.*
Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg
1986, 288 S., DM 28,-

Drei Berufe hat Anke Martiny, die der Klappentext ihres Buches angibt: Journalistin, Hausfrau, Politikerin. Sie studierte Musikwissenschaft, Germanistik, Theaterwissenschaft und Soziologie, promovierte, heiratete und wurde Mutter von drei Kindern. 1972, mit 33 Jahren, wurde sie in Bayern SPD-Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Dort ist ihr Hauptarbeitsfeld Wirtschafts- und Verbraucherpolitik, ihre Bildung und ihre Interessen qualifizieren sie auch für Aufgaben in der Kulturpolitik.

Anke Martinys erstes Buch läßt sich keiner der gängigen Literaturgattungen zuordnen. Sie selber charakterisiert es in ihrem Vorwort als ein Gemisch von persönlichen Erlebnissen, Interviews, Anekdoten und eher abstrakten Analysen und Reflexionen. Diese reizvolle literarische Form auszuprobieren, war jedoch nicht das eigentliche Motiv der Autorin. Wenn eine angesehene, tüchtige und entsprechend vielbeschäftigte Mandatsträgerin sich die Zeit nimmt, ein Buch zu schreiben, und dafür noch eine Menge Literatur verarbeitet – die den einzelnen Kapiteln vorangestellten, gut ausgewählten Motti sind die Frucht ihrer Belesenheit –, geht es ihr um eine politische „Botschaft“. Verstehet ich sie recht, besteht sie im wesentlichen in der These: „Die Feminisierung der Gesellschaft ist mehr als ein Akt der Wiedergutmachung: Sie soll und wird neue Werte in die Gesellschaft einbringen“ (S. 261). Um die „Feminisierung der Gesellschaft“ zu erreichen, müssen die Frauen um die Macht kämpfen, den „Mut zur Macht“ haben, wozu schon der Titel aufruft.

Leider bleiben These und Appell reichlich abstrakt. Wir finden in dem Buch zwar einige Definitionen von Macht, suchen aber vergebens nach

Auskunft darüber, auf welche Art von Macht für Frauen es eigentlich ankommt, damit die Gesellschaft feminisiert werde. Daß Frauen im Berufsleben, in der Familie, in der öffentlichen und in der veröffentlichten Meinung benachteiligt sind, daß ihr Bild in der Werbung beleidigend verzerrt wird, diese oft angeprangerten Tatsachen werden auch von Anke Martiny nachdrücklich betont. Wie Frauen, die in der Politik, in der Wirtschaft, in Verbänden, in den Medien Macht haben – und solche Frauen gibt es auch in unserer Gesellschaft – „feminisierend“ wirken (in dem von der Autorin wertbezogen verstandenen Sinn), dafür fehlt es in diesem Buch an Beispielen. Nur die Leistung der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert, die im parlamentarischen Rat den Artikel 3,2 des Grundgesetzes („Männer und Frauen sind gleichberechtigt“) durchgesetzt hat, wird anschaulich dargestellt. Hingegen vermißt man selbst im Kapitel, das den drei ersten Bundesministerinnen gewidmet ist, konkrete Hinweise darauf, was sie in Richtung auf Feminisierung getan haben.

Nun fordert ja Anke Martiny die Feminisierung der Gesellschaft nicht nur, um Frauen für deren seit Jahrtausenden bestehenden Zurücksetzungen und Leiden zu entschädigen. Feminisierung soll neue Werte verwirklichen. Leider bleibt unklar, welche Werte das sind. Enttäuscht wird die Erwartung – die ich hatte –, daß sie berichtet, wie sie selber und wie ihre Kolleginnen ihre Tätigkeit an Werten orientieren, die von ihr als „feministisch“ bezeichnet und für die Gesellschaft insgesamt als erstrebenswert gehalten werden. Für einen größeren Einfluß von Frauen, für ihre Macht im öffentlichen Leben, könnte aber durch nichts überzeugender geworben werden als durch die Darstellung der Motivationen und der positiven Ergebnisse ihres Wirkens. Es ist bedauerlich, daß Anke Martiny die von ihr selbst geschaffene Chance dieses Buches nicht nutzte, um Erfahrungen weiterzugeben, bei denen feministische Werte die menschliche Haltung und das Handeln bestimmten. Die Vermittlung solcher Erfahrungen hätte zu einer Verdeutlichung dessen, was unter „feministischen

Werten“ zu verstehen ist, beitragen können. Vielleicht ist es kein Zufall, daß solch eine Verdeutlichung unterlassen wurde. Denn sie hätte doch wohl zu der Erkenntnis geführt, daß die Werte, die durch „Feminisierung“ eingebracht werden sollen, *menschliche* Werte sind, die Gültigkeit für Männer und Frauen besitzen. Und der Begriff „Feminisierung“ würde dann keinen rechten Sinn mehr haben. Das Anliegen, für das Anke Martiny eintritt, ist die Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Frauen – und die sind, das ist eine Binsenwahrheit, oft nicht die gleichen wie die der Männer. Diese Berücksichtigung ist ein Gebot der Gerechtigkeit, das für alle Menschen verbindlich ist.

Das neue Selbstbewußtsein der Frauen, das sich parallel zur Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre entfaltet hatte, brachte eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der sozialdemokratischen Frauenpolitik hervor. Die Passagen in Anke Martinys Buch, die sich mit dieser Geschichte befassen, stehen ganz unter dem Einfluß der großenteils damals und in den folgenden Jahren entstandenen Literatur und können keine Originalität beanspruchen. Das braucht an sich kein Mangel zu sein. Zurückgewiesen werden muß jedoch Anke Martinys Ignorierung historischer Tatsachen und Zusammenhänge. So heißt es über das Frauenwahlrecht, es sei als „Folge der revolutionären Umbilicite und durch die Unterstützung der Sozialdemokratie und der radikalen bürgerlichen Kräfte“ vom „Rat der Volksbeauftragten“ am 12. November 1918 durch Dekret erlassen worden (S. 105 und 118). Nicht erwähnt wird, daß das Frauenwahlrecht bereits 1891 im Erfurter Programm der SPD und 1895 in einem Antrag der SPD-Reichstagsfraktion im Parlament gefordert wurde, also zu einer Zeit, als noch keine bürgerliche Frauenorganisation in Deutschland an solch eine Forderung auch nur dachte. Ihre Erfüllung gehörte zu den ersten Beschlüssen der aus Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten zusammengesetzten Revolutionsregierung. Für die Weimarer Republik und

die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die Sozialpolitik als „Spielwiese für Frauen“ und die Arbeiterwohlfahrt als ihr „politisches Tummelfeld“ zu bezeichnen (S. 120 und 123), zeigt völliges Unverständnis für die Probleme jener Zeit krasser Not, aber auch für die Interessenschwerpunkte der Frauen, die damals der Arbeiterbewegung angehörten. Übrigens umfaßte die Sozialpolitik, für die sich sozialdemokratische Parlamentarierinnen in Weimar, unterstützt von ihrer Fraktion, einsetzten, u. a. die Reform des § 218, der Scheidungsgesetze, der Stellung der ledigen Mutter und des unehelichen Kindes – also Gesetzentwürfe, die zu jener Zeit geradezu revolutionär waren und die von fast allen anderen Fraktionen, auch von deren weiblichen Abgeordneten, abgelehnt wurden.

Das Klischee, in der SPD seien die Frauen durch die Männer auf die Sozialpolitik abgedrängt worden, wird von Anke Martiny übernommen, ohne zu prüfen, ob nicht die Frauen selber im sozialen Bereich ihre wichtigsten Aufgaben sahen, für die sie durch ihre eigenen Fähigkeiten und Lebenserfahrungen am besten vorbereitet waren. Wenn sie meint, daß Marie Juchacz auf den sozialpolitischen Bereich „eingeengt“ worden war (S. 119), so ignoriert sie, daß diese Frau, die bis zum Ende der Weimarer Republik Reichstagsabgeordnete, Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, zentrale Frauensekretärin und Mitglied des SPD-Vorstands war, in den letzten Jahren der Republik den Kampf gegen die Nazis in den Vordergrund rückte. Unerwähnt bleibt auch die vielseitige Tätigkeit sozialdemokratischer Politikerinnen wie Toni Pfülf und Toni Sender, ebenso das Wirken von Anna Siemsen und Hildegard Wegscheider auf dem Gebiet der Schul- und Kulturpolitik. Anke Martiny's Darstellung der geschichtlichen Rolle ihrer eigenen Partei vermittelt einen Eindruck, der eine Rezensentin ihres Buches zu dem grotesken Fehlurteil veranlaßte, die Arbeiterbewegung habe den Frauen nicht einen Schritt weitergeholfen (Frankfurter Rundschau vom 2. 11. 1986). Die Verurteilung der bis heute bestehenden männ-

lichen Vorherrschaft in der SPD und in den Gewerkschaften wäre wirkungsvoller, wenn die positiven Ansätze der Arbeiterbewegung zur Überwindung der Zurücksetzung der Frauen betont worden wären. Schließlich ist es eine historische Tatsache, daß die entscheidenden politischen und sozialen Bedingungen dafür – Frauenwahlrecht, rechtliche Gleichstellung, gewerkschaftliche Organisation – durch die Arbeiterbewegung geschaffen wurden.

Doch nicht nur bei ihrem Ausflug in die Vergangenheit verliert Anke Martiny kein gutes Wort über ihre eigene Partei. Auch da, wo sie aufgrund ihrer unmittelbaren Erfahrungen und eigenen Aktivitäten über Initiativen und Leistungen der SPD berichten könnte, bleiben diese unerwähnt. Wir erfahren von ihr beispielsweise nichts über die sozial- und rechtspolitischen Gesetze, die während der sozial-liberalen Koalition verabschiedet wurden und für Frauen von Bedeutung waren. Und man fragt sich, was denn die Autorin selber zu ihrem eigenen, so intensiven Engagement in den Reihen der SPD veranlaßt. Das, was man wissen will, wenn man das Buch einer prominenten Politikerin zur Hand nimmt, erfährt man nicht, und das, was man erfährt, ist wenig dazu angetan, „Mut zur Macht“, oder richtiger, Mut zur Politik zu machen.

Susanne Müller

„Der große Konsumverein“

Hermann Glaser:
Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition, 1949 – 1967

Carl Hanser Verlag, München 1986,
384 S., DM 54,-

Die Jahre, die Ihr kennt: Boogie Woogie, FDJ, Bauboom, New Look und Sexualkunde-Atlas. Unser fränkischer Homme de lettres, Dr. Hermann Glaser, hat erneut zugeschlagen. Sein jüngstes Werk: Band 2 der Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland mit dem Titel „Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition“. Seine Produktionswut läßt mich staunen: 1984 verfaßte er zusammen mit Norbert Neudecker einen umfangreichen Bild- bzw. Textband über die deutsche Eisenbahn. 1985 folgte im Hanser Verlag der 1. Band der auf drei Bände angelegten „Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ unter dem Titel: „Zwischen Kapitulation und Währungsreform“ (vgl. die Besprechung von Karl Heinz Stahl, Trümmerkultur, NG/FH 2/86, S. 186 ff.). Und nun sein neuestes Werk über die 50er Jahre.

Alles in allem ein äußerst produktiver Kopf: Aktiver Republikaner, langjähriger sozialdemokratischer Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg, Autor zahlreicher Bücher zu literaturhistorischen, soziopsychologischen und kulturgeschichtlichen Themen, Herausgeber einer Reihe im Verlag C. H. Beck zum Stichwort „Industriekultur deutscher Städte und Regionen“ usw., usf... Kurzum: Hermann Glaser ist ein Jäger und Sammler, ein Historiograph der neudeutschen Geisteslandschaft und „Spießerd-Ideologie“. Schon wegen der Materialfülle verdienen seine Bücher Lob. Hier eine Kostprobe aus seinem neuesten Werk: „Der 1912 geborene Geschäftsmann Josef Neckermann (1938 Erwerb eines jüdischen Versandhauses; im Krieg stellvertretender Reichsbeauftragter für Kleidung und verwandte

Gebiete'; 1945 verhaftet) wurde mit seinem Versandhaus zum Synonym für wirtschaftlichen Erfolg.“ Der Neckermann-Katalog sei längst mehr als das „Resultat“ einer normalen kaufmännischen Kalkulation“ – so Hermann Glaser unter Berufung auf Hans Magnus Enzensberger; er sei vielmehr das Resultat eines „unsichtbaren Plebiszits“ der Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung für eine „kleinbürgerliche Hölle“. Der schon bald entnazifizierte arische Herrenreiter verkaufte nicht nur jede Menge Petticoats, altdeutsche Möbel und „Schweden-Anbauküchen“, er sei vielmehr schon längst einer der wichtigsten Trendsetter im „großen Konsumverein“ der Westdeutschen nach Hitler. Die Sprache des Neckermann-Katalogs erweise sich als so barbarisch wie das, was sie beschreibe: „Die Kleider heißen altdeutsch ‚Kunigunde‘ und ‚Gundula‘, folkloristisch ‚Grindelwald‘ und ‚Edelweiß‘, touristisch ‚Festival‘ und ‚Ibiza‘. ‚Fawiss‘ und ‚Soraya‘ sorgen für den Duft der großen Welt im Mief der Mittelmäßigkeit.“

Die Vorgeschichte der Wende begann also – wen wundert's – bereits damals.

Szenenwechsel: „Ladies and Gentlemen – ich möchte Ihnen jetzt einen Song bringen, der eine kleine, sehr verträumte Geschichte erzählt: Awopbopalooobop – alopbamboom! Tutti frutti! All rootie! Tutti frutti! All rootie! Awopbopalooobop – alopbamboom!...“ Mitte der 50er Jahre avancierte ein 21jähriger Lastkraftwagenfahrer aus Memphis zum unumstritten-

nen Idol der westdeutschen Nachkriegsgeneration. Paul Manz schrieb später in seiner Bestandsaufnahme („Die 50er Jahre. Formen eines Jahrzehnts“, Stuttgart 1978): „In dem Augenblick, als Elvis ans Mikrophon trat und seine elektrische Gitarre mit einer Reihe weit ausholender Schläge aufbrillen ließ, war klar, daß er anders war. Seine Stimme schrie und zitterte, als ob auch sie elektrifiziert sei; und so frei stieß, schrie und schlüttete er sich durch die Show, daß Ed Sullivan ihn als untragbar für ein Familienpublikum ablehnte.“

Rock'n Roll beendete ein Musikzeitalter und legte das Fundament für die folgenden Jahrzehnte. Denn ohne Elvis Presley hätte es wahrscheinlich keine Beatles gegeben. Wer diese Revolte nachträglich verstehen möchte, sollte unbedingt zu Glasers Kulturgeschichte greifen. Die einzelnen Bereiche wie zum Beispiel „Der alte und der junge Film“, „Der träge Geschmack“, „Wohnmaschinen“, „Das Kabarett als moralische Anstalt“ oder „Die blockierte Schulreform“ werden in sektoralen Unterkapiteln dargestellt. Die Hauptkapitel sind dagegen nach übergreifenden Gesichtspunkten gegliedert. Ein Schwerpunkt des 2. Bandes hat Glaser z. B. dem gestörten Verhältnis der Intellektuellen zur Bundesrepublik Deutschland gewidmet. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der Unfähigkeit der Wohlstandsdeutschen, zu trauern.

Der Blick zurück geschieht meist im Zorn. Statt Demokratisierung habe in den 50er Jahren erneut Anpassung an die Über-Väter, Entpolitisierung und

Antikommunismus vorgeherrscht. Glasers Hauptthese lautet dagegen: „Man unterschätzt dabei die Beweglichkeit der Epoche, übersieht das Spannungsfeld, das sich zwischen den Polen Stagnation und Irritation ausbildete. Die Umbrüche, die sich Ende der sechziger Jahre einstellten, waren nicht nur Reaktion auf eine Phase der Erstarrung, sondern auch Ergebnis des diese Jahre prägenden Zeitgeistes...“ (S. 12).

Wer sich für die widersprüchliche Topographie der Adenauer-Jahre interessiert, findet in dieser Kulturgeschichte sowohl gründliche Informationen als auch eine kritische Bestandsaufnahme. Hermann Glaser weist auf Verdrängtes und Vergessenes hin. Seine Kulturgeschichte ist ein engagierter Diskussionsbeitrag in der Auseinandersetzung mit den Anfängen des westdeutschen Teilstaates.

In der Gemengelage des Zeitgeistes mischen sich heute erneut zwei Mythen: die Neokonservativen beschwören die goldenen Jahre des bürgerlichen Zeitalters und die sozialdemokratischen Traditionalisten verkörpern die alte Facharbeiterbewegung. Rechts wie links versucht man immer wieder, die Probleme der 80er Jahre mit den Methoden der 50er zu lösen. Die staatlich geförderte Nostalgie über die Adenauer-Jahre soll uns helfen, die Gefahren angesichts einer bedrohten Welt zu verdrängen. Indem Hermann Glaser nicht nur die silben, sondern vor allem auch die kargen und stumpfen Seiten dieser Jahre zeigt, zerstört er die Basis für Verklärungen und Mythen.

Tilman Fichter